REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 494 · 15.4.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Befreiung: 8. Mai 1945 - Peter Brückner
2. Kein toter Hund? Zum Gedenkjahr für Friedrich Schiller (10.11.1759-9.5.1805) - Js.
3. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit - dk
4. Strategische Verunsicherung. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit - Dirk Hauer
5. "Bekenntnishafte Leerformeln". Der Opel-Streik und die (radikale) Linke - Wolfgang Schaumberg
6. Tarifreform statt Tarifrunde. Im Öffentlichen Dienst gilt ein neues Tarifrecht - Hugo Claus
7. Handreichungen zum Klassenkampf. Vom Mythos der "Lohnnebenkosten" - dk
8. Neonazi ermordet Punk. Neonazistische Gewaltwelle in Dortmund fordert erstes Todesopfer - Antifa-Gruppen aus NRW
9. Skandal-Urteil in Sachsen-Anhalt. Erneuter Freispruch für den Mörder von Helmut Sackers - mb.
10. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
11. Ruhe an der Heimatfront. Geplantes Strafgesetz soll zur Übernahme der Regierungssicht verpflichten - I. Yunus Soner
12. Wir Depressiven. Alain Ehrenbergs Diagnose des "erschöpften Selbst" - Stefanie Graefe
13. Der "Fall" Terri Schiavo. Sterben heute: biopolitisch und medientauglich - Erika Feyerabend
14. "Wir waren ja die Tätergeneration." 8. Mai 1945: Erinnerung und Gegenwart. Ein Gespräch mit Herma Römer
15. Die Zukunft der Vergangenheit. Rückblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik - Redaktion AIB
16. Ein "Zwischenraum in Raum und Zeit". Peter Eisenmans Holocaust-Mahnmal in Berlin - Bettina Rudhof
17. Hitlers willige Butterfahrer. Götz Alys Betrachtungen zum "faschistischen Wohlfahrtsstaat" - Detlef Hartmann
18. Frieden - das war einmal. Im Süden der Philippinen herrscht erneut Krieg - Rainer Werning
19. "Kein Vergeben, kein Vergessen, keine Versöhnung." Demonstrationen zum Jahrestag des Putsches in Argentinien - Dario Azzellini
20. "Wenig Aussicht auf Gerechtigkeit." Morde in kolumbianischer Friedensgemeinde: Gewalt mit System - Interview: Doro Wiese
21. Bertinottis Endspiel. Rifondazione Comunista ist stärker und zerstrittener denn je - Henning Böke
22. Titanic-Syndrom. Anfang vom Ende des Berlusconismus? - Js.
23. Antisemitismus in Serbien hoffähig. Juden werden für die Zerschlagung Jugoslawiens verantwortlich gemacht - Boris Kanzleiter
24. Restbestände des Staatssozialismus. Algerien zwischen Marktöffnung und Sozialrevolten - Bernhard Schmid
25. The Struggle goes on. Mugabes Wahlsieg verweist auf die ungelöste Landfrage - Sadza Raibva
26. Krieg gegen den Iran? Druck aus Washington nimmt zu - Clemens Ronnefeld
27. Sommer. Sonne. Streiksemester. Der Kampf gegen Studiengebühren und Sozialabbau geht weiter - Jonas Füllner
28. Hilfloser Humboldt. Überlegungen für eine linke Hochschulpolitik - Gruppe dissident, Marburg
29. Weiße Linke dekolonisieren. Die Auseinandersetzung der Linken mit dem deutschen Kolonialismus hat gerade erst begonnen - Anette Dietrich, Ingmar Pech
30. Vom Betrieb zur Community. Alternativmilieu und Arbeitsmigration in der Zeitschrift Autonomie - Arndt Neumann
31. Gedenk-Kampf, Teil II. 8. Mai in Berlin: Staatsantifa startet durch - wir halten dagegen - Vera Garbo, ALB
32. MayDay-Parade in Hamburg - Das Programm
33. Rolle rückwärts zu Keynes? "Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus". Eine Rezension - Moe Hierlmeier
34. von innerer und äußerer landnahme. Umkämpfte Räume: Arbeit - Biopolitik - Kapitalismus - buko
35. Literatur aus dem Untergrund. Der baskische Schriftsteller Joseba Sarrionandia - Raul Zelik

36. Avantgarden der Phantasie. Guy Debord, die SituationistInnen und die Macht - Carl Mosel
37. Ohrenpropaganda - DSe
38. "Den Blick hinrichten." Ernst Logars Installationen über die Exekutionen österreichischer Partisanen - Jens Kastner
39. AUFGEBLÄTTERT
40. LESERBRIEF
41. KALENDER
42. EDITORIAL
43. Danke für fast 22.000 Euro!

1. Die Befreiung: 8. Mai 1945

Von Peter Brückner

Autor: Peter Brückner · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:39

Wir erwarteten die Befreiung durch den Sieg der Alliierten. Also von der Niederlage des eigenen Volks? Dessen Niederlage war der 30. Januar 1933 gewesen. Aber ich fühlte nicht in der Kategorie "eigenes Volk". (...)

Ich war Deutscher, aber was heißt "deutsch"? Das Wort bezeichnet eine verbreitete Sprache und eine Kultur. Was soll man von einer Kultur halten, die Hitler möglich machte, was von einer Bildung, die den Faschismus mit produziert hat? Nichts. Nietzsche, angesichts des Herrn von Bismarck und des militärischen Siegs über Frankreich, erklärte sich lieber zum Polen. Wir hätten bessere Gründe dafür gehabt als er.

Sollte ich auswandern? Das Wort "Deutschland" war für mich doch mehr als eine erlebnisjenseitige Realität oder eine Formel der NS-Propaganda. Ich war deutsch, ich sprach Deutsch (und Sprache erschien mir immer als ein Medium hoher Bedeutsamkeit); "Deutschland", das bezeichnete ebenso sehr einen objektiven Schuldzusammenhang, aus dem Antifaschismus und Dissidenz nicht entließen, wie einen Horizont künftiger gesellschaftlicher Praxis. Ich wusste, was wir zu tun hatten, um uns zu entschulden, und glaubte zu wissen, wie ich dabei leben wollte.

Gut, wir erwarteten die Befreiung vom Nationalsozialismus von den Alliierten (dazu bereit, sie im Land aktiv zu unterstützen, falls sich eine Chance bot), aber was erwarteten wir von ihnen noch? Was sollten sie auf den Spitzen der Bajonette bringen? (...)

Ich dachte: ein Ende des deutschen Generalstabs und der Armee; ich sah das Land nach dem Krieg als # endlich! # waffenlos und entmilitarisiert. (Noch heute verstehe ich den deutschen Stolz auf eine Kaste nicht, die an der Anstiftung zweier Weltkriege hervorragend beteiligt war, und beide verlor.) Ein Ende der Krupps, der großen Bankiers, der Junker und der führenden Nazis; selbst würden wir mit ihnen nicht fertig werden, und so rechnete ich mit einer langdauernden Besatzung. Möglicherweise würde das "Reich" in mehrere kleine Staaten aufgeteilt werden, die Idee, später ein Bürger des Freistaats Sachsen und Thüringen zu sein, fand ich amüsant.

Reeducation? Ich erhoffte mir aus den USA und Großbritannien Ermutigung zur Zivilcourage # in den genaueren Ausdruck civil disobedience war ich fast verliebt. Naiv wie ich in gewisser Weise war, eine Konsequenz der Entpolitisierung des gesellschaftlichen Lebens im NS-Staat, machte ich mir über die Formen politischer Herrschaft wenig Gedanken. Der angelsächsische Parlamentarismus bedeutete mir wenig.

Und die Sowjetunion? Von ihr erwartete ich nichts. Sie hatte etwas von uns zu erwarten # Arbeit, Geld, Entschuldung, Reparation. Die SU war für mich in erster Linie durch die Verbrechen des NS-Staats, der deutschen Armee, des deutschen Volks definiert. Sie war (fast) ein Opfer des Nationalsozialismus, die Niederlage Deutschlands erlöste sie, sie war nicht Deutschlands Erlöser. (...)

Im Juni 1945 sah ich ohne Bedauern zu, wie die amerikanischen Truppen Zwickau verließen. Aber auch ohne Groll; dass wir unsere Wohnung im Mai für US-Offiziere räumen mussten und einiger Besitz in die Hände der Army überging, war zu akzeptieren.

Wir waren bereit zu zahlen. Und ohne Furcht erwartete ich die Ankunft der sowjetrussischen Armee. Vorsichtshalber schlief ich allerdings mit familiärer Erlaubnis einige Nächte in der kleinen Wohnung meiner Freundin Inge Bl. # mit einer auf grobes Papier in kyrillischen Lettern gedruckten Schutzinformation an unserer Tür.

Das Ereignis des Sommers 1945, die Stunde der Befreiung für mich, war ganz lokal: meine Aufnahme in die KPD. Von der Besatzungsmacht sah ich nicht viel.

Ende August ging ich mit einem Parteiauftrag nach Leipzig: die Wiedereröffnung der Universität war vorzubereiten.

Peter Brückner: Das Abseits als sicherer Ort, Darmstadt/Neuwiedt 1981

2. Kein toter Hund? Zum Gedenkjahr für Friedrich Schiller (10.11.1759-9.5.1805)

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:03

Im laufenden Jahr wird nicht nur an Leben und Werk Sartres, Einsteins und Hans Christian Andersens erinnert - 2005 ist auch ein "Schiller-Jahr". Ob der vor 200 Jahren gestorbene Dichter-Klassiker den Menschen des 21. Jahrhunderts noch etwas zu sagen hat oder als "toter Hund" gelten muss, ist umstritten. Ziemlich wahrscheinlich ist, dass sein Werk auch weiterhin sehr unterschiedlich gedeutet wird. Die Geschichte des Schiller-Mythos ist die Geschichte politischer Instrumentalisierung - für völlig unvereinbare Zwecke.

Schiller war in seiner Zeit und ist auch heute noch der Dichter der Jugend; die Begriffe Freiheit und Vaterland sind eng mit seinem Schaffen verbunden ... Schiller hat kaum ahnen können, in welchem immer höheren Maße sein Werk zur Sache des ganzen Volkes werden würde. War es damals das fortschrittliche Bürgertum, so sind es gegenwärtig auch die werktätigen Menschen in Stadt und Land, denen die Werke Schillers Wesentliches zu sagen haben." So formulierte es der DDR-Literaturwissenschaftler Paul Friedländer in der Einleitung des 1966 erschienenen Schiller-"Lesebuchs für unsere Zeit". Sein Text folgt ganz der Doktrin, im ostdeutschen Arbeiter- und Bauernstaat vollende sich das Werk deutscher Dichter und Denker, speziell das des Weimarer Genie-Duos Goethe und Schiller. "Die deutsche Arbeiterklasse, als die Trägerin des geschichtlichen Fortschritts", schreibt Friedländer weiter, "ist die natürliche Bewahrerin des Erbes Schillers." Es ist wohl davon auszugehen, dass "die deutsche Arbeiterklasse" von dieser ihr angedichteten Mission nicht das Geringste weiß. Gleiches gilt für die Jugend.

"Kulturnation" als Reichsersatz

Im vereinigten Deutschland ist Schillers "Erbe" fest in der Hand der BildungsbürgerInnen und Theaterregisseure; sein Name fällt öffentlich vor allem dann, wenn ein allzu experimentierfreudiger Spielleiter in den Augen des Stammpublikums mal wieder den großen Klassiker verhunzt hat. In diesem Jahr ist das anders nicht nur wegen der "Schillerreisen" durch Thüringen, der "Schillerwochen" diverser Provinztheater und der Neu-Erscheinungen von Biografien und Gedichtsammlungen. Am 9. Mai wird Schiller in Weimar mit einem Festakt gefeiert und damit unweigerlich zum Gegenstand staatlicher Erinnerungspolitik. Denn Schillers 200. Todestag fällt genau zwischen die Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs und zur Einweihung des Berliner Holocaust-Mahnmals - was für eine Gelegenheit, der Welt das "andere" Deutschland vorzuführen. Beim Staatsakt im Deutschen Nationaltheater Weimar werden die Herren Althaus und Köhler diesen Job erledigen - an eben diesem Ort hielt Roman Herzog vor zehn Jahren seine berüchtigte Rede zur "unverkrampften Nation". Eine Neuauflage, diesmal mit Berufung auf Schiller, ist unwahrscheinlich.

Denn der "Nationaldichter" war, wenn überhaupt, ein sehr spezieller Nationalist obwohl ein Teil seines Publikums einige seiner Stücke (Wilhelm Tell, Die Jungfrau von Orleans) als Parabeln auf "nationalen Widerstand gegen Fremdherrschaft" missverstand. Im wilhelminischen Deutschland wurde auch Wallenstein zum vaterländischen Drama uminterpretiert, der General zum Vertreter der Reichsidee gemacht, weil der Dichter ihn sagen lässt: "Mich soll das Reich als seinen Schirmer ehren" und "Es soll im Reiche keine fremde Macht mir Wurzel fassen". Dagegen steht Schillers bemerkenswert klarer Satz "Das ist nicht des Deutschen Größe obzusiegen mit dem Schwert". Neben die Absage an das "Schwert" setzt der Dichter das Bekenntnis zur deutschen "Kulturnation": "Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupt seiner Fürsten. Abgesondert von dem politischen hat der Deutsche sich einen eigenen Wert gegründet, und wenn auch das Imperium unterginge, so blieb die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur." Es ist nicht auszuschließen, dass christdemokratische Fundis diese Sätze aus dem unvollendeten Gedicht "Deutsche Größe" ihrer Sammlung von Zitaten zur "deutschen Leitkultur" einverleiben - Schillers weltbürgerlicher Orientierung werden sie damit nicht gerecht.

Allerdings setzt Schiller die deutsche "Kulturnation" der politischen Nation entgegen, die ab 1789 in Frankreich entstand. Zwar betrachtete er im Unterschied zu Goethe, dem der "Aufruhr" ein Gräuel war die Revolution mit Sympathie und teilte ihre Ziele. Von Herzog Karl Eugen von Württemberg jahrelang in der Militärakademie fest gehalten, hatte er schon als Jugendlicher am eigenen Leib erfahren, was Fürstentyrannei bedeutet; erst als

fast 23-Jähriger konnte er sich der Macht des Herzogs durch Flucht entziehen. Aber mit öffentlichen Bekenntnissen zur Revolution hielt er sich zurück - nicht nur aus Furcht vor neuer Verfolgung. Er traute sich zunächst kein Urteil zu. Im Juli 1793, ein Jahr nachdem ihm die Pariser Nationalversammlung die Ehrenbürgerwürde verliehen, hatte rückte er von den zunehmend gewaltsamen Umtrieben ab: "In den niedern Klassen sehen wir nichts als rohe gesetzlose Triebe, die sich nach aufgehobenem Band der bürgerlichen Ordnung entfesseln, und mit unlenksamer Wut ihrer tierischen Befriedigung zueilen ... Es waren also nicht freie Menschen, die der Staat unterdrückt hatte, nein, es waren bloß wilde Tiere, die er an heilsame Ketten legte." Zwar teilte er weiter die Ziele der Revolution - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit -, er hielt aber die innerlich unfreien Menschen nicht für reif, sie durchzusetzen. Der Schiller-Biograf Rüdiger Safranski bringt auf den Punkt, was Schiller unter Freiheit verstand: "Frei sind wir dann, wenn wir die Kraft beweisen, die Ketten, die uns als Naturwesen binden, zu zerreißen. Freiheit ist der Triumph über unsere Triebnatur." ("Schiller oder Die Erfindung des Deutschen Idealismus", München 2004, S. 369)

Ambivalentes Verhältnis zur Revolution

In diesem Sinne war Schiller ein Kämpfer. Anders als der von den Umständen - Herkunft und Protektion - begünstigte Egomane Goethe lebte Schiller, von seinen allerletzten Lebensjahren abgesehen, stets in ärmlichen Verhältnissen. Hinzu kam jahrelange schwere Krankheit, der er mit Arbeitswut begegnete: Der starke Geist sollte den schwachen Körper besiegen. In seiner persönlichen Leidensgeschichte liegt ein starkes Motiv für den philosophischen Idealismus, den die DDR natürlich zum Nutzen der "deutschen Arbeiterklasse" verwerfen musste. Im politischen Bereich hielt Schiller wenig vom entschlossenen Kampf. Er setzte vielmehr auf Fortschritt durch Ausgleich mit der Macht. Die berühmten Worte, die der Marquis de Posa im Don Karlos an den Monarchen richtet, sind auch seine eigenen: "Geben Sie Gedankenfreiheit!"

Ein Rebell war er dennoch. Seine Stücke, allen voran die Räuber, aber auch Kabale und Liebe oder Wilhelm Tell waren in ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen unerhört mutig. In deutschen Landen hatte vor ihm niemand Despotismus, Intrigantentum, und absolutistische Willkür auf die Bühne gebracht, die er als "moralische Anstalt" verstand. Auch wenn das Publikum der Message nicht immer folgen konnte oder wollte - Schiller war wegen seiner Stücke voller Action und pathetischer Reden überaus populär.

Schon deshalb wurde er, mehr noch als Goethe, auch für den Nationalsozialismus vereinnahmt. Der Völkische Beobachter (VB), das Zentralorgan der NSDAP, feierte ihn als "Paten des Dritten Reiches", dessen "heldischer deutscher Geist" nunmehr seine "Wiederauferstehung" erlebe. Im November 1934 nahm der Kult um den Dichter gigantische Ausmaße an: Der 10. November war Schillers 175. Geburtstag, und so ließ sich dieses Jubiläum propagandistisch mit dem direkt davor liegenden "Tag der Feldherrenhalle" (zur Erinnerung an den Putschversuch der Nazis am 9. November 1923) zusammenrühren. In München erschien Hitler im Braunhemd, in Weimar im Frack: "Der deutsche Genius des 20. Jahrhundert beugt sich vor dem Genius des 18. Jahrhunderts." (VB, 13.11.1934) Der Auftritt sollte das westliche Ausland für das Nazi-Reich einnehmen und Vorbehalte des deutschen eigenen Bildungsbürgertums gegen die "kulturlosen" neuen Machthaber zerstreuen. Höhepunkt des Staatsakts in Weimar war die Rede des Ministers für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, beginnend mit dem Satz: "Hätte Schiller in dieser Zeit gelebt, er wäre zweifellos der große dichterische Vorkämpfer unserer Revolution geworden." Am Ende zitierte er den Räuberhauptmann Karl Moor, dessen Äußerung zu seinem Genossen Spiegelberg, in diesem hochoffiziellen Rahmen wiedergegeben, nur als Drohung an den Rest der Welt verstanden werden konnte: "Stelle mich vor ein Heer Kerls wie ich, und aus Deutschland soll eine Republik werden, gegen die Rom und Sparta Nonnenklöster sein sollen."

Nach Kriegsbeginn versorgten die Presseabteilung der Reichsregierung und das Propagandaministerium die Presse mit einschlägigen und gnadenlos aus dem Zusammenhang gerissenen Schiller-Zitaten; mit dem Satz "den ersten Anlass nimmt er (der Pole), kühnen Muts den Krieg in unseren Grenzen anzuzünden" aus dem Dramenfragment Demetrius sollte eine angebliche Parallelität der Ereignisse illustriert werden: der polnische "Angriff", den die Wehrmacht ab dem 1. September 1939 mit ihrem legitimen "Gegenangriff" gekontert hätte.

Aber die Reichsführung bekam mit dem toten Dichter auch massive Probleme. In seinem Buch "Schiller im nationalsozialistischen Deutschland. Der Versuch einer Gleichschaltung" (Stuttgart 1979) schildert Georg Ruppelt den "Fall Wilhelm Tell": Zunächst wurde das Stück "als National- und Führerdrama hoch geschätzt", die Worte des Freiherrn von Attinghausen "Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an / Das halte fest mit

deinem ganzen Herzen / Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft ..." wurden auf Schillerfeiern ebenso gern deklamiert wie der Rütli-Schwur: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern / In keiner Not uns trennen noch Gefahr / Wir wollen frei sein, wie die Väter waren / Eher den Tod als in der Knechtschaft leben ..." Der Satz des Eidgenossen Stauffacher "Unser ist durch tausendjährigen Besitz der Boden" gehörte in Nazi-Deutschland aus nahe liegenden Gründen zu den ständig gebrauchten geflügelten Worten. Das Verdikt gegen den Tell kam direkt von Hitler. In einem streng vertraulichen Schreiben aus dem Führerhauptquartier vom 3. Juni 1941 hieß es: "Der Führer wünscht, dass Schillers Schauspiel ‚Wilhelm Tell` nicht mehr aufgeführt wird und in der Schule nicht mehr behandelt wird." Goebbels leitetet das Verbot umgehend an die deutschen Theaterleiter weiter; Schulbücher sollten erst bei Neuauflagen "gesäubert" werden.

"Pate des Dritten Reiches"

Hinter dem Verbot standen Ruppelt zu Folge mehrere Überlegungen. Einwände gegen den "unpolitischen Titelhelden" und gegen das "Drama des Separatismus" gab es schon länger: Während die Nazis Millionen jenseits der Grenzen "heim ins Reich" holten, feierte Schiller "den Abfall eines deutschen Stammes vom Reich", so die Diktion eines Teils der NS-Literaturkritik. Angesichts des deutschen Raub- und Eroberungskrieges - der Überfall auf die Sowjetunion stand unmittelbar bevor - war das ein unauflöslicher Widerspruch. Hinzu kamen außenpolitische Spannungen mit der keineswegs zum "Anschluss" bereiten Schweiz, die 1941 den 650. Jahrestag der Eidgenossenschaft feierte. Vor allem aber war es der im Tell gefeierte Tyrannenmord, der Hitler in Wut versetzte. "Ausgerechnet Schiller musste diesen Schweizer Heckenschützen verherrlichen!" klagte er in einem Tischgespräch am 4. Februar 1942. Der Fall des Schweizer Theologiestudenten Maurice Bavaud, der 1938 mehrfach versucht hatte, Hitler zu töten, und der am 18. Mai 1941 hingerichtet wurde, zeigt, dass Hitlers Furcht vor Tell-Nachahmern berechtigt war.

Für Ruppelt ist das Verbot "ein extremes Beispiel für mögliche Wirkungen von Literatur in die pragmatische Politik", zeigt "das rigorose Vorgehen gegen den Wilhelm Tell im nationalsozialistischen Diktaturstaat ... die überzeitliche Aktualität des Schauspiels". Das kann man so sehen. Im parlamentarisch-demokratisch regierten Deutschland dagegen, wo der "Tyrannenmord" derzeit nicht auf der Tagesordnung steht, erreicht der Tell allenfalls die Brisanz "höheren Indianerspiels" (Thomas Mann). Ist Schiller also doch ein "toter Hund", das Schillerjahr eine langweilige Angelegenheit? Wir werden sehen. Es hat ja gerade erst angefangen.

Js.

3. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:34

Wachdienste streiken

Die Tarifauseinandersetzungen im ostdeutschen Wach- und Sicherheitsgewerbe nehmen kein Ende. Der Unternehmerverband BDWS hat in Thüringen nicht nur die Verhandlungen abgebrochen, sondern droht nun auch mit dem Abschluss eines Billigtarifs mit der gelben Gewerkschaft GÖD. Die Beschäftigten ihrerseits haben das Unternehmerangebot von einem Prozent mehr Lohn stets zurückgewiesen. Das wäre eine Erhöhung von vier Cent pro Stunde in einer klassischen Niedriglohnbranche, in der bei oft mehr als 240 Arbeitsstunden im Monat zu einem Stundenlohn von 4,32 Euro gearbeitet wird.

Am 23.3. traten die Wachleute bei Opel Eisenach in den Warnstreik, unterstützt von den Beschäftigten und den IG Metall-Vertrauensleuten bei Opel. Am 31. März zogen die Wachleute der Firma ITT, die die Phönix AG in Waltershausen bewachen, nach. Auch hier hatten sich die im Werk tätigen Feuerwehrleute der Aktion angeschlossen, schließlich gelten die tariflichen Armutslöhne auch für sie: Während ein Feuerwehrmann in Bayern 7,69 Euro pro Stunde bekommt, verdienen seine Thüringer Kollegen knappe 6,16 in der Stunde.

Pressemitteilung von ver.di Thüringen

Langstreckenlauf unter dem Stern

Die Belegschaftszeitung alternative bei DaimlerChrysler in Untertürkheim berichtet von einer "härteren Gangart" der Geschäftsleitung gegen die Beschäftigten. In den Chefetagen werde von einer "neuen Disziplin" gesprochen. Es soll mehr mit Vorgaben gearbeitet und die Spiel- und Freiräume der Beschäftigten reduziert werden. Das gilt auch für die Gruppenarbeit. In einem Leserbrief heißt es dazu:

"Diese Art Gruppenarbeit macht uns kaputt! Ohne genügend Personal funktioniert die Gruppenarbeit überhaupt nicht. Das weiß jedes Kind. Eine Selbststeuerung durch die Gruppe ist dann nicht möglich. In einigen Gruppen der Bremsscheibenfertigung fehlen so viele Leute, dass die Kollegen von einer Mordsbelastung reden. Zudem sind viele ältere und einsatzeingeschränkte Kollegen an fehlgeplanten und gerade auslaufenden Produktionslinien im Einsatz. Pro Mitarbeiter in einer Schicht zwölf Kilometer Laufwege sind bei uns inzwischen normal. Da spart man sich gleich die Beiträge für das neue SG Stern Fitness Studio. Die modernen ‚Nebentätigkeiten` haben sich in den letzten Jahren wie die Karnickel vermehrt und kosten zusätzliche Zeit. Dafür Personal? Fehlanzeige! In Gesprächen ... stellen die Vorgesetzten klar: ‚Ihr jammert, und wir sagen trotzdem NEIN, basta!` Dass sie damit die Abteilung an die Wand fahren, ist absehbar. Denn so zu arbeiten, demotiviert und macht die Kollegen krank."

alternative, www.labournet.de

Repressive Wal-Mart-Ethik

Ein merkwürdiges Verständnis von Ethik herrscht in den deutschen Filialen des US-amerikanischen Einzelhandelsriesen Wal-Mart. Mit der Gehaltsabrechnung für Februar 2005 bekamen die Wal-Mart-ArbeiterInnen auch eine schriftliche Zusammenfassung der "Statements of Ethics"; auf den internen Schwarzen Brettern wurden diese Leitlinien ebenfalls bekannt gemacht. Und die Ethik-Richtlinien à la Wal-Mart haben es in sich: "Sie dürfen nicht mit jemandem ausgehen oder in eine Liebesbeziehung mit jemandem treten, wenn Sie die Arbeitsbedingungen dieser Person beeinflussen können oder der Mitarbeiter Ihre Arbeitsbedingungen beeinflussen kann." Oder: "Angemessene disziplinarische Maßnahmen bis hin zur Kündigung sind gegen jeden Mitarbeiter zu ergreifen, dessen Verhalten diese Unternehmensethik oder gültige Gesetze und Bestimmungen einschließlich dieser ethischen Leitprinzipien verletzt." Auch zu Denunziationen wird aufgerufen: "Beachten Sie jederzeit die Gesetze! Wenn Sie erfahren, dass ein anderer Mitarbeiter ein Gesetz verletzt oder wenn Sie von einem anderen Mitarbeiter, der dies tut oder von dem Sie annehmen, dass er dies tut, dazu aufgefordert werden, haben Sie darüber unverzüglich zu berichten."

Obwohl sich die Firma mit diesen Richtlinien bis in das Liebesleben der Beschäftigten hinein einmischt, hält sie diese Reglementierungen offenkundig nicht für mitbestimmungsrelevant. Der Betriebsrat wurde auf jeden Fall lediglich "informiert". Entsprechend wird dort z.Z. der Gang vor das Arbeitsgericht vorbereitet, denn nach Auffassung von ArbeitsrechtsexpertInnen sind solche Ethikrichtlinien in Deutschland durchaus mitbestimmungspflichtig.

www.labournet.de; Financial Times Deutschland

Softwarefehler bei Hartz IV

Die Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Blumenthal schreit Alarm. In einer Pressemitteilung vom 14. März prangert sie in scharfen Worten die fehlerhafte Umsetzung der Hartz IV-Bestimmungen an. Die bei der Abwicklung der Alg II-Anträge benutzte Software A2LL hat nämlich einen entscheidenden Nachteil: Man kann mit ihr keine Sanktionen verhängen. Wenn SachbearbeiterInnen und FallmanagerInnen also Leistungen streichen oder kürzen wollen, so müssten sie sich Akten ziehen und per Hand Bescheide verhängen. Angesichts des Chaos und der Arbeitsüberlastung auf den Ämtern befürchtet die wackere Abgeordnete nun, die ARGE-MitarbeiterInnen könnten den Weg des geringsten Widerstandes gehen und schlicht auf die Verhängung von Sanktionen verzichten. "Der Aspekt des Forderns", so Frau Blumenthal, "wird seit Beginn des Jahres nicht umgesetzt."

Antje Blumenthal, MdB, Pressemitteilung

Prekarität im Öffentlichen Dienst

Wer hätte das gedacht: Nicht im Dienstleistungssektor oder im Produktionsbereich befinden sich die meisten der so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse, sondern in der öffentlichen Verwaltung. Dies gilt zumindest für Italien. Mit 19,9 Prozent lag im Jahr 2002 der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst Italiens deutlich höher als in der Landwirtschaft (15,7 Prozent), dem Dienstleistungsbereich (12 Prozent) oder der Industrie (10 Prozent).

Die europäische Statistikbehörde Eurostat hat die entsprechenden Zahlen veröffentlicht und gleichzeitig bekannt gegeben, dass Italien damit keineswegs Spitzenreiter bei der Prekarisierung des Öffentlichen Dienstes ist. In Spanien beträgt der Anteil der prekären Arbeit an den öffentlichen Dienstleistungen 50 Prozent, und auch in Deutschland liegt er mit 32,5 Prozent höher als in Italien. Unter Berücksichtigung des Erziehungs- und des Gesundheitswesens steigen diese Zahlen Eurostat zufolge noch einmal in allen Ländern der EU deutlich an.

Die Journalistin Anna Avitabile hat nach Auswertung der entsprechenden Berichte in der Zeitschrift Rassegna Sindacale aus den statistischen Angaben das Porträt eines "typischen prekären Beschäftigten" im Öffentlichen Dienst entworfen: Frau, jung, mittlere Qualifikation, wohnhaft im Süden, Einjahresvertrag.

www.labournet.de

LehrerInnenstreik in Nicaragua

Vom 31. Januar bis zum 21. Februar 2005 haben in Nicaragua die LehrerInnen für höhere Gehälter gestreikt. Seit dem Wegfall der Nahrungsmittelpakete liegen die Löhne im Öffentlichen Dienst Nicaraguas noch unter den hypothetischen 3.500 Cordobas (ca. 218 US-Dollar), die die Regierung mit dem IWF als Grundlage für die von den internationalen Geldgebern akzeptierte Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst vereinbart hatte. Der Lohnkampf der LehrerInnen fand u.a. vor dem Hintergrund statt, dass in vielen Gemeinden zur Zeit öffentliche Dienstleistungen wie etwa die Wasserversorgung privatisiert und öffentliche Beschäftigte entlassen werden. Gleichzeitig finanziert Nicaragua ein eigenes Truppenkontingent im Irak.

Während die Löhne für LehrerInnen in den Nachbarstaaten Guatemala, El Salvador und Costa Rica zwischen umgerechnet 460 und 564 US-Dollar liegen, stagnieren sie in Nicaragua bei 85 US-Dollar. In El Salvador wurden 1999 Lohnerhöhungen erstreikt, in Costa Rica im Jahr 2000 und in Honduras im letzten Jahr (auf jetzt 275 US-Dollar).

Auf dem Höhepunkt des Streiks, der im übrigen auch von den organisierten SchülerInnen unterstützt wurde, demonstrierten am 18. Februar 20.000 Menschen durch Managua. Das Arbeitsministerium erklärte den Streik

für illegal und drohte mit Entlassungen und Lohneinbehaltungen. Schließlich setzten sich die Streikenden dennoch durch: Die neuen Löhne betragen umgerechnet 113 Dollar für Grund- und 125 Dollar für Sekundarschulen. Gegen die Streikenden soll es keine Repressionen geben, allerdings soll der Stundenausfall nachgeholt werden.

www.labournet.de

Sieg auf dem Tomatenfeld

Drei Jahre lang haben Beschäftigte, Gewerkschaften und VerbraucherInnen die US-amerikanische Fast-Food-Kette Taco Bells boykottiert und bestreikt. Im März 2005 nun verkündete die Coalition of Immokalee Workers (CIW): "Wir haben gewonnen!" Kurz vor der vierten nationalen Taco-Bells-Karawane am 8. März sagte der Konzern zu, die Arbeitsbedingungen auf den Tomatenplantagen Floridas zu verbessern und die Löhne um einen Penny pro Kilo zu erhöhen. Zu diesem Zweck zahlt Taco Bells in einen Lohnerhöhungsfonds ein und vereinbart gleichzeitig mit seinen Tomatenzulieferern, dass diese das Geld tatsächlich als Lohnerhöhung an die LandarbeiterInnen auszahlen.

Ein Firmensprecher erklärte öffentlich: "Wir erkennen an, dass die ArbeiterInnen in den Tomatenplantagen in Florida nicht dieselben Rechte und Arbeitsbedingungen haben wie die Beschäftigten in anderen Branchen. Und wir erkennen die Notwendigkeit zu Reformen an." Taco Bells gehört zur der Gruppe Yum! Brands, die auch die Ketten Pizza Hut und Kentucky Fried Chicken betreiben. Damit ist Yum das größte Fast-Food-Unternehmen der Welt.

www.labournet.de

4. Strategische Verunsicherung. Zu den identitären Fallstricken der Debatte um prekäre Arbeit

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:11

Das Normalarbeitsverhältnis steht unter Druck. Gerade die Auseinandersetzungen des letzten Jahres in den industriellen Großbetrieben belegen: Prekäres Leben und Arbeit ist normaler Dauerzustand. Doch in der Prekarisierungsdiskussion ist das noch nicht wirklich angekommen.

Der Slogan von der Prekarität als Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts ist in der linken Debatte fast zum Allgemeinplatz geworden. Und dennoch wird die Diskussion faktisch als Teilbereichsdiskussion geführt. Egal ob Freelancer oder Mini-Jobberin, ob illegalisierte Hausarbeiterin, (akademische) Projekte-Linke oder Wanderarbeiterin: Unausgesprochen bezieht sich der linke Prekarisierungsdiskurs vornehmlich auf das weite und in der Tat zunehmende Feld von Beschäftigungsverhältnissen, die nach bisherigen Normalitätskriterien ungesichert oder atypisch sind. Trotz aller Einigkeit über sein Ende bleibt dabei aber das "fordistische Normalarbeitsverhältnis" immer noch der Referenzpunkt: Stets steht die Unterscheidung im Raum, die Beschreibung von Teilen der (lohnabhängig) Beschäftigten als Prekäre in Abgrenzung von "normalen" Arbeitsverhältnissen. Dass diese identitär-abgrenzende Betrachtungsweise in weiten Teilen die subjektiven und objektiven Lebensverhältnisse der (radikalen) Linken widerspiegelt, ist dabei kein Zufall.

Schon als die Debatte Anfang der 1990er Jahre das erste Mal aufkam, war sie von Gegenüberstellungen geprägt: reguliert - dereguliert, gesichert - ungesichert, tarifiert - tariflos, garantiert - entgarantiert. Damals wie heute waren und sind solche Gegenüberstellungen analytisch und politisch irreführend. Es ist vielleicht eine Binsenweisheit, aber in kapitalistischen Gesellschaften hat es niemals so etwas wie Garantien für Arbeit und Existenzsicherung gegeben. Die Existenz- und Reproduktionsbedingungen von Menschen, Familien und Haushalten, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, waren und sind prinzipiell entgarantiert.

Das "fordistische Normalarbeitsverhältnis" war in historischer und globaler Perspektive stets eine Ausnahmeerscheinung. Es war auf die Länder des Nordens begrenzt und dort auch nur auf einen beschränkten historischen Zeitraum. Bereits ein flüchtiger Blick auf so unterschiedliche Staaten wie die USA, Frankreich, Italien oder die skandinavischen Länder zeigt, wie disparat und inhomogen Arbeitsverhältnisse und -realitäten auch in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren waren und wie problematisch ein vereinheitlichender Fordismus-Begriff ist. Und auch in der BRD war das "Normalarbeitsverhältnis" in jenen "goldenen Zeiten" keineswegs allgemeingültig. Für Frauen war Erwerbsarbeit überhaupt nicht vorgesehen, und dort, wo sie in die Lohnarbeit eingebunden waren, haben sie in aller Regel "nur dazuverdient". D.h. Frauen haben schon immer in Leichtlohngruppen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Gleiches galt und gilt für ArbeitsmigrantInnen und für Flüchtlinge. Aus der Perspektive des Südens, aus der Perspektive von Frauen und MigrantInnen und in zeitlichen Dimensionen, die nicht etwa auf die 1960er Jahre fixiert sind, erscheint Prekarität als der eigentliche kapitalistische Normalzustand

In den ökonomischen, sozialen und politischen Umbauprozessen der letzten 10-20 Jahre geht es um eine umfassende Neudefinition dessen, was heute als "normale" proletarische Arbeits- und Reproduktionsbedingungen zu gelten hat. Prekarisierungs- und Flexibilisierungsprozesse entfalten ihre soziale Bedeutung also weniger als Charakteristika bestimmter Beschäftigtengruppen, sondern vor allem als verallgemeinerte Normen für alle proletarischen Lebens- und Arbeitsrealitäten. Prekarität meint deswegen auch wesentlich mehr als Verarmung, Niedriglohnsektoren und Teilsegmente des Arbeitsmarktes. Prekarität ist vielmehr die prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Für immer mehr Menschen wird die Zukunft und die Existenzsicherung unter Vorbehalt gestellt: Gibt es einen Folgeauftrag? Wird mein Vertrag verlängert? Wird das Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld gestrichen? Wird der Betrieb geschlossen oder verlagert? Werde ich übernommen? Lande ich bei Hartz IV? Reicht das Geld - für den Urlaub, für die Ausbildung der Kinder, fürs nackte Überleben? Was passiert, wenn ich krank oder alt bin? Wenn ich ein Pflegefall werde oder jemand aus der Verwandtschaft?

Eins ist sicher: die Unsicherheit

Diese Verunsicherung ist Programm, sie ist die eigentliche Botschaft der Agenda 2010. Wie ein roter Faden durchzieht die Strategie der Verunsicherung den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, die Repression gegenüber Erwerbslosen, die Mobilisierung von Arbeit in Niedriglohnbereichen und die Angriffe auf die tarifierten Arbeitsverhältnisse. Und was sich auf der Ebene der öffentlichen Verlautbarungen als eine permanente Abfolge neuer Drohszenarien, Rücknahmen und neuer Ankündigungen darstellt, ist nicht nur Ausdruck eines fehlenden hegemonialen Herrschaftsprojekts. Als Signal einer andauernden Instabilität ist eine solche öffentliche Darstellung auch Teil eines bewussten Verunsicherungsprogramms. Wenn es mit der Agenda 2010 darum geht, die Verwertungsbedingungen für das Kapital am "Standort Deutschland" zu verbessern, so liegt der eigentliche Inhalt dieses Programms genau hier, in der materiellen und subjektiven Destabilisierung der sozialen Reproduktion. Das heißt nicht, dass auf Regulierungsformen und -instanzen wie Tarife, Sozialstaatlichkeit und Gewerkschaften verzichtet würde. Aber die Regulierung der Agenda 2010 verabschiedet sich definit von sozialen Existenzgarantien. Es geht darum, soziale Sicherheitsbedürfnisse nachhaltig als "Vollkaskomentalität" zu diskreditieren und durch permanente und lebenslange Flexibilisierungsanforderungen zu ersetzen.

Wenn irgend etwas das umfassende politische Herrschaftsprojekt der Prekarität augenfällig symbolisiert hat, dann war es die Gleichzeitigkeit des sozialen Angriffs im letzten Jahr: Hartz IV mit staatlicher Zwangsflexibilisierung und Zwangsprekarisierung auf der einen Seite und die nahezu geschlossenen Attacken des Kapitals auf die (groß-)industriellen Beschäftigungsverhältnisse auf der anderen. Die Tarifverträge und Standortsicherungsvereinbarungen bei Siemens, DaimlerChrysler, Opel, Karstadt/Quelle, VW usw. folgen alle einem Muster: länger und härter arbeiten, weniger Geld und - vor allem - hochoffizielle Aufkündigung einer Beschäftigungs"garantie". Der so genannte "Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen" bis zum Jahre X sagt ja vor allem eines, nämlich dass alle Arbeitsplätze in den nächsten Jahren neu zur Disposition stehen. Wenn man so will, handelt es sich um eine grundsätzliche Befristung von Arbeitsverhältnissen. (1) Das Jahr 2004 hat schlagend demonstriert, dass die prekäre (Tarif-)Wirklichkeit kleinerer und mittlerer Betriebe flächendeckend und Branchen übergreifend die Norm auch in den industriellen Kernbereichen geworden ist. Prekarität ist inzwischen längst in der Mitte des Arbeitsmarktes angekommen.

Ein Blick auf die real existierende Arbeit belegt zweierlei: zum einen die umfassende Entgarantierung und damit die Normalität der Prekarität; der alte Blickwinkel von den fein säuberlich trennbaren Kern- und Randbelegschaften wird genauso obsolet wie die Vorstellung, es gäbe einen klar abgrenzbaren Niedriglohnsektor:

- Schon seit Jahren sind industrielle Großbetriebe in hohem Maße "porös". Auf dem Werksgelände von Opel in Bochum bewegen sich ArbeiterInnen und Angestellte von 50 und mehr Firmen. Sie gehören zu Zulieferern, Leiharbeitsfirmen oder zu ausgegründeten Betriebsteilen des Konzerns selbst. In einer Halle arbeiten somit unzählige Beschäftigte zu völlig unterschiedlichen Konditionen nebeneinander, manchmal machen sie sogar dieselbe Arbeit - allerdings unter komplett unterschiedlichen Tarif- und Entlohnungsbedingungen. Diese Patchworkrealität spiegelt sich nicht zuletzt auch in den inzwischen unzähligen Tariföffnungsklauseln und Sondertarifen für BerufsanfängerInnen, NeueinsteigerInnen oder ausgegründete Betriebsteile. (2)

- Selbst dort, wo Arbeitsbedingungen tariflich reguliert sind, sind sie alles andere als sicher und immer öfter auch nicht Existenz sichernd. Von 2.800 Tarifverträgen in Deutschland beinhalten 130 Stundenentgelte von sechs Euro und weniger. Das neue Tarifwerk im Öffentlichen Dienst führt explizit einen Niedriglohnsektor ein, die früher mal weggekämpften Leichtlohngruppen feiern fröhliche Wiederkehr.

- Über ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten arbeiten in Deutschland zu Niedriglöhnen, häufig genug tarifiert. Da sind die "klassischen" prekären Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit etc. noch gar nicht enthalten.

Prekarisierungsdebatte in der Sackgasse?

Zur Realität der heutigen Normalarbeit gehören natürlich auch die sechs Millionen MinijobberInnen, zu über 70% Frauen, die diversen Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung, 1-Euro-Zwangsdienste und nicht zuletzt die Pflichtarbeit in den Gefängnissen oder die Arbeit in den Werkstätten für Behinderte. Spätestens bei diesen Beispielen und erst recht dann, wenn Aspekte der geschlechtshierarchischen oder rassistischen Zuweisungen am Arbeitsmarkt berücksichtigt werden, zeigt sich der zweite Aspekt der Prekarität. Hinter

diesem Begriff verbergen sich nämlich erhebliche soziale Hierarchien und Spaltungslinien. Sowohl in den objektiven Rahmenbedingungen wie auch in der subjektiven Wahrnehmung und damit in den Verhaltensweisen liegen gravierende Unterschiede. Das Leben am seidenen Faden führt noch lange nicht und erst recht nicht automatisch zu einem gemeinsamen Widerstandsverhalten. Auch das hat das letzte Jahr gezeigt, in dem es kaum eine gegenseitige Bezugnahme etwa zwischen Montagsdemos, den Streiks bei Daimler und Opel oder den linken Bewegungsversuchen zwischen Prekarisierung und Agenturschluss gegeben hat.

Prekarität ist ein anderer Begriff dafür, dass in ungeheurem Umfang Arbeit neu mobilisiert wird. Weit davon entfernt, in der Krise zu sein, feiert "die Arbeitsgesellschaft" in Gestalt des "Terrors der Ökonomie" (Vivianne Forrester) fröhliche Urständ. Prekarität beschreibt damit aber auch, dass die proletarische Existenz in allen ihren Segmenten eingekreist und angegriffen wird. Es ist zwar richtig, dass es eine "Prekarisierung von unten" gegeben hat und gibt, eine Flucht aus und vor den Zwängen des Betriebs- und Büroalltags oder den Verfolgungen durch Arbeits- und Sozialämter. Doch weder existieren diese kleinen Fluchten und Nischen jenseits der (Selbst-)Verwertungslogik, noch können sie darüber hinwegtäuschen, dass die selbst gewählte prekäre Existenz nur für wenige eine lebbare Perspektive bedeutet. Der linke Prekarisierungsdiskurs muss vor diesem Hintergrund aufpassen, dass er nicht in eine Sackgasse läuft. Es sollte zu denken geben, dass zwar die Kämpfe und Selbstorganisationsformen "der Prekären" beschworen werden und ihr Fehlen oft genug beklagt wird, gleichzeitig aber auf die Kämpfe gegen den Prekarisierungsangriff etwa bei Daimler oder Opel kaum Bezug genommen wird. Doch gerade im Zusammenhang mit der Neudefinition von "Normalarbeit" als umkämpftem Prozess sind diese Kämpfe alles andere als marginale und nostalgische Abwehrkämpfe. In dem Maße, wie es bewusst oder unbewusst in der linken Prekaritätsdiskussion um die Einteilung, Definition und Abgrenzung bestimmter Klassensegmente geht, deutet einiges darauf hin, dass der Prekaritätsbegriff an seine Grenze gestoßen ist.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Mal abgesehen davon, dass natürlich auch ohne betriebsbedingte Kündigungen kräftig entlassen wird.

2) Es ist erst gut zehn Jahre her, dass die IG Chemie in der Tarifrunde 1994 den ersten Sondertarif für BerufseinsteigerInnen unterzeichnet hatte; inzwischen sind solche Regelungen gang und gäbe.

5. "Bekenntnishafte Leerformeln". Der Opel-Streik und die (radikale) Linke

Autor: Wolfgang Schaumberg · Rubrik: Arbeiterbewegung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:27

Insgesamt hat die radikale Linke auch im Zusammenhang mit dem Kampf bei Opel ein Bild abgegeben, das einerseits von organisatorischer Schwäche zeugt und andererseits von Widersprüchlichkeiten und Zersplittertheit, was die Analyse der Auseinandersetzungen und ihrer Konsequenzen anbetrifft. Von uns geht derzeit keine Hoffnung aus, wie eine andere Welt aussehen könnte und wie sie erreichbar wäre. Desto mehr müssten wir versuchen, statt arroganter Rechthaberei und Konkurrenzverhalten den solidarischen Streit voranzubringen.

Die massiven Differenzen innerhalb der Linken zeigen sich schon bei Erklärungen der Ursachen und Hintergründe für die Krise bei Opel: Die von bürgerlicher Seite ins Zentrum gestellten Managementfehler werden glücklicherweise nur von einzelnen linksradikalen Organisationen angeführt, etwa bei der SoZ .(November 2004) Eine andere Strömung in der Linken entnimmt den Opel-Erfahrungen: "Die Just-in-time-Strategie ist an ihre Grenzen gestoßen: Erst sollte der Produktionsverbund Streiks ins Leere laufen lassen; dann haben die ArbeiterInnen ihre gewachsene Macht in diesem Produktionsverbund entdeckt." (Wildcat, Nr. 72) Dagegen wäre zu fragen, ob die Just-in-time-Anlieferung nicht eher wegen zu sparender Lagerhaltungskosten eingeführt wurde. Und dass Just-in-time bereits an die "Grenzen" gestoßen sei, kann man angesichts der aktuellen Ausweitung bei GM auch nicht behaupten. Dass den Belegschaften damit neue Möglichkeiten der Gegenwehr geboten werden, stimmt sicherlich und ist unbedingt festzuhalten.

Welche Analysen? Welche Forderungen?

Auch folgende Analyse der Krisenursachen ist zu hinterfragen: "Kostensenkung und Elektronifizierung der neuen Modelle führten zu Qualitätseinbußen, die sich in erhöhten und kostenintensiven Rückrufaktionen ausdrückten." (Wildcat, a.a.O.) Derartige Qualitätseinbußen muss man eher im Zusammenhang mit dem immer brisanter werdenden Zeitproblem diskutieren: "Qualität braucht Zeit! - Wir brauchen mehr Leute!", hört man jeden Tag am Band. "Zeit ist Geld!" antworten die Vorgesetzten. Damit ist ein Grundproblem kapitalistischer Verwertungszwänge angesprochen.

Auch zu den Forderungen, die während der Auseinandersetzungen in die Debatte gebracht wurden, möchte ich einige Anmerkungen machen. So schreibt die SoZ: "Doch anstatt nun die Absetzung und Enteignung dieses Managements zu fordern, fordern die einen Lohnverzicht und die Streichung ganzer Arbeitsplätze, und die andern haben nur die eine Sorge: dass dies auch ja sozialverträglich und ohne zivilen Ungehorsam geschieht. Obwohl allen Beteiligten klar ist, dass eine Politik des Gürtel-Enger-Schnallens die ... zu Grunde liegende Nachfragekrise nicht löst, ... streiten sie sich nur darum, wie eng man den Gürtel der Beschäftigten zu schnallen vermag ... Anstatt an der Arbeitszeit zu sparen und sie gleichmäßig auf alle zu verteilen, soll diese Arbeitszeit wieder ausgedehnt und der Lohn zusätzlich gesenkt werden." (SoZ, a.a.O.) Mit solch schnell hingeschriebenen Sätzen von Management-Enteignung machen wir uns eher lächerlich. Was ist hier eigentlich "klar" bei der Krisentheorie der AutorInnen? Was soll bei "allen Beteiligten" klar sein? Wer soll wie durchsetzen, dass "die Arbeitszeit gleichmäßig auf alle" verteilt wird?!

Das Arbeitszeitproblem ist zwar von uns unbedingt zu diskutieren, aber in welcher Form? "Setzen wir den Streik fort, bis GM seine Horrorpläne zurücknimmt, um jeden Arbeitsplatz, für die 30-Stunden-Woche als Konzernbetriebsvereinbarung." (MLPD-Opel-Betriebszeitung Der Blitz, 20.10. 2004) Oder: "Opel in Gemeineigentum! Enteignen statt entlassen! ... Die Landesverfassung NRW gibt dazu die Möglichkeit ... Jetzt gilt es, Artikel 27 durchzusetzen !" (Flugblatt des Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), IV. Internationale, vom 19.10.2004) Wer mitten im Kampf solch eine Forderung - im Unterschied zu einer sinnvollen Anregung zu einer viel umfassender zu führenden Debatte - unter die Leute haut, blamiert alle Radikalen. Arbeitszeitverkürzung ist keine "Problemlösung". Diese wäre anders und viel gründlicher im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Zeitterror (Moishe Postone) zu diskutieren.

Die Linke und der Gewerkschaftsfrust

Für unsere aktuelle Lage sind unsere Differenzen in der Gewerkschaftsfrage besonders wichtig. Schon die Aneinanderreihung von Kernaussagen zeigt die Tiefe und Vielfalt unserer Differenzen: "Macht mit den kritischen und kämpferischen GewerkschaftskollegInnen Dampf in der Gewerkschaft. Gemeinsam kann so viel Druck gemacht werden, dass auch Peters und Huber gezwungen werden, den Kampf zu unterstützen." (Flugblatt der Sozialistische Alternative Voran (SAV), 19.10.2004). "Wenn die Belegschaften mit Unterstützung der IG Metall und Rückendeckung durch eine breite Solidaritätsbewegung die Produktion in die eigene Hand nehmen würden, hätte das bundesweit und europaweit Signalwirkung." (Der Funke. Marxistischer Standpunkt in der Arbeiterbewegung, Flugschrift vom 17.10.2004, verteilt bei Opel) "Der Kampf bei Opel zeigt, wie schnell sich Widerstand formieren und wie effektiv er sich entfalten kann - wenn, ja wenn er von denen unterstützt und weiter getrieben wird, die die organisatorische Macht dazu haben: den Gewerkschaften." (SoZ, a.a.O.) "Das Kapital und seine Repräsentanten sind unersättlich. Aber nicht aus moralischer Verderbtheit, sondern aus den Erfordernissen verschärfter Konkurrenz im globalisierten Markt. Ein Verständnis dafür fehlt nicht nur in den Gewerkschaftsvorständen, sondern auch in weiten Teilen des Apparats und bei so manchem Betriebsrat." (Junge Welt, 28.1.2004) "Die Gewerkschaft kämpft um ihre Funktion im Kapitalismus und damit gegen die ArbeiterInnen." (Wildcat, a.a.O.)

Insgesamt wird wenig danach gefragt, ob nicht nur bei den Gewerkschaftsoffiziellen viel an "Verständnis" fehlt, sondern wie das bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung und besonders bei der Masse der Gewerkschaftsmitglieder mit dem "Verständnis der Erfordernisse in einem globalisierten Markt" etc. eigentlich aussieht. Es wird wenig danach gefragt, wie die Masse der Mitglieder ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft sieht, im Unterschied zu Gruppen von AktivistInnen, von Vertrauensleuten, von verschiedenen Kräften im Apparat oder den SpitzenfunktionärInnen. Ich denke, wir müssten aufhören, von "der Gewerkschaft" zu reden. "Wir sind doch die Gewerkschaft!" stimmt einfach nicht, da "wir" in den Gewerkschaftsorganisationen eben nicht das Sagen haben. Und umgekehrt: Wenn sich Leute im Kampf als "Gewerkschafter" verstehen, kämpfen sie nicht "um ihre Funktion im Kapitalismus und gegen die ArbeiterInnen".

Als Anregung für eine weiterreichende Debatte möchte ich Manfred Strobels Zusammenfassung seiner Erfahrungen im Kampf bei Opel (2) zitieren: "Frage: ‚Stimmt es, dass der BR gespalten ist in der Frage Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses?` Manni: ‚Es gibt 21 Ja-Sager und 16 Nein-Sager. Beiden ist allerdings eines gemeinsam, dass sie die Belegschaft und ihren Kampf verraten haben. Ja, auch die Nein-Sager! Auch sie haben die Belegschaft entmündigt und gegen die Absprache am 20. Oktober 2004 gehandelt (...) Auch diese Abstimmung macht einmal mehr deutlich, wie notwendig ein Überdenken der Funktionen von Interessenvertretungen ist. Für viele Menschen im Betrieb fängt derzeit das Nachdenken darüber an. Auch, ob eine IG Metall von irgendeinem Nutzen ist für den Kampf gegen die Besitzenden ... Es sind nicht die revolutionären, systemübergreifenden Gedanken, die hier Platz greifen. Nein, es sind die zaghaften Versuche, mit der Ohnmacht aus den vielen, vielen Entmündigungen fertig zu werden (...) Die Bochumer Belegschaft steht allein auf weiter Gegenwehr-Flur. Selbstorganisierung dauert. Die Chance für uns wäre die Solidarität vieler Arbeits-Menschen, denn es ist auch ein Kampf gegen die alten Mitbestimmer-Betriebsrats-Gewerkschafts-Strukturen. (...) Sie müssen wir entsorgen und nicht täglich daran festhalten. (...) Weg mit den Trillerpfeifen und Müllsack-Demos.`"

Dazu meine Antwort: Dass ich die Forderung "Raus aus der IGM!" für wenig hoffnungsträchtig halte, weil ich derzeit nicht ein daraus folgendes lebhaftes und breites Veränderungspotenzial sehen kann, brauche ich wohl nicht betonen. Drin bleiben und weiterzahlen, ohne gemeinsam mit anderen nach Wegen von Bewusstseinsveränderung in Theorie und Praxis zu suchen, finde ich aber auch blöd. Das rotzige Auftreten innerhalb der Gewerkschaftsdebatte, wie es Manni demonstriert hat, ist notwendig. Wir dürfen uns die offizielle Politik nicht mehr gefallen lassen. Aber das hier in Frage kommende und sich deutlich zeigende "Wir" ist eben äußerst vielfältig, mit unterschiedlichsten Positionen zu den wichtigsten Fragen im Kampf gegen den Kapitalismus. Insofern provoziert das "Raus!" meines Erachtens eine nötige Debatte, knüpft aber nur an der Form an, mit großer Hoffnung auf Selbstorganisation, ohne die Fragen und Differenzen und Schwächen derjenigen in die Debatte zu holen, die für eine andere Welt kämpfen und ohne zu erfassen, dass der Selbstorganisation im Opel-Kampf eine langjährige inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der Strukturen vorausging. Das "Raus!" erfasst auch nicht, dass ein wichtiger Teil der "alten Strukturen", nämlich der Vertrauenskörper, ein entscheidendes Belegschaftsorgan bildete. Dass im Zusammenhang mit dem 6-Tage-Streik 28 Kollegen bei Opel-Bochum in die IGM (zum Teil wieder) eingetreten sind, scheint mir ein Beleg für die als wichtig erlebte Erfahrung von Organisation von unten zu sein.

Perspektivdebatte statt Phraseologie

In der Abschlusserklärung der Konferenz der Gewerkschaftslinken in Stuttgart vom 15. Januar 2005 heißt es zu unseren weiteren Perspektiven und Aufgaben: "Wir werden eine Plattform entwickeln und Strukturen aufbauen, um ... eine politische Alternative zur Unterwerfung und Anpassung an dieses System, eine Alternative zum Kapitalismus, seiner Ausbeutung und seiner Krisen zu entwickeln." Daran, dass man sich wirklich an diese Arbeit macht, kann man kaum noch glauben. Das bleibt eher eine bekenntnishafte Leer-Formel, müsste der Streit doch schon an der Behauptung aufgenommen werden, dass die Massenerwerbslosigkeit "nur über die Verteilung der Arbeit durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich wirksam bekämpft werden (kann)". In der Wildcat heißt es zur Bedeutung des Opel-Streiks: "Beim Streik zeigt sich durch selbstorganisiertes Zusammenkommen und Kollektivität in der Fabrik der Hauch einer neuen Gesellschaft (...) Nur in einer neuen selbstständigen Bewegung kann sie die notwendigen Erfahrungen machen und neue Möglichkeiten entdecken ... Die aktuelle Klassenkonstellation lässt Raum für eine neue ArbeiterInnenautonomie. Diese kann nur in einem Kampf erlebt werden." (Wildcat, a.a.O.) Aber entsteht durch solche Kämpfe sozusagen automatisch die Vorstellung einer anderen Produktionsweise, die reale Hoffnung auf eine andere Welt? Kommt eine solche Debatte "automatisch" in Gang? Müssen wir nicht auch die riesige Solidarität, die während des Opel-Kampfes bewiesen wurde, neu diskutieren, und zwar nicht nur als Verteidigungsverbesserung, sondern als Chance für ein weitergehendes Zusammenrücken, für gemeinsame Absprachen darüber, wie eine "andere Welt" möglich und erreichbar wäre?

Wolfgang Schaumberg

Anmerkungen:

1) Bei dem Text handelt es sich um die stark gekürzte Fassung eines Redebeitrags, der in express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 2/2005 erschienen ist.

2) Manfred Strobel ist ebenfalls GoG-Aktivist. Das Interview ist im express vom Dezember 2004 erschienen.

6. Tarifreform statt Tarifrunde. Im Öffentlichen Dienst gilt ein neues Tarifrecht

Autor: Hugo Claus · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:14

Anfang Februar einigten sich die Gewerkschaften, der Verband kommunaler Arbeitgeber sowie der Bund auf einen "Tarifvertrag öffentlicher Dienst" (TVöD). Fast genau zwei Jahre nach der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist die damals vereinbarte Absicht einer "Reform des Tarifrechts" verwirklicht worden - mit zweifelhaftem Erfolg.

In der Tarifrunde 2003 hatte sich ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern auf eine so genannte Prozessvereinbarung verständigt. Damit hatten sich die Tarifparteien auf ein Verfahren für die Verhandlungen zur Reform des Tarifrecht im öffentlichen Dienst festgelegt. Mit diesem Verfahren wurden von vornherein Strukturen geschaffen, die auf einen Modernisierungskonsens mit der Arbeitgeberseite ausgerichtet waren und nicht auf die konflikthafte Durchsetzung tariflicher Interessen. Die intensiven Gespräche in "Projekt- und Lenkungsgruppen" hatten eine Eigendynamik entwickelt, bei der selbst den beteiligten ver.di-FunktionärInnen nicht immer klar war, welche tarifpolitischen Interessen welche Priorität haben sollen. Die Gewerkschaftsmitglieder spielten bei diesem Procedere nur eine Statistenrolle. Chancen für eine zumindest punktuelle Mobilisierung wurden nicht genutzt. Die Konfliktpunkte waren kaum transparent und wurden überdeckt mit der allgemeinen Absichtserklärung, ein neues, modernes, klares und einheitliches Tarifrecht zu schaffen. Für ver.di war das Vorhaben "Tarifreform" so vorrangig, dass man Ende 2004 auf eine Tarifrunde und die rechtzeitige Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife verzichtet hat.

Auch im öffentlichen Dienst stehen die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen schwer unter dem Druck: Personalabbau, Ausgliederung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie Tarifflucht von Kommunen und auch Ländern (Berlin, Hessen) mögen als Hinweis ausreichen. Trotz der laufenden Gespräche zur Reform des Tarifrechts hatten die öffentlichen Arbeitgeber bereits im Sommer 2003 die Tarifverträge zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekündigt, ohne dass ver.di daraus Konsequenzen gezogen hätte. Nachdem die wöchentliche Arbeitszeit für Beamte auf 40 - 42 Stunden erhöht worden war, haben die Länder im April 2004 auch die tariflichen Regelungen zur wöchentlichen Arbeitszeit gekündigt. Ver.di hatte daraufhin immerhin die Verhandlungen mit der "Tarifgemeinschaft der Länder" abgebrochen, doch die tarifpolitische Lage wurde dadurch nicht einfacher. Mit dem Bund und den kommunalen Arbeitgebern wurde weiter verhandelt, die Länder waren "außen vor" (und sind es immer noch). Im September 2004 drohten die Kommunen damit, ihre tarifvertraglichen Kündigungsmöglichkeiten (bei der Arbeitszeit) zu nutzen, falls ver.di den Lohn- und Gehaltstarif kündigen sollte. Hier wurde der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Entgelt auf der einen Seite und der Reform der manteltariflichen Regelungen (inklusive Entgelttabelle) auf der anderen ganz deutlich.

Weniger Geld, mehr Arbeit oder wie oder was?

Arbeitgeber und Gewerkschaften hatten zumindest in einem Punkt ein gemeinsames Interesse, nämlich bei der Vereinfachung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst. Trotzdem ist auch das jetzige Regelwerk hochkomplex. So geht es beispielsweise um so unterschiedliche Themen wie Flexibilisierung der Arbeitszeit, neue Eingruppierungsmerkmale, Aufbau der Entgelttabelle (z.B. Staffelung nach Erfahrungs- statt Lebensaltersstufen, leistungsbezogene Vergütungsbestandteile), Besitzstandsregelungen, besonderer Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall u.v.m. Auf jeden Fall ist der Tarifabschluss vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Defensive zu sehen.

Entgegen anders lautender Veröffentlichungen läuft das Ergebnis trotz der Einmalzahlungen im Tarifgebiet West von jährlich 300 Euro auf eine Nullrunde hinaus. Im Osten findet dagegen eine Tarifangleichung statt. Die leistungsbezogenen Entgeltbestandteile werden nicht nur den Personalräten in der Praxis noch viel Ärger bereiten, sondern sollen auch aus der vorhandenen Gehaltssumme finanziert werden. Mit der Flexibilisierung von Arbeitszeiten werden die Arbeitgeber weniger Überstundenzuschläge zahlen müssen.

Strategisch besonders kritisch ist aber die Einführung einer (untersten) Entgeltgruppe 1 für "einfachste" Tätigkeiten mit 1.286 bis 1.440 Euro monatlichem Bruttogehalt zu sehen. Hier hat sich ver.di auf den Versuch

eingelassen, Privatisierungsbestrebungen mit Niedriglöhnen zu begegnen. Aber eine solche Tarifkonkurrenz kann nur eine Abwärtsspirale von Lohndumping zur Folge haben. Die Forderung nach einem Mindestlohn wird dadurch sicherlich nicht gestärkt. In der Arbeitszeitfrage ist die Ausgangslage nach Abschluss des TvöD nicht so ungünstig, wie zu befürchten war: Für den Bund ist eine 39-Stunden-Woche vereinbart worden.

Verhandlungen aus der Defensive

Das bedeutet zwar im Westen eine Verlängerung von einer halben, im Osten aber eine Verkürzung um eine Stunde pro Woche. Für die Kommunen bleibt es bei der 38,5-Stunden-Woche, doch es wurde eine Öffnungsklausel festgelegt, nach der unter bestimmten Voraussetzungen für einzelne Kommunen eine Verlängerung auf bis zu 40 Wochenstunden möglich ist. Für die "Tarifgemeinschaft der Länder" sind diese Festlegungen zur Arbeitszeit ein wesentlicher "Knackpunkt" bei der Übernahme des "Tarifvertrages öffentlicher Dienst".

Generell gilt: Nach Abschluss des TvöD müssen die Strategie- und Mobilisierungsprobleme in ver.di offen und selbstkritisch aufgearbeitet werden. Es gilt, die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit zu stärken. Anders wird es kaum möglich sein, Widerstand gegen Privatisierungsvorhaben, Arbeitszeitverlängerung und Aushöhlung des Tarifvertrags zu leisten. Ob das neue Tarifrecht in den Betrieben und Verwaltungen aus gewerkschaftlicher Sicht erfolgreich umgesetzt wird, wird davon abhängen, ob es gelingt die Beschäftigten zu beteiligen bzw. zu mobilisieren und so ein Stück aus der Defensive heraus zu kommen. Mit Lenkungs- und Projektgruppen ist das nicht getan.

Hugo Claus

7. Handreichungen zum Klassenkampf. Vom Mythos der "Lohnnebenkosten"

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:38

Zu den bestgepflegten und propagierten Mythen von Neoliberalismus und Agenda 2010 gehören die "zu hohen Lohnnebenkosten", die gerade in Deutschland Arbeit "zu teuer" machten und daher Hauptursache für Erwerbslosigkeit und Krise seien.

Insbesondere die drastischen Einschnitte bei den Sozialversicherungssystemen, Leistungskürzungen und Abwälzungen auf die privaten Portemonnaies, werden damit begründet, dass unbedingt "die Lohnnebenkosten" gesenkt werden müssen. Gemeint sind mit diesem Schlagwort die Beiträge zu den Sozialversicherungen, die Unternehmen und Beschäftigte zu gleichen Teilen tragen müssen. Suggeriert wird dabei, als handele es sich um Kosten, die zusätzlich, eben "neben" den eigentlichen Lohnkosten auftreten. Und hierin liegt der erste Teil der Propagandalüge. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen - und zwar auch die Arbeitgeberanteile - sind faktisch Lohnbestandteile. Das Arbeitnehmerentgelt, so wie es u.a. auch vom Statistischen Bundesamt erfasst wird, setzt sich zusammen aus den Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit sowie den Beiträgen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung. Wer also eine "Senkung der Lohnnebenkosten" fordert, fordert letztlich nichts anderes als eine Lohnsenkung.

Die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sind Teil des "Soziallohns". Sie sind als solche auch Kostenfaktoren für die Unternehmen, unterscheiden sich dabei allerdings in keiner Weise von anderen Lohnbestandteilen. Auf Seiten der abhängig Beschäftigten ist der Soziallohn direkter Teil der Nachfrage: in Gestalt ausgezahlter Renten oder Leistungen der Krankenversicherung oder in Gestalt von Sachleistungen wie etwa Rollstühle. Eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge ist deshalb ein direkter Einkommensraub auf Seiten der ArbeiterInnen und Angestellten, sei es, dass sie entsprechende Leistungen jetzt privat aus dem Nettolohn finanzieren müssen, sei es dass sie Leistungskürzungen hinnehmen müssen oder sei es, dass sie mehr arbeiten müssen: Die Pflegeversicherung z.B. wurde durch die Streichung des Buß- und Bettages als Feiertag finanziert. Eine Senkung der "Lohnnebenkosten" ist von daher in etwa vergleichbar mit einer zusätzlichen Steuer ausschließlich auf Löhne und Gehälter.

Die Klagen über angeblich zu hohe Lohnnebenkosten ist also nichts anderes als eine Klage über zu hohe Löhne - eine Klage, die zum Kapitalismus gehört wie das Amen zur Kirche. Man muss gar nicht das klassische linkssozialdemokratische und gewerkschaftliche Argument der Nachfrage bringen, um den Realitätsgehalt der Unternehmensklagen anzuzweifeln. Es gehört zum Einmaleins unternehmerischer Kostenrechnung, dass Kosten immer relativ sind, relativ zur Produktivität und relativ zu den Gewinnen. Je 100 Euro Lohnkosten ist die Wertschöpfung der lohnabhängig Beschäftigten in Deutschland von 1980 bis 2003 von 153 Euro auf 171 Euro gestiegen, ein Anstieg von fast zwölf Prozent. In ähnlichen Größenordnungen bewegte sich im letzten Jahr der Anstieg der Unternehmensgewinne: elf Prozent, der rasanteste Anstieg seit mehr als 20 Jahren. Die Klagen aus dem Unternehmerlager haben also wenig mit realen Problemen zu tun. Löhne sind für Unternehmen immer "zu hoch", egal wie sich Produktivität und Gewinne entwickeln. Die Höhe von Löhnen und Lohnbestandteilen hat deswegen wenig mit irgendwelchen ökonomischen "Gesetzmäßigkeiten" zu tun, wie es die Wirtschaftswissenschaft immer wieder behauptet. Löhne waren und sind in erster Linie "politische" Löhne, Reflex der jeweiligen Stärke von Unternehmen einerseits und ArbeiterInnen andererseits.

Richtig ist, dass die Sozialversicherungsbeiträge in den letzten 20 Jahren von durchschnittlich 16 Prozent auf über 20 Prozent gestiegen sind, ein stetig höherer Teil des Lohnes also in die Finanzierung der Sozialversicherungen fließt. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass die so genannte Lohnquote, der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt, kontinuierlich auf den niedrigsten Stand seit 1970 gesunken ist. Hierin spiegelt sich sowohl die politische Schwäche von Gewerkschaften, ArbeiterInnen und Angestellten als auch die anhaltende Massenerwerbslosigkeit und die Zunahme sozialversicherungsfreier und selbstständiger Beschäftigung. Die Lasten der Sozialversicherungen fallen somit auf einen beständig kleineren Kreis von Beschäftigten, und deren Belastung pro Kopf nimmt zu. Nicht unwichtig in diesem Zusammenhang sind auch die Kosten der Wiedervereinigung, die in erheblichem Maße aus den Sozialversicherungssystem bezahlt

worden sind. Um drei Prozent könnten die Beiträge heute niedriger sein, wenn die Wiedervereinigung mit Steuern finanziert und damit nicht nur von den Lohnabhängigen bezahlt worden wäre.

dk

Quelle: "Mythos ‚Lohnnebenkosten`", Wirtschaftspolitische Informationen 1/2005, ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik, Februar 2005

8. Neonazi ermordet Punk. Neonazistische Gewaltwelle in Dortmund fordert erstes Todesopfer

Autor: Antifa-Gruppen aus NRW · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:32

Am 28. März wurde in Dortmund der Punk Thomas S. von einem Neonazi erstochen. Am 2. April versammelten sich weit über 3000 Menschen in Dortmund, um an den ermordeten Punk Schmuddel zu erinnern. Im folgenden dokumentieren wir eine öffentliche Erklärung, die von verschiedenen antifaschistischen Gruppen aus 37 NRW-Städten verfasst wurde.

Am Abend des 28. März 2005 wurde der Punk Thomas in der U-Bahn-Station Kampstraße in Dortmund ermordet. Selbst die Polizei - im Regelfall mehr als zurückhaltend mit derartigen Verlautbarungen - rechnet den Täter öffentlich der extrem rechten Dortmunder Szene zu. Die Neonazi-Szene indes zeigt sich selbstbewusst, droht gar mit weiteren Angriffen. Antifaschistinnen und Antifaschisten aus NRW rufen dazu auf, sich den Neonazis offensiv entgegenzustellen.

Die Dortmunder Neonazi-Szene hat sich eindeutig zu dem Mörder bekannt. Den 17-Jährigen bezeichneten sie als ihren "Kameraden" aus Dortmund und besorgten ihm sofort einen Rechtsanwalt. In der Nacht vom 30. auf den 31. März folgte die nächste Attacke, dieses Mal auf die Mahnwache an der Kampstraße. Ein 23-jähriger einschlägig vorbestrafter Neonazi drohte bereits am Nachmittag gegenüber einem Punk: "Ich stech Dich auch ab", ehe er nachts die an der Mahnwache anwesenden Punks mit einem Messer angriff. Verletzt wurde glücklicherweise niemand; die Polizei konnte den Täter stellen.

Doch die Dortmunder Neonazi-Szene geht noch weiter und droht auf in Dortmund offen verklebten Plakaten: "Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben." Presserechtlich verantwortlich für diese Plakate ist der Neonazi Axel Reitz aus dem Kölner Raum. Die Plakate dürften aber von der Dortmunder Neonazi-Szene erstellt worden sein. In der Gaststätte "Deutscher Hof" auf der Dortmunder Mallinckrodtstraße feierte die Dortmunder Neonazi-Szene drei Tage vor dem Mord den Jahrestag der Gründung der Nazi-Hooligan-Gruppe "Borussenfront" um Siegfried ("SS-Siggi") Borchardt. Trotz Anwesenheit der Polizei konnten mehrere Neonazis einen Migranten verprügeln. Im späteren Verlauf des Abends wurden 23 Neonazis nach Auseinandersetzungen mit der Polizei in Gewahrsam genommen, trotzdem kann laut Polizei "zum gegenwärtigen Stand der Ermittlungen nicht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund ausgegangen werden". Zusammenkünfte wie diese nutzen die Neonazis auch zur Rekrutierung ihres Nachwuchses. Ebenso wie der Mörder, so war auch der jüngste am Freitagabend verhaftete Neonazi gerade einmal 17 Jahre alt.

Dortmunder Neonazi-Szene immer aktiver

Die Dortmunder Neonazi-Szene ist in den letzten Jahren immer aktiver geworden und hat stetig und erfolgreich Nachwuchs angeworben. Aktuelle Kristallisationspunkte sind die "Kameradschaft Dortmund" um Siggi Borchardt, Karin Lenzdorf, Erich Dombrowski und Katja Jarminowski, die "Autonomen Nationalisten östliches Ruhrgebiet" (a.n.ö.r) um Dennis Giemsch und "Didi" Surmann sowie der Kreis um den Brechtener Frontmann der Neonazi-Band "Oidoxie", Marko Gottschalk. Die Dortmunder Szene dürfte derzeitig die stärkste Neonazi-Szene in NRW darstellen. Laut Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes (VS) in seinem Jahresbericht über das Jahr 2004 besteht der feste Kern der Aktivisten aus "etwa 30 Personen", der "bis zu 80 Personen mobilisieren kann", und dieses kurzfristig. Bei den Zahlen des VS ist das sympathisierende Szene-Umfeld nicht mitgerechnet.

Auf allen wichtigen bundesweiten Events der Neonazi-Szene sind Dortmunder Neonazis anzutreffen. Regelmäßig treten sie auch durch eigene lokale und regionale Demonstrationen und Kundgebungen in Erscheinung. Kameradschaftsabende, der Besuch auswärtiger und eigener Konzertveranstaltungen sowie andere "gesellige" Veranstaltungen gehören zum Szene-Alltag ebenso wie das Anpöbeln von missliebigen Personen sowie körperliche Angriffe. Vor Mord wird hierbei nicht zurückgeschreckt.

Dass das neonazistische Weltbild seine gewalttätige Umsetzung auch in Dortmund erfährt, zeigt sich schon länger. So stammte Michael Berger, der im Sommer 2000 drei Polizisten ermordete ebenso aus der Dortmunder Szene, wie diejenigen, die lokale Gedenkstätten verwüsteten, einen Anschlag auf die Ausstellung

über die Verbrechen der Wehrmacht verübten und auf Neonazi-Veranstaltungen im Ausland offen zum militanten Kampf gegen "das Judentum" aufrufen, wie es der heute in den Niederlanden lebende Michael Krick bei jeder sich bietenden Gelegenheit macht.

Der Mord am Montagabend und der Messerangriff zwei Tage später sind Teil einer seit Jahren anhaltenden neonazistischen Gewaltwelle, der jederzeit alle zum Opfer fallen können, die nicht in das neonazistische Weltbild passen.

Antifa-Gruppen aus NRW

9. Skandal-Urteil in Sachsen-Anhalt. Erneuter Freispruch für den Mörder von Helmut Sackers

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:41

Am 4. April sprach das Landgericht Halle den Ex-Naziskinhead Andreas S. von der Anklage der Körperverletzung mit Todesfolge frei, nachdem der Bundesgerichtshof (BGH) das gleich lautende Urteil des Landgerichts Magdeburg vom November 2000 aufgehoben und zur Verhandlung nach Halle verwiesen hatte. Damit bleibt auch im Revisionsprozess der Tod von Helmut Sackers ungesühnt, der sterben musste, weil er das Horst-Wessel-Lied nicht hören wollte.

Wie Hohn musste es in den Ohren der Angehörigen von Helmut Sackers geklungen haben, dass das Landgericht Halle bei der Urteilsverkündung ausdrücklich dessen Zivilcourage lobte, am Ende aber doch den Täter zum zweiten Mal freisprach - trotz erwiesener Falschaussagen: "Der Umstand, dass der Angeklagte in mehrfacher Hinsicht wahrheitswidrige Angaben gemacht hat", so der Vorsitzende Richter Hans Lilie, "reicht für eine Verurteilung nicht aus." Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Sackers Andreas S. angegriffen habe.

Am Abend des 29. April vor fünf Jahren wählte der Rentner Helmut Sackers den Notruf der Halberstädter Polizei. Um 22 Uhr wird das Gespräch dort automatisch aufgezeichnet: "Bei uns im Haus werden Nazi-Lieder gespielt, Horst-Wessel-Lied, ganz laut." Eine Polizeistreife machte sich auf den Weg. Vor Ort wollen die Beamten nichts von Nazi-Musik gehört haben. Sie hätten die Texte nicht verstehen können, gaben sie später an. Die Beamten ermahnten Andreas S., der in der Wohnung über Sackers wohnt, die Musik leiser zu drehen. Sackers drohte für den Wiederholungsfall mit einer Strafanzeige. Eine Stunde später war er tot. Verblutet an vier Messerstichen im Treppenhaus des Plattenbaus.

Andreas S. behauptete in "Notwehr" zugestochen zu haben. Er sei im Treppenhaus gewesen, um einen Freund zu verabschieden. Im Eingangsbereich habe Sackers seinen Hund auf ihn gehetzt und ihn mit Schlägen attackiert. Im November 2000 kommt Andreas S. mit dieser Version vor dem Landgericht Magdeburg durch. Am Ende plädiert sogar die Staatsanwaltschaft auf Freispruch.

Anhaltspunkten für eine rechtsextreme Motivation der Tat wurde nicht nachgegangen. Dass bei Andreas S. über 80 CDs mit Nazi-Musik, Kassetten und Videos, in denen offen zum Mord an "Roten" aufgerufen wird, und 90 aktuelle Hefte mit Neonazi-Propaganda in der Wohnung gefunden wurden, hatte für das Landgericht Magdeburg keinerlei Bedeutung. Auch dass der heute 33-Jährige Anfang der 1990er Jahre im Umfeld einer rechten Clique verkehrte, die Linke und Ausländer angriff, spielte keine Rolle.

Nach dem Freispruch strengte die Familie des Opfers mit Unterstützung der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt vor dem BGH ein Revisionsverfahren an. Der BGH hob im Sommer 2001 das Urteil auf. Am 31. August 2004 begann der Revisionsprozess vor dem Landgericht Halle. Doch auch hier wurde Helmut Sackers die Anerkennung als Opfer rechter Gewalt versagt. Erneut blieb der rechtsextreme Hintergrund der Tat weitestgehend ausgeblendet. Beweisanträge der Nebenklage, das bei Andreas S. gefundene rechte Propagandamaterial im Prozess zu verwerten, ließ das Gericht nicht zu.

Die Strafkammer des Landgerichts Halle stellte fest, Andreas S. habe den 60-Jährigen im Treppenhaus als "Kommunist" bezeichnet, ihm mit zwei gezielten Faustschlägen ins Gesicht geschlagen, wobei Helmut Sackers das Nasenbein brach, und anschließend vier Mal auf ihn eingestochen. Als unwahr bewertete das Gericht die Behauptung des Angeklagten und seiner Ehefrau, Sackers habe seinen Hund auf ihn gehetzt. Es schloss sich damit einem Sachverständigen an, der die Aussage von Sackers' Lebensgefährtin bestätigte, dass das relativ kleine, übergewichtige und zudem eher ängstliche Tier dazu gar nicht in der Lage gewesen sei.

Detailliert wies das Gericht in sieben Punkten nach, dass Andreas S. und seine Frau - die einzige Entlastungszeugin des Angeklagten - die Unwahrheit gesagt hatten; lediglich im entscheidenden Punkt hielten die Richter die Aussage des Angeklagten für glaubhaft: Er habe Angst gehabt, von dem unbewaffneten und ihm körperlich unterlegenen Rentner die 1,43 m hohe Kellertreppe hinunter gestoßen zu werden. Das Gericht befand auf einen "intensiven Notwehrexzess", da der Nazi-Skin womöglich aus Panik zugestoßen habe, weil er

schon als Kind misshandelt worden sei und sich in einer "labilen psychischen Situation" befinde, seit er 1991 von einem Unbekannten mit einem Messer verletzt worden sei. Vor diesem Hintergrund fand es dann das Gericht auch nicht ungewöhnlich, dass Andreas S. ein 15 cm langes Messer mit sich führte, obwohl er angeblich nur einen Freund verabschieden wollte.

"Das Gericht hat in seiner Urteilsbegründung keinen einzigen Grund für den vom Angeklagten behaupteten Angriff Helmut Sackers auf den 30 Jahre jüngeren Mann genannt", kritisiert Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Vertreter der Nebenklage. "Dass das Gericht dann aber davon ausgeht, der Angeklagte habe ausgerechnet im Kernbereich des Tatgeschehens die Wahrheit gesagt, ist nicht nachvollziehbar", so Kaleck. Die Mobile Opferberatung ergänzt: "Das Urteil des Landgerichts stempelt das zivilcouragierte Opfer eines Neonazis zum Täter."

Selbst Bundespräsident Wolfgang Thierse bezeichnete das Urteil als skandalös. Es sei eine Entmutigung für alle, die mit Courage gegen Rechtsextremisten angehen wollen. Und der Skandal geht weiter: Die Angehörigen von Helmut Sackers haben nun die Gerichtskosten, die sich auf bis zu 20.000 Euro belaufen können, selbst zu tragen. Da der Täter nicht verurteilt wurde, besteht kein Anspruch auf Unterstützung aus dem Opferfonds der Bundesregierung.

mb.

Um die Kosten der Nebenklage zu decken, ruft die Mobile Opferberatung zu Spenden auf: Miteinander e.V., Konto-Nr.: 535353, Bank für Sozialwirt-schaft Magdeburg, BLZ: 810 205 00, Verwendungszweck: Opferfonds/Revision Halberstadt.

Nebenstehende Bildtafel ist der Wanderausstellung "Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland" von Rebecca Forner entnommen. Weitere Informationen zur Ausstellung unter:

www.opfer-rechter-gewalt.de

10. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:13

"Online-Durchsuchungen": Unabweisbar erforderlich

"Online-Durchsuchungen" sind im Kampf gegen organisierte Kriminalität "unabweisbar" erforderlich, so Manfred Hofmann von der Bundesanwaltschaft. Es sei kein "staatliches Hacking", schreibt er in der Neuen Zeitschrift für Strafrecht, sondern eine zulässige Ermittlungsmaßnahme, wenn Strafverfolger sich mit Spezialsoftware in Computer mutmaßlicher Straftäter einschleusten - etwa mit einem Troianischen Pferd - um verdeckt deren Festplatte zu durchsuchen. Die Heimlichkeit der Maßnahme verstoße nicht gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens, sondern sei im Hinblick auf die Pflicht zur Erforschung der Wahrheit und dem Gebot der effektiven Strafverfolgung sogar vielmehr geboten. Auch sei die Online-Durchsuchung milderes Mittel gegenüber der klassischen Durchsuchung, da weder die gesamte Wohnung durchsucht, noch die Computerhardware für einen längeren Zeitraum beschlagnahmt werden müsse. Wir lernen: Die wahren Menschenfreunde sitzen in Karlsruhe.

Festnahmen wegen radikal

Seit Mitte der 1970er Jahre jagt der Staatsschutz die MacherInnen der Zeitschrift radikal. Nun schlug der Staatsschutz erneut zu. Am 8. März beschlagnahmte die Berliner Polizei nach Pressemeldungen angeblich eine komplette Ausgabe, weil darin eine detaillierte Bauanleitung zur Herstellung von Brandsätzen abgedruckt worden sein sein. Ein 44-Jähriger aus Pankow, der für den Vertrieb verantwortlich sein soll, sowie sein 22-jähriger Sohn, wurden festgenommen. Der Mann soll laut Polizei bereits früher als "Kontaktperson zu Linksextremisten und Terroristen" in Erscheinung getreten sein. Gegen ihn läuft jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen "Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens" wegen des Abdrucks der Brandsatz-Bauanleitung. Die 500 Exemplare der Zeitschrift lagerten in einer Kleingartenanlage in Karlshorst. Polizisten und Beamte eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) durchsuchten auch Büros des Mannes in einem Gewerbehof in der Kreuzberger Curvrystraße. Die beiden Festgenommenen wurden bereits am nächsten Tag wieder freigelassen. Trotzdem durchsuchten Tage später noch einmal Experten des Bundeskriminalamtes die Gartenlaube in Karlshorst.

Telefonüberwachung

Die Telefonüberwachungen sind nach den neuesten Zahlen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post auch im Jahr 2004 weiter stark angestiegen. Die Telekommunikationsunternehmen haben der Regulierungsbehörde für das Jahr 2004 insgesamt 29.017 Anordnungen nach §§ 100a, 100b Strafprozessordnung gemeldet. Im Jahr 2003 waren es 24.501, 2002 21.874 und 2001 19.896 Anordnungen. Im Verhältnis zum Jahr 1995 mit damals lediglich 4.674 Anordnungen bedeutet dies eine Zunahme von mehr als 500 Prozent in weniger als einem Jahrzehnt.

"Kriminelle Vereinigung" im Hamburger Schanzenpark

Die Proteste gegen einen geplanten Hotelneubau im Hamburger Schanzenpark halten seit Monaten an. Nun sieht der Hamburger Staatsschutz sogar eine "kriminelle Vereinigung " am Werk. In den frühen Morgenstunden des 16. März durchsuchten Fahnder des Landeskriminalamts (LKA) elf Wohnungen und Fahrzeuge von vermeintlichen HotelgegnerInnen wegen des Vorwurfs der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB). Im Verlauf der Staatsschutzaktion kam es zu mindestens zwei "Anschlussdurchsuchungen" ohne richterlichen Beschluss mit der Begründung "Gefahr in Verzug". Die richterlichen Durchsuchungsbeschlüsse richten sich gegen sieben Beschuldigte und eine Zeugin und bezogen sich vor allem auf das "Auffinden von Beweismaterial", das Rückschlüsse auf militante Aktionen gegen Gebäude, Institutionen oder Repräsentanten der Investoren und Betreiber zulassen. Die Betroffenen der Razzia - soweit sie angetroffen worden sind - wurden erkennungsdienstlich behandelt und zur Abgabe von DNA-Material gezwungen. Unmittelbarere Auslöser der LKA-Aktion waren offensichtlich ein Farbbeutel-Anschlag auf das Lübecker Mövenpick-Hotel am 3. März und drei weiteren Aktionen am gleichen Tag in Hamburg. Juristisch dürfte der Vorwurf der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" nicht haltbar sein. Laut Gesetz setzt er eine Gruppe voraus, die mehrfach,

fortgesetzt und auf Dauer Straftaten begeht. Drei Anschläge in einer Nacht reichten dafür nicht aus. Doch als Vorwand für weit reichende Ermittlungsbefugnisse, ist der §129 StGB immer gut. Lassen sich mit ihm doch ohne weiteres Durchsuchungen, Telefonkommunikationsüberwachung, Observationen und DNA-Untersuchungen rechtfertigen.

Prozess in Aachen

Am 28. Juni 2004 werden vier Personen aus Spanien und Belgien in Aachen nach einem Schusswechsel mit der Polizei und anschließender Flucht mit Geiselnahme verhaftet. Die vier Verhafteten sind Bart de Geeter, Jose Fernandez Delgado, Gabriel Pombo da Silva und seine Schwester Begoña Pombo da Silva. (vgl. ak 490) Bart de Geeter ist ein 26-jähriger Anarchist aus Belgien. Gabriel Pombo da Silva ist 36 Jahre alt und ein bekennender Anarchist, der 20 Jahre im spanischen Knast einsaß. Im Oktober letzten Jahres kehrte er nach einem Urlaub nicht mehr in den Knast zurück und flüchtete aus Spanien. Der 44-jährige Jose Fernandez Delgado saß 24 Jahre in Spanien im Knast und kommt ebenfalls aus der spanischen anarchistischen Bewegung. Auch er flüchtete aus dem Gefängnis und lebte untergetaucht. Begoña Pombo da Silva ist 34 Jahre alt und wohnt in Deutschland. Am 23. März begann nun der Prozess vor dem Landgericht Aachen wegen versuchten Mordes in neun Fällen, zweimaliger Geiselnahme, bewaffneten Überfalls, Planung eines Raubüberfalls und schwerer Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung. Zum Prozessauftakt waren ca. 50 UnterstützerInnen aus Belgien, Deutschland, England, Holland und Spanien gekommen. Aktuelle Informationen zum Prozess und seinen Hintergründen unter: http://www.escapeintorebellion.info

11. Ruhe an der Heimatfront. Geplantes Strafgesetz soll zur Übernahme der Regierungssicht verpflichten

Autor: I. Yunus Soner · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:09

Die Bundesregierung hat PazifistInnen, JournalistInnen, EthnologInnen, ethnischen Minderheiten und anderen möglichen KritikerInnen ihrer Außenpolitik noch einmal einen Aufschub gewährt. Von der regierungsamtlichen Sichtweise abweichende Urteile über ausländische Regime, ihre Machthaber und deren Handlungen dürfen noch geäußert werden. Das Gesetz, mit dem abweichende Bewertungen unter Gefängnisstrafe gestellt werden sollten, ist vorläufig gescheitert.

Die Bundesregierung hatte einerseits Rechtsradikale und Holocaust-LeugnerInnen, andererseits KritikerInnen und ZweiflerInnen an aktuellen Völkermordfällen in aller Welt gleichzeitig ins Visier einer Gesetzänderung genommen. Mit ihrem Gesetzänderungsvorschlag vom 11. Februar sollte nicht nur das Versammlungs- und Strafrecht gegen RechtsextremistInnen verschärft werden, sondern auch eine Ausweitung des Tatbestandes der Volksverhetzung im § 130 des Strafgesetzbuches (StGB). Das Gesetz stellt bisher die Leugnung, Billigung oder Verharmlosung des Holocaust als Volksverhetzung unter Strafe. Diese Bestimmung sollte nach dem Änderungsentwurf zukünftig auf jedweden Völkermord ausgeweitet werden.

Weit reichende Folgen

Demnach sollte zukünftig auch derjenige mit einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe rechnen, der eine Handlung unter einer "anderen Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, leugnet, verharmlost oder rechtfertigt", wenn sie von einem in Deutschland anerkannten internationalen Gericht als Völkermord beurteilt wurde. Damit setzte das neue Gesetz die Leugnung des Holocaust mit anderer Fällen von Völkermord gleich; die Öffentlichkeit würde verpflichtet, sich in Äußerungen über andere Regime und Machthaber an die Urteile der Gerichte zu halten. Weil Völkermord häufig als Begründung für eine militärische Intervention vorgebracht wird, stellte das neue Gesetz somit Kritik und Zweifel an Interventionsgründen unter Strafe.

Lediglich diese Gleichsetzung hat einige wenige kritische Stimmen laut werden lassen. "Indem pauschal und kasuistisch andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit präventiv pönalisiert werden, trüge man zur Relativierung des Holocaust bei", urteilte das Komitee für Grundrechte und Demokratie. Die ehemalige FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärte der Internet-Zeitung ngo-online, nach der Gleichsetzung könnten die Rechten sagen: "Ihr verharmlost ja selbst." In den Ausführungen des Bundesjustizministeriums (BMJ) zur Gesetzänderung hieß es lapidar, für eine strafrechtlich unterschiedliche Behandlung von Äußerungen zum NS-Völkermord und anderen Fällen von Völkermord sei "kein Bedürfnis zu erkennen". Die unterschiedlichen Motive der HolocaustleugnerInnen und ZweiflerInnen am Völkermord beispielsweise in Jugoslawien interessierten die Initiatoren des Gesetzes nicht.

Dass der Änderungsvorschlag zurückgezogen wurde, lag denn auch nicht an kontroversen Debatten im Bundestag oder an außerparlamentarischem Aufschrei. Beides gab es nämlich nicht. Vielmehr erklärte der Innenausschuss des Bundestages, die Ausweitung des Tatbestands der Volksverhetzung werde "zurückgestellt, da der luxemburgische EU-Vorsitz die Beratungen zu dem Entwurf eines EU-Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wieder aufgenommen hat." Das zurückgestellte Gesetz soll mit den Vorgaben des Rahmenbeschlusses zusammen umgesetzt werden. Aufschoben ist also nicht aufgehoben.

Bereits der erste Anlauf zur Ausweitung des Strafrechts war im Februar als bloßer Umsetzungsakt eines internationalen Abkommens präsentiert worden. Das BMJ hatte die Gesetzänderung als "innerstaatliche Umsetzung der Vorgaben" eines internationalen Abkommens vorgestellt. Gemeint ist das "Erste Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersysteme begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art".

Ein genauerer Blick auf die "Vorgaben" zeigt jedoch den legislativen Eifer der Bundesregierung. Während das Zusatzprotokoll sich in Artikel 6, um dessen Umsetzung es geht, explizit auf Computersysteme bezieht, weitet

der Strafrechtsparagraf das Verbot der Leugnung auf alle öffentlichen Formen der Meinungsäußerung aus. Die Gesetzänderung verzichtet zudem auf die im Zusatzprotokoll eingeräumte Möglichkeit, den Straftatbestand auf Fälle zu beschränken, in denen mit der Leugnung von Völkermord ein Aufruf zu Hass, Diskriminierung und Gewalt einhergeht. Und schließlich räumt das Zusatzabkommen den Vertragsparteien das Recht ein, den Artikel "ganz oder teilweise nicht anzuwenden". Daher beurteilt der Rechtswissenschaftler Helmut Pollähne von der Universität Bremen die innerstaatliche Umsetzung "als üblichen Trick, Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem ein rechtlicher Sachzwang konstruiert wird".

Weil das Strafrecht nicht nur die Leugnung des Holocaust, sondern auch aktuelle Fälle von Völkermord einschließt, stellt sich die Frage, wann ein Völkermord vorliegt. Die geplante Neufassung des § 130 StGB nennt als Entscheidungsgrundlage § 6 des Völkerstrafgesetzbuchs. Demnach liegt Völkermord vor, wenn "in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören", Mitglieder dieser Gruppe getötet, geschädigt oder körperlich schädlichen Bedingungen ausgesetzt werden. Die Feststellung des Völkermordes weist das neue Gesetz einem internationalen Gericht zu. Die Zuständigkeit dieses Gerichts muss allerdings von der Bundesrepublik anerkannt sein. Zweifel am Genozid gegen die Herero in Namibia im Deutschen Reich sind somit erlaubt, weil hierzu kein in Deutschland anerkanntes Gerichtsurteil vorliegt. Als Instanzen kommen sowohl ad-hoc-Tribunale wie in Jugoslawien und Ruanda, als auch der Internationale Strafgerichtshof in Frage, dessen Gründung und globale Zuständigkeit die Bundesrepublik aktiv unterstützt. Allerdings muss die Bundesrepublik die Zuständigkeit des Strafgerichtshofes für den jeweiligen Fall anerkennen. Diese Anerkennung kann z.B. verweigert werden, wenn die Regierung die Ansicht vertritt, das angeklagte Land verfolge die Verbrechen selbst.

Offen lässt das neue Strafrecht, ob auch Urteile deutscher Gerichte über Völkermord strafrechtlich bindend sind. Weil diese prinzipiell auch Fälle von Völkermord feststellen können, kann in Folge ihrer Urteile die Meinungsäußerung über ihren Urteilsgegenstand strafrechtlich verfolgt werden.

Berliner Deutungshoheit

Folglich weist das neue Strafrecht den Gerichten die Aufgabe zu, offizielle und für die Öffentlichkeit bindende Geschichtsschreibung zu betreiben. In der Pressemitteilung des BMJ heißt es, durch das gerichtliche Urteil werde sichergestellt, dass "nur das Billigen, Rechtfertigen, Leugnen oder Verharmlosen von als geschichtlich gesichert anerkannten Tatsachen unter Strafe gestellt werden". Das Beispiel des Ministeriums hat es in sich: der Völkermord in Jugoslawien.

Der Angriff der NATO-Staaten auf Jugoslawien 1999 begann mit der Begründung, Serbien betreibe Völkermord gegen die albanische Bevölkerung. Als Beweis diente hierfür unter anderem das Massaker von Racak, bei dem 45 albanische ZivilistInnen angeblich hingerichtet wurden. Später kamen jedoch Zweifel an der Hinrichtung auf, ausgehend von ballistischen Untersuchungsergebnissen vor Ort behaupteten KritikerInnen, es habe sich um eine Gefechtssituation gehandelt. Des weiteren hat der ehemalige Bundeswehrgeneral, Heinz Loquai, während des Krieges Mitarbeiter der deutschen OSZE-Vertretung, wiederholt die systematische Vertreibung der albanischen Bevölkerung bestritten. Beide Aussagen könnten nach der gerichtlichen Bestätigung des Völkermordes als dessen Leugnung ausgelegt werden. Die Folge wäre eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. In diesem Zusammenhang wirkt der von Joschka Fischer vorgetragne Vergleich zwischen dem Holocaust und dem Völkermord in Jugoslawien wie eine Vorwegnahme des neuen Strafrechtsparagrafen.

Eine "geschichtlich anerkannte Tatsache" ist jedoch nicht notwendig in der Vergangenheit zu suchen. Jugoslawien wird lediglich als Beispiel angeführt. Mit dem Kriterium der gerichtlichen Bestätigung sind auch zukünftige Genozidfälle eingeschlossen. So verhandelt der Internationale Strafgerichtshof bereits Fälle von Völkermord in der Zentralafrikanischen Republik, im Kongo und in Uganda. Das Billigen, Leugnen und Verharmlosen dieser Fälle würde nach einem Urteil ebenfalls unter Strafe stehen.

Nach Ansicht von Pollähne sind zahlreiche weitere Fälle von Leugnung oder Verharmlosung denkbar. So könne die Kritik an medialer Übertreibung von Opferzahlen als Akt der Verharmlosung ausgelegt werden. Auch wenn der ethnische Charakter eines Konfliktes bestritten und statt dessen von beispielsweise ökonomischen Interessen der beteiligten Akteure berichtet wird, könne ein Gericht eine Leugnung des Völkermordes ausmachen. Grundlage dafür, so Pollähne, wäre die Leugnung der ethnischen Zerstörungsabsicht. Der

Vorwurf, gewaltsame Konflikte würden stets ethnisiert gedacht, stünde nach dem neuen Recht gegebenenfalls auch unter Strafe. Für eine strafrechtliche Verfolgung müsste nicht einmal der gesamte Konflikt geleugnet werden. Ein Beispiel für das Verharmlosen sieht das BMJ bereits in Zweifeln an "Anknüpfungstatsachen". Gemeint sind damit signifikante Einzelereignisse des Konflikts. Wer von einem Bürgerkrieg statt einem Völkermord spricht, gerät nach Pollähne ebenfalls in den Verdacht der Verharmlosung. Auch sei fraglich, ob die Einschätzung, der Konflikt sei durch fremde Parteien angeheizt worden, nicht eine Rechtfertigung des Völkermordes darstelle. Gefragt wäre in allen Fällen das Urteil der deutschen Strafgerichte.

Nach dem Willen des Gesetzgebers soll jedoch nicht jede private Meinung verfolgt werden. Vielmehr verlangt das Gesetz eine Gefährdung des "öffentlichen Friedens" durch die Meinungsäußerung . Das BMJ bezeichnet in seinen Erläuterungen damit "einen objektiven Zustand allgemeiner Rechtssicherheit sowie das subjektive Bewusstsein der Bevölkerung, in Ruhe und Frieden leben zu können". Die Gefährdung des "öffentlichen Friedens" stellen Staatsanwaltschaften fest. Die Pressemitteilung gibt das Kriterium vor: Demnach ist der öffentliche Friede bei einer "allgemeinen Beunruhigung der Bevölkerung oder Teile von ihr", sowie bei einer Verhöhnung der Opfer des Faschismus gestört.

Maulkorb für AntimilitaristInnen

Auf den ersten Blick etwas verwunderlich, dass Zweifel beispielsweise am Völkermord in Jugoslawien oder die Behauptung, im Sudan werde nicht ethnisch sondern um Öl gekämpft, eine Beunruhigung der Bevölkerung auslösen sollen. Allerdings befinden sich "Teile der Bevölkerung" in diesen Ländern - in Uniform und mit staatlichem Auftrag. Zweifel an ihrem Aufenthaltsgrund, also Zweifel am Krieg gegen die Souveräne vor Ort könnten tatsächlich bei diesen BürgerInnen unter Waffen und ihren Angehörigen eine "Beunruhigung" auslösen. So erklärt Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung: "Mit der Bereitschaft, immer häufiger auf Gewalt als Mittel der Politik zurückzugreifen, wächst für die Bundesregierung auch die Notwendigkeit, massive Proteste der Öffentlichkeit im Bedarfsfall massiv unterdrücken zu können. Das Gesetz ist hierfür sicherlich als ein Instrument gedacht." Gerichte müssten dann nach neuem Gesetz interventionskritische Äußerungen verfolgen, wenn diese die Gründe anzweifeln.

InterventionskritikerInnen und AntimilitaristInnen bleibt derzeit ein schwacher Trost aus der völkerrechtlichen Praxis. Denn auch wenn die "internationale Gemeinschaft" einen Völkermord feststellt und eventuell ein gewaltsames Eingreifen beschließt, gelingt die gerichtliche Ermittlung und Bestätigung des Völkermordes teilweise erst Jahre nach Beendigung des Konfliktes. Und immerhin ist bis zu einem gerichtlichen Urteil Kritik und Zweifel auch nach dem neuen Gesetz erlaubt.

I. Yunus Soner

12. Wir Depressiven. Alain Ehrenbergs Diagnose des "erschöpften Selbst"

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Wissenschaftskritik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:37

Etwa acht Millionen Menschen in Deutschland leiden an leichten, mittelschweren oder schweren depressiven Störungen. Bei den über 65-Jährigen sind es sogar über 20 Prozent. Die Depression ist - nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen - die zweithäufigste Krankheit in westlichen Industriestaaten. Der Konsum von Antidepressiva steigt - auch außerhalb der Gruppe der als eindeutig depressiv Diagnostizierten. Eine sozialpsychologische Erklärung für die Ausbreitung der Depression wie der Antidepressiva liefert Alain Ehrenberg, dessen 1998 in Frankreich erschienenes Buch dort zum Bestseller wurde.

Die sich epidemisch ausbreitenden depressiven Störungen sind, so Ehrenbergs Diagnose in Kürze, der folgerichtige Reflex auf eine Gesellschaft, die in immer größerem Maße von den Individuen fordert, ein kreatives, produktives und flexibles Selbst zu sein. Die Parole: "Machen Sie aus sich die Ich-AG!" (1) bringt die Verbindung aus Wertschätzung und Wertschöpfung des allzeit fähigen Individuums auf den Punkt. Das individuelle Selbst hat im selben Maß eine Aufwertung erfahren, wie bestimmte überkommene Normen - das allüberall zu hörende Lamento vom "Werteverlust" ist nur ein Symptom dafür - an Orientierungskraft verlieren. Die antiautoritären Revolten der 1968er finden darin einen späten und überaus ambivalenten Erfolg: "Authentische" Individualität in Zeichen eines globalisierten neoliberalen Kapitalismus basiert zu einem wesentlichen Teil auf der Fähigkeit zur Selbstvermarktung - bei Versagen droht umgekehrt sozialer Abstieg oder gar Ausschluss. Sowieso lässt sich das Selbst offenbar viel weniger leicht "verwirklichen", als es die Selbstbefreiungsdiskurse der 1970er und 1980er Jahre in Aussicht stellten. Die Folge: Das "sich selbst ähnliche Individuum", so Ehrenberg, bleibt in einem letztlich aussichtslosen Kampf stecken, ganz "es selbst" zu werden. Und wird depressiv.

Von der Neurose zur Depression

Das heutige Bild vom Subjekt unterscheidet sich, wie Ehrenberg zeigt, drastisch gegenüber Freuds Bild zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Analog dazu hat sich auch die vorherrschende Konzeption von Gesellschaft verschoben. Ehrenberg diagnostiziert eine umfassende "Dekonfliktualisierung" im Psychischen wie im Sozialen. Im Rahmen der so genannten "Disziplinargesellschaft" entwickelte sich seit dem 19. Jahrhundert das System der Sozialversicherung sowie die politische Repräsentation antagonistischer gesellschaftlicher Gruppen in Massenorganisationen und Parteien als wesentliche Stützpfeiler von Gesellschaft. So konnte der Klassenkampf gezähmt und Bürgerkrieg verhindert werden. Auf psychischer Ebene entspricht dem bei Freud das Bild vom Subjekt als dauernder Konflikt zwischen Selbst und Selbst, also zwischen Trieben, Wünschen, Begehren einerseits und den im Über-Ich zusammengefassten Regeln, Normen und Gesetzen andererseits. So wie der Konflikt und seine Befriedung die Gesellschaft einte, formen Gehorsam, Disziplin, Gesetz auf der einen und Verweigerung, Lust, Angst auf der anderen Seite aus psychoanalytischer Sicht die Matrix des individuellen Selbst. Geht die Spaltung zwischen dem disziplinierten und dem triebhaften Selbst jedoch zu tief, wird das Individuum "krank", genauer gesagt: neurotisch. Das Verbindungsglied zwischen gesellschaftlichen Institutionen und Selbst bildet im Rahmen des konfliktiven Neurosemodells die Schuld: Die Individuen wissen intuitiv, dass sie (sofern sie nicht gehorchen) "schuldig" sind und unterwerfen sich deshalb "freiwillig" Disziplin und Autorität. Im Gegenzug "sorgt" sich um den Mensch mit seinen Konflikten ein höherstehendes Außen - in Form der gesellschaftlichen Institutionen, der Gesetze und Normen oder der patriarchalen Familie.

Heute jedoch geht es, so Ehrenberg, nicht so sehr darum zu gehorchen, sondern vor allem darum, sich Herausforderungen zu stellen: "Wir stehen in einem Normgefüge, das von uns verlangt, wir selbst zu werden und uns durch unser Handeln selbst zu übertreffen." Selbstmanagement ist mithin Leitformel für das Subjekt der postdisziplinären "Kontrollgesellschaft". Das heutige Individuum fragt eher danach, was möglich ist als danach, was erlaubt ist. Nicht mehr: Habe ich das Recht, dies oder das zu tun, sondern: Bin ich in der Lage, es zu tun? Praktiken der Selbstveränderung, von selbst verordneter dauernder Weiterbildung über Fitnessprogramme bis Coaching gehören inzwischen, so Ehrenberg, zum Alltagsrepertoire des Überlebens. Doch parallel nimmt die Erfahrung der Unzulänglichkeit zu - und damit auch die Depression, die dem bundesdeutschen Ministerium für Bildung und Forschung zufolge ein Zustand der "gefühlten Gefühllosigkeit"

ist, der die Betroffenen irgendwann sogar unfähig zu trauern oder zu weinen sein lässt: Depression, die "tränenlose Trauer". (2)

Gleichzeitig kommt es zu einer Verschiebung der vorherrschenden Konzeption von Gesellschaft: An die Stelle der Kämpfe zwischen sozialen Gruppen tritt die individuelle Konkurrenz und die Ausbalancierung von Konflikten: Die Mediation zwischen Individuen, die allesamt sorgfältig ihr Selbst bewirtschaften, repräsentiert demnach das Idealbild einer Gesellschaft, in der der Antagonismus und damit auch der Konflikt zwischen verschiedenen sozialen Gruppen als Orientierungsrahmen ausgedient hat. Damit einher geht auch ein Paradigmenwechsel innerhalb der Psychiatrie. Orientierte sich die Psychiatrie vordem an der Gegenüberstellung Krankheit/Heilung, so geht es nunmehr um intelligentes Management von Stimmungen, Gefühlen und Störungen - und nicht um ihre Abschaffung. Dieses Management erfolgt zum Beispiel mit Hilfe der so genannten neuen Antidepressiva, die anders als ihre Vorgänger weniger Nebenwirkungen haben, passgenauer verschrieben werden, flexibler und damit bedarfsorientierter eingesetzt werden, kurz: in vielen Fällen effektiv helfen können. Die leichte Handhabbarkeit führt jedoch dazu, dass der Konsum steigt und etwa in England bei einer Einwohnerzahl von 59 Millionen jährlich 24 Millionen Rezepte für Antidepressiva ausgestellt werden (3) - das bekannteste Antidepressivum Prozac ist dort inzwischen zur Alltagsdroge geworden, die längst über den Kreis der im klinischen Sinne Depressiven hinaus zur Verbesserung von Stimmung und Leistungsfähigkeit eingeworfen wird. Die Grenze zwischen "krankem" und "gesundem" Individuum verschwimmt. Ehrenberg pointiert: "Das Individuum von heute ist weder krank noch geheilt. Es ist für unterschiedliche Wartungsprogramme angemeldet".

Nicht zufällig wird die Wirkung und Verbreitung der neuen Antidepressiva gerade auch von links kritisch gesehen. Nahe liegt etwa der Einwand, die "Glückspillen" dienten vor allem dazu, Menschen leistungsfähiger und ausbeutbarer zu machen, indem sie sie auch unter inhumanen Arbeitsbedingungen zufrieden und angepasst bleiben lassen. Oder auch die Befürchtung, es finde auf dem Weg des geringsten Widerstands lediglich eine Korrektur der Wahrnehmung seelischer Probleme statt, die die tiefer liegenden Ursachen der Störungen unangetastet lasse. Ehrenberg fordert aber dazu auf, gerade diese Kritik genauer zu hinterfragen. Liegt dahinter nicht eine bestimmte, vom protestantischen Arbeitsethos gefärbte Moral, getreu dem Motto: ohne Arbeit, Mühe, Leid und Geduld kein Anspruch auf Glück? Konflikte zu vermeiden, mit möglichst wenig Aufwand nach Wohlbefinden zu streben, so Ehrenberg lakonisch, ist jedoch kein objektiv-moralisch zu kritisierendes Defizit, sondern lediglich ein Vergehen gegen ein begrenztes Ideal der Person. Und was den ersten Einwand betrifft: Der umgekehrte Nachweis, dass niedergeschlagene, gehemmte oder ängstliche Menschen besonders rebellisch wären, steht wohl noch aus.

Ohne Arbeit (k)ein Recht auf Glück?

Ehrenberg geht es nun im Gegenzug nicht darum, in das Loblied der Pharmaindustrie auf die "anything-goes"-Pillen einzusteigen, sondern darum, deren Wirkung genau zu untersuchen. Seiner Einschätzung nach helfen die neuen Antidepressiva "gut bis sehr gut" in akuten Krisensituationen, ändern aber langfristig an der Chronizität der Depression wenig, weshalb mit ihrem Erfolg zugleich die Angst vor (psychischer) Abhängigkeit steigt. Allerdings verweist er auch darauf, dass der von KritikerInnen implizit für "besser" gehaltene Weg einer "harten, aber ehrlichen Arbeit am Selbst" durch jahrelange Psychotherapie keineswegs vor Chronifizierung schützt: Oft werde die Therapie zur Endlos-Angelegenheit, in der den PatientInnen zwar interessante Einblicke in ihr Inneres gewährt werden, eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität aber ausbleibt - von "Heilung" ganz zu schweigen.

Ehrenbergs Buch lohnt sich zu lesen, weil er einen wichtigen Paradigmenwechsel darstellt und zugleich Verbindungen aufzeigt zwischen sozialem und psychischem Wandel. Schade ist jedoch, dass der Bereich des sozialen Wandels vergleichsweise kurz kommt. Zwar fällt das Stichwort "Wirtschaftskriegsneurose" und es wird erwähnt, dass in den letzten Jahren Therapien vermehrt aufgrund von Entlassung, Arbeitslosigkeit oder sozialer Unsicherheit angefangen werden. Dies lediglich zu erwähnen, greift jedoch zu kurz.

Ein Rest, der sich entzieht

Inwieweit der von Ehrenberg am Beispiel psychiatrischer Subjektkonzeptionen gezeigte Paradigmenwechsel tatsächlich Effekt von veränderten sozialen Bedingungen, neuen Produktionsweisen oder konkreten ökonomischen Lagen ist, bleibt in seiner Perspektive ausgeblendet. Auch scheint Ehrenberg in gewisser

Weise selbst zu tief in das "post-konfliktive" Paradigma eingetaucht und kann deshalb nicht sehen, dass die Vorstellung vom "Verschwinden des Konflikts" selbst nicht nur Indiz für einen Wandel, sondern zugleich ein spezifischer ideologischer Einsatz im Rahmen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um (politische, kulturelle, ökonomische) Hegemonie ist, der nicht zuletzt dazu dient, soziale Hierarchien zu stabilisieren und den uneingeschränkten Zugriff auf die Potenziale des "Humankapitals" der Individuen zu sichern.

Aus dieser Beschränkung des analytischen Blicks resultieren durchaus auch ein paar Peinlichkeiten: So behauptet Ehrenberg etwa, staatlicher Politik gehe es nunmehr darum, kollektiv das individuelle Handeln zu "erleichtern". Gesellschaftliche Zwänge seien zurückgegangen, psychische hätten statt dessen ihren Platz eingenommen. Böse könnte man sagen, dass eine solche Diagnose mehr über die relativ privilegierte soziale Position des Autors als über irgendeine soziale Realität aussagt. Interessant wäre gewesen zu erfahren, wie sich die offensichtliche Zunahme materieller Zwänge und ökonomischer Exklusionen für eine größer werdende Zahl von Menschen zu den neuen psychischen Zwängen verhält. Ist die Depression z.B. aufgrund faktischer Perspektivlosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Nicht-Repräsentiertsein im öffentlichen Diskurs und die Depression aufgrund mangelnder Selbsterfüllung und -erfahrung tatsächlich ein- und dasselbe Phänomen? Wo stößt das Paradigma vom "erfüllten Selbst" - wie jedes Paradigma - an Grenzen der Glaubwürdigkeit und praktischen Relevanz? Welche Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden hat es, sich der Maxime vom lebenslangen Selbstmanagement zu verweigern - und welche Formen nimmt eine solche Verweigerung an?

Diese Fragen jedoch lassen sich nicht nur gegen Ehrenberg stellen, sondern zugleich an seine Arbeit anschließen - nicht zuletzt deshalb, weil er selbst am Ende davor warnt, irgendein Subjekt-Modell für allmächtig zu halten. In Bezug auf das Individuum sei bei allem Wandel stets eines konstant: ein letzter Rest der unerklärlich bleibt, ein Versagen aller psychologischen oder soziologischen Theorien, eine Leerstelle, die sich entzieht. Das Unbekannte, so Ehrenberg, verlässt den Bereich des Menschlichen nicht, sondern konstituiert ihn; es "verändert sich lediglich - nicht mehr und nicht weniger - und diese Veränderung ist es, zu deren Erhellung der Autor dieses Buches beitragen möchte." Das ist ihm zweifellos gelungen.

Stefanie Graefe

Alain Ehrenberg: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Campus, 305 S., EUR 24,90

Anmerkungen:

1) Zur Herkunftsgeschichte dieser Parole vgl. Christine Resch: Politik als Aufputschmittel oder: Wir machen aus Ihnen eine ICH-AG! In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 23. Jg. (2003), H.87, S. 55-57

2) Bundesministerium für Bildung und Forschung: Es ist, als ob die Seele unwohl wäre ... Depression - Wege aus der Schwermut. Forscher bringen Licht in die Lebensfinsternis; www.gesundheitsforschung-bmbf.de/_media/Depression.pdf

3) Matthias Becker: Ein Land auf Prozac. Die Wochenzeitung, 10.2.05, S. 27

13. Der "Fall" Terri Schiavo. Sterben heute: biopolitisch und medientauglich

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: USA; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:20

Ob Mitteilungen über den Tod Prominenter, gewaltsame Tode in Krimis oder anonymes Sterben in Kriegsgebieten: Sterben ist ein Top-Thema der Medien. Rezensionen über den oskargekürten Film "Das Meer in mir" füllen Zeitungsseiten und Kulturmagazine. Die Geschichte ist nicht frei erfunden. Sie folgt den Aufzeichnungen des 55-jährigen, querschnittgelähmten Ramón Sampedro, der sich vor laufender Kamera das Leben nimmt. Genau mit dieser Szene endet der Film. Und auch der juristische und familiäre Streit um die 41-jährige US-Amerikanerin Terri Schiavo hat für einen Monat die Weltöffentlichkeit beschäftigt.

Knapp zwei Wochen nachdem juristisch legitimiert die Magensonde entfernt wurde, ist Terri Schiavo nach 15 Jahren im Wachkoma verhungert und verdurstet. Ihr öffentlich inszeniertes Leben und Sterben ist weniger eine private Tragödie, als vielmehr ein "Fall", der politische, juristische und bioethische Akteure mobilisiert. Seit Jahren ist die vorsorgliche Planung des eigenen Sterbens in Form von Patientenverfügungen auch hierzulande Thema in Talkshows und Internetportalen. Der Bundestag, eine Gutachter-Kommission zur "Autonomie am Lebensende" und die Justizministerin suchen nach einer kompromissfähigen juristischen Form, um die Einstellung der Basisversorgung wie Ernährung und Flüssigkeit und die Begrenzung der ärztlichen Behandlung bei Schwerstkranken, aber eben keineswegs Sterbenden, zu ermöglichen. In dieser Zeit ist Terri Schiavo "gestorben worden", exemplarisch und mediengestützt. Ihr Leben und Sterben ist eine Art Arena geworden, in der die "Politisierung des nackten Lebens" (Giorgio Agamben) ausgetragen wird.

Inszenierung einer Lebensrettung

Seit bereits sieben Jahren haben sich zahllose Richter in sechs verschiedenen Bezirken, das Parlament von Florida und der Gouverneur Jeb Bush mit der Frage beschäftigt, ob die künstliche Zufuhr von Wasser und Nahrung über eine Magensonde bei Terri Schiavo eingestellt werden darf. Der Ehemann, Michael Schiavo, behauptete in zahllosen Verhandlungen, dass seine Frau weder Gefühle habe, noch willensfähig sei, aber in jungen Jahren mehrfach bekundet habe, in einem solchen Zustand nicht am Leben erhalten zu werden wollen. Die involvierten Gerichte haben diese Auffassung regelmäßig bestätigt, unterstützt von medizinischen Gutachtern. Die Eltern der Patientin waren jedoch gegenteiliger Meinung. Sie haben mehrfach vergeblich versucht, die Vormundschaft des Schwiegersohns gütlich und gerichtlich zu beenden. Ebenso vergeblich haben sie versucht, über Berufungsinstanzen und den Obersten Gerichtshof die Versorgung ihrer Tochter sicherzustellen. Die mediale Dramaturgie spitzte sich zu, als der Richter George Greer Mitte März anordnete, die Magensonde entfernen zu lassen. Ein Eilantrag beim Berufungsgericht Atlanta wurde abgelehnt. George Bush brachte schließlich ein Eilgesetz "für das Leben" ein, das vom Kongress verabschiedet und vom eigens angereisten Präsidenten unterzeichnet wurde. Das Gesetz ebnete den Eltern einen neuen Weg zu einem Bundesgericht, welches aber die Wiederaufnahme der Ernährung endgültig ablehnte.

Diese Inszenierung einer eiligen Lebensrettung war jedoch weniger für die verhungernde Terri Schiavo gemacht. Sie folgte anderen politischen Kalkülen. Die "Kultur des Lebens", die allen voran Präsident George Bush, Floridas Gouverneur Jeb Bush, das führende republikanische Kongressmitglied Tom deLay und sein Kollege Bill First im Senat beschwören, gilt der "christlichen Rechten", die in Sachen Ethik und Moral die Diskurshoheit erringen will. Der "Kulturkampf" zwischen konservativer und liberaler Politik wurde dieses Mal nicht am Beispiel der Abtreibungspraxis, der Homoehe oder der Evolutiontheorie im Schulunterricht ausgetragen, sondern am Beispiel Terri Schiavo. CNN, Fox News und andere Sender potenzierten den "Fall" zum nationalen und internationalen Drama. Zeitungen wie die New York Times oder die Washington Post und Dutzend andere kritisierten die Kongressinitiative als Angriff auf die Gewaltenteilung und das "Selbstbestimmungsrecht" des Individuums.

Tatsächlich wurde mit dem Eilgesetz mehr intendiert als eine weitere symbolische Schlacht um christliche Werte. Die Zuständigkeit der Justiz und der Bundesstaaten sollte in die Knie gezwungen werden. Senat und Kongress sind republikanisch dominiert, die Bundesstaaten und die Justiz jedoch nicht. Für weitere innenpolitische Projekte, beispielsweise die fortlaufende Privatisierung der rudimentären sozialen Sicherung, käme Bush und seinen Mannen geschwächte Bundesstaaten und ihre Gerichtsbarkeit zu pass. Davon

abgesehen: Schon heute haben 46 Millionen US-Bürger keine Krankenversicherungen. Sie brauchen sich um die Frage von Behandlungen heilbarer Krankheiten und aufwendiger Pflege ohnehin keine Gedanken machen. Die "Kultur des Lebens" fegt neoliberal über sie hinweg

Fragwürdige Polarisierungen

Die Eltern Mary und Bob Schindler wollten, das ihre Tochter weiter lebt und sie begründeten dies mit ihrem katholischen Glauben und einer entsprechenden Erziehung ihrer Tochter. Was Terri Schiavo in ihrer Lebenssituation hätte wollen können, erklärt sich dadurch nicht. Aber eine Koalition aus religiösen Führungskräften, Lebensschutzorganisationen und republikanischen Politikern heftete sich an die hoffende und kämpfende Familie. Ein Video der Wachkoma-Patientin im Fernsehen und in eigenen Internetportalen wurde endlos reproduziert. Die Botschaft: Die Verteidigung einer hilflosen Wachkoma-Patientin ist republikanisch und christlich. Als Gegenspieler trat der Ehemann Michael Schiavo auf, der seit sieben Jahren dafür plädiert hatte, seiner Frau ein "Recht zu sterben" zu gewähren. Er wird als säkular orientiert vorgestellt. Regelmäßig in Auftrag gegebene Umfragen von Sendeanstalten haben Mehrheiten für sein Anliegen geschaffen, das allerdings als höchstpersönlicher Todeswunsch der Ehefrau präsentiert wurde. Liberale Richter, erklärte Gegner der republikanischen Politik à la Bush und sozialistische Aktivisten verstärkten diese Sicht. Besser könnte die Inszenierung nicht mal in einer Doku-Soap oder einem Theaterstück sein. Jede Verunreinigung dieser für das Führungspersonal der antagonistischen Fraktionen vorteilhaften Polarität wurde vermieden.

Tatsächlich aber unterstützten auch viele behindertenpolitischen Gruppen, dass Terri Schiavo weiter ernährt wird. Auch der eher links angesiedelte Bürgerrechtler Jesse Jackson setzte sich in diesem Sinne für die Wachkoma-Patientin ein. Und viele, die ebenso entscheiden würden, wie ihr Ehemann, sind Kirchgänger und Republikaner.

Auch der vermeintlich objektiv "aussichtslose" Zustand von Terri Schiavo war tatsächlich alles andere als eindeutig. Zweifel diesbezüglich hatten nicht nur die hoffenden Eltern. Auch neurologische Fachgutachten bestätigten, dass Frau Schiavo als "minimal bewusst" und deshalb als "schwerstbehindert" einzuschätzen sei. Gerichtlich wurde jedoch nicht zugelassen, dass diese Diagnose mit neuen bildgebenden Verfahren überprüft wurde. Und auch die Gutachter, die für das Bundesgericht in Florida diagnostizierten, waren sich nicht einig. Von fünf bestellten Experten votierten nur drei dafür, dass sich die Patientin im dauerhaften, irreversiblen Wachkoma befinde. Das Gericht hielt sich schlicht an die Expertenmehrheit.

Zusätzlich nutzten Bioethiker die Gunst der Stunde, um ihre Kriterien des "Personenseins" zu verbreiten. Diese sollen, sagte Bill Allen von der Universität in Florida im Fernsehen, mindestens an "Bewusstsein" gekoppelt sein. Der exponierte britische Bioethiker John Harris meint sowieso seit langem, dass solche "Nicht-Personen" wie Terri Schiavo getötet werden können, "weil der Tod sie nicht um etwas berauben kann, was sie wertschätzen. Wenn sie nicht wünschen können zu leben, dann kann dieser Wunsch auch nicht frustriert werden durch ihre Tötung." Von da aus ist es nicht weit, öffentlich über die Organgabe von WachkomapatientInnen zu reden. Erst neulich befürwortete Bill Allen diesen Vorschlag, der schon 1997 von international namhaften Bioethikern in der Zeitschrift Lancet diskutiert wurde.

Mit Patientenverfügung wäre das nicht passiert?

Was Terri Schiavo wirklich gewollt haben könnte, wird unbeantwortbar bleiben; ebenso, ob sie in ihrem Leben als Wachkomapatientin etwas empfunden hat. Auch über die Gründe für die Zerwürfnisse in ihrem sozialen Umfeld kann nur spekuliert werden. Unbeantwortbare Fragen haben aber weder in den Medien noch in der Politik einen Platz. Sterbenmachen erfordert Vereindeutigung. Nur dann haben die Expertenkollektive und politischen Akteure ein freies Feld, um die eigenen Interessen und Ideologien gesellschaftlich zu stabilisieren.

Die Frage, ob die Existenz von Wachkoma-PatientInnen gesellschaftlich überhaupt disponibel sein darf, spielt - anders als die so genannte "Patientenverfügung" - in der bundesdeutschen Debatte keine zentrale Rolle. Aber: Diese Menschen sterben gerade nicht in absehbarer Zeit. Wenn sie nicht mehr ernährt werden, ist das kein passives Sterbenlassen sondern ein aktives Be-Handeln, das zum Tode führt. Terri Schiavo hatte keine Patientenverfügung und wurde deshalb als hilflose Patientin gezeigt, die den jeweiligen Zuschreibungen schutzlos ausgeliefert war. Damit wird nahegelegt: Um den weithin demonstrierten Interessen oder Zuschreibungen von Angehörigen zu entgehen, wenn man nicht mehr selbst für sich sprechen kann, ist die

Patientenverfügung als eine Art Konservierung der souveränen Willensperson der einzige Ausweg. So bringt es die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben den Bild-LeserInnen bei: "Terri Schiavo: Dramatisches Gezerre um eine Wachkoma-Patientin. Was hätte sie selbst gewollt? Man weiß es nicht. Terri hatte keine Patientenverfügung. Warten Sie nicht, bis es zu spät ist. Sorgen Sie rechtzeitig vor. Wir sagen Ihnen wie."

Aber ist in gesunden - oder zumindest entscheidungsfähigen - Tagen überhaupt vorstellbar, was in einer möglichen Situation des Wachkomas empfunden und gewollt wird? Eignet sich das nicht verallgemeinerbare Los von Terri Schiavo als Orientierung, um den Umgang mit bewusstseingetrübten und schwerstpflegebedürftigen Menschen verbindlich zu regeln? Wann beginnt die Zeit, in der Therapien für behandelbare Begleiterkrankungen und künstliche Ernährung nicht mehr selbstverständlich sind? Allein beim Wachkoma? Wenn dessen Dauerhaftigkeit zu 90% oder zu 70% sicher ist? Oder bereits bei Prognosestellung? Wenn der Familienetat erschöpft ist oder wenn die neuen Fallpauschalen ausgereizt sind und der Krankenhausetat seinen Tribut fordert?

Dass auch schriftliche Willensbekundungen interpretationsoffen sind für Mutmaßungen und Interessen vieler, ist kein Thema - ebenso wenig wie die sozialen Folgen von Patientenverfügungen, die "Lebenswert-Urteile" über ganze Patientengruppen - im Wachkoma, mit Demenz oder nach Schlaganfall - provozieren und zur Selbstentwertung anleiten. Das zum Mythos geronnene Sterben von Terri Schiavo vereindeutigt das intersubjektive Todesverständnis in Richtung Verfahrenssicherheit für die beteiligten Institutionen und Akteure sowie in Richtung souveräner Willensentscheidung für die betroffenen Individuen. Dieses Todesverständnis ist angefüllt mit sozialen Disziplinierungsmaßnahmen, die vor allem eine sozialverträgliche Bekümmernis um die letzten Dinge meinen, jedoch in Gestalt des Todes als letzter Waffe individueller Autonomie angeboten werden, als "Generator von Individualität".

Der "Fall Schiavo" ist kein Novum. Rechtsanwalt Wolfgang Putz will 30-40 PatientInnen im Wachkoma zum Hungertod verholfen haben. Seit einigen Jahren hat die Bundesärztekammer mit ihren Grundsätzen zur Sterbebegleitung diesem Vorgehen eine berufsethische Fassung verliehen. Die politischen Initiativen von Justizministerium und Bundestag favorisieren diese Praxis auch für Kranke, deren Leiden nicht unumkehrbar ist. Was zählt, ist der "Patientenwille".

Zeitgleich zeigt der erwähnte Film "Das Meer in mir", was Menschen mit schwersten Behinderungen wollen: legal und assistiert sterben. Das Publikum findet den Todeswunsch verständlich und möchte "auch nicht so leben". So verdorrt die Phantasie, wie man auch mit schweren Einschränkungen leben könnte. Ein solcher Wunsch wird zunehmend begründungspflichtig. Das Drama um Terri Schiavo wird schließlich auch verhandelbar machen, ob eine tödliche Injektion nicht akzeptabler und "humaner" ist, als innerhalb von zwei Wochen auf vermutetes Verlangen zu verhungern und zu verdursten.

Erika Feyerabend

14. "Wir waren ja die Tätergeneration." 8. Mai 1945: Erinnerung und Gegenwart. Ein Gespräch mit Herma Römer

Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:19

Geboren 1919 in Hamburg stammt Herma Römer aus einer alten sozialdemokratischen Familie. Nach dem Zweiten Weltkrieg 1946 in die KPD eingetreten, bewegte sie sich auch im Umfeld der alten KPO um Heinrich Brandler und August Thalheimer. 1950 trat sie zusammen mit ihrem Mann aus der KPD aus. Bis heute bezeichnet sich Herma Römer als "Sozialistin". Sie ist im Rahmen der Fördervereins Ravensbrück und des Freundeskreises Weiße Rose aktiv, Kuratorin der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und bis heute berufstätig. Mit Herma Römer sprachen Dirk Hauer und Stefanie Graefe.

ak: Herma, wie hast du persönlich den 8. Mai 1945 erlebt?

Herma Römer: Ich war in Hamburg in der teils ausgebombten Wohnung meiner Schwester in der Schlankreye, das war ein ehemaliger Gewerkschaftsblock. Es herrschte die umgekehrte Situation wie 1933, als die Nazis an die Macht kamen: Damals wurde aus diesem Gewerkschaftsblock quasi über Nacht ein Nazi-Block, was uns damals mit großem Entsetzen erfüllte. Und jetzt versuchten die Leute ebenso von einem Schlag auf den anderen, sich den Engländern anzubiedern.

Wir hatten seit Anfang 1945 auf ein schnelles Ende gehofft, immer wieder BBC gehört, wo sind die Alliierten jetzt, warum noch dieses sinnlose Verteidigen, unglaublich viele Menschen starben noch oder wurden hingerichtet oder erschossen, Widerstandskämpfer und Deserteure, wie wir zuverlässig erfuhren. Der 8. Mai 1945 war nur der letzte Schritt, ich empfand die Situation als wunderbar befreiend, meine Familie, mein ganzes Umfeld, wir haben das eindeutig als Befreiung empfunden.

Wie lange vorher war euch eigentlich klar, dass der Krieg zu Ende gehen würde?

Als Hitler den Russlandfeldzug begonnen hatte. Da war uns vollkommen klar, dass dies über kurz oder lang das Ende sein würde. Dass das Kriegsende unmittelbar bevorsteht, wussten wir, als die Alliierten den Zwei-Fronten-Krieg eröffnet hatten und im Westen wie im Osten immer weiter vorrückten. Dass Hitler Russland nicht besiegen konnte, dass war für uns überhaupt keine Frage. Die Älteren hätten aber nicht gedacht, dass es so lange dauern würde.

Also habt ihr die Rote Armee als Befreier wahrgenommen?

Auf jeden Fall. Aber wir hatten uns nicht vorstellen können, dass die Nazis so weit in Russland einfallen konnten.

Gab es nach dem 8. Mai bei euch Wünsche, Hoffnung auf ein neues Deutschland?

Ja, natürlich. Es gab sofort Kontakte mit kommunistischen Freunden, die aus den Lagern oder aus der Gefangenschaft zurückkamen und Versuche, die Gewerkschaften neu aufzubauen oder in der KP zu arbeiten. Allerdings waren wir auch sehr skeptisch. Wir haben nicht glauben können, dass all die Nazis jetzt plötzlich die Demokratie unterstützen würden. Eigentlich konnte man nur mit den Menschen zusammenarbeiten, die vorher schon aktiv und im Widerstand waren.

Wann war es nach 1945 für dich klar, dass es wohl keinen Sozialismus in Deutschland geben würde?

Das war schon relativ bald zu erkennen. Also ich würde sagen, schon Ende 1945.

War es für euch ein Schock, als ihr von dem Umfang der Vernichtung in den Konzentrationslagern erfahren habt? Oder war euch diese Dimension zumindest ungefähr schon vorher klar?

Nein. Wir wussten, dass es Konzentrationslager gab. Wir wussten auch, dass die Juden abtransportiert wurden. Ich hatte damals eine Schulfreundin, deren Verlobter war im Osten und hatte ihr von den Vergasungswagen erzählt. Dieser junge Mann hatte sich übrigens später an der Ostfront das Leben genommen. Wir wussten von den Deportationen und wir wussten auch, dass die Juden nicht irgendwo

"angesiedelt" wurden, wie die Nazis behaupteten. Aber dieses Ausmaß der Vernichtung, das konnten wir uns einfach nicht vorstellen. Obwohl wir viel BBC gehört hatten.

Bis heute erzählen mir ehemalige KZ-Insassen immer wieder: "Ihr habt uns nicht gefragt". Dann muss ich an meine damalige Situation denken: Wenn jemand die eintätowierte Nummer auf dem Arm hatte, dann konnte ich doch nicht einfach fragen, was hast du erlebt, wie war denn das. Die Scham, im selben Alter und nicht im Widerstand gewesen zu sein, während diese Menschen die Lager durchlitten hatten, verbot es uns zu fragen. Inzwischen habe ich ein paar Mal erlebt, wie meine alten Freundinnen, die im Lager gewesen waren, von jungen Leuten befragt wurden - so schlicht, dass mir das fast peinlich war: Wie haben Sie sich denn gefühlt? Oder: Haben Sie auch was geträumt? Und ich war verblüfft, mit welcher Geduld diese Frauen auf all diese Fragen eingegangen sind. Da ist natürlich auch die Sorge, wenn wir das jetzt nicht erzählen, dann erzählt das keiner mehr.

Herma, du bist ja sehr aktiv im Freundeskreis Ravensbrück und hast viel mit ehemaligen KZ-InsassInnen und ZwangsarbeiterInnen zu tun. Was war eigentlich dein persönlicher Zugang zu dieser Arbeit?

Der entscheidende Moment war für mich Prag 1968. Mein Mann hatte damals für den Prager Rundfunk gearbeitet und wir hatten viele Freunde in Prag. Der Prager Frühling bedeutete für uns die große Hoffnung, dass es noch etwas anderes geben könnte als den Stalinismus. Wir hatten dort eine Journalistin, Hanka Housková, besucht, die vorher bei uns in Hamburg war. Mit Hanka hatte ich 1967 gegen den Schah demonstriert. Wegen ihrer Sympathien für die neue Linke war sie aus der KPTsch ausgeschlossen worden. Hanka war in Ravensbrück gewesen. Mit ihrem Parteiausschluss wurde sie auch aus dem Internationalen Ravensbrück-Komitee ausgeschlossen und erhielt Schreibverbot. Trotzdem hat sie einen Monolog geschrieben über einen Teil ihrer Erlebnisse. Diesen Text hatte sie mir gezeigt und dann übersetzt. Und ich habe dann dafür gesorgt, dass er als Beilage zu der Zeitschrift Sozialismus erschienen ist.

Nach der Wende war Hanka von der Gedenkstätte nach Ravensbrück eingeladen worden, diesen Monolog vor einer Berliner FrauenLesbengruppe vorzulesen. Seit 1968 war sie nicht mehr in Ravensbrück gewesen. Zu mir hatte sie immer gesagt: "Herminko, dass ich in Ravensbrück war, das habe ich ja nur geträumt." Und nach dieser Lesung lebte sie richtig wieder auf. 1992 ist sie dann noch einmal eingeladen worden, diesmal von der neuen Leitung der Gedenkstätte. Hanka bat mich, sie zu begleiten. Damals habe ich die neue Leitung und alle, die dort arbeiteten, kennen gelernt. Das war kurz vor der Zeit, als Tengelmann und Peugeot auf dem ehemaligen KZ-Gelände einen Supermarkt und ein Autohaus bauen wollten. Bei der Demonstration dagegen haben wir uns mit der Bevölkerung vor Ort angelegt. Die wollten einfach diesen Nimbus loswerden, wollten in dem See, wo die Asche der Verbrannten versenkt worden war, schwimmen, Wasserski und Ruderboot fahren. Schlimm.

Und dann kam 1996 der 100. Geburtstag von Milena Jesenska, der berühmten Freundin von Franz Kafka, die schon vor 1938 aus der Kommunistischen Partei ausgetreten war, weil sie zuverlässige Informationen über die Stalinschen Vernichtungslager hatte. Meine Freundin Hanka war, schon bevor sie nach Ravensbrück kam, in Prag vier Monate in einer Zelle im Zuchthaus mit ihr gewesen und hat Milena Jesenska sehr bewundert und geschätzt. Über diese Zeit im Zuchthaus mit Milena hatte sie einen ergreifenden Bericht geschrieben, den ich dann in einer Gedenkveranstaltung vorlesen durfte. Nach dem August 1968 und dem Schreibverbot hat Hanka ihre Erinnerungen an Milena aufgeschrieben, diese Texte sind leider nicht veröffentlicht.

Seit fast 40 Jahren bestehen nun diese engen Freundschaften nach Prag und damit verbunden später auch nach Ravensbrück. Ohne diese Menschen und Erlebnisse kann ich mir mein Leben gar nicht vorstellen.

Du hattest dich auch sehr in der Frage der Entschädigung für ehemalige ZwangsarbeiterInnen engagiert.

Na, das Wort "Entschädigung" ist ja eigentlich schon eine Frechheit. Vor Jahren hatten bei einer Veranstaltung im Hamburger Schauspielhaus ehemalige ZwangsarbeiterInnen berichtet, welch unglaublichen Schwierigkeiten sie haben, irgendeine Zuwendung wie Arztkosten oder Sanatoriumsaufenthalte oder eine höhere Rente zu bekommen. Ich habe das nicht begreifen können. Auf der anderen Seite wusste ich natürlich, dass all diese Betriebe glänzend an der Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen verdient hatten. Als das mit der Entschädigungsinitiative losging, trat dann ja die entsetzliche Situation ein, dass die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen kaum Belege hatten. Diejenigen, die in deutschen Rüstungsbetrieben arbeiten mussten, galten nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion als Kollaborateure. Sie wurden vom NKWD verhört und sind

gleich wieder verhaftet und verschleppt worden. Deswegen haben später viele überhaupt nicht gewagt, über ihren Zwangsarbeitseinsatz in Deutschland zu sprechen.

1998 kam die Dolmetscherin Sina aus der Krim das erste Mal mit drei Zwangsarbeiterinnen nach Ravensbrück. Sina erzählte mir, dass sie alle möglichen Stellen anschreibt, um für die Zwangsarbeiterinnen Unterlagen und Papiere zu bekommen. Und da habe ich mich bereit erklärt, zumindest für Hamburg mitzurecherchieren. Natürlich haben diese Menschen jetzt gehofft, sie bekommen Geld. Aber von Sina habe ich erfahren, wie sehr das von der Bürokratie in der Ukraine behindert und verzögert wird.

Da spielen sich unglaubliche Dramen ab. Viele der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen hatten später Kinder adoptiert, weil sie keine eigenen mehr bekommen konnten. Viele von diesen Kindern wiederum haben sich während der stalinistischen Ächtung von ihren Müttern abgewandt - und jetzt, wo es Aussicht auf Geld gibt, kommen sie wieder. Außerdem gab es ja auch Zwangsarbeitseinsätze vor Ort, etwa im Straßenbau für die SS auf der Krim. Und diese Leute kriegen nichts. Sina hat mir einen Brief eines solchen Zwangsarbeiters an Gerhard Schröder gezeigt. Schröders Antwort war ganz lapidar, dass das ja nicht unter die Entschädigungsvereinbarung fällt und damit erledigt ist.

Kannst du in diesem Zusammenhang noch von dem Altersheimprojekt auf der Krim erzählen, das du mit unterstützt?

Sina betreut 57 ehemalige RavensbrückerInnen auf der Krim. Insgesamt leben dort zur Zeit noch 17.000 ehemalige ZwangsarbeiterInnen. Ihr Vater war selbst Zwangsarbeiter in Deutschland, in einer großen Bäckerei in der Nähe von Hannover. Sina ist als Studentin in den Semesterferien dort hingefahren und hat in dieser Bäckerei gearbeitet. Und als die Inhaber nach Kanada ausgewandert sind, haben sie ihr den Erlös aus dem Verkauf der Bäckerei geschenkt, 6.000 Dollar, als Entschädigung für ihren Vater. Der wiederum wollte, dass das Geld nach seinem Tod für seine ehemaligen Kameraden verwendet wird. Und so kam Sina auf die Idee, ein Altersheim zu bauen, wo die alten Leute wohnen können und vernünftig gepflegt werden. Sie hat von diesem Geld ein Grundstück am Schwarzen Meer gekauft. Für den Bau des Altersheims selbst hatte sie ursprünglich auf eine größere Summe aus dem Entschädigungsfonds gehofft, aber die kam nicht. Also haben wir vom Förderverein Ravensbrück alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, Spenden eingeworben usw. Für den Baubeginn von dem Altersheim ist eine erste Rate von 50.000 Euro notwendig, und dieses Geld ist jetzt hoffentlich bald zusammen.

Was denkst du eigentlich über die offizielle "Gedenkfeierei" in diesem Jahr zum 8. Mai?

Für mich ist der 8. Mai der Tag der Befreiung gewesen und das ist er immer noch. Ich kann nicht nachvollziehen, wie jemand das nicht als Befreiung empfinden kann. Aber ich halte das offizielle Gedenken in vielen Fällen für unehrlich. Ich glaube nicht, dass es den Politikern wirklich ein Anliegen ist, den Opfern des Faschismus zu gedenken.

Manchmal scheint es eher eine Gegentendenz zu geben - nach dem Motto, auch die Deutschen waren Opfer, die KZs waren schlimm, aber Dresden war eben auch schlimm ...

Ja, das stimmt, aber das ist grotesk. Denn schließlich sind wir die Verursacher gewesen! Dresden wäre nie passiert, wenn wir nicht gewesen wären. Ich habe es nie so empfunden, dass uns mit der Bombardierung von Hamburg oder Dresden Unrecht geschehen wäre. Wir waren es, die Unrecht begangen haben und dabei bleibe ich. Jedes Aufrechnen ist ein absolutes Unding.

Rein hypothetisch: Hättest du eine Idee, was die Schröders und Fischers machen müssten, damit sie in ihrem Gedenken glaubwürdig wären?

Ich weiß, dass viele der ehemaligen Opfer gerne einmal wieder hierher kommen würden. Also sollte man sie alle einladen. Mit einem Begrüßungsgeschenk dazu. Ich habe mit Entsetzen gelesen, dass Hamburg zwar die Überlebenden von Neuengamme eingeladen hat, die aber die Fahrt selber bezahlen sollten.

Herma, vielen Dank für das Gespräch.

Spendenkonto für das Krim-Projekt: Fürstenberger Förderverein, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück e.V. Mittelbrandenburgische Sparkasse, Konto-Nummer 3753000018, BLZ 160 500 00

Anmerkung:

1) M. B.-N. war als nach Moskau exilierte Kommunistin im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes als "Trotzkistin" von Stalin an die Gestapo ausgeliefert worden.

15. Die Zukunft der Vergangenheit. Rückblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik

Autor: Redaktion AIB · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:02

Zwischen dem 8. Mai 1945 und heute war die kollektive Erinnerung an den Nationalsozialismus und die deutschen Menschheitsverbrechen zahlreichen Wandlungen unterworfen. Unter Rot-Grün erleben wir den einst von Roman Herzog geforderten "unverkrampften" Umgang mit der Vergangenheit - eine Geschichtspolitik im "deutschen Interesse", die auf moralisch begründete Einwände zunehmend ungehalten reagiert. (vgl. ak 491) Die folgenden Rückblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik wurden gekürzt und redaktionell bearbeitet. Die Langfassung des Artikels erscheint demnächst in einer Sonderausgabe des Antifaschistischen Infoblattes (AIB).

Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen." Mit diesen Worten bilanzierte der italienische Schriftsteller Primo Levi seine lebenslange Auseinandersetzung mit der Erfahrung von Auschwitz und Buchenwald. Am Ende war die Verzweiflung und die Scham darüber, das "präzedenzlose Verbrechen Auschwitz" (Yehuda Bauer) überlebt zu haben, stärker. Im Frühjahr 1987 nahm sich Primo Levi das Leben. Über Jahrzehnte setzte sich Levi für eine Kultur der Anerkennung gegenüber den Opfern ein. Doch letztlich überwog sein Pessimismus. War es nach der Befreiung die Angst gewesen, niemand würde ihm seine Erlebnisse in Auschwitz glauben, so fürchtete Levi, das Verdrängen des Grauens in Form der Instrumentalisierung und Trivialisierung der Shoah könnten am Ende obsiegen. Die heutigen Erinnerungskulturen müssen sich befragen lassen, ob sie dem Anspruch gerecht werden, ein Bewusstsein von der Dimension des Grauens zu schaffen, das gegen einen erneuten Aufbruch in die Barbarei zu immunisieren vermag.

In absehbarer Zeit wird es keine lebenden Zeugen der Shoah mehr geben. Umso dringlicher stellt sich die Frage nach der Zukunft der Vergangenheit und wer sie zu bestimmen vermag. Was in Deutschland als "Bewältigung der Vergangenheit" galt und gilt, sagt mehr über das Land der Täter und seine Mentalität als alle Gedenktagsreden zusammengenommen. So unterschiedlich die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung in beiden deutschen Staaten auch waren, so gab es doch augenfällige blinde Flecken.

Heroischer Antifaschismus

In der DDR erklärten die den Staat repräsentierenden kommunistischen Emigranten und ehemaligen KZ-Häftlinge ihr antifaschistisches Selbstverständnis zur Staatsräson. Die Meistererzählung der DDR-Vergangenheitspolitik bestand darin, dass die Deutschen als verführtes Kollektiv erschienen. Die Frage nach der Verantwortung der unversehens auf die Siegerseite der Geschichte geratenen Bevölkerung stellte sich kaum. Sie wurde auf Westdeutschland und die dortigen Kontinuitäten mit dem NS-Staat projiziert. Schon im Exil hatte die Moskauer KPD-Führung um Walter Ulbricht sich gegen die Auffassung einiger KPD-Westemigranten gewandt, die von der Unterstützung des NS- Systems durch die Mehrheit der Deutschen, auch der Arbeiterklasse, ausgingen. Das noch im Exil skizzierte Ansinnen Paul Merkers, jüdische Überlebende des nationalsozialistischen Verfolgung zu entschädigen und ihr arisiertes Eigentum zurückzugeben, bezahlte dieser mit seiner Entmachtung und einem antisemitischen Motiven folgenden Schauprozess.

Seit Ende der 1940er Jahre schlug die Partei wieder nationale Töne an. In der Kulturpolitik verfolgten die SED-Dogmatiker um Wilhelm Girnus alles, was ihnen "westlich-dekadent", "kosmopolitisch" und "formalistisch" erschien. Stattdessen gedachte man die deutsche Klassik und Teile der politischen Romantik ideologisch für den Aufbau des Sozialismus in Dienst zu nehmen. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit speiste sich in der DDR ohne Zweifel aus einer grundsätzlichen antifaschistischen Motivation ihrer handelnden Akteure. Doch pragmatisch-politische Erwägungen spielten im Kontext des Kalten Krieges eine erhebliche Rolle. Die Propagandakampagnen des SED-Chefideologen Albert Norden gegen westdeutsche Ex-Nazis in führenden Positionen entsprachen den Fakten, waren jedoch Teil des ideologischen Kampfes und klammerten ehemalige Nazis in der DDR aus. Während hohe NS-Funktionsträger und Kriegsverbrecher verurteilt wurden oder in den Westen gingen, suchte man die Mitläufer in der NDPD zu integrieren.

Zentraler Bezugspunkt der DDR-Gedenkstättenpolitik war und blieb der kommunistische, eingeschränkt auch der sozialdemokratische Widerstand. Im Mittelpunkt antifaschistischer Gesellschaftspolitik stand, von Straßen- und Schulnamen, bis zur wissenschaftlichen Literatur, der aktive Kämpfer gegen den Faschismus. In diesem Konzept eines heroischen Antifaschismus hatten unpolitische Opfer der NS-Diktatur wenig Platz. Der Antisemitismus und die Vernichtung der Juden waren keine zentralen Themen vergangenheitspolitischer Diskurse. Diese Sichtweise wurde erst spät relativiert, als Ende der 1980er Jahre in der DDR Dokumentationen zur Geschichte des Shoah erschienen.

Als zu Beginn der 1980er Jahre in der DDR rechtsextreme Gruppen auftraten, war die Authentizität des Antifaschismus der Gründergeneration aufgebraucht und erstarrt. Die autoritäre Formierung und Militarisierung der DDR-Gesellschaft begünstigte die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen, die sich Ende der 1980er Jahre in damals unveröffentlichten Studien spiegelte. Die Abwesenheit einer unabhängigen, kritischen Öffentlichkeit machte es unmöglich, den Widerspruch zwischen rechtsextremen Tendenzen und der Proklamation, in der DDR sei der "Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet", zu problematisieren. Wer es, wie einige junge unabhängige AntifaschistInnen dennoch versuchte, machte recht bald Bekanntschaft mit den Sicherheitsorganen des antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaates.

Selektives Beschweigen

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik spielten die beispiellosen nationalsozialistischen Verbrechen weder im öffentlichen Bewusstsein, noch in der Publizistik oder der Geschichtswissenschaft eine nennenswerte Rolle. Konstatiert wurde ein deutscher Irrweg in die Moderne, der die deutsche Bevölkerung anfällig für die "Dämonie" Hitlers gemacht habe. Diese Sichtweise stützte die in der deutschen Gesellschaft verbreitete Auffassung, die Verbrechen des Nationalsozialismus seien im Wesentlichen das Werk Hitlers und einer kleinen Clique fanatischer Überzeugungstäter gewesen.

Derartige exkulpierende Geschichtsdeutungen fanden ihre Entsprechung auf administrieller und juristischer Ebene in einer "Vergangenheitspolitik" (1), die darauf zielte, möglichst bald einen Schlussstrich unter die Bewältigung der NS-Zeit ziehen zu können. So kamen die von den alliierten Besatzungsmächten in Angriff genommenen Entnazifizierungsmaßnahmen bereits am Ende der 1940er Jahre praktisch zum Erliegen, nachdem die Verantwortung hierfür weitgehend in deutsche Hände gelangt war. Ähnlich verhielt es sich mit der juristischen Ahndung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Tausende von nationalsozialistischen Funktionsträgern aus den mittleren und gehobenen Verwaltungsebenen gelangten wieder in Beamten- und Angestelltenpositionen des Öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik.

Wesentlich schleppender hingegen verlief die Politik der "Wiedergutmachung" gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Die Prozeduren, denen sich zahlreiche NS-Opfer unterziehen mussten, um ihre Ansprüche tatsächlich geltend machen zu können, wurden von den Betroffenen - zu Recht - als demütigend empfunden. Zudem schloss das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) zahlreiche Opfergruppen, wie etwa ZwangsarbeiterInnen, sogenannte "Asoziale" und Euthanasieopfer von Entschädigungszahlungen über Jahrzehnte hinweg aus. Das Luxemburger Abkommen, das u.a. dem Staat Israel eine Globalentschädigung von 3 Milliarden DM zusicherte, konnte am 18. März 1953 im Bundestag nur mit den Stimmen der oppositionellen SPD-Fraktion verabschiedet werden.

Im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik dominierte die Erinnerung an die deutschen Opfer des Krieges. Mahnmale wurden errichtet oder Kirchenruinen in Gedenkorte umgewandelt, die bis heute an die deutschen Opfer des Bombenkriegs erinnern. Auch in Familien und Schulen war dieses Thema ständig präsent. Mit ähnlich großer Aufmerksamkeit konnten die Vertriebenen und deren Verbände rechnen. Der Formel vom "kommunikativen Beschweigen der Vergangenheit" (2), das für die 1950er Jahre charakteristisch gewesen sei, ist demnach nur bedingt zu zustimmen. Über den Zweiten Weltkrieg und seine schmerzlichen Folgen für die Deutschen wurde allenthalben gesprochen, das Beschweigen betraf das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus.

Angesichts dieser Entwicklungen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik erscheint es im Rückblick umso erstaunlicher, dass der vielfach herbeigesehnte Schlussstrich unter die NS-Zeit ausblieb. Die 1960er Jahre waren vielmehr von einer "Rückkehr der NS-Vergangenheit" gekennzeichnet. Bereits der "Ulmer Einsatzgruppenprozess" 1957/58, in dem sich ehemalige Angehörige der Einsatzgruppe A für ihre

tausendfachen Mordaktionen im Baltikum verantworten mussten, stieß auf ein vergleichsweise großes mediales Interesse. Der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht (1961) sowie der Frankfurter "Auschwitzprozess" (1963-1965), in dem gegen 22 ehemalige Angehörige des Lagerpersonals verhandelt wurde, verdeutlichten den organisatorischen Aufwand und die Präzision, mit der der Massenmord an den europäischen Juden betrieben worden war. Die Metapher "Auschwitz" avancierte zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin.

In diesem Kontext rief die Tatsache Proteste hervor, dass unzählige vormalige NS-Funktionäre in der Politik, in der Verwaltung und in den Medien der Bundesrepublik wieder über einflussreiche Positionen verfügten. Die prominentesten Altnazis auf politischer Ebene waren Hans Globke, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer, der an der Ausarbeitung der "Nürnberger Rassegesetze" beteiligt gewesen war; Vertriebenenminister Theodor Oberländer und Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU). Neben Intellektuellen wie Karl Jaspers, Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno, die schon während der 1950er Jahre eine konsequente Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gefordert hatten, waren es nun vor allem jüngere Journalisten und Schriftsteller, wie etwa Erich Kuby oder Peter Weiss die "Auschwitz" thematisierten. Darüber hinaus war es nicht zuletzt die seit Mitte der 1960er Jahre entstehende Studentenbewegung, die die personellen Kontinuitäten zwischen "Drittem Reich" und Bundesrepublik skandalisierte.

Die Rückkehr der NS-Vergangenheit

Dennoch erwuchsen aus dieser Kritik an den Formen der Geschichts- und Vergangenheitspolitik in der Folgezeit nur in bedingtem Maße Erinnerungskulturen, die das Erleben und die Erfahrungen der Opfer der Shoah in den Mittelpunkt rückten. Vielmehr lassen sich die 1970er Jahre in mehrfacher Hinsicht als Phase einer "zweiten Verdrängung" (3) der NS-Vergangenheit beschreiben. Zwar setzte besonders in den verschiedenen linken und linksradikalen Strömungen eine intensive Beschäftigung mit Faschismustheorien ein. Kennzeichnend für diese Theorien war jedoch ein ökonomistischer Reduktionismus, der Faschismus lediglich als radikale Ausprägung des Kapitalismus definierte und die Bedeutung des Antisemitismus v.a. für den deutschen Nationalsozialismus fast vollständig ausklammerte.

Zu bemerken war in diesem Zusammenhang eine regelrechte Inflationierung des Faschismusbegriffs, der nun vollkommen unreflektiert in der Analyse aller möglichen Erscheinungen des politischen Zeitgeschehens angewendet wurde und etwa in der beliebten Demoparole "USA - SA - SS" zum Ausdruck kam. Als Hort des Faschismus galt vielen Linken nicht zuletzt der Staat Israel, dessen Politik unverhohlen mit der des NS-Regimes gleichgesetzt wurde. Die Tatsache, dass in Israel zahlreiche Überlebende der Shoah Zuflucht und eine neue Existenz gefunden hatten, interessierte die deutsche Linke kaum.

Bei bürgerlichen Historikern, die sich schwerpunktmäßig mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten, war eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber den Opfern des Holocaust zu beobachten. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses standen vor allem die organisatorischen Strukturen des Nationalsozialismus. Die konkreten Handlungsweisen der "Täter, Opfer und Zuschauer" (Raul Hilberg) gerieten dabei nicht ins Blickfeld.

Seit dem Ende der 1970er Jahre rückte die Shoah allmählich stärker in das öffentliche Bewusstsein. Einer der Gründe hierfür war die Fernsehserie "Holocaust", die in vier Folgen das Schicksal der (fiktiven) deutsch-jüdischen Familie Weiss erzählt. Die Serie erzielte im Januar 1979 beachtliche Einschaltquoten und löste knapp 35 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Staates die bis dahin wohl umfangreichsten Debatten über die Beteiligung der "ganz normalen" Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen aus.

Weitere Impulse, sich der Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, zugleich aber auch mehr über die Handlungsmuster und die Motive der Täter zu erfahren, gingen von den an zahlreichen Orten entstehenden basisorientierten Geschichtswerkstätten aus. Der neue Ansatz der Alltagsgeschichte fragte vor allem nach den Bedingungen für das "Hinnehmen und Mitmachen der Vielen" (4), das den reibungslosen Vollzug der Shoah erst ermöglicht hatte. Gleichzeitig begannen lokale Initiativen zur Geschichte der vergessenen bzw. verdrängten Opfer und Opfergruppen zu forschen. Die Ausplünderung, Verfolgung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde in den jeweils lokalen Kontexten rekonstruiert. Erstmals fanden die Schicksale von ZwangsarbeiterInnen, Deserteuren, "Asozialen" und Zwangssterilisierten öffentliche Aufmerksamkeit.

Von Bitburg zum Historikerstreit

Die von Bundeskanzler Kohl nach dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Koalition (1982) angekündigte "geistig-moralische Wende" sollte ihren Ausdruck auch in einem "normalisierten" Umgang mit der NS-Vergangenheit finden. Die Geschichtspolitik der Regierung Kohl während der 1980er Jahre bezweckte, so resümiert der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, "die durch Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage verschuldete Sondersituation Deutschlands nunmehr auszugleichen und damit zur inneren Integration der westdeutschen Gesellschaft beizutragen." (5) So reklamierte Helmut Kohl ganz in diesem Sinne anlässlich seines Israel-Besuchs im Jahr 1984 für sich und den überwiegenden Teil der Deutschen die "Gnade der späten Geburt". Im Mai 1985 löste Kohls Drängen auf "Normalisierung" einen handfesten geschichtspolitischen Skandal aus. Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und anlässlich eine Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan verlangte die Bundesregierung von den USA "über die Gräber hinweg eine Geste für Frieden und Versöhnung zu finden". Mit einem Besuch auf dem deutsch-amerikanischen Soldatenfriedhof im rheinland-pfälzischen Bitburg sollten Reagan und Kohl einen in die Zukunft weisenden Schulterschluss demonstrieren. Als bekannt wurde, dass auf dem Friedhof auch Angehörige der Waffen-SS begraben seien, wuchs vor allem in den USA der Druck auf Reagan, seine Teilnahme an der Zeremonie abzusagen. Doch Kohl beharrte auf der Veranstaltung und machte gegenüber den US-Medien deutlich, dass eine Absage des Bitburg-Besuchs "die Gefühle unseres Volkes tief verletzen würde". (6) In den geschichtspolitischen Debatten im Kontext des 8. Mai 1985 im Allgemeinen sowie der Bitburg-Affäre im Besonderen waren geschichtsrevisionistische und tendenziell antisemitische Töne kaum zu überhören. Während Politiker mit Blick auf die in Bitburg begrabenen Soldaten der Waffen-SS forderten, keine "Selektion von Toten" vorzunehmen, schwadronierten auflagenstarke Boulevardmedien, wie etwa die Zeitschrift Quick, über die "sagenhafte jüdische Lobby", die 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus immer noch "deutsche Wunden" aufreiße. (7)

Die Tendenz, die NS-Vergangenheit zu "entkonkretisieren" (Sabine Moller) und letztendlich zu historisieren, kam auch im "Historikerstreit" 1986/1987 zum Ausdruck. Auslöser der über die Medien ausgetragenen Kontroverse war der Historiker Ernst Nolte, der die (rhetorische) Frage aufwarf, ob nicht "der ‚Klassenmord` der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmordes` der Nationalsozialisten" gewesen sei. Nolte bezeichnete die Shoah als "asiatische Tat" und knüpfte daran die (wiederum in eine rhetorische Frage gekleidete) Behauptung, der Archipel Gulag sei "ursprünglicher" als Auschwitz gewesen. (8) Demnach stellte die nationalsozialistische Vernichtungspolitik eine Reaktion auf die Verbrechen des Bolschewismus während der Epoche des "europäischen Bürgerkrieges" dar. Die Thesen Noltes wurden von einer Reihe konservativer Historiker und Publizisten aufgegriffen, riefen aber auch massiven Widerspruch hervor, so dass sich Nolte mit seinen Auffassungen im öffentlichen Diskurs zunächst nicht durchsetzen konnte.

In der Rückschau erwiesen sich die von unterschiedlichen Akteuren vorangetriebenen Bemühungen, einen "Schlussstrich" unter die NS-Vergangenheit zu ziehen und somit eine "normalisierte" deutsche Identität zu fundieren, als nur bedingt erfolgreich. Die Wiedervereinigung löste eine bis dahin beispiellose nationalistische Welle in Deutschland aus, das allseits herbeigesehnte "Vergehen der Vergangenheit" blieb jedoch aus. Im Gegenteil: Die NS-Vergangenheit schien in den 1990er Jahren präsenter denn je zu sein: So rückte mit dem Abschluss des "Zwei-plus-vier"-Vertrages, der die völkerrechtliche Grundlage der deutschen Wiedervereinigung darstellte, auch die über vier Jahrzehnte ausgeklammerte Frage nach der Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen ins Zentrum geschichts- und außenpolitischer Diskussionen. Die erste "Wehrmachtsausstellung" des Hamburger Instituts für Sozialforschung löste ebenso wie Daniel Goldhagens Buch "Hitlers willige Vollstrecker" seit Mitte der 1990er Jahre umfangreiche Kontroversen über die Partizipation "ganz normaler Deutscher" an den Massenverbrechen aus.

In der radikalen Linken gewann die Auseinandersetzung mit der Shoah an Bedeutung. Die blinden Flecken der eigenen Geschichte wurden entdeckt und zum Gegenstand innerlinker Kontroversen. Während die traditionellen ökonomistisch geprägten Faschismustheorien zunehmend auf Kritik stießen, wurde der Antisemitismus nun als zentrales Axiom des Nationalsozialismus erkannt. Zudem entbrannten seit dem Beginn der 1990er Jahre in Folge des Golfkrieges (1991) und im Kontext der Goldhagen-Debatte (1996) heftige Diskussionen um die Erscheinungsformen eines linken Antisemitismus.

Die blinden Flecken der Linken

60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus zeichnet sich, nicht nur in der Bundesrepublik, ein einschneidender "erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel" (Norbert Frei) ab. Ganz allgemein sind in diesem Zusammenhang drei Entwicklungslinien festzustellen. Erstens beginnt sich die Erinnerung an die Shoah und die Zeit des Nationalsozialismus von ihren eigentlichen Trägern zu lösen. Mit dem allmählichen Verschwinden der Zeitzeugen vollzieht sich ein Wechsel vom "kommunikativen" zum "kulturellen" Gedächtnis, mit der Konsequenz, dass die "Erinnerung an den Holocaust (...) fortan vermittelt werden" muss und dabei "ausschließlich auf Repräsentation angewiesen" ist. (9)

Zweitens sind seit einigen Jahren Tendenzen zu eine "Europäisierung" der Shoah zu bemerken. Im Zuge des europäischen Einigungsprozess fungiert die Metapher "Auschwitz" als (negativer) Gründungsmythos eines sich gleichermaßen demokratisch wie wehrhaft begreifenden Europa. In der Abschlusserklärung des "Stockholm International Forum on the Holocaust" im Januar 2000 bezeichneten die Vertreter der teilnehmenden EU-Staaten die Erfahrung der Shoah als eine der zentralen Legitimationsgrundlagen einer gemeinsamen künftigen Interventionspolitik in Krisen- und Konfliktregionen.

Drittens lässt sich nicht nur von einer "Europäisierung", sondern auch von einer "Globalisierung" der Shoah-Erinnerung sprechen. Vermittelt durch die grenzüberschreitende Medialisierung der Welt, ist der Begriff "Holocaust" im globalen Rahmen zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin avanciert. Die jüdischen Opfer der Shoah fungieren nunmehr oftmals als Bezugspunkte und Kronzeugen für soziale oder ethnische Gruppen, die sich in der Gegenwart mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert sehen.

Die Feststellung, dass die Shoah Eingang in ein entstehendes "globales Gedächtnis" gefunden hat, ist zunächst positiv zu bewerten. Auch gegen eine vor allem von den USA ausgehende Menschenrechtserziehung, die sich die Shoah zum Bezugspunkt ihrer Pädagogik wählt, dürfte wenig einzuwenden sein. Im Hinblick auf die Intentionen rot-grüner Geschichtspolitik sowie die aktuellen erinnerungspolitischen Diskurse in Deutschland, erweisen sich die geschilderten Entwicklungen jedoch als hoch problematisch. Bereits in seiner Regierungserklärung im November 1998 machte Bundeskanzler Schröder deutlich, dass sich mit dem Machtwechsel auch "ein Generationswechsel im Leben unserer Nation vollzogen" habe. Er reklamierte für die Bundesrepublik "das Bewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über- , aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinander zu setzen, doch nach vorne blickt." (10)

Die Ziele rot-grüner Geschichtspolitik unterscheiden sich demnach kaum von der Geschichtspolitik der Kohl-Ära, geht es doch darum, das Projekt einer "demokratisch geläuterten", aber nach Weltgeltung strebenden Nation historisch zu fundieren und ideologisch zu legitimieren. Auf dem Weg hin zur "Normalisierung" lassen sich jedoch spätestens seit 1998 Paradigmenwechsel feststellen, die tatsächlich aus dem von Schröder konstatierten generationellen Umbruch resultieren. Anders als die von Kohl repräsentierte "Flakhelfergeneration" verstehen sich die Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik als Repräsentanten einer vor allem durch die Chiffre "1968" geprägten Generation, die zum einen vorbehaltlos die Auseinandersetzung mit der Shoah ins Zentrum ihrer geschichtspolitischen Positionen rückt, zum anderen jedoch wie selbstverständlich einen "unverkrampften" (Roman Herzog) Umgang mit der Vergangenheit praktiziert. Als ein Beispiel für diese Haltung mag die Kontroverse um die Flick-Collection dienen, deren öffentliche Präsentation in Berlin die Bundesregierung im September 2004 gegen alle Proteste entschieden befürwortete.

Rotgrün und die "unverkrampfte" Nation

Geschichts- und Außenpolitik unter rot-grüner Hegemonie sind eng miteinander verkoppelt. Eine Verbindung, die sich besonders deutlich zeigte, als es im Frühjahr 1999 darum ging den von deutscher Seite maßgeblich forcierten Kosovokrieg der NATO mit dem Hinweis zu legitimieren, im Kosovo drohe ein zweites "Auschwitz". Die bereits erwähnten Tendenz zu einer "Europäisierung" der Shoah-Erinnerung kommen dem kühl berechnenden Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik entgegen. "Auschwitz" ließe sich einfügen in die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungspolitisch zu fundieren. Die Shoah würde somit eine Facette innerhalb eines negativen europäischen Gründungsmythos darstellen, der die unterschiedlichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts bündelt und letztendlich als eine Geschichte kollektiv erfahrenen Leids interpretiert.

Den großen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit wird es auch nach 60 Jahren nicht geben. Wohl aber dürfte das Gedenkjahr 2005 eine Zäsur darstellen. In ihren Bemühungen, den Umgang mit der NS-Vergangenheit zu "normalisieren", haben sich die geschichts- und erinnerungspolitischen Vorstöße der rot-grünen Regierung schon jetzt als wesentlich erfolgreicher erwiesen als die vergleichsweise plumpen Initiativen der Kohl-Ära.

Allerdings könnte ein Regierungswechsel 2006 auch zu einer Neupositionierung der Geschichtspolitik führen. Die im Namen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Anträge zur "Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland" lassen erkennen, wohin die Entwicklung gehen soll. Künftige Erinnerungskulturen dürften demnach gekennzeichnet sein durch eine "Entdifferenzierung des Gedenkens" (11) unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen. Die Erkenntnisse über die Ursachen, die Kausalitäten, die vollkommen unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, letztendlich auch über die Präzedenzlosigkeit der Shoah, werden, so steht zu befürchten, im Gerede von der "doppelten Diktatur" verloren gehen.

Dieser "Rhetorik der Platitüden" (Norbert Frei) entgegenzutreten, sollte eines der zentralen Anliegen einer sich antifaschistisch begreifenden Linken sein. 60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sind die Tendenzen, die Erinnerung an die Opfer der Shoah für vordergründige machtpolitische Ziele entweder zu vereinnahmen oder zu nivellieren, stärker denn je. Der "abstrakte Radikalismus" (Klaus Theweleit) einer Linken, die zwar vorgibt, das Wissen um die Präzedenzlosigkeit der Shoah zum Grundaxiom ihrer politischen Praxis gemacht zu haben, in Wirklichkeit mit diesem "Wissen" aber lediglich szeneimmanente Identitätspolitik betreibt, wird den geschilderten Entwicklungen kaum Einhalt gebieten können. Angesichts der Tatsache, dass uns die letzten überlebenden Opfer des Nationalsozialismus verlassen, ist es umso dringlicher deren Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen zu bewahren und weiter zu erzählen. Eine Aufgabe, die Empathie und Beharrlichkeit erfordert, die sich verbalradikaler Phrasendrescherei ebenso verschließen muss, wie geschichtsblindem Aktionismus. Diese Aufgabe mag mühselig sein und alles andere als revolutionär. Für eine Linke, die ihren Antifaschismus nicht nur als Attitüde begreift, ist sie jedoch unverzichtbar.

Redaktion Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Anmerkungen:

1) Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996

2) Vgl. Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift 236 (1983), S. 579-599

3) Vgl. Ulrich Herbert, Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des "Holocaust", in: Ders. (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/M. 1998, S. 9-66, hier S. 19

4) Vgl. Alf Lüdtke, Die Praxis von Herrschaft: Zur Analyse von Hinnehmen und Mitmachen im deutschen Faschismus, in: Brigitte Berlekamp/ Werner Röhr (Hg.): Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 226-245

5) Vgl. Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biografische Aspekte, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 94-113, hier S. 95

6) Zitiert nach: Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt/M. 1999, S. 240

7) Zitiert nach: Ebenda

8) Vgl. Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39-47, hier S. 45

9) Vgl. Viola Georgi, Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003, S. 13

10) Zitiert nach: Cornelia Siebeck, Inszenierung von Geschichte in der "Berliner Republik". Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989, in: WerkstattGeschichte 33 (2002), S. 45-58, hier S. 50

11) Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 18

16. Ein "Zwischenraum in Raum und Zeit". Peter Eisenmans Holocaust-Mahnmal in Berlin

Autor: Bettina Rudhof · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:16

Wenn am 10. Mai das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas eingeweiht wird, schließt sich die seiner Fertigstellung vorausgehende, insgesamt vierzehnjährige Auseinandersetzung. Von ihr sagt der Holocaust-Forscher James Young, dass sie selbst das Mahnmal sei. (1) Der folgende Beitrag nutzt die Unterbrechung der Debatte, um das von dem Architekten Peter Eisenman und dem Bildhauer Richard Serra entworfene Stelenfeld primär als architektonisches, als ästhetisches Werk in den Blick zu nehmen - und zwar in vier Schritten: einer Eisenmans Entwurfsphilosophie folgenden Beschreibung des Stelenfeldes, einer Rekonstruktion des Entwurfsprozesses, einem Vergleich mit anderen Projekten Eisenmans und zuletzt einer daraus resultierenden Deutung seiner architektonischen Antwort auf die Frage, wie der ermordeten Juden Europas gedacht werden kann. Diese Antwort kann aus Eisenmans Sicht kein Bild sein, nichts, das als Abbild wiedererkannt werden könnte.

Das Stelenfeld liegt unübersehbar zwischen Brandenburger Tor, Potsdamer Platz und dem ehemaligen Reichstag. Auf dem Grundstück ließ sich Joseph Goebbels 1937 eine Dienstvilla und drei Jahre später einen Bunker errichten. Die Trümmer der Villa wurden nach 1945 beseitigt, der Bunker blieb. Im Zug des Mauerbaus 1962 wurde das Gelände planiert und lag nun auf dem Todesstreifen. Am 1. April 2003 begannen die Bauarbeiten am Mahnmal, am 15. Dezember 2004 wurde die letzte Stele montiert. In diesen Tagen werden die Pflasterarbeiten abgeschlossen. In der süd-östlichen Ecke des Stelenfelds liegt der unterirdische "Ort der Information", in dem auf ca. 800 qm "Aufklärung über die zu ehrenden Opfer und die authentischen Stätten des Gedenkens" gegeben werden soll (2). Seine Anlage geht nicht auf Eisenman und Serra, sondern auf die Bundesregierung zurück; Serra legte seine Mitarbeit deshalb nieder.

Der letztlich realisierte "Eisenman II-Entwurf" belegt das Grundstück mit 2.711 grauen, scharf konturierten Betonpfeilern, die in einem parallelen Abstandsraster von 95 cm aufgestellt sind. Sie sind 95 cm breit und 238 cm tief und ragen in kaum merklichen und zugleich unterschiedlichen Neigungswinkeln zwischen 30 cm und fünf Meter aus dem Boden heraus. Die Stelen erheben sich auf einem sowohl sanft geböschten als auch unregelmäßig abgesenkten Gelände von 19.000 qm. An seiner Westseite zum Tiergarten hin wurden in lockeren Gruppen 41 Bäume gepflanzt. Der Boden ist mit Kopfsteinpflaster belegt, für Rollstuhlfahrer wurden spezielle Passagen markiert.

Die Stelendichte nimmt an den Rändern ab und nivelliert sich dabei zum Bodenniveau. Das trapezförmige Areal mit Seitenlängen von etwa 120 auf 160 Metern ist nicht umzäunt, hat keinen Eingang und keine Mitte und ist deshalb von allen Richtungen begehbar. Zwischen den Stelen führen schmale Gänge immer tiefer in das unregelmäßig abgesenkte Gelände, Begegnungen werden höfliche Arrangements erfordern.

Im ersten Augenschein könnten die Stelen als Gräber oder Sarkophage gedeutet werden. Doch geht solche Deutung am Eisenmanschen Entwurf vorbei, der jeden symbolischen Gehalt ausdrücklich zurückweist und gerade dadurch architektonisch Bezug auf den Holocaust nimmt: "Der höchste symbolische Akt der Architektur war die Erinnerung an ein individuelles Leben durch ein Steinzeichen, ein Kreuz, einen Stern. (...) Nach dem Holocaust und nach Hiroshima, seit dem das Individuum nicht mehr sicher sein kann, dass sein individuelles Leben durch ein einzelnes Zeichen markiert wird, hat sich die Idee der Erinnerung und des Monuments verändert, (...) muss die Architektur die Frage der Darstellung und des bildlichen Ausdrucks überdenken." (3) Ein dem Holocaust angemessenes Monument kann für Eisenman deshalb kein Symbol, keine Darstellung, kein Bildwerk, sondern nur noch eine "Spur" sein. Darunter versteht er mit dem Philosophen Jacques Derrida eine nicht-symbolische, nichts darstellende, nichts abbildende "Anwesenheit von etwas Abwesendem". Wer einen Abdruck im Boden als Spur deutet, liest, was er unmittelbar vor Augen hat, ein Faktum, eine Gegebenheit. Zugleich macht er sich eine Vorstellung von dem, der sie hinterließ, vergegenwärtigt ihn, sie oder es als jemanden, der nicht mehr da ist, sich schon entfernt hat. Der Abdruck im Boden markiert deshalb nicht nur den Raum, sondern auch die Zeit, ist selbst eine Spur der Zeit und also der Geschichte. Für Eisenman wie für Derrida ist dabei allerdings entscheidend, dass eine Spur zeitlich nicht einfach nur in die Vergangenheit, sondern auch in die Zukunft verweist, dass sie nicht nur vergegenwärtigt, was vergangen ist,

sondern auch Spur dessen sein kann, was kommen könnte: "Erinnerung ist nicht Nostalgie. Erinnerung ist auch der Versuch, die Vergangenheit zu vergegenwärtigen als ob sie die Zukunft wäre." (ebd.)

Eisenman versteht sein Mahnmal deshalb gerade nicht als ein Feld von Grabdenkmälern der Opfer des Holocaust, sondern als ein Feld, das von Spuren übersäht ist, die erst zu deuten sind. Als Spuren der Geschichte in der Gegenwart, die zugleich Spuren des Vergangenen wie des Kommenden sind, überlagern und kreuzen sie sich und machen so aus dem Boden, dem sie sich einprägen, ein Palimpsest, eine mehrfach überschriebene Urkunde. Ein Monument, ein Denk- und Mahnmal ist das Stelenfeld folglich gerade dadurch, dass es sich einer im Symbol oder im Bild eindeutig gewordenen Bedeutung entzieht und sich als Geflecht von Spuren darbietet, das erst zu deuten ist. Derart der Geschichte ausgesetzt, der vergangenen wie der kommenden, jetzt zu vergegenwärtigenden Geschichte, wird das Mahnmal für die ermordeten Juden zum "Zwischenraum in Raum und Zeit. Es privilegiert nicht einen einzelnen Boden, sondern Serien sich überlagernder Böden, etwas zwischen Abstraktion und Figuration. Das Projekt versucht, Hierarchisierung, Zentrierung, Abgrenzung und Gegenständlichkeit zu verneinen. Es präsentiert ein Feld von Stelen als Zeichen in einem Text, in einer Serie sich überlagernder Texte." (4) Was darunter zu verstehen ist, kann am Entwurfsprozess und dann an der Entwurfsphilosophie Eisenmans erläutert werden.

Zeit als eigenständiges Entwurfsmoment

Ausgangspunkt des Entwurfsprozesses war die Überlagerung zweier Pläne: eines Rasters von 95 x 95 cm, mit dem das Verhältnis der Stelen und der Leerstellen zwischen den Stelen bestimmt wurde, und eines Katasterplans des Großraums Berlin. Im Computer in datenbasierte Gitternetze umgewandelt und übereinander gelegt, wurden die beiden Pläne dem "Morphing"-Programm unterworfen, einer selbstgenerierenden Animations- und 3-D-Software, die Bewegungsabläufe produziert und visualisiert. Die Schwingungshöhe, -breite und intensität der wellenförmigen Auf- und Abwärtsbewegung der übereinander liegenden Gitternetze resultierte aus vorher festgelegten so genannten "Attraktoren" wie z.B. der Beschaffenheit und Ausdehnung des Geländes, der Notwendigkeit, zwischen den Stelen Wege anzulegen, einer maximalen Stelenhöhe von fünf Metern. Im Prozess des Morphing verbanden sich die beiden Netze zu einer dreidimensionalen Raumstruktur, in der, und das ist entscheidend, die Zeit zum eigenständigen Entwurfsmoment wurde, zur vierten Dimension des Entwurfs selbst. Die tatsächliche Gestalt des Gebildes wurde erst in dem Augenblick fixiert, als seine Schwingungsbewegung vom Entwerfer angehalten wurde. Aus der Verbindung der Schnittpunkte, die sich zwischen den Leerstellen des Stelenrasters und dem Katasterplan Berlins ergaben, ermittelte Eisenman die genaue Grundfläche des Feldes sowie die Anzahl und Oberkantenfläche der Stelen. Die Höhe und Neigung der einzelnen Stelen ergab sich dabei aus ihrer Platzierung in der dreidimensionalen Raumstruktur: waren Grund- und Oberkantenfläche an einer gegebenen Stelle weit voneinander entfernt, wurde die Stele lang, kamen sie einander nahe, wurde die Stele kurz.

Jenseits von Form und Funktion

Der heute 72-jährige Peter Eisenman ist ein Protagonist des architektonischen Dekonstruktivismus. Er wurde in den 1970er Jahren zuerst als Architekturtheoretiker bekannt und entwickelte seine von ihm als "Dislokation", also "Entortung" bezeichnete Entwurfsmethode aus sprach-, zeichen- und architekturtheoretischen Reflexionen. Schon in seinen frühen, mit Ziffern betitelten Bauten fasst er Architektur in Analogie zur Schrift als ein selbstreferentielles Zeichensystem auf. Ein Zeichensystem, ein Text ist diese Architektur, weil sie ihre Elemente - Türen, Fenster, Wände, Böden, Geschossebenen, Dächer - nur noch als zweckfreie Zeichen auffasst, die nach bestimmten Regeln kombiniert werden. Zweckfrei und deshalb selbstreferentiell sind diese Zeichen, weil sie sich auf nichts mehr beziehen, was außerhalb ihres Systems liegt: nicht mehr auf das Maß des menschlichen Körpers, nicht mehr auf den Ort, d.h. die räumliche und soziale Umgebung, und nicht mehr auf die tradierten Bedeutungs- und Assoziationszusammenhänge der Architektur. Derart "dis-lozierte", d.h. verlegte, zerlegte, verschobene, in diesem Sinn eben ent-ortete Bauten entziehen sich noch dem der klassischen Moderne wesentlichen Grundsatz "form follows function", sind in diesem Sinn jenseits von Form und Funktion. So gibt es in Eisenmans berühmten "Haus 6" eine unbegehbare rote Treppe, die kopfüber in ein Geschoss führt, das nicht existiert. Wie durch einen Axthieb ist das aus zwei Kuben und zwei flankierenden Wandscheiben zusammengesetzte Gebäude von einem (verglasten) Spalt durchtrennt. Durch Zweckentleerung der Form ist Architektur hier zu einer Skulptur geworden, an der weder das Verhältnis von Stütze und Last noch das von Oben und Unten umstandslos zu erkennen sind. Der "Ab-Bau" (De-Konstruktion) sämtlicher Konventionen des Bauens ist allerdings weder Willkür noch Selbstzweck. Die

Dekonstruktion legt die Macht offen, mit der diese Konventionen die Architektur beherrschen und über die Architektur schließlich gesellschaftliche Empfindungs-, Denk- und Handlungs-, letztlich Lebensweisen bestimmen.

Ein dislozierte Mahnmal?

Eisenman will in seinen Bauten keinen Ort (Topos), sondern die Ortlosigkeit (Atopie) eines "Dazwischenseins" schaffen: "Wenn die Architektur traditionsgemäß lokalisiert ist, bedeutet ‚dazwischen sein`: zwischen irgendwo und nirgendwo sein. Wenn die Architektur sich traditionsgemäß mit ‚Topos` befasst, bedeutet ‚dazwischen sein`: einen ‚Atopos` suchen, die Atopie innerhalb des Topos." (5) Im Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit sieht Eisenman die jenseits von Form und Funktion liegende Aufgabe einer ent-ortenden Architektur in der Ermöglichung von Erfahrung und nennt im Bezug auf sein Mahnmal die "Erfahrung, sich verloren zu fühlen": "Wer das Stelenfeld durchwandert, verliert Richtung und Ziel und vielleicht auch seine Gewissheiten. Verstehen Sie, in unseren Köpfen schwirren lauter Fotos und Filme über den Holocaust herum. Das Mahnmal versucht, die Macht dieser Medienbilder zu brechen. Es versucht, die Hegemonie des Visuellen zu überwinden, es setzt auf primäre körperliche Erfahrung, auf Affekte." (5) Eine ent-ortende Architektur hat zur Aufgabe eines Holocaust-Mahnmals dann aber eine besondere Affinität. Im ideologischen Horizont der Täter, der zweifellos nicht nur der der Nazis ist, muss sie als "jüdisches Wesen" erscheinen: das "Dazwischensein" dieser Architektur bejaht gerade die Ort-, Wurzel- und Bodenlosigkeit, die der Antisemitismus auf "die Juden" projiziert, die er in "den Juden" verneinen, auslöschen wollte, um zum eigenen, "angestammten" Boden, zur Heimat zurückzufinden. Gerade deshalb darf ein solches Mahnmal kein Ort sein, der angeeignet, der zum Eigentum werden kann: er kann bestenfalls ein Nicht-Ort sein, wo wir "uns selbst als Fremde begegnen können. (...) Zumindest hoffe ich das." (ebd.). Die Probe darauf liegt zuletzt in den Erfahrungen, die der Gang durch das Stelenfeld vermitteln wird.

Bettina Rudhof

Anmerkungen:

1) vgl. ak 423, 428, 491.

2) www.holocaust-mahnmal.de

3) Eisenman, Notations of Affect. An Architecture of Memory. In: K. Herding / B. Stumpfhaus (Hg.), Pathos Affekt Gefühl, Berlin 2004, S. 504 (eig. Übers.)

4) ebd., S. 506

5) zit. n. Erszébet Berta, Architextur. In: WEB-FU Wiener elektronische Beiträge des Instituts für Finno-Ugristik, April 2003,

http://webfu.univie.ac.at/texte/berta.pdf

6) Ich war ein Nichts. Eisenman im Interview mit Hanno Rauterberg, Die Zeit 51/2004

17. Hitlers willige Butterfahrer. Götz Alys Betrachtungen zum "faschistischen Wohlfahrtsstaat"

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:33

Er habe Goldhagen, der den eliminatorischen Antisemitismus des normalen Deutschen für den Holocaust verantwortlich gemacht hat, materialistisch vom Kopf auf die Füße gestellt, so Volker Ullrich in der Zeit über Götz Alys neues Buch über "Hitlers Volksstaat". Alys Thesen erfahren überwiegend Zustimmung, während die Wogen der Empörung bei Goldhagens Thesen hochschlugen. Warum?

Aly entwirft das Bild eines gigantischen Raubmords, dessen Rendite dem Volk vor allem in Form sozialstaatlicher Vergünstigen zugeflossen sei. Schon Jan Gross hat in seinem Buch über Pogrom im nordostpolnischen Jedwabne antisemitische und Raubenergien zusammengebracht. (1) Alys Recherchen haben durchaus Lob verdient. Er beleuchtet die "gewaltigen Raubmaschinerie" von allen Seiten, denn: "Der Holocaust bleibt unverstanden, sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird." Er analysiert die geräuschlosen Techniken des Werttransfers von der Manipulation der Währungsrelationen über Methoden der Inflationierung, des Zwangssparens bis zur brutalen Hungerpolitik, mit der die EinwohnerInnen von Städten wie Leningrad dem Tode überlassen wurden. Er errechnet den Wertraub an ZwangsarbeiterInnen, auch in den abgefeimten bürokratischen Formen wie der zynischen Lohneinbehaltung im Wege des "Ostarbeiter-Sparens". Er umreißt einige technische Aspekte des Zentralclearings, das schon Franz Neumann als das mächtigste Mittel des nazistischen Imperialismus herausgestellt hatte.

Sozialstaatlicher Wohlfühlfaschismus

Aber Aly bleibt nicht beim Technischen stehen. Es geht ihm immer auch um Personen. Er heftet sich an die Fersen der Soldaten, wenn sie ihre kleine Beute machen: Kaffee, Wein, Spitzenwäsche, Besuche in Schlemmerlokalen und Edelbordellen. Er verfolgt die deutschen Männer und Frauen auf die Auktionen, auf denen arisierte Möbel und Hausrat zu Schleuderpreisen einzuheimsen waren. Vor allem aber geht er auf die Einzelheiten der vielen "sozialstaatlichen" Vorteile ein, die den VolksgenossInnen als Rendite der Raubmaschinerie zuflossen: Lohnzuschläge, Sondertarife, Steuervergünstigungen, Ehestandsdarlehen, Urlaubsverlängerungen, Müttergenesungswerk, Familienlastenausgleich, Subventionen für Kinderreiche - alle hierarchisiert im Gefälle der nazistischen Wertmaßstäbe und Zielsetzungen.

Doch Alys Buch ist nur auf den ersten Blick ein Gegenmittel gegen die neuerlichen Inszenierungen der Opferpose. Die LeserInnen werden vielmehr mit einer neue Spezies von Opfern bekannt gemacht, mit den "Bestochenen", den Opfern sozialstaatlicher Illusionen: "Wie sich der Staat im Großen in eine gewaltige Raubmaschinerie transformierte, wandelten sich gewöhnliche Leute in Vorteilsnehmer und passiv Bestochene. Aus Soldaten wurden bewaffnete Butterfahrer. (...) So betrachtet, verwandelte die NS-Führung die Deutschen mehrheitlich weder in Fanatiker noch überzeugte Herrenmenschen. Vielmehr gelang es ihr, sie zu Nutznießern und Nutznießerchen zu machen" (S. 361) Die Deutschen machten nicht, sie wurden gemacht. Zu Nutznießerchen. Für Aly waren die Deutschen "in den Jahrzehnten vor der Regierung Hitler nicht ressentimentbeladener als die übrigen Europäer, ihr Nationalismus nicht rassistischer als der anderer Nationen. Es gab keinen deutschen Sonderweg, der sich in plausible Beziehung zu Auschwitz setzen ließe." Hitler schuf eine "Zustimmungsdiktatur", und die "Zustimmung entsprang mehrheitlich keiner ideologischen Überzeugung; vielmehr wurde sie durch systematische Bestechung mittels sozialer Wohltaten immer neu erkauft." (S. 333) Und auf Pump zunächst. Denn die Triebkraft der raubmörderischen Dynamik verortet Aly in der Staatsschuld und den "kriminellen Techniken der Haushaltspolitik ... Daraus ergab sich der immanente Zwang zu Krieg und Raub."

Die Energien der nationalsozialistischen Bluttaten bekommen einen neuen Sinn im "Sozialstaat": "Das materiell üppige Sein, der indirekte, nicht persönlich verantwortete, doch gern genommene Vorteil aus dem Großverbrechen bestimmte das Bewusstsein der meisten Deutschen von der Fürsorglichkeit ihres Regimes. Umgekehrt bezog die Politik der Vernichtung daraus ihre Energie: Sie orientierte sich am Volkswohl. (...) Im Nachhinein wird die Rassenlehre des Nationalsozialismus als pure Anleitung zu Hass, Mord und Totschlag

verstanden. Doch für Millionen Deutsche lag das Attraktive in dem an sie adressierten völkischen Gleichheitsversprechen" (S. 28). Aly zufolge bedeutet Hitler "in den ersten Jahren Satisfaktion für ein verstörtes (sic!), aggressives und selbstaggressives Volk" (S. 50).

Entlastet werden in diesem Szenario vor allem Kapitalismus und Unternehmer. Sie sind nicht Gewinner, sondern Verlierer. Unternehmen und Bourgeoisie werden zur Ader gelassen, leiden unter der Steuerhärte. Ihre kriegsbedingten Mehrgewinne müssen sie an den Fiskus abführen (S. 77 ff). In seinem Beitrag für den Spiegel (10/05) erklärt Aly gleich zu Beginn: "Wer die verbrecherische Dynamik des Nationalsozialismus verstehen will, sollte nicht länger auf Großbanken und Konzerne starren. Die im vergangenen Jahrzehnt modisch gewordenen Studien zur Geschichte einzelner Unternehmen (tragen) zur Erklärung des Gesamtgeschehens selten bei." Früher wusste Aly durchaus, dass die abgepressten und geraubten Werte, die abgezwungene Arbeit und die arisierten Unternehmen und Beteiligungen direkt oder über Banken in die Kriegsökonomie einverleibt wurden. Hier war der Ort, wo die deutschen Unternehmen sich und ihr "menschenökonomisches" Humankapital für die Nachkriegsherrschaft in Europa ökonomisch, strukturell, technologisch, sozialtechnisch hochrüsteten. Jetzt wird das von Aly nicht einmal berührt.

Rechtfertigung der Agenda 2010

Die Rechte fühlt sich durch solche Thesen inspiriert. Aly weiß, dass er auf neonazistischen Websites zitiert wird, unangenehm ist ihm das aber nicht. (MDR-Interview 22.3.05) Auch die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) zeigt sich aufgeschlossen. Am 13. März hatte Peter Richter Alys Thesen noch eher vorsichtig als "missing link" zur heutigen Sozialstaatsdebatte und Eichels Haushaltspolitik willkommen geheißen. Kurze Zeit später nimmt Alfred Schüller das Erbe des NS an: "Der Sozialstaat als Erbe des Dritten Reiches konstituiert einen bedeutenden Teil unserer international applaudierten Identität. Unser Sozialstaat verkündet die versöhnte Gesellschaft. Hier manifestieren sich feudales und christliches und nationalsozialistisches Denken". (3.4.05) So weit wagen sich nur wenige vor. Der Militärhistoriker Hans-Erich Volkmann lobt in der Frankfurter Rundschau (FR) den Fleiß, Volker Ullrich warnt in der Zeit, die Vorgaben Alys einfach anzunehmen. Der hatte in der Süddeutschen Zeitung (SZ) den aktuellen epochenpolitischen Kontext seines Buchs betont: "Die Regierung Schröder/Fischer steht vor der historischen Aufgabe des langen Abschieds von der Volksgemeinschaft."

Der Historisierungsdiskurs gegenüber dem Nationalsozialismus ist in eine neue Etappe getreten. Aly behauptet, es gehe um Fakten, doch das ist Unsinn. Schon Wilhelm Dilthey wusste das vor über hundert Jahren: "Was wir unserer Zukunft als Zweck setzen, bedingt die Bestimmung der Bedeutung des Vergangenen." Heute heißt das etwas frecher bei Schüller: "Geschichte ist eine Mischung aus Empirie und Phantasie, ein interessegeleitetes Konstrukt." Alys Buch ist längst in die aktuelle Sozialstaatsdebatte eingespeist. Das Thema ist nicht die Auflösung des Sozialstaats, sondern seine Anpassung an die Erfordernisse der Globalisierung und die Notwendigkeit, dies historisch zu fundieren. Das ist kein Revisionismus. Das ist aktive und kreative "Arbeit an der Geschichte" (Ernst Schulin) in einem intentionalistischen, geschichtsphilosophischen Selbstverständnis.

Ein linkes, materialistisches Geschichtsverständnis muss sich diesen Herausforderungen neu stellen, und zwar in zwei Richtungen. Zum ersten wäre es inzwischen absurd, die Strategien und Energien der technisch-sozialen Innovation kapitalistischer Verwertung unter dem Hakenkreuz zu unterschätzen. Aly selbst erwähnt die jugendfrische, aggressive Kreativität der nazistischen Funktionseliten. Sie suchten ihre Chancen in einer brutalen Offensive, die die Strategien "menschenökonomischer" Rationalisierung im Maßstab einer ökonomischen Großraumpolitik zu verwirklichen suchte. Sie waren Vordenker der Biopolitik, der modernen Raumordnung und des sozialen Wohnungsbaus, der sozialen Zerstörung und Arbeitskraftmobilisierung, der Bevölkerungspolitik und der Vernichtung. Und sie waren Erben der ersten Phase des "Griffs nach der Weltmacht" im wilhelminischen Kaiserreich.

Für die Herren- und Bemächtigungsenergien dieser Vordenker spielte die soziale und rassistische Feinderklärung und ihre nationalistische Formierung eine große Rolle. Und trotzdem - oder gerade deswegen - hat Joseph Schumpeter, der Ideengeber postmoderner Ökonomie, die Dynamik dieser Erneuerer und ihrer Strategien der "schöpferischen Zerstörung" als zentralen Bestandteil in den Kern der politischen Ökonomie des Kapitals gerückt. Inzwischen ist der Zusammenhang zwischen "Modernität (besser Modernisierung) und Barbarei", zwischen Rationalität und barbarischer Rationalisierung zum Kernbestand des Postwendediskurses

geworden. In diesem Zusammenhang sind auch nationalsoziale Impulse längst geschichtsmächtig geworden. Schon Friedrich Naumann (2) hatte sozialimperialistische Strategien zur Einbindung der Arbeitereliten in sein Mitteleuropakonzept einbezogen.

Modernisierung und kapitalistische Sozialtechnik

Die zweite Herausforderung, der sich die Linke stellen muss, ist noch größer. Es geht darum, die Perspektive des Kapitalismus endgültig zu verlassen. Eine historische Betrachtung, die die Spuren kapitalistischer Innovation und Effektivierung verfolgt, bindet uns gleichzeitig in den kapitalistischen Blick ein. Die Menschen, auf die die kapitalistischen Modernisierungsstrategien abzielen, werden dabei auf Gegenstände reduziert; das kapitalistische Operationsfeld wird zur tabula rasa. Hunderte Millionen von Menschen existieren nur noch als Manövriermasse strukturschwacher Räume und Regionen.

Zusammen mit Susanne Heim hatte Götz Aly noch in "Vordenker der Vernichtung" den Zugang zu den Menschen in Polen gesucht, die die soziale Frage von unten gestellt hatten. (3) Er hatte das Grundverständnis geteilt, dass es diese millionenfache, weltweite Armutsbevölkerung war, vor deren Lebensansprüchen der Kapitalismus in die Krise ging. Abraham Brumberg hat 1990 über die Aktionsbündnisse und Massenstreiks gegen den Antisemitismus berichtet, die die sozialrevolutionäre polnische Bauernjugend 1936 mit dem sozialistischen jüdischen Bund organisierte, der damit auch zur stärksten Kraft im polnischen Judentum wurde. Wir haben noch nicht einmal begonnen, nach ihrem Zusammenhang mit den Massenstreiks der Jahre 1936/37 in den USA und in Frankreich und mit der spanischen Anarchie zu fragen. Wir müssen uns diesen historischen Rückraum für die aktuellen Debatten wieder erschließen.

Detlef Hartmann

Anmerkungen:

1) Jan T. Gross: "Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne", München 2001

2) Namensgeber der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung; 1896 Mitbegründer des Nationalsozialen Vereins

3) Götz Aly/Susanne Heim: "Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung", Frankfurt/M. 2001

18. Frieden - das war einmal. Im Süden der Philippinen herrscht erneut Krieg

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:06

Der Friedensvertrag von 1996 ist Makulatur und US-Truppen sind wieder direkt im "Kampf gegen den Terror" involviert. Seit Februar liefern sich bewaffnete Verbände muslimischer Widerstandsgruppen auf der südphilippinischen Insel Jolo in der Sulu-See erneut heftige Gefechte mit Regierungstruppen.

Bis Mitte März waren laut offiziellen Angaben über 51.000 Menschen obdachlos geworden und befanden sich auf der Flucht. Nur ein Teil von ihnen konnte in Evakuierungszentren verpflegt wurden. Annähernd 200 Tote sind bislang zu beklagen. Während Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo den "Terroristen" aufs Neue mit ihrer "Ausmerzung" droht und für diesen Kampf Sondervollmachten reklamiert, gestattete ihre Regierung die Durchführung gemeinsamer US-amerikanisch-philippinischer Militärmanöver. Diese firmieren im Zeichen von "Balikatan" ("Schulter an Schulter") und dürften den US-Streitkräften bald mehr Manövrierraum geben, als vielen Filipinos und besorgten Bürgerrechtsgruppen lieb ist.

"1970 begann hier der Krieg. Im Frühjahr 1974 bombardierten Kampfjets der philippinischen Luftwaffe sogar unsere Häuser und Moscheen. Seitdem leben wir in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Ausnahmezustands gleicht", sagt Mohaya Asiz*. Die zierliche Mitfünfzigerin stammt aus Jolo. Doch bereits vor Jahren zog sie mit ihrem Mann und vier Kindern in die nördlich gelegene Hafenstadt Zamboanga City. Aus Sicherheitsgründen, wie sie betont.

Bürgerrechtsorganisationen vor Ort bestätigen Mohayas Einschätzung und sprechen von einer Katastrophe. "Nun will die Präsidentin auch noch mit Notstandsmaßnahmen regieren und beansprucht dafür Sondervollmachten", kritisiert Girlie Padilla, Generalsekretärin der Ökumenischen Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden. "Das trüge nicht im Geringsten dazu bei, den Konflikt in Sulu zu lösen. Im Gegenteil: Die ohnehin schlechte Situation würde sich noch verschlimmern. Frau Arroyos Menschenrechtspolitik ist ein Armutszeugnis. Und wer garantiert uns", so Padilla, "dass Sondervollmachten nicht wieder wie schon so häufig in der Vergangenheit missbraucht werden?"

Erbost über die neue Eskalation der Gewalt ist auch der Kongressabgeordnete aus Sulu, Hussin Amin. Präsenz zeige die Regierung meist nur in Uniformen, anstatt notwendige zivile Anliegen zu unterstützen. Amin und sein Stab haben errechnet, dass der 35 Jahre andauernde bewaffnete Konflikt vor ihrer Haustür, von menschlichem Leid und materiellen Zerstörungen abgesehen, exorbitante Kosten verursachte. Allein von 1970 bis 1996, so Amin, habe die Regierung 76 Mrd. Pesos (umgerechnet etwa 1,5 Mrd. US-Dollar) buchstäblich verpulvert, "anstatt mit diesem Geld unsere hungrige Bevölkerung zu ernähren, ein menschenwürdiges Gesundheitssystem und eine Infrastruktur aufzubauen, die unserer Jugend Ausbildung und Arbeitsplätze garantiert". Wer allein auf der Insel Jolo 100 Pesos pro Tag verdient, kann sich glücklich schätzen. Damit zählt man schon zu den Wohlhabenden in der Region.

Leben im Ausnahmezustand

Seit 1970 forderte der Bürgerkrieg in Sulu und auf der südphilippinischen Hauptinsel Mindanao etwa 150.000 Tote. Mehrere Zehntausend Flüchtlinge setzten sich in den nahe gelegenen ostmalaysischen Bundesstaat Sabah ab, wo noch heute ein Großteil von ihnen lebt. Neben Aceh im Norden der indonesischen Insel Sumatra sind Mindanao und der Sulu-Archipel die älteste Konfliktregion in ganz Südostasien. Jahrhunderte währender Kolonialismus - erst die Spanier und von 1898 bis 1946 die USA - und die systematische Kolonisierung der Südphilippinen mit Siedlern aus den nördlichen und zentralen Landesteilen sorgten für reichlich sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zündstoff. Schließlich geht es um Land beziehungsweise die Wiedergewinnung gewaltsam oder mit Hilfe juristischer Finessen angeeigneter Land(besitz)rechte. Die Moros betrachten Mindanao und den Sulu-Archipel als ihre Heimat, die indigenen, nicht-muslimischen Bergvölker (Lumad) sehen in dem Gebiet das Stammland ihrer Ahnen und die erst während der US-Kolonialherrschaft zugewanderten oder dort angesiedelten christlichen Residenten betrachten ihren Besitz als rechtmäßig, da sie seitdem den Grund und Boden bestellten.

Dabei hatte vor einem Jahrzehnt vieles anders, vor allem Erfolg versprechend, ausgesehen. Nach zähen Verhandlungen waren die Unterhändler Manilas und der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) unter ihrem Vorsitzenden Nur Misuari übereingekommen, ein endgültiges Friedensabkommen für die von Krieg und Gewalt gezeichnete Region zu vereinbaren. Am 2. September 1996 unterschrieben der damalige Präsident, Ex-General Fidel V. Ramos, und Misuari einen Vertrag, der das am 23. Dezember 1976 in Libyen ausgehandelte Tripolis-Abkommen ersetzen sollte.

Vier Kernpunkte beinhaltete die Friedensregelung von 1996. 1. Ein Südphilippinischer Rat für Frieden und Entwicklung (SPCPD) sollte die Interessen der muslimischen, christlichen und indigenen Bevölkerungsgruppen vertreten sowie die politische und wirtschaftliche Verwaltung von insgesamt 13 Provinzen und neun Städten übernehmen. 2. Die heute knapp 60 Mitgliedstaaten zählende Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) sollte sämtliche Schritte in Richtung Autonomie beobachten und für internationale Unterstützung der Friedens- und Entwicklungszone in den Südphilippinen werben. 3. Eine - vorerst aus nur vier Provinzen bestehende - Autonome Region in Muslim-Mindanao (ARMM) sollte entstehen und zu einem späteren, nicht genau festgelegten Termin in einem Plebiszit über deren endgültigen Status entschieden werden. 4. Sollten 7.500 Ex-Kombattanten der Bangsa Moro Army (BMA), des bewaffneten Arms der MNLF, in die regulären Streitkräfte, den Armed Forces of the Philippines (AFP), und der Nationalpolizei integriert werden und im Geltungsbereich der ARMM als Sicherheitskräfte fungieren.

So weit, so gut. Doch das Friedensabkommen ließ entscheidende Punkte offen. Einerseits blieben die Modalitäten der Einbindung von BMA-Truppen in die AFP unklar. Zum anderen behielt die Zentralregierung ihre Finanzhoheit, so dass die von der MNLF erstrittene (Teil-)Autonomie wirtschaftlich auf tönernen Füßen stand. Querelen waren somit programmiert.

Der kurzen Aufbruchstimmung ...

Seit ihrer Gründung im Jahre 1968 war die MNLF lange die bedeutendste und schlagkräftigste Organisation des wieder belebten muslimischen Widerstands. Ihr ursprüngliches Ziel: die Schaffung eines unabhängigen Staates, der Bangsa Moro-Republik, die neben dem Sulu-Archipel, die südliche Hauptinsel Mindanao sowie Palawan im Südwesten umfassen sollte. Doch dieses Maximalziel war bereits 1976 im Tripolis-Abkommen fallen gelassen worden, nachdem die MNLF-Führung die "territoriale Integrität und staatliche Souveränität der Republik der Philippinen" anerkannte. Gegen diesen "Verrat und Kapitulationismus" wandten sich Teile der MNLF, die 1978 als Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) erstmals öffentlich von sich reden machten. Die MILF tritt nach wie vor für einen unabhängigen Staat ein, was ihr wachsende Sympathien bescherte und immer mehr AnhängerInnen zutreibt.

Da die MNLF aus der Sicht Manilas weitgehend befriedet ist, steht auf der Regierungs-Agenda nunmehr die politische Zähmung der MILF. Mit ihr kam zwar Ende der 1990er Jahre ein Waffenstillstandsabkommen zu Stande. Doch Friedensgespräche schlugen bislang fehl. Nicht zuletzt deshalb, weil Manila wiederholt (Ex-)Generäle als Friedensbroker einsetzte und politische Verhandlungen nur führte, um das "Problem" letztlich doch militärisch zu lösen.

... folgte tiefe Ernüchterung

Kompliziert wird die Situation in den Südphilippinen durch die Existenz der Abu Sayyaf. Diese Organisation entstand zu Beginn der 1990er Jahre auf der Insel Basilan als Islamische Vereinigung. Ihren Namen wechselte sie nach der Rückkehr ehemaliger philippinischer Afghanistan-Kämpfer, die dort unter der Ägide des stockkonservativen, mit saudischen Geldern finanzierten Milizenführers Abdul Rabb Rasul Sayyaf gegen die sowjetischen Besatzungstruppen gekämpft hatten. Die Abu Sayyaf, zeitweilig von philippinischen Militärgeheimdienstlern unterwandert, bietet Manila immer wieder einen willkommenen Anlass, den gesamten muslimischen Widerstand zu attackieren und gegen ihn militärisch vorzugehen. In Manila und Washington gilt die Gruppe als ein südostasiatischer Ableger des al-Qaida-Netzwerks. Kein Wunder, dass die einstige Kolonialmacht USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in diesem Teil der Philippinen Anfang 2002 offiziell die nach Afghanistan "zweite Front im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus" eröffneten.

Seit der Zeit befanden sich hunderte von GIs in den Südphilippinen, die auf mehrere tausend Mann aufgestockt werden sollten. Doch der Zeitplan geriet durcheinander, als die US-Truppen vor zwei Jahren die Irak-Invasion begannen. Aus der Perspektive des Pentagon bleibt der "unruhige Süden" der Philippinen indes

militär- und geostrategisch von Bedeutung. Von hier aus sollen die weiten Küstengebiete des indonesischen Archipels, der gleichermaßen "unruhige Norden" der Insel Sumatra (wo mit der Bewegung Freies Aceh, GAM, ebenfalls seit langem eine Unabhängigkeitsbewegung operiert) und schließlich die Straße von Malakka "geschützt" werden. Diese Wasserstraße, die zwischen Sumatra und dem Stadtstaat Singapur verläuft, ist die weltweit wichtigste Tankerroute für die Öllieferungen nach Südost- und Ostasien.

In Japan (auf Okinawa) und in Südkorea will Washington seine stationierten Truppen verringern. Nicht etwa, um sich aus der Region zurückzuziehen, sondern um die eigenen Kräfte neu zu gruppieren. Auf den Philippinen unterhalten die USA seit Anfang der 1990er Jahren keine Militärstützpunkte mehr. Doch neben einem militärischen Beistandspakt sind seit 1998 mit dem Visiting Forces Agreement (VFA) und Mutual Logistics Support Agreement (MLSA) zwei Abkommen in Kraft, die den USA weit reichende Vollmachten in seiner Ex-Kolonie garantieren und ihren Streitkräften größtmögliche logistische Unterstützung bieten. Im Lande finden immer wieder gemeinsame Militärmanöver statt, und die US-Truppen können die über zwanzig wichtigsten Hafenstädte und Flugplätze auf den Inseln nutzen.

Andauernde Befriedungsversuche

Für eine erklärtermaßen mobile und allseits präsente Kriegsstreitmacht sind Militärstützpunkte nicht mehr notwendig. Seit Mitte Februar wird hinter den Kulissen in Washington, Tokio, Seoul und Manila intensiv darüber beraten, in welchem Umfang US- und zum späteren Zeitpunkt sogar japanische Truppenverbände (die sich noch harmlos "Selbstverteidigungskräfte" nennen) in den Philippinen und in anderen Krisenregionen Ost- und Südostasiens eingesetzt werden sollen. Langfristig geht es Washington darum, die VR China als aufstrebende Regionalmacht in Schach zu halten und Nordkoreas "nukleare Bedrohung" einzudämmen.

Hintergrund der erneuten Kampfhandlungen auf Jolo war die Ermordung einer angeblich mit der MNLF sympathisierenden Familie in einem Vorort von Maimbung unweit von Jolo City. Dort massakrierten im Morgengrauen des 1. Februar Soldaten des 53. Infanteriebataillons der Philippinischen Armee Tal Padiwan, einen Lokalpolitiker, mitsamt seiner Familie. Militärsprecher behaupteten zunächst, die Padiwans seien bei der Verfolgung von Einheiten der Abu Sayyaf zufällig in die Schusslinie geraten. Als das von Anwohnern vehement bestritten wurde, schob das Militär eine andere Version nach, derzufolge Tal Padiwan Soldaten des 53. Infanteriebataillons mit einer Schusswaffe bedroht haben soll, als diese ihn vor seinem Haus um Trinkwasser gebeten hätten. Jedenfalls führte der gewaltsame Tod der Padiwan-Familie zur raschen Eskalation der Gewalt.

Am 6. Februar eröffneten MNLF-Einheiten unter Führung von Ustadz Habier Malik, einem Misuari-Loyalisten und anerkannten religiösen Führer in der Region, das Feuer auf einen Armeeposten in Panamao. Zirka 5.000 Regierungstruppen wurden daraufhin in die Region abkommandiert, um nach eigenen Angaben "800 Rebellen zu jagen".

Rainer Werning

* Name von der Redaktion geändert

19. "Kein Vergeben, kein Vergessen, keine Versöhnung." Demonstrationen zum Jahrestag des Putsches in Argentinien

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:10

Es ist Gründonnerstag, die Osterfeiertage haben begonnen. Am Morgen ist Buenos Aires wie leergefegt. Wo sich sonst Blechlawinen durch die Straßen quälen, fahren nur vereinzelte Taxis verloren über die vier- bis sechsspurigen Avenidas. Doch es ist kein gewöhnlicher Gründonnerstag. Vor 29 Jahren, am 24. März 1976, wurde in Argentinien die verfassungsmäßige Regierung von Isabel Perón durch einen Putsch gestürzt. Angeführt von General Jorge Rafael Videla verschaffte sich das Militär die uneingeschränkte Staatsmacht. Es begann eine Zeit der brutalen Repression.

Nach Zählungen von Menschenrechtsorganisationen wurden 30.000 Menschen ermordet oder verschwanden, um nie oder lediglich als Leichen wieder aufzutauchen. Viele von ihnen wurden betäubt und mit Gewichten beschwert aus Hubschraubern und Flugzeugen über dem Rio De La Plata oder dem Atlantik abgeworfen. Betroffen waren Angehörige linker Parteien, GewerkschafterInnen, linke Intellektuelle und Studierende, engagierte ChristInnen und Gueriller@s. Sie wurden gefoltert und ermordet. Die Militärs verschenkten die Neugeborenen ihrer Opfer an kinderlose Militärfamilien, um diesen so einen Kinderwunsch zu erfüllen. 1981 löste Roberto Viola Videla im Amt ab. Die Diktatur endete erst 1983.

Gründonnerstag, Buenos Aires 2005: Am frühen Nachmittag füllen sich plötzlich die Straßen. An die hunderttausend DemonstrantInnen sollen es heute sein, eine der größten Demonstrationen, welche die Stadt je gesehen hat. Eine Gruppe Transvestiten läuft hinter einem Transparent und Regenbogenfahnen. Gewerkschaften (auch jene der Sexarbeiterinnen), Anarchisten, mindestens ein Dutzend verschiedener kommunistischer und sozialistischer Parteien mit jeder erdenklichen ideologischen Ausrichtung, Arbeitslosengruppen und Stadtteilorganisationen füllen die breiten Straßen. Meist dunklerer Hautfarbe und in abgetragene Kleidung gehüllt, kommen sie aus den Vororten der Metropole am Rio De La Plata - die Arbeitslosen und Müllsammler, die fliegenden Händler und Handlanger, Tagelöhner und Hungerleider Argentiniens. Sie haben ihren eigenen Sicherheitsdienst: Reihen vermummter Jugendlicher, vereinzelt auch Frauen, mit Eisenstangen und Holzknüppeln bewaffnet. Nur zu gut erinnern sie sich an die vielen Toten, die das brutale Vorgehen der Polizei inmitten der politischen Krise in Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Ende 2001 forderte. Auch deren Bilder werden hoch gehalten, ebenso wie jene der Opfer der Diktatur. In den Blöcken der Gewerkschaften und Arbeitslosengruppen sind auffällig viele MigrantInnen aus Bolivien und Peru zu sehen, häufig Opfer rassistischer Behandlung durch die mehrheitlich europäischstämmigen weißen ArgentinierInnen. Sie stellen das unterste Segment im Lohnarbeitssektor: unterbezahlt, ausgebeutet und weitgehend rechtlos.

Kommunisten, Transvestiten, Hungerleider

Auf der Demonstration wird auch die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert, von denen die meisten in Folge von Aktionen gegen Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit im Gefängnis sitzen. Und auch an die Toten aus dem "Cromagnon" vom 30.12. vergangenen Jahres wird erinnert. 193 Jugendliche verbrannten oder erstickten qualvoll in der anlässlich eines Rockkonzerts völlig überfüllten Unterklassendisko. Sie wurden Opfer kaum existenter Sicherheitsvorkehrungen eines Lokals, das eigentlich schon lange hätte geschlossen werden müssen, sich jedoch - nicht zuletzt dank Behördenkorruption - in ein Massengrab verwandelte.

Zu einer der insgesamt drei Demonstrationen, die am Gründonnerstag in Buenos Aires zusammenlaufen, hatten die Madres de la Plaza de Mayo und 30 weitere Organisationen aufgerufen. Sie gehören zu den gesellschaftlichen Strömungen, die zwar einen sehr radikalen Diskurs pflegen, jedoch Präsident Kirchner unterstützen, da sie ihm sein Vorgehen gegen die Militärs und seine in Teilen kontinentale Orientierung zu Gute halten. Eine zweite, weitaus größere Demonstration vereinte über 150 Organisationen und Parteien der Linken, die Kirchner ablehnen und ihm vorwerfen, die neoliberale Linie seiner Vorgänger fortzusetzen. Eine dritte Demonstration wurde von den Madres de la Plaza de Mayo - "Gründungslinie" und weiteren Gruppen

einberufen (die weltweit bekannte Gruppe der Mütter von Verschwundenen hat sich aufgrund von Richtungsstreitigkeiten bereits vor Jahren gespalten).

Entstanden war die Organisation, als sich einige Mütter von Verschwundenen zusammenschlossen und begannen, regelmäßig vor dem Regierungspalast zu demonstrieren, um Aufklärung über den Verbleib ihrer Kinder zu fordern. Immer wieder von Repression betroffen und von Polizisten bedroht und geschlagen, machten sie dennoch weiter. Die "Mütter der Plaza de Mayo", benannt nach dem Platz vor dem Regierungspalast, wurden so erst zum Symbol des Kampfes gegen die Diktatur und danach zum Symbol gegen das Vergessen. Seit mittlerweile 29 Jahren treffen sich die mutigen Mütter jeden Donnerstag Nachmittag auf dem Platz und demonstrieren. Eine weitere Organisation Namens Abuelas de la Plaza de Mayo (Großmütter der Plaza de Mayo) versucht, die Schicksale der von Militärs geraubten Kinder aufzuklären.

Folterstätte wird Museum

Zwischen 500 und 750 waren es, die in Gefangenschaft geboren und "verschenkt" wurden, während ihre Eltern von den Militärs ermordet wurden. Viele wissen bis heute nichts von ihrem Schicksal. Andere wiederum versuchen ihre Geschichte zu rekonstruieren. Erst kurz vor Ostern hatte wieder eine junge Frau auf juristischem Wege zumindest ihren wirklichen Namen wieder erhalten. Unterstützt werden sie auch von der Gruppe H.I.J.O.S. (Söhne und Töchter), die sich vor zehn Jahren gründete und vor allem Kinder von Verschwundenen und Ermordeten eint. Auch sie bildeten einen Block auf der Demonstration.

Silvina Atencio gehört zum Beispiel dazu, ihr Vater Raúl Atencio verschwand während der Diktatur. Doch die junge Frau hat wieder Mut gefasst. "Wir haben zum ersten Mal einen Präsidenten der in dieser Frage auf unserer Seite steht" sagt sie über Nestor Kirchner. Zwei Jahrzehnte lang, so berichtet sie, war es nicht einmal möglich, gegen bekannte Verbrecher juristisch vorzugehen. 1985 wurden zwar fünf Militärs der Junta zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, Videla und ein weiterer zu lebenslanger Haft, doch sie mussten sie nie absitzen. In der Folgezeit gab es keine weitere strafrechtliche Verfolgung von Militärs oder von an der Diktatur beteiligten Zivilisten. Zwei 1990 von der "demokratischen" Regierung erlassene Gesetze, "Punto Final" (Endpunkt) und "Obediencia Debida" (Verpflichtender Gehorsam) führten zur Einstellung aller Verfahren und schenkten den Diktatoren und ihren Handlangern die Straflosigkeit. Videla wurde 1998 wegen der illegal zur Adoption frei gegebenen Kinder wieder inhaftiert, aber 1999 erneut frei gelassen.

Mit der Machtübernahme des Peronisten Néstor Kirchner im Mai 2003 kam Bewegung in die Frage der Militärs. Auch wenn viele Kirchner vorwerfen, den neoliberalen Kurs mit linker Rhetorik kaschiert, unter der Hand weiter zu führen - gegenüber den Verbrechen der Militärs scheint er konsequenter zu sein. Etwa sechs Monate nach Amtsübernahme hoben die zwei Kammern des argentinischen Parlaments auf sein Betreiben hin die beiden Amnestiegesetze für Angehörige der Diktatur auf. Kirchner schickte die komplette Militärführung in Pension, feuerte die Polizeichefs und annullierte ein Dekret von 2001, das Auslieferungen von Ex- Militärs verbot. Im Juli 2003 erließ ein Richter daraufhin Haftbefehl gegen 46 ehemalige Mitglieder der Militärjunta und ordnete ihre Verhaftung an. Unter ihnen befinden sich auch Videla und Massera. "Heute sind zumindest juristische Verfahren gegen die Militärs wegen ihrer Verbrechen möglich", so Silvina Atencio. Insgesamt 2.600 Militärs könnten belangt werden. Silvina will auch versuchen, ein Verfahren gegen die Mörder ihres Vaters einzuleiten.

Emilio Eduardo Massera war Chef der berüchtigten Mechanikschule der Marine (ESMA) in Buenos Aires. Die ESMA diente als Folterzentrum und wichtigstes Gefängnis der Diktatur. An die 4.000 Menschen "verschwanden" dort. Die Folterstätte wird nun nach und nach in ein "Museum der Erinnerung" verwandelt. Die letzten beiden in ihr verbliebenen Marineeinrichtungen werden das Gelände im Oktober verlassen. Dies geschieht ebenfalls auf Initiative Kirchners, der die Kaserne im vergangenen Jahr als erster gewählter Präsident seit 1983 besichtigte. Eine Delegation aus 26 Ex-Häftlingen begleitete ihn über das Gelände, ohne jeglichen Empfang oder Begleitung von Militärs, so wie es die ehemaligen Gefangenen gefordert hatten.

Kirchners Politik findet im Parlament allerdings kaum Unterstützung. Sein Versuch, das Parlament zu einer Rücknahme der unter Präsident Carlos Menem 1989 und 1990 beschlossenen Straferlasse rückgängig zu machen, scheiterte: Nur 23 Abgeordnete waren bei der Abstimmung anwesend. Das notwendige Quorum liegt bei 129. Andere wiederum werfen Kirchner vor, auf die symbolische Ebene beschränkt zu bleiben. Er setze sich nicht dafür ein, die Straferlasse tatsächlich aufzuheben, die Prozesse gegen die Mörder aus der Diktatur

kämen nicht voran und Kirchner persönlich habe die spanische Regierung unter José María Aznar darauf gedrängt, nicht die Auslieferung diverser argentinischer Militärs wegen Verbrechen an spanischen Staatsbürgern zu fordern. Auch die Deutsche Bundesregierung fordert seit dem 4. März 2004 die Auslieferung des Ex-Diktators Videla und zweier weiterer ehemaliger Militärs wegen mehrfachen Mordes an deutschen Bürgern. 95 nachgewiesene deutsche oder deutschstämmige Opfer geben klagenden Nachkommen und anderen die juristische Möglichkeit, einige Schergen der Diktatur in Deutschland vor Gericht zu stellen.

Gegen Diktatur und die Gewalt der Armut

Von der Diktatur profitierten auch deutsche Unternehmen. Mercedes-Benz ließ in seinem Werk in González Catán mindestens 16 Gewerkschafter von der Militärjunta verhaften und "verschwinden". Ein Verfahren vor deutschen Gerichten gegen den Mercedes Benz-Manager Juan Tasselkraut wegen Beihilfe zum Mord wurde allerdings mangels Beweisen eingestellt. Im konkreten Fall sei ein Opfer zwar "verschwunden", allerdings ließe sich nicht sicher von einer Tötung ausgehen. Streiks wurden nach 1976 von der Diktatur unterbunden, so dass Mercedes Benz bereits 1977 in seinem Geschäftsbericht berichten konnte, das Unternehmen habe einen "Stabilisierungsprozess" erlebt, der "positiv" verlaufen sei.

Die DemonstrantInnen in Buenos Aires sind sich bewusst, dass es sich bei der Diktatur nicht lediglich um eine besonders dunkle Epoche der argentinischen Geschichte handelt, sondern um die gewaltsame Durchsetzung eines Wirtschaftsmodells, das letztlich auch die Verantwortung für die heutige Krise und Armut trägt. Daher lautet auch einer der Aufrufe der Demonstration an die Regierung, die enormen Außenschulden Argentiniens nicht zu zahlen. Vor allem aber haben an diesem Gründonnerstag 29 Jahre nach dem Putsch mehr ArgentinierInnen als jemals zuvor auf den Straßen "Kein Vergeben, kein Vergessen, keine Versöhnung" gefordert.

Dario Azzellini

20. "Wenig Aussicht auf Gerechtigkeit." Morde in kolumbianischer Friedensgemeinde: Gewalt mit System

Autor: Interview: Doro Wiese · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:07

In Kolumbien organisieren sich seit 1997 Menschen, die durch den Krieg gezwungen worden sind, ihre Heimatregionen zu verlassen, in so genannten "Comunidades de Paz". Ihr Ziel ist es, sich der Spirale der Gewalt zu entziehen und eine "Rückkehr in Würde" vorzubereiten oder zu praktizieren. Ende Februar 2005 sind acht Mitglieder der Friedensgemeinde San José de Apartadó von einer sich als Militär ausweisenden Gruppe verschleppt, gefoltert und ermordet worden - darunter vier Kinder im Alter von zwei bis 17 Jahren. Die Vorgänge wurden bislang nicht aufgeklärt. Über die politischen Hintergründe sprach Doro Wiese mit Margaret Burslay. Diese hat als Mitglied der Menschenrechtsorganisation peace brigades international (pbi) die Gemeinde über viele Monate begleitet.

ak: Frau Burslay, einer der Ermordeten, Luis Eduardo Guerra, war ein führender Vertreter der Friedensgemeinde, die offenbar durch die Morde eingeschüchtert werden soll. Wem ist sie ein Dorn im Auge und warum?

Margaret Burslay: Im Fall von San José de Apartadó sind die ökonomischen Interessen nicht so offensichtlich wie in anderen Provinzen Kolumbiens, in denen Megaprojekte, Bodenschätze biologische Ressourcen oder den Hintergrund für Unterwerfung oder Vertreibung der ansässigen Bevölkerung bilden. Sicherlich aber spielt die strategische Lage eine Rolle. Denn es gibt im Umkreis der Gemeinde immer wieder Gefechte des Militärs mit Guerillatruppen der FARC, die durch einen nahe liegenden Gebirgszug ziehen. Die Politik der Gemeinde ist es, sich nicht in diese bewaffneten Konflikte hineinziehen zu lassen, wie es ihnen nach den Genfer Konventionen auch zusteht. Doch dieser Standpunkt ist von offizieller Seite aus nicht existent. Entweder steht man auf Seiten des Staates oder man wird beschuldigt, auf Seiten der Guerilla zu stehen. Und wer Menschenrechtsverletzungen und die Verantwortung staatlicher Instanzen anzeigt, wird häufig als Unterstützer des Terrorismus diffamiert.

Zudem ist den Regierenden die politische Position der Friedensgemeinde ein Dorn im Auge, denn ihre Mitglieder ordnen sich nicht dem staatlichen Interesse unter und wehren sich gegen Ungerechtigkeit und Straflosigkeit, indem sie diese durch öffentliche Stellungnahmen und auch international anzeigen. Damit behindern sie unter anderem die derzeitigen Amnestiepläne der Regierung, die in der nahe liegenden Region Córdoba Demobilisierungsverhandlungen mit den wichtigsten Anführern der Paramilitärs führt. Die Friedensgemeinde von San José teilt die Befürchtung vieler Organisationen, dass die Paramilitärs nach Abschluss der Verhandlungen in andere bewaffnete Gruppen eingegliedert werden, seien es die Sicherheitskräfte oder die so genannten Bauernsoldaten, die "soldados campesinos". So würde die Regierung ehemaligen Paramilitärs einen legalen Rahmen verschaffen.

Seit Gründung der Friedensgemeinde sind laut Angaben von amnesty international mehr als 100 ihrer Mitglieder ermordet worden. Trotzdem verpflichtet sie sich in keiner Weise am Krieg teilzunehmen, keine Waffen zu tragen und nicht mit Kriegsakteuren zusammenzuarbeiten - weder durch die Weitergabe von Informationen noch durch andere Unterstützung. Warum hat sich die Friedensgemeinde für diesen Weg entschieden?

Weil ihre Mitglieder sich ansonsten der Repression beugen, die Straflosigkeit akzeptieren oder in die Städte abwandern und höchstwahrscheinlich im Elend leben müssten, obwohl sie fruchtbares Land besitzen und bearbeiten können. Sie müssten sich den fast drei Millionen Vertriebenen in Kolumbien anschließen. Diese haben die ländlichen Gebiete verlassen, weil ihre Rechte als Zivilbevölkerung nicht respektiert werden. Die meisten derjenigen, die ihr Land und Haus verließen, leben nun in den Elendsgürteln der Städte. Vor 50 Jahren war Kolumbien noch ein Land mit 70% ländlicher Bevölkerung, mittlerweile leben weniger als 30% auf dem Land. Die Verarmung derjenigen, die alles zurücklassen, ist enorm. 60% der KolumbianerInnen leben in Armut und 7 Millionen Menschen in absolutem Elend. Die Tendenz ist steigend.

Warum kam es gerade zum jetzigen Zeitpunkt zu den Ermordungen?

Seit 2000 steht die Gemeinde unter dem Schutz des Interamerikanischen Gerichtshofs. Sie hatte sich an diesen gewandt, weil sämtliche von ihr angezeigten Verbrechen und Vorfälle straflos geblieben sind. Aufgrund der Auflagen des Interamerikanischen Gerichtshofes ist die kolumbianische Regierung aufgefordert, sich besonders um diese Gemeinde zu kümmern und Schutzmaßnahmen mit der Gemeinde abzustimmen. Eine Möglichkeit, der Gemeinde zu schaden, besteht nun darin, Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zu säen und immer wieder zu sagen, sie sei ein Schutzraum der Guerilla. Selbst nach dem Massaker hieß es, dort seien Terroristen aktiv und die Streitkräfte hätten keinerlei Verantwortung, da die Gemeinde ihre Präsenz vor Ort nicht zulasse. Denn zu den Forderungen der Gemeinde gehört, dass keine bewaffneten Akteure im Ortskern sind, wenngleich Militär und Polizei durchaus im Umkreis Schutz geben sollen. Da nach Aussagen der Gemeinde viele Verbrechen unter den Augen und in Mitarbeit des lokalen Militärs stattgefunden haben und nicht aufgeklärt wurden, vertraut die Gemeinde den staatlichen Sicherheitskräften nicht mehr, wünscht aber die Präsenz ziviler Kontrollbehörden wie z.B. der Ombudsstelle des staatlichen Menschenrechtsbeauftragten. Von offizieller Seite wird völlig verschwiegen, welche Probleme es in den letzten Jahren mit dem Militär gegeben hat.

Was ist vorgefallen?

Selbst UNO-Berichten zufolge hat das Militär in vielen Regionen und Instanzen Verflechtungen mit den Paramilitärs. Die Menschenrechtsorganisationen, auch diejenigen, die wir als pbi begleiten, sehen zwei verantwortliche Gewaltakteure: Einerseits paramilitärische Gruppen in Koalition mit dem Staat, der diese vielfach duldet oder unterstützt, und somit für die von ihnen begangenen Menschenrechtsverbrechen mitverantwortlich ist. Andererseits die Guerillagruppen, die wie Militär und Paramilitär ebenfalls häufig das Internationale Humanitäre Völkerrecht verletzen und Verbrechen an der Zivilbevölkerung begehen. In San José de Apartadó gab es Ermordungen durch die FARC, allerdings wurden in den meisten Fällen Verbrechen durch Paramilitärs begangen. Es gab Lebensmittelblockaden, Raubüberfälle, Verschleppungen und Ermordungen auf der 12 km langen Straße zur Kleinstadt Apartadó, die vollständig vom Militär kontrolliert wird.

Gleichzeitig wird die Gemeinde in Veröffentlichungen immer wieder durch Repräsentanten des Staates bis in die höchsten Kreise diffamiert, insbesondere wird es nicht gern gesehen, dass das Militär nicht vor Ort sein kann. Als letztes Jahr in Apartadó ein Attentat verübt wurde, wurde sogleich die Friedensgemeinde dafür verantwortlich gemacht. Der Präsident behauptete gar während eines Besuches des nahe gelegenen Bataillons, die Gemeinde blockiere die Justiz. Er drohte mit Zwangsmaßnahmen - Gefängnis für die Gemeindeführer und Ausweisung internationaler BeobachterInnen. Tatsächlich haben Gemeindemitglieder die Aussage verweigert, wenn etwa die Staatsanwaltschaft mit Militärschutz in die Gemeinde kam und erwartete, dass in dessen Beisein Zeugnis abgelegt werde. Die Gemeinde sieht unabhängige Untersuchungen und den Schutz der Zeugen nicht garantiert, weil sie die Erfahrung gemacht hat, dass Aussagende anschließend umgebracht wurden.

Kann solchen Bedingungen zivilgesellschaftlich etwas entgegengesetzt werden? Letztjährig wurden 72 GewerkschafterInnen ermordet.

Die Regierung verweist auf Statistiken, die belegen sollen, dass sich die Menschenrechtssituation verbessert habe. Es mag stimmen, dass es mehr Sicherheit auf den Straßen und weniger Entführungen gibt als in früheren Jahren. Gleichzeitig haben bestimmte Formen von Menschenrechtsverletzungen nach Aussagen anerkannter Menschenrechtsorganisationen erheblich zugenommen, so z.B. Massenverhaftungen und fragwürdige Justizverfahren, die unliebsame Zivilpersonen ins Gefängnis bringen. Es wird derzeit von der Regierung eine bewaffnete Zivilverteidigung und ein Informantensystem aufgebaut, das sogenannte "Staatsfeinde" ausfindig machen soll. Bei der bestehenden Armut ist es nicht verwunderlich, dass Menschen sich damit Geld verdienen, die gewünschten Anzeigen zu liefern, aufgrund derer GewerkschaftlerInnen oder Menschen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen unter dem Vorwurf der "Rebellion" ins Gefängnis kommen.

Nun wird im Ausland die These vom schwachen kolumbianischen Staat gern akzeptiert und der Zentralregierung das Problem der Menschenrechtsverbrechen nicht angelastet. Vielmehr wird gesagt, es gäbe Einheiten, die sich der Kontrolle entzögen. Stehen hinter solchen Einschätzungen eigene Interessen, z.B. an Kolumbien als Absatzmarkt, als geostrategisch wichtiger Knotenpunkt, als Erdöllieferant?

Die internationale Politik, die nach Einschätzung aller eine große Rolle spielt, möchte lieber positive Entwicklungen verzeichnen und sich nicht direkt mit den USA anlegen, die Kolumbien weltweit die drittgrößte Militärhilfe gewähren. Viele offizielle BesucherInnen kommen nur für kurze Zeit und sind auf das angewiesen, was man ihnen zeigt. Es gibt wenige Menschen aus dem Ausland, die in den Regionen vor Ort sind und sich über längere Zeit ein eigenes Bild der Situation machen können. Die MitarbeiterInnen der Deutschen Botschaft und die in Kolumbien tätigen deutschen vorstaatlichen Institutionen halten sich nur in den Großstädten auf und reisen seit Jahren nicht mehr in die ländlichen Gebiete.

Was dort passiert, gelangt oft nicht an die Öffentlichkeit. So sind Zahlen schwer einzuschätzen. Beispielsweise wurden nach Amtsübernahme durch Präsident Uribe einige Regionen dem Ausnahmezustand unterworfen. Dadurch wurde die Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, internationale Präsenz ist nur mit Sondererlaubnis des Innenministers möglich. In diesen Zonen, durch welche die größte Erdölpipeline läuft, gab es Anschläge seitens der Guerilla. Obwohl das oberste Verfassungsgericht bereits 2003 den Ausnahmezustand als nicht verfassungsgemäß ablehnte, sind diese Regionen völlig militarisiert und keine ausreichenden Bedingungen für Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen und Übergriffen auf die Zivilbevölkerung gegeben. Außerdem überlegen sich viele Opfer oder Angehörige wegen der eigenen Gefährdung, ob sie Anzeige erstatten oder als Zeugen aussagen. Zudem gibt es nur sehr wenige Erfolge vor Gericht. Trotzdem sehen es viele Organisationen als ihre Aufgabe an, die Fakten für spätere Zeiten zu dokumentieren. Sie schicken Stellungnahmen und Studien ins Ausland, damit andere Stimmen die Wahrheit zumindest nicht ersticken können, auch wenn es zur Zeit wenig Aussicht auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gibt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Margaret Buslay ist 53 Jahre alt und von Beruf Lehrerin. Im Januar 2004 ließ sie sich für zwei Jahre beurlauben, um als Freiwillige bei pbi mit dem Programm Ziviler Friedensdienst nach Kolumbien zu gehen. Dort war sie die ersten sieben Monate Teil einer internationalen Präsenz in den Zivilen Friedensgemeinden in der Region Uraba im Nordosten Kolumbiens. Danach begleitete sie bedrohte Menschenrechtler in der Hauptstadt Bogotá. In einigen Wochen kehrt sie nach Kolumbien zurück und wird im Medellin-Team von pbi mitarbeiten. Margaret Buslay war bereits von 1986 bis 1988 als Entwicklungshelferin in Kolumbien.

peace brigades international (pbi) ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig. pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mit Hilfe internationaler Freiwilligen-Teams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide <196> Beschützte und Begleiter <196> durch ein weltweites Alarmnetz mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert. Informationsarbeit, Advocacy und Seminare ergänzen das Engagement für ein gewaltfreies Handeln. Derzeit unterhält pbi eine schützende Präsenz mit 42 Freiwilligen aus 11 Nationen in vier Konfliktregionen in Kolumbien. Informationen über pbi im Internet unter www.pbi-deutschland.de oder www.peacebrigades.org. Spendenkonto 200 100, Sparkasse Neuwied, BLZ 574 50 120

21. Bertinottis Endspiel. Rifondazione Comunista ist stärker und zerstrittener denn je

Autor: Henning Böke · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:17

Historisches Ziel bleibt die Überwindung des Privateigentums, erklärte Fausto Bertinotti in einem Interview kurz vor Beginn des VI. Parteitags der italienischen Rifondazione Comunista (PRC). Allerdings nicht in den nächsten fünf Jahren.

Mit einer beachtlichen Rede (1) eröffnete Fausto Bertinotti in Venedig am 3. März den Parteitag, der sein letzter im Amt des nationalen Sekretärs gewesen sein soll - der jetzt 65-Jährige kündigte an, in absehbarer Zeit Jüngeren Platz zu machen.

Impressionen aus der verzweifelten Welt der prekären Arbeit standen am Anfang. Bertinotti stellt sich in die Tradition des Operaismus der frühen 1960er Jahre, der Zeit, als er seine politische Laufbahn begann, während Italien den ersten großen Schub kapitalistischer Modernisierung nach 1945 erlebte. Und er hebt hervor, was heute anders ist: Die "restaurative kapitalistische Revolution" bewirkt nicht mehr die Vereinigung des Proletariats in großen Fabrikkollektiven, sondern im Gegenteil die Diversifizierung, Fragmentierung und Prekarisierung der Lohnarbeit, während die Ausdehnung der Logik des Marktes und der Betriebswirtschaft auf alle Lebensbereiche in eine Krise der Zivilisation selbst einmündet. Was die neoliberal entfesselte Ökonomie spaltet, muss politisch zusammengeführt werden. Die Gegenkraft der "Befreiung der Arbeit und Befreiung von der Arbeit" bedarf bewusster Organisation, um eine "neue ArbeiterInnenbewegung" zum gemeinsamen Projekt aller sozialen Bewegungen werden zu lassen.

Die Wiedergewinnung der politischen Dimension des sozialen Konflikts ist die Herausforderung, die Bertinotti nun auch in einer Regierungskoalition mit der gemäßigten Linken aufnehmen will, die er 1998 in die Wüste geschickt hatte. Damals war die PRC gesellschaftlich völlig isoliert. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Die sozialen Bewegungen der letzten Jahre haben Spuren im Milieu der gewerkschaftlichen und reformistischen Linken hinterlassen und Rifondazione ist keine Randgruppenpartei mehr. Mit der Präsenz der PRC in der "Großen Demokratischen Allianz" der linken Mitte will Bertinotti den Einfluss der Bewegungen stärken, um 2006 den Sturz Berlusconis nicht bloß wahlarithmetisch zu ermöglichen, sondern den Druck in Richtung auf einen grundlegenden Politikwechsel zu verstärken.

Der Schwerpunkt der PRC hat sich auffällig von den alten Hochburgen im industriellen Norden in den von schweren sozialen Verwerfungen heimgesuchten Süden verlagert. So erstaunt es nicht, dass Bertinotti auf den "Südwind", auf einen Antikapitalismus des Südens setzt. Er will Italien zum Ausgangspunkt eines alternativen sozialen Modells für Europa machen. Es ist das Italien, das als Spätentwickler und schwaches Kettenglied des europäischen Kapitalismus aus der neoliberalen Hypermodernisierung schärfste Konflikte gebärt. Es ist das Italien, in dem die Ökonomie der Mafia zur Chiffre des "Raubkapitalismus" unserer Zeit wird, Sinnbild einer regressiven Moderne. Aber es ist auch das Italien der Bäuerinnen und Bauern der "Slow food"-Bewegung, die wissen, wie eine vernünftige Landwirtschaft aussehen könnte, wenn sie vom Druck des Marktes befreit wäre. Aus diesem Italien, das seit einem Vierteljahrhundert der "Kolonisierung" durch den Norden ausgesetzt ist, schöpft Bertinotti seine konkrete Utopie für die "alternative Linke" Europas.

Orthodoxe verlieren an Einfluss

Bertinottis Traum: Unter dem Druck sozialer Bewegungen, die auch die Teile der Bourgeoisie in ihren Sog zu ziehen vermögen, die sich inzwischen allmählich wieder dem Gedanken einer gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie öffnen, könnte mittelfristig ein "anderes Europa" Gestalt annehmen. Ein Europa, das den Frieden zum "Polarstern der Politik" erhebt und in dem die Verteidigung öffentlicher Güter dem Durchdringen von Warenproduktion und Markt in alle Lebensbereiche Einhalt gebieten könnte. Europa als Bühne einer erneuerten Zivilisation, wo der vom Abendland hervorgebrachte Kreislauf Produktion-Aneignung-Herrschaft punktuell angehalten werden könnte. "Sozialismus oder Barbarei" heißt heute: Entweder es gelingt, in Europa wieder einen Zyklus sozialer Emanzipation in Gang zu bringen, oder die neoliberale Regression wird die Zivilisation dauerhaft beschädigen. Regierungsbeteiligung ist kein Ziel, sondern ein Durchgangsstadium, um den sozialen Bewegungen Zwischenergebnisse zu sichern.

Bertinotti weiß um die Gefahr des Scheiterns und sagt mit Rosa Luxemburg, dass eine reale Niederlage mehr wert sein kann als hundert proklamierte Siege. Mehr als ein Drittel seiner Partei sieht das anders. Insgesamt etwa 15 Prozent der Aktiven unterstützen verschiedene trotzkistische Gruppen, die eine Regierungsbeteiligung generell ablehnen. Neu ist dabei, dass die AnhängerInnen der IV. Internationale, die seit Ende 1998 auf Bertinottis Seite standen, jetzt eine eigene Plattform mit 6,5 Prozent Zustimmung bilden. Gravierender ist, dass die ein Viertel der PRC stellenden KP-TraditionalistInnen der Ernesto-Strömung (benannt nach ihrer Theoriezeitschrift l'Ernesto) jetzt Sturm laufen. Sie sind immer für einen Dialog mit der reformistischen Linken eingetreten, fordern aber, dass Verhandlungen über eine Regierungszusammenarbeit erst auf der Grundlage klarer programmatischer Bedingungen aufgenommen werden, während Bertinotti das gemeinsame Regierungsprogramm der Linken im Geiste partizipativer Demokratie in öffentlichen Beratungen mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erarbeiten möchte.

Aber die "identitären" Vorbehalte der Orthodoxen gehen viel weiter. Bertinottis Plädoyer für Gewaltfreiheit "hier und jetzt" als Grundlage der politischen Strategie halten sie für eine Delegitimierung des antifaschistischen Befreiungskampfes und den bewaffneten "Volkswiderstand" im Irak für eine aktuelle Hauptkraft im Kampf gegen die Weltordnung des Kapitals. Während für Bertinotti die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus vom Gelingen einer zivilgesellschaftlichen Transformation in einem sich dem Süden der Welt öffnenden Europa abhängt, setzt die Ernesto-Strömung im Kern auf die Errichtung staatlicher Bastionen des "Antiimperialismus" in der Dritten Welt.

"Südwind" für ein "anderes Europa"

Der Pazifist Bertinotti legt eine bislang ungewohnte Härte gegen die TraditionalistInnen an den Tag. Er zeigt sich konziliant gegenüber den GenossInnen der IV. Internationale, die ein gutes Stück Wegs mit ihm gegangen sind und ihm jetzt nicht mehr folgen wollen, doch unerbittlich in der Abrechnung mit den ErbInnen des Realsozialismus. Der Einfluss der Opposition in den Leitungsgremien wurde beschnitten. Tatsache ist allerdings auch, dass zumindest große Teile der Ernesto-Strömung in den letzten Monaten ein schon perfides Mobbing gegen Bertinotti betrieben haben.

Als unschlichtbar erweist sich der Konflikt zwischen einer Linken, die immer noch ihre "antiimperialistischen" Verbündeten in arabischen Selbstmordattentätern sucht, und einer Linken, die, wie Bertinotti sagt, als wahre Genossinnen und Genossen die waffenlosen Frauen von Falludscha und die Befehlsverweigerer der israelischen Armee ansieht. Bertinottis Kritik der Macht und seine Absage an die Spirale der Gewalt beruhen auf dem Gedanken, dass eine emanzipative Transformation sozialer Beziehungen keine Symmetrie und Neutralität der Mittel annehmen kann. Fraglich bleibt, ob er im innerparteilichen Kampf gegen diejenigen, die diesen Gedanken für "Verrat" halten, Methoden anwenden muss, die befürchten lassen, dass Rifondazione sich einer bürgerlichen Politmaschine ähnlich wird.

In der italienischen Presse stehen die Stimmen derer, die Bertinotti im Club der ReformistInnen begrüßen, neben denen, die ihn nahe bei Fidel Castro einordnen. Bertinotti wünscht sich, dass künftige Generationen, wenn sie sich an ihn erinnern, in ihm einen Kommunisten sehen. Als sicher kann heute gelten, dass man sich an ihn erinnern wird. An den Ernesto-Sprecher Claudio Grassi dagegen wohl kaum.

Henning Böke

Anmerkung:

1) Die deutsche Übersetzung ist verfügbar bei Rifondazione Wien: www.rifondazione.at

22. Titanic-Syndrom. Anfang vom Ende des Berlusconismus?

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:36

Schwächelnde Regierungskoalitionen mit untergehenden Schiffen zu vergleichen, ist nicht besonders originell. Aber im Falle des italienischen Rechtsblock ist die überstrapazierte Metapher am Platze. Vom "Titanic-Syndrom" bei Berlusconis Forza Italia schreibt die Tageszeitung La Repubblica. "Rette sich, wer kann" - das sei die Devise unter den FunktionsträgerInnen der Retortenpartei, die bei den Regionalwahlen am 3. und 4. April nur noch 18,6% der Stimmen erreichte (gegenüber 29,4% bei den Parlamentswahlen 2001). Hochgerechnet auf Gesamtitalien ergeben sich 52% für Mitte-Links und nur noch 46% für den Rechtsblock.

Die Regionalwahlen waren der letzte große Test vor dem Duell auf nationaler Ebene und damit weit mehr als eine Momentaufnahme. Noch vor fünf Jahren hatte der Rechtsblock in 8 von 14 Regionen gewonnen; diesmal lag das Mitte-Links-Bündnis Unione (vormals Ulivo) in 11 von 13 Regionen vorn. Die Wahl in der 14. Region, der süditalienischen Basilicata, findet am 17. und 18. April statt und wird voraussichtlich ebenfalls mit einem Sieg von Mitte-Links enden; in den restlichen sechs Regionen wird nicht gewählt. Besonders bemerkenswert ist der Erfolg der Unione in den Südregionen Kalabrien und Apulien sowie im mittelitalienischen Latium, der Region um die Hauptstadt: Dort wurde der amtierende neofaschistische Hardliner Francesco Storace (Alleanza Nazionale) als Regionalpräsident abgewählt.

Aber auch die nördlichen Regionen Piemont und Ligurien gingen den Rechten verloren. Berlusconis sichere Bastionen liegen in der Lombardei und Venetien, wo er sich auf weitgehende Zugeständnisse an die regionalistische Lega Nord einließ. Das wiederum verbittert seine christdemokratischen und neofaschistischen Koalitionspartner, die schon vor der Wahl offen Kritik am Chef übten. Die Zerfallserscheinungen im regierenden "Haus der Freiheiten" haben nach dem Desaster noch zugenommen. Selbst vorgezogene Neuwahlen, die Berlusconi zunächst als glatten "Selbstmord" bezeichnet hatte, werden nun nicht mehr ausgeschlossen.

Wie bedrohlich der Regierungschef die eigene Lage einschätzt, zeigte sein überraschender Auftritt am Tag nach den Wahlen, ausgerechnet im dritten Programm des Staatsfernsehens RAI (das einige Rechte noch heute als kommunistischen Propagandasender "Telekabul" verhöhnen). Berlusconi tat, was er jahrelang sorgsam vermieden hatte: Er stellte sich der Konfrontation mit der Opposition, vertreten durch Massimo D'Alema (Linksdemokraten) und Francesco Rutelli (Margherita) - und sah, trotz Lifting und Haartransplantation, alt aus wie nie. Einzig der Fernsehmoderator Emilio Fede vom Sender Rete 4 des Berlusconi-Konzerns fand seinen Chef glänzend. Aber Fede hatte auch schon am Wahlabend gezeigt, was er von politischer Analyse hält. Angesichts der desaströsen Hochrechnungen machte er früh Feierabend, und so lief auf Rete 4 an Stelle der Wahlberichterstattung ein Western.

Trotz der Zerfallserscheinungen im Rechtsblock wird es für das siegreiche Mitte-Links-Bündnis darauf ankommen, seine Truppen beisammen zu halten. Bei Rifondazione Comunista (RC), der "Partei der kommunistischen Neugründung", die 5,7% erreichte, werden es die KritikerInnen der von Fausto Bertinotti betriebenen Bündnispolitik nun schwerer haben. Der knappe Sieg des offen schwulen RC-Aktivisten Nichi Vendola, der in internen Vorwahlen der Unione zum Spitzenkandidaten in Apulien gekürt worden war, ist eine deutliche Bestätigung dieser Politik - und darüber hinaus ein Zeichen, dass sich auch im eher konservativen italienischen Süden die Zeiten ändern.

Js.

23. Antisemitismus in Serbien hoffähig. Juden werden für die Zerschlagung Jugoslawiens verantwortlich gemacht

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Serbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:05

Diese Zeiten sind inzwischen vorbei. Wie Aleksandar Lebl von der jüdischen Gemeinde in Belgrad berichtet, ist die nur 3.000 Mitglieder zählende Gemeinde im jugoslawischen Nachfolgestaat Serbien und Montenegro ein neues Angriffsziel der nationalistischen Rechten. Bereits im Februar beklagte er auf einer Pressekonferenz, dass sich antisemitische Vorfälle in den vergangenen Monaten häuften. "Neben Graffitis wie ‚Tod den Juden` und ähnlichem, Briefen mit Todesdrohungen und antisemitischen Texten in den Medien, wird momentan besonders intensiv antisemitische Literatur veröffentlicht", erklärte der Präsident der Kommission zur Untersuchung antisemitischer Vorfälle. In Umkehrung des gescheiterten Versuchs vom Anfang der 1990er Jahre, Juden für die serbische Sache zu instrumentalisieren, werden diese heute zur 5. Kolonne einer amerikanisch kontrollierten "Neuen Weltordnung" halluziniert. Galten "Juden" zu Beginn der 1990er als eine besonders mächtige Lobbygruppe, die man im Angesicht des Kriegsausbruchs auf die serbische Seite ziehen wollte, gelten sie heute als die Drahtzieher der Zerschlagung Jugoslawiens.

Bisheriger Höhepunkt der antisemitischen Kampagne war eine offensichtlich gut organisierte Propagandaaktion in der Nacht vom 21. zum 22. März. "Wir wollen Freiheit, kein jüdisches Joch", wurde dabei neben anderen Sprüchen an die Mauer des jüdischen Friedhofes in der Belgrader Innenstadt gesprüht. Mit der Parole "Leistet Widerstand gegen die zionistische Okkupation des 5. Oktober" setzten die Antisemiten die Mitglieder der jüdischen Gemeinde mit den aus dem Westen unterstützten ehemaligen Oppositionskräften gleich, die an diesem Tag im Oktober 2000 den Sturz von Präsident Slobodan Milosevic erzwangen. Gleichzeitig wurde eine Reihe "pro-westlicher" Medien, Kultureinrichtungen und Menschenrechtsgruppen als "jüdisch" markiert. So prangten an den Büros des Helsinki Komitee für Menschenrechte und des Fonds für humanitäres Recht sowie an dem Gebäude des Radio- und Fernsehsenders B92 antisemitische Parolen. Gegen B92 wurden im Stadtzentrum außerdem einige hundert Plakate verklebt, die zum Boykott des Senders aufrufen. Der vor allem bei Jugendlichen beliebte Sender wird unter anderem bezichtigt, "Drogen und Homosexualität" zu propagieren, sowie eine "multirassische neue Weltordnung" zu unterstützen. Die Plakate wurden zeitgleich an zentralen Plätzen angebracht. Mittlerweile wurden drei junge Männer inhaftiert, die an der Aktion beteiligt gewesen sein sollen. Wer hinter der Nationalen Front - so der Unterzeichnername der bisher unbekannten Gruppe auf den Plakaten - steht, ist noch unbekannt.

Antisemitische Schmierereien

Vor allem die Reaktionen auf die Schmierereien machen deutlich, wie Besorgnis erregend die Situation inzwischen ist. Zwar zeigte sich ein erheblicher Teil der Öffentlichkeit schockiert, Präsident Boris Tadic verurteilte die antisemitische Kampagne und nannte die Slogans immerhin einen "indirekten Aufruf zum Lynchen". Auch führende Persönlichkeiten anderer Parteien und Nichtregierungsorganisationen reagierten mit deutlichen Verurteilungen. Aber zwei der mächtigsten Organisationen im Land hüllten sich zunächst in Schweigen, obwohl sie zu Stellungnahmen aufgefordert wurden. Die einflussreiche serbische orthodoxe Kirche benötigte zweieinhalb lange Tage, bis sie eine Verurteilung verbreiten ließ. Die Serbische Radikale Partei (SRS), die bei Umfragen konstant auf Platz eins in der Wählergunst liegt, reagierte eine Woche lang überhaupt nicht. Dann gab Vizeparteichef Aleksandar Vucic der Zeitschrift Evropa simpel zu Protokoll, in Serbien existiere kein Antisemitismus.

Verschwörungstheoretische Publikationen

Das Zögern der Kirche interpretieren KritikerInnen wie der bekannte Schriftsteller Filip David als ein Zeichen des erheblichen Einflusses klerikalfaschistischer Kreise in der Kirchenhierarchie. David weist darauf hin, dass in der Kirche in den vergangenen Jahren erfolgreich an der Rehabilitierung des antisemitischen Bischofs Nikolaji Velimirovic gearbeitet wurde. Der 1956 im amerikanischen Exil gestorbene Geistliche erklärte in seiner Theologie die einfachen serbischen Bauern zu idealen Christen. "Die Juden" dagegen hätten "Demokratie, Streiks, Sozialismus, Atheismus, Toleranz des Glaubens, Pazifismus, Revolution, Kapitalismus und

Kommunismus" erfunden, um "die Christen zu vernichten", verkündete Velimirovic. Für den Historiker Jovan Bajford repräsentiert Velimirovics Lehre ein "klero-nationalistisches, anti-modernes, antisemistisches" Konstrukt. Die Gebeine des Bischofs wurden 1991 nach Serbien überführt und in seinem Geburtsdorf Lelic beerdigt. Am 19. Mai 2003 wurde Velimirovic von der Kirchenhierarchie heilig gesprochen. In der Kirche und ihrem ideologischen Umfeld ist der Bischof heute ausgesprochen populär.

Auch das Schweigen und die anschießende Leugnung des Problems durch die Serbische Radikale Partei scheinen kein Zufall zu sein. Mit ihrer ideologischen "Mischung aus Chomsky und Le Pen" - wie die SRS-Bürgermeisterin von Novi Sad, Maja Gojkovic, die politische Ausrichtung der Partei treffend beschreibt - stellt die Organisation die stärkste Kraft der serbischen Rechten dar. Im Parlament stellt sie seit Ende 2003 die größte Parlamentsfraktion, ist aber bisher nicht an der Regierung beteiligt. Obwohl die Partei, die seit dem Sturz Milosevics einen Großteil der ehemaligen Sympathisanten dessen mittlerweile zusammengeschrumpfter SPS (Sozialistischen Partei Serbiens) anziehen konnte, derzeit keinen offenen Antisemitismus propagiert, ist ihr krudes antiimperialistisch-ethnozentristisches Weltbild leicht antisemitisch aufladbar. Bereits vor elf Jahren publizierte die Partei das Pamphlet "Protokolle der Weisen von Zion" als Beilage ihrer Zeitschrift Velika Srbija (Großserbien).

In der SRS-Propaganda gilt das "serbische Volk" als Opfer übermächtiger ausländischer Verschwörungen und bezahlter inländischer VerräterInnen. Menschenrechtsorganisationen und B92 werden von der Partei immer wieder als inländische Hauptfeinde benannt. International pflegt die SRS gute Kontakte zu antisemitischen und antizionistischen Organisationen wie dem Front National (FN) von Jean-Marie Le Pen in Frankreich, russischen Rechtsextremisten wie Vladimir Shirinovski und nicht zuletzt Bündnispartnern in der arabischen Welt. Parteichef Vojislav Seselj, ein Paramilitärführer, der in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt ist und dort auf seinen Prozessbeginn wartet, war bis zum Sturz Saddam Husseins regelmäßiger Gast in Bagdad.

Aus Deutschland und Österreich wird die Partei seit einiger Zeit dagegen von "antiimperialistischen Linken" wie der Antiimperialistischen Koordination (IAK) aus Wien und einigen Kommentatoren der Berliner Tageszeitung junge Welt umworben. Diese sehen in der SRS den "Kristallisationsfaktor des Widerstands" in Serbien (Jürgen Elsässer). Dass die SRS in dem von ihr regierten Belgrader Stadtbezirk Zemun den ehemalige SS-Offizier und Republikaner-Gründer Franz Schönhuber zum Ehrenbürger ernannt hat, scheint dabei nicht weiter zu stören. Genauso wenig hat der in Serbien außerordentlich populäre Guru der so genannten Antiglobalisierungsbewegung, Noam Chomsky, Probleme damit, Interviews zu geben, die in ihrer Argumentation der serbischen Rechten in die Hände spielen. So behauptet Chomsky im Wochenmagazin NIN vom 31. März 2005 kontrafaktisch, vor dem NATO-Bombardement 1999 hätten "albanische Guerillas" die "größten Verbrechen" im Kosovo begangen; von den Kriegsverbrechen serbischer Truppen ist dagegen im vierseitigen Interview an keiner Stelle die Rede.

Wie Aleksandar Lebl erklärt, agieren in der Öffentlichkeit vor allem Buchverlage und Internetwebsites mit einem aggressiven Antisemitismus. In fast allen Belgrader Buchhandlungen liegen zahlreiche verschwörungstheoretische Publikationen zum Verkauf aus, in denen "die Serben" - oft in einem Atemzug - zum Opfer von konspirativen Tätigkeiten westlicher Geheimdienste, dem Vatikan, Freimaurern, Zionisten und Kommunisten erklärt werden. Die USA gilt in diesem Kontext als "zionistisch kontrolliert". Zum Umkreis der Velimirovic-Verehrer zählen Verlage wie "IHTUS - Christliche Bücher" mit Sitz in Belgrad, der gut verkaufte Publikationen wie "Die Serben in den Klauen der Juden" oder "Jüdische Ritualmorde" herausgibt. Dort heißt es: "Juden töten christliche Kinder, um aus ihrem Blut Brot zu kneten." IHTUS wird vom Politrentner Ratibor Djurdjevic geleitet, der sich offen zu seiner Vergangenheit als Mitglied einer Truppe von Kollaborateuren der deutschen Wehrmacht bekennt, die im Zweiten Weltkrieg den Deutschen bei der Judenvernichtung zugearbeitet hat. Auf der Website der Serbischen Verteidigungsliga heißt es, "Untersuchungen haben aufgedeckt, dass Juden in Machtpositionen konspiriert haben, um Jugoslawien in israelfreundliche Staaten zu zerschlagen, weil sie deren Stimmen im UN-Sicherheitsrat benötigen."

Der Präsident der Jüdischen Gemeinde, Aca Singer, erklärt, die Drohungen hätten vor allem seit dem Nato-Angriff 1999 und dem Sturz Milosevics zugenommen. "Uns wird die Schuld für das Auseinanderbrechen Jugoslawiens, das Nato-Bombardement und den 5. Oktober zugeschoben", sagt der 82-jährige Auschwitzüberlebende und fügt hinzu, "dabei hat uns Juden der Zusammenbruch Jugoslawiens sehr getroffen". Tatsächlich fand in dem sozialistischen Staat ein öffentliches Gedenken an die im Holocaust ermordeten jugoslawischen Juden statt. Die vor dem Krieg etwa 82.000 Mitglieder zählende jüdische

Gemeinde war von den deutschen Besatzern und ihre lokalen Hilfstruppen fast vollständig vernichtet worden. Serbien wurde bereits 1942 als "judenfrei" ins Führerhauptquartier gemeldet. Welchen Stellenwert die Erinnerung an den Holocaust dagegen heute einnimmt, machte der Staatspräsident von Serbien und Montenegro, Svetozar Marovic, deutlich. Er sagte seine Teilnahme an der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz wegen einer "Erkältung" ab. Das hinderte ihn freilich nicht daran, am selben Tag in einer Fernsehtalkshow flache Witzchen zu reißen.

Generelle Rechtsentwicklung in Ex-Jugoslawien

Der neu aufgetauchte, öffentliche Antisemitismus in Serbien verweist auf eine generelle ideologische Rechtsentwicklung in der ehemals jugoslawischen Republik, in der - im Gleichklang mit der Ideologiebildung in anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken - essentialistisch konstruierte völkische Kollektive unhinterfragt als historische Hauptsubjekte gelten. Pendelte das Regime des Nationalpopulisten Slobodan Milosevic in seiner Regierungszeit vom Ende der 1980er Jahre bis zum Oktober 2000 zwischen einem positiven Bezug auf einen jugoslawischen Staat - der freilich unter einer serbischen Hegemonie stehen sollte - und dem exklusionistischen Ethnonationalismus der serbischen Rechten hin und her, hat sich mit dem "Demokratisierungsprozess" der vergangenen fünf Jahre eine neue Konstellation ergeben.

Im öffentlichen Mainstreamdiskurs konkurrieren heute ein auf das christliche Europa orientierer Nationalliberalismus (Präsident Tadic), ein klerikal eingefärbter Nationalkonservatismus (Premier Kostunica), Monarchismus mit Bezug auf die historische antikommunistische Tschetnikbewegung aus dem Zweiten Weltkrieg (Außenminister Vuk Draskovic) und der nationalrevolutionär aufgeladene anti-imperialistische Ethnozentrismus der SRS. Jugoslawien gilt dabei allen - im Gleichklang mit den Advokaten der Zerstörung Jugoslawiens im Westen - als eine ahistorische Konstruktion.

Boris Kanzleiter, Belgrad

24. Restbestände des Staatssozialismus. Algerien zwischen Marktöffnung und Sozialrevolten

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:26

Den jungen "Randalierern" von Aïn Fekroun haben es die EinwohnerInnen Algeriens zu verdanken, dass es auch heute noch das Recht auf kostenlose medizinische Behandlung im Land gibt. Dieses Recht war ein Ergebnis des erfolgreichen antikolonialen Befreiungskrieges gegen Frankreich und wurde in der auf die Entkolonialisierung folgenden staatssozialistischen Periode im Gesetz festgeschrieben. Im April 2002 hatte die Regierung zunächst beschlossen, auch diesem Restbestand des einstigen Staatssozialismus den Garaus zu machen.

Auch in Algerien ist in offiziellen Verlautbarungen und in der Presse von "notwendiger Anpassung an die Globalisierung" und angeblich unvermeidlicher "Modernisierung" die Rede, wenn es darum geht, soziale Errungenschaften zu schleifen.

Unter den Ersten, die die konkreten Konsequenzen spüren sollten, waren die Leute von Aïn Fekroun. In dieser ostalgerischen Kreisstadt wurden Anfang April 2002 eine hochschwangere Frau, die kurz vor der Entbindung stand, sowie ein schwer verletzter junger Mann ins Krankenhaus eingeliefert. Dort wurde ihnen aber beschieden, sie könnten nicht aufgenommen werden, falls sie nicht "cash" bezahlen könnten. Beide wurden abgewiesen. Doch da spielten die zahlreichen Freunde des jungen Mannes, der im Durcheinander nach einem örtlichen Fußballspiel von einem Auto überfahren worden war, nicht mit. Sie begannen, im Krankenhaus zu randalieren, und lieferten sich alsbald Straßenschlachten mit der anrückenden Polizei. In den folgenden drei Tagen gingen die örtliche Polizeiwache, das Gericht, das Rathaus und mehrere Verwaltungsgebäude in Flammen auf. Zwar wurden über 60 der émeutiers, der Teilnehmer an dem Riot, den Richtern in der benachbarten Kreisstadt Oum el-Bouaghi vorgeführt. Doch die Behörden zeigten sich um Beruhigung bemüht und bis auf wenige "Rädelsführer" erhielten alle Beteiligten Bewährungsstrafen. Der Gesundheitsminister der Zentralregierung in Algier, das war damals Abdelhamid Aberkane, aber nahm daraufhin den Erlass zur Beendigung der kostenlosen medizinischen Behandlung sang- und klanglos zurück.

Klientelismus und Korruption

Solche émeutes sind in Algerien in den letzten Jahren beinahe alltäglich gewesen. Ihre Erscheinungsform ist wandelbar und variiert zwischen mehr oder minder spontanen Brot- oder Elendsrevolten, Jugendbewegungen und besser strukturierten Bürgerprotesten. Ob es um die Verteilung von Sozialwohnungen, den Abschluss von Arbeitsverträgen in Staatsbetrieben oder um die Wasserversorgung geht: Regelmäßig rufen Ungerechtigkeiten bei der Verteilung, die klientelistische Bevorzugungspolitik örtlicher Behörden oder der Mangel an öffentlichen Gütern lokale Proteste oder Unruhen hervor. So wurde schließlich die Verteilung von Sozialwohnungen durch die Kommunalverwaltungen - bei der in der Vergangenheit oftmals die Verwandten und Bekannten von Kommunalparlamentariern und Bürgermeistern zuerst bedacht wurden - zum Ding der Unmöglichkeit.

Ende Dezember 2004 wurden landesweit 55.000 aus öffentlichen Mitteln errichtete Sozialwohnungen gezählt, die überhaupt nicht verteilt werden konnten. Denn jedes Mal, wenn eine Liste mit den Namen von Empfängern in den Rathäusern ausgehängt wurde, brachen örtliche Revolten aus. Und das selbst dann, wenn ausnahmsweise keine Vetternwirtschaft betrieben, sondern nach objektiven Kriterien der Bedürftigkeit vorgegangen wurde: Wenn durchschnittlich 1.000 unter der Wohnungsnot Leidende auf 50 vorhandene Sozialwohnungen kommen, dann gibt es einfach keine "gerechte Lösung". Das Ende vom Lied war, dass die Regierung in Algier zum Jahreswechsel 2004/05 den Rathäusern die Kompetenz zur Verteilung von Sozialwohnungen entzog und sie den zentralstaatlichen Behörden übertrug. Zukünftig soll - so die offizielle Sprachregelung - "von Technokraten" und nach Aktenlage entschieden werden. Bisher sollten die Betroffenen noch angehört werden, um ihre soziale Situation besser berücksichtigen zu können. Auf längere Sicht hin soll aber auch das Bauprogramm Abhilfe schaffen, das Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika in den letzten Jahren gestartet hat. Denn die Staatskassen sind ausnahmsweise recht gut gefüllt, nachdem der Rohölpreis auf den Weltmärkten schon seit dem Sommer 2000 für längere Zeit hoch war. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts sollen über eine Million Wohnungen gebaut werden wenn die dafür vorgesehenen Mittel nicht etwa im Korruptionssumpf versickern.

Nicht nur der weit verbreitete Filz im algerischen Staatsapparat erweist sich als großes Hindernis für die Befriedigung der dringlichsten sozialen Bedürfnisse. Auch die Weltmarkt-Einbindung Algeriens und seine Rolle in der so genannten internationalen Arbeitsteilung haben oft katastrophale Auswirkungen.

Ein Land, das über einige der größten Öl- und Gasvorräte des Planeten verfügt und dessen BürgerInnen sich zum Teil das Beheizen ihrer Wohnung nicht mehr leisten können: So ließe sich Algerien zu Beginn dieses Jahres beschreiben. Im Januar fanden in einigen Bezirkshauptstädten Nordalgeriens, die auf den Hochplateaus des Atlasgebirges liegen, Elendsrevolten statt. Sie begannen infolge der Erhöhung der Preise für Gasflaschen, die dort zum Kochen wie zum Heizen benutzt werden, sowie der Dieselpreise und damit der öffentlichen Verkehrsmittel.

Die Atlaskette war zu diesem Zeitpunkt, in Folge eines für nordafrikanische Verhältnisse ungewöhnlichen Kälteeinbruchs, tief verschneit. Just in jenen Tagen hatte die Regierung von Ahmed Ouyahia ihren Beschluss zur Preiserhöhung bekannt gegeben. Im Hintergrund stand die Welthandelsorganisation WTO, der Algerien noch vor dem nächsten WTO-Gipfel (im Dezember in Hongkong) beitreten will. Bereits 1.500 Gesetze und Verordnungen hat das Land im Sinne von Marktöffnung und freiem Wettbewerb abgeändert. Doch das genügt nicht: Zu den Hauptforderungen, die noch durch die für Algerien zuständige Verhandlungsgruppe erhoben wurde, gehörte die Angleichung der Energiepreise auf dem Binnenmarkt und beim Export. Im Landesinneren wurden bislang in Algerien Erdölprodukte zu rund einem Zehntel des Weltmarktpreises verkauft, weil ein anderes Besteuerungssystem angewendet wurde. Dabei sollte man nicht vergessen, dass auch der durchschnittliche Lebensstandard in Algerien sehr niedrig ist: Der gesetzliche Mindestlohn beträgt umgerechnet 100 Euro.

Algerien in der Schuldenfalle

Um dem Ansinnen der WTO-Verhandlungsgruppe nachzukommen, hob die Regierung also im Januar den Preis für die Gasflasche um rund 40 Prozent an. Auf dem Schwarzmarkt wirkte sich die Preiserhöhung noch viel drastischer aus. Die algerische Tageszeitung Liberté berichtete zugleich, es handele sich nur um einen ersten Schritt bei einer stufenweisen Angleichung an die Weltmarktpreise. Die einzige Antwort der Regierung auf die Riots in Bezirkshauptstädten wie Djelfa bestand unterdessen darin, dass Premierminister Ouyahia den Revoltierenden "die volle Härte des Gesetzes" androhte. In ersten Prozessen wurden einige der "Unruhestifter" zu achtmonatigen Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt.

Die steigenden Energiepreise sind aber erst der Anfang. Am 20. März machte ein Beschluss des algerischen Parlaments nach 34 Jahren die Nationalisierung des Erdöl- und Erdgassektors rückgängig. Der Gesetzestext sieht vor, dass ausländische Unternehmen nicht mehr nur, wie bisher, maximal 49 Prozent der Anteile an Förderstätten und -anlagen erwerben dürfen, sondern bis zu 70 Prozent. Und die staatliche Erdölgesellschaft Sonatrach kann auch ganz darauf verzichten, an der Nutzung einer neu entdeckten Lagerstätte beteiligt zu werden, so dass westliche Firmen hundertprozentige Eigentümer werden können. Das neue Gesetz schreibt ferner vor, dass nunmehr statt der algerischen Regierung eine autonome "Regulierungsbehörde" die Energiepreise festlegen soll. Dieser wird zur Vorschrift gemacht, dabei den künftigen Investoren im Erdölsektor eine Amortisierung ihres eingesetzten Kapitals zu ermöglichen. Das bedeutet, dass die algerische Bevölkerung im buchstäblichen Sinne dafür bezahlen wird, dass die Kapitalanlagen sich als möglichst rentabel erweisen.

Welch einschneidende Veränderung die Öffnung des Erdölsektors für westliches Privatkapital bedeutet, ergibt erst die historische Rückschau. Die Nationalisierung der Öl- und Gasindustrie im Februar 1971 war ursprünglich das Herzstück eines autozentrierten Entwicklungsmodells: Die vom Staat abgeschöpfte "Ölrente" sollte in den planmäßigen und durch die öffentliche Hand koordinierten Aufbau einer diversifizierten Industrie investiert werden. So sollte die strukturelle Unterentwicklung der ehemaligen Kolonie, deren Wirtschaft früher auf die Bedürfnisse der "Metropole" Frankreich zugeschnitten worden war, überwunden werden. Dieses Vorhaben war aber bereits in den frühen 1980er Jahren gescheitert - aus mehreren Gründen. Dazu zählt etwa das Technikdiktat westlicher Konzerne, die dem nordafrikanischen Land veraltete, überdimensionierte oder den örtlichen Bedingungen nicht angepasste Anlagen verkauften oder die Algerier in Abhängigkeit von Ersatzteilen und Wartungsarbeiten durch eigene westliche "Experten" hielten. Als um 1986 der Ölpreis auf den Weltmärkten verfiel, saß Algerien in der "Schuldenfalle", da es aus den gesunkenen Staatseinnahmen weiterhin hohe Gläubigerforderungen bedienen musste.

"Liberalisierung" zum Nutzen der EU

Heute ist Algerien auf den meisten Gebieten extrem importabhängig. Finanzieren kann es seine Bedürfnisse überhaupt nur dank des mächtigen "Motors" seiner Ökonomie, der Öl- und Gasförderung, die über 97 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes einbringt. Doch wuchsen die europäischen und nordamerikanischen Begehrlichkeiten, einen Fuß auch in diesen Sektor zu bekommen. Präsident Abdelaziz Bouteflika erklärte jüngst in der algerischen Presse mehrmals, der jetzt verabschiedete Gesetzestext dazu sei nicht auf einen Wunsch der politischen Klasse zurückzuführen, "er ist uns aufgezwungen worden" (La Tribune, 16. März).

Ein Teil der ehemals staatssozialistischen Eliten Algeriens leistete noch bis vor kurzem heftigen Widerstand; im März 2001 und im Februar 2003 legten Generalstreiks gegen die Öffnung der Ölindustrie die allermeisten Wirtschaftszweige des Landes lahm. Zu Anfang dieses Jahres erklärte der Gewerkschafts-Dachverband UGTA dann jedoch seine Kapitulation in dieser Frage und UGTA-Generalsekretär Abdelmajid Sidi-Saïd erklärte bei einem Fernsehauftritt im Januar, es gebe "keine ideologischen Tabus mehr". Der Dachverband hatte in der Ära der Einheitspartei (1962 bis 1988) eine "Massenorganisation" der regierenden "Nationalen Befreiungsfront" FLN gebildet; seine Spitze verhält sich noch heute oft wie eine Staatsgewerkschaft. Hintergrund des aktuellen Nachgebens ist die Einbettung der Spitzenfunktionäre in die herrschende Oligarchie. Es spielt aber auch das Kalkül eine Rolle, dass man eine Privatisierungswelle nicht verhindern könne und deswegen lieber statt sozialen Widerstand zu leisten durch Wohlverhalten eine organisatorische Basis in den künftig privatisierten Betrieben "retten" solle. Jedenfalls argumentierte so UGTA-Chef Abdelmadjid Sidi-Saïd anlässlich einer Tagung der UGTA mit dem französischen rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsbund CFDT über "Arbeitsrecht und Globalisierung".

Der Druck der westlichen Gläubigerstaaten und "Wirtschaftspartner" war letztendlich stärker als der Widerstand. Dieser Druck ging nicht nur von den USA aus, sondern ebenso von der EU - ein Assoziierungsabkommen mit ihr wurde am 14. März durch das algerische Parlament ratifiziert und muss nur noch durch die Niederlande angenommen werden, um in Kraft zu treten. Neben der weitgehenden Öffnung des algerischen Absatzmarkts für europäische Firmen bis 2017 sieht der Vertrag auch eine begrenzte Einfuhr algerischer Produkte (vor allem Erdöl und Agrarerzeugnisse) in die EU-Länder vor. Aber explizit ist im Artikel 61 des Abkommens auch die Rede von der "Liberalisierung" des algerischen Erdölsektors.

Dafür hat Algerien nun die gesetzlichen Bedingungen geschaffen. Was von der Souveränität des Landes zukünftig übrig bleibt, ist dagegen die große Frage.

Bernhard Schmid

25. The Struggle goes on. Mugabes Wahlsieg verweist auf die ungelöste Landfrage

Autor: Sadza Raibva · Rubrik: Zimbabwe · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:23

Zimbabwe hat gewählt. Wie zu erwarten war, ging die regierende Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (Zanu-PF) unter Präsident Robert Mugabe als Siegerin aus den Parlamentswahlen am 31. März hervor. Wer jedoch glaubt, die Zanu-PF kann sich lediglich wegen Manipulation und Repression einer Zweidrittelmehrheit brüsten, der verkennt die Rolle, die Mugabe als Ikone pan-afrikanischer Identität immer noch spielt.

Die Zanu-PF erhielt 78 der 120 Parlamentssitze, 17 mehr als bei den vergangenen Parlamentswahlen im Jahr 2000. Da der Präsident und zehn traditionelle Chiefs 30 der insgesamt 150 Parlamentssitze nach ihrem Dafürhalten besetzten, wird die Regierungspartei über 108 Stimmen verfügen - genug, um mit ihrer Zweidrittelmehrheit auch die Verfassung ändern zu können. Die oppositionelle Movement for Democratic Change (MDC) kam auf 41 Sitze, 16 weniger als letztes Mal. Mugabes früherer Informationsminister Jonathan Moyo, der auf Grund parteiinterner Machtstreitigkeiten entlassen worden war, erhielt als unabhängiger Kandidat einen Sitz.

Im Unterschied zu den Parlamentswahlen im Jahr 2000 und den Präsidentschaftswahleb im Jahr 2002, die beide von brutaler Gewalt durch die Zanu-PF bestimmt waren, sprechen nun auch regierungskritische Kreise von einem überwiegend friedlichen Verlauf der Wahl. Dieser Wandel folgt weniger humanistischer Einsicht denn politischem Kalkül: Auch wenn "Comrade President Robert Mugabe" allerhand nachgesagt wird, so kann davon ausgegangen werden, dass die Regierung zumindest wenn es um den puren Machterhalt geht, durchaus zu kalkulierten Handlungen fähig ist.

Offizielle WahlbeobachterInnen aus Südafrika bescheinigten der Wahl einen freien und fairen Verlauf. Auch die BeobachterInnen der 14 Länder umfassenden Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) erklärten, insgesamt sei die Wahl "in offener, transparenter und professioneller Weise" abgehalten worden. Nichtsdestotrotz kritisierte die SADC-Beobachtermission, es habe Unregelmäßigkeiten in 32 Wahlkreisen gegeben, erklärten aber zugleich, das Wahlergebnis spiegele den "freien Willen" der Zimbabwer wider.

Feste Basis auf dem Land

Erst im August 2004 hatte die SADC unter ausdrücklicher Zustimmung von Mugabe für alle Mitgliedsstaaten verbindliche "Prinzipien demokratischer Wahlen" verabschiedet. Darin enthalten ist das Recht auf freie Versammlung und Meinungsäußerung, politische Toleranz, "Voter education", gleicher Medienzugang für alle Parteien und zahlreiche Regulaarien, die einen unparteiischen und transparenten Wahlablauf sicherstellen sollen.

Einige Wochen nach Verabschiedung dieser Prinzipien kündigte die MDC einen Boykott der Parlamentswahlen im März an. Der MDC hielt zu diesem Zeitpunkt die Umsetzung der genannten SADC-Richtlinien durch die Regierung für so unwahrscheinlich, dass eine Teilnahme der Opposition bestenfalls als "demokratisches Feigenblatt" verstanden werden könnte.

In Folge der Boykottansage der MDC erschienen im Zanu-Zentralorgan The Herald immer häufiger Artikel, in denen über die Berechtigung und sogar Notwendigkeit eines Einparteienregimes in einem Land wie Zimbabwe sinniert wurde. Offenkundig wurde dadurch vor allem, dass ein Wahlgang ohne Beteiligung der MDC die Mugabe-Regierung unter einen höheren Legitimationsdruck setzt. Vor der Wahl sah sich die Zanu-PF dann auch erheblichen internen Zerwürfnissen ausgesetzt. Im Zuge dieser innerparteilichen Konflikte flog eine Gruppe um den ehemaligen Informationsminister Moyo kurzerhand von der Kandidatenliste der Regierungspartei. Die Hintergründe blieben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen und sorgen auch weiterhin für reichliche Spekulationen. Moyo war schließlich nicht irgendein Minister, sondern neben Mugabe eine der führenden ideologisch-propagandistischen Figuren des Mugabe-Regimes.

Einfache Konfliktschemata greifen nicht

Ironischerweise wird Moyo jetzt Opfer der Instrumente staatlicher Repression, deren Notwendigkeit und Einsatz er selbst so oft propagiert hat. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Instrumenten um den "Public Order and Security Act", mit dem Versammlungsrechte und Meinungsäußerung polizeilicher Restriktion unterworfen werden, sowie dem "Access to Information and Privacy Act", mittels dem die Berichterstattung weit reichender staatlicher Kontrolle ausgesetzt ist. Für Bürgerrechtsvereinigungen wie dem Election Support Network sind es vor allem diese Gesetze und deren unverhältnismäßige Anwendung gegen Oppositionelle, die einer Bewertung der Wahl als frei und fair widersprechen.

Das Zimbabwe im Bürgerrechts-Ranking nicht an erster Stelle steht, ist keine neue Erkenntnis. Das Wahlergebnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zanu-PF vor allem auf dem Land über eine feste Basis verfügt. Die Wahl, die propagandistisch von der Regierung als Anti-Tony-Blair-Wahl verkauft wurde, zeigt, dass Mugabe nicht trotz, sondern wegen der antikolonialen Rhetorik erfolgreich ist. Dass diese Rhetorik zum Teil auch rassistische Konnotationen gegen "Weiße" aufweist, macht eine Bewertung, aber nicht die Analyse einfacher.

Wer die Zustimmung zu Mugabe und dem, was er als Symbol darstellt, negiert, redet letztlich einem Regimewechsel das Wort - dessen Ausgang vollkommen offen ist. Die Konflikte, mit denen eine postkoloniale Gesellschaft wie in Zimbabwe konfrontiert ist, reichen über ein einfaches Konfliktschema nach dem Motto Demokratie versus Diktatur weit hinaus. Die "Landfrage" ist nicht nur in Zimbabwe, sondern ebenso zum Beispiel in Kenia, Namibia, Südafrika oder Tansania, ein immer wieder kehrender Verweis auf die Kolonialgeschichte dieser Länder.

Der Vorwurf, Mugabe habe mit der Radikalisierung der Landenteignungen eine populistische Politik betrieben, läuft ins Leere: Die Wahl hat gezeigt, dass diese Form des Populismus zumindest bei der Landbevölkerung nicht an politischer Unterstützung eingebüßt hat, auch wenn bei einer Wahlbeteiligung von nur 50 Prozent, die Kandidaten sich natürlich fragen lassen müssen, wer sie als Interessensvertretung eigentlich noch legitimiert.

Sadza Raibva, Harare

* Wahlkampfslogan der Zanu-PF

26. Krieg gegen den Iran? Druck aus Washington nimmt zu

Autor: Clemens Ronnefeld · Rubrik: Iran; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:31

"USA gegen Iran: Der nächste Krieg?" titelte Der Spiegel (24.1.05) und druckte in deutscher Übersetzung jenen Artikel des US-Journalisten Seymour Hersh aus dem New Yorker ab, der mit seinen Enthüllungen über Planungen zu einem US-Militärschlag wie kaum ein anderer Beitrag zu diplomatischem Aufsehen weltweit geführt hat. In einem weniger beachteten Interview gegenüber dem Radio- und Fernsehnetz Democracy Now präzisierte Hersh seinen Artikel: Seine Gewährsleute sprächen davon, "drei bis vier Dutzend Ziele sollen im späten Frühling oder Sommer" getroffen werden. (Süddeutsche Zeitung, 21.1.05)

Im Kern geht es im Streit um das iranische Atomprogramm um die Frage eines regionalen Ungleichgewichtes: Während Israel, Pakistan, Indien und Russland in unmittelbarer Nachbarschaft des Iran über Atomwaffen verfügen, versuchen die USA, der Regierung in Teheran deren Besitz zu verbieten. Der Druck aus Washington nimmt dabei in dem Maße zu, wie die Reformer im Iran immer mehr an Boden verlieren und die Macht der Mullahs wächst.

Dabei verfolgen die EU und die USA teilweise ähnliche Ziele, so die Eindämmung des schiitischen Einflusses in der Region Libanon, Syrien, Irak und Iran sowie die Einbettung der Region in die wirtschaftliche Globalisierung, teilweise aber auch konträre, insbesondere im iranischen Atomkonflikt.

Mit rund 66 Millionen EinwohnerInnen, davon ca. zwei Drittel unter 30 Jahren, spielt der Iran eine bedeutende Rolle als Regionalmacht. Die Opfer während der Revolution 1979, der nachfolgende Krieg mit Irak, dem rund eine Million Menschen allein auf iranischer Seite zum Opfer fielen, drei Erdbeben (1990, 2003, 2005) größten Ausmaßes sowie anhaltende US-Wirtschaftssanktionen haben in der iranischen Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen. Nach Angaben der iranischen Handelskammer leben rund 40% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, nach Aussagen ausländischer Diplomaten sogar über 60%.

Iran: Apathie und Enttäuschung

Das politische Leben ist von Apathie und Enttäuschung gekennzeichnet. Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Februar 2004 verweigerte der konservative Wächterrat 80 Parlamentsmitgliedern die Kandidatur, weil sie die Trennung von Staat und Religion befürworteten. Das gesamte politische System krankt daran, dass jeder säkular-staatlichen Institution eine klerikale übergeordnet ist. Weil der von Konservativen dominierte Wächterrat jedes Gesetz des Parlamentes bestätigen muss, kann das Volk Reformer wählen, so viel es will: Die Macht bleibt bei den Mullahs. Die Macht der konservativen Mullahs stützt sich dabei auch auf die Wirtschaft. Nach der Revolution 1979 übertrug Chomeini das Vermögen des Schahs zur Verwaltung auf religiöse Stiftungen. Inoffizielle Schätzungen gehen davon aus, dass sich rund 80% der iranischen Wirtschaft in den Händen der konservativen Kleriker befinden.

Um ihre Herrschaft abzusichern, werden kritische Zeitungen verboten, demokratische Proteste von Schlägertrupps im Keim erstickt, Menschenrechte mit Füßen getreten. Frauen, deren Hosen nur bis zu den Knöcheln reichen, laufen Gefahr, verurteilt und ausgepeitscht zu werden. Dennoch bewegt sich gerade in der Frauenfrage einiges in Iran. Ein Drittel aller Arbeitskräfte sind Frauen, ein Drittel aller Promotionen werden von Frauen geschrieben, 63% der Studierenden sind weiblich. 300 Verlagshäuser werden von Frauen geführt, und von den rund 4.000 iranischen Nichtregierungsorganisationen beschäftigen sich etwa 150 mit Frauenfragen.

Die iranische Gesellschaft befindet sich - trotz aller Resignation - derzeit in einem sehr langsamen und schwierigen Transformationsprozess. Die Wirklichkeit der Gesellschaft ist wesentlich komplexer, als sie gewöhnlich mit den im Westen häufig benutzten Klischee-Gegensatzpaaren "Kleriker - Reformer" oder "Mullahs - Volk" beschrieben wird. (1) Der offene Diskurs über grundlegende politische Fragen des iranischen Systems ist im Gange, wenn er auch immer wieder schwer behindert wird. So gab es nach dem US-Krieg im Irak 2003 im iranischen Parlament Äußerungen, nicht die Atombombe, sondern einzig mehr Demokratie könne die territoriale Integrität Irans und das System der Republik retten.

Beim iranischen Atomprogramm geht es nicht nur um die Energieversorgung des Landes - wie die bisherige offizielle Begründung lautet. Immerhin verfügt Iran neben seinen gewaltigen Ölvorkommen über die

zweitgrößten Naturgasreserven der Erde. Der iranische Verteidigungsminister Shamkhani wies darauf hin, dass "wir uns nach der herrschenden Lehre ganz sicher bedroht fühlen und dass wir uns für den denkbar ungünstigsten Fall vorbereiten ... Ein Land, das sich darauf nicht einstellt, wird das Schicksal erleben wie Irak." (2)

Im Oktober 2003 gelang es den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands auf einer gemeinsamen Reise nach Teheran, die iranische Regierung zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag, zur vollen Kooperation mit der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO) und zur freiwilligen Suspendierung seiner Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungsaktivitäten zu bewegen. Nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls im Dezember 2003 durch die Regierung in Teheran forderte Hasan Rohani, iranischer Chefunterhändler für Atomfragen, den Gouverneursrat der IAEO auf, die Iran-Akte zu schließen. Die Wiener Atombehörde widersetzte sich, weil sie zuvor noch Auskunft über die Herkunft angereicherten Urans verlangte, das IAEO-Inspekteure in iranischen Anlagen gefunden hatten. Auch die Auskunft über die Herkunft von Gaszentrifugen, mit denen spaltbares Material sowohl für friedliche Zwecke als auch für Atombomben hergestellt werden kann, blieb bisher von Seiten der iranischen Regierung offen. Die IAEO legte 2004 den UN-Sicherheitsratsmitgliedern einen vertraulichen Bericht über das iranische Atomprogramm vor, demzufolge die Regierung in Teheran eine große Menge Uran zur Anreicherung vorbereitet. Im August 2004 bestätigte der iranische Außenminister Kharrazi, "dass sein Land den Bau von hoch angereichertem Uran wieder aufgenommen habe". (3)

Eine Frage der Souveränität

Die Taktik Irans besteht offensichtlich darin, einerseits Fakten zu schaffen, d.h. alle Bausteine für die angestrebte atomare Bewaffnung zu sammeln, und andererseits auf dem Weg zu diesem Ziel jeweils gerade so viel mit der IAEO zu kooperieren, dass die USA oder Israel keine ausreichende Legitimation für einen Militärschlag oder UN-Sanktionen bekommen. Wie lange dieser Spagat aufrechterhalten werden kann, ist völlig offen. Westliche Geheimdienste vermuten, dass es noch mindestens drei bis fünf Jahre dauern wird, bis Iran in der Lage ist, eine Atombombe zu bauen.

In dieser Situation versuchen die USA Russland, das die beiden Atomreaktoren bei Bushir baut, unter Druck zu setzen, was bereits zu Bauverzögerungen geführt hat. Der Sturz des demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mossadeqh, der die Ölindustrie verstaatlichen wollte, durch die CIA 1953, die Repression des US-gestützten Schahregimes, die Geiselnahme in der US-Botschaft 1979 und die missglückte US-Geiselbefreiungsaktion, die Unterstützung der US-Regierung für Saddam Hussein während des iranisch-irakischen Krieges 1980-88 sowie die anhaltenden US-Sanktionen gegenüber Iran werfen bis heute lange Schatten auf das amerikanisch-iranische Verhältnis. Im Januar 2005 forderte die Washingtoner Regierung alle Unternehmen mit US-amerikanischem Kapital auf, sich innerhalb eines Monats aus Iran zurückzuziehen, auch dann, wenn ihre Geschäfte nicht gegen die US-Sanktionen verstoßen.

Für die Regierung in Teheran tragen jedoch die engen iranisch-irakischen Verbindungen bereits jetzt dazu bei, die Gefahr eines US-Angriffs auf die eigenen atomaren Anlagen zu reduzieren. Wegen der vielfältigen familiären Bindungen über die Landesgrenzen Iran-Irak hinweg und dem enormen Einfluss Teherans auf die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak könnte bei einem US-Angriff auf Iran die Regierung in Teheran die "irakische Karte" spielen und die Kämpfer gegen die US-Besatzung im Irak zum verstärkten Widerstand auffordern.

Immer wieder gab es in der jüngeren Vergangenheit Ansatzpunkte für eine Entspannung in den US-iranischen Beziehungen, die sogar zwischenzeitlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Aufhebung der US-Sanktionen in greifbare Nähe zu rücken schienen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gab es in Teheran spontane pro-amerikanische Demonstrationen. Washington und Teheran eint der Kampf gegen die Taliban und das Netzwerk al Qaida. Mehrere hochrangige Mitglieder des Terrornetzwerkes stehen im Iran unter Hausarrest. Für die Bombardierung von al-Qaida-Stellungen in Afghanistan lieferte die Regierung in Teheran logistische Unterstützung. Iran erkannte 2003 - zum Wohlgefallen Washingtons - sehr schnell die Übergangsregierung im Irak an. Seit langem gibt es informelle Kontakte zwischen Teheran und Washington. Nach dem Erdbeben von Bam 2003 mit mehreren zehntausend Toten leisteten die USA humanitäre Hilfe - und Teheran ließ dies zu. Für eine Deeskalation des derzeitigen Konfliktes oder gar eine Beendigung der Eiszeit gäbe es genügend Anknüpfungspunkte.

Im Gegensatz zur den USA betrieben die europäischen Staaten bis 1997 den so genannten Kritischen Dialog mit Iran. Der "Kritische Dialog" endete, als das Berliner Landgericht feststellte, dass höchste politische Regierungskreise für die Ermordung kurdischer Oppositioneller im Berliner Restaurant Mykonos im Herbst 1992 mitverantwortlich waren. Doch bereits im Frühjahr 1998 starteten die Regierungen von Frankreich, Großbritannien und Deutschland als EU-Troika wieder direkte Gespräche mit Iran, diesmal unter der Überschrift "Konstruktiver Dialog". Dabei standen und stehen nach wie vor sicherheitspolitische Themen und Menschenrechtsfragen im Mittelpunkt. Besuche von Präsident Chatami in Italien, Frankreich und Deutschland (Juli 2000) sowie in Österreich und Griechenland (beide im März 2002) zeigen ebenso wie Gegenbesuche europäischer Staats- und Regierungschefs in Teheran das Interesse an einem lebhaften gegenseitigen Austausch.

Innerhalb der EU nimmt Deutschland hinsichtlich der Handelsbeziehungen mit Iran eine Sonderrolle ein. Seit Jahren schon exportiert Iran in kein Land der Erde so viele Nicht-Erdöl-Produkte wie nach Deutschland (rund 10% der Gesamtausfuhren). Die Exporte aus Iran nach Deutschland lagen 2001 bei 1,9 Mrd. Euro, 2002 bei 2,2 Mrd. Euro und 2003 bei 2,6 Mrd. Euro. Die Exporte aus Deutschland in den Iran stiegen im Jahre 2003 von ca. 2,7 Mrd. Euro auf ca. 3,0 Mrd. Euro im Jahre 2004. Mit ihren Hermesbürgschaften gegenüber Iran in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro liegt die Bundesregierung weltweit an erster Stelle, was die Absicherung von Handelsgeschäften mit Iran betrifft. Aus deutscher Sicht belegt Iran auf der weltweiten Länderliste deutscher Beziehungen die zweite Stelle bei der Neudeckung von Hermesbürgschaften. Rund 5.000 deutsche Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit Iran, davon ca. 2.000 mit eigenen Büros in Iran.

Unterschiedliche Rollen von USA und EU

Im Mai 2005 findet in New York die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages statt, wobei die US-Regierung vermutlich die iranische Regierung an den Pranger stellen wird. Die US-Regierung wird dann bei der Juni-Sitzung der IAEO möglicherweise den Druck auf die EU derart steigern, dass es für die Europäer schwer sein wird, den "Fall Iran" nicht vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Sollte dies dennoch geschehen - was auf Grund der derzeitigen Dynamik auch schon vorher passieren könnte - wäre eine neue Stufe der Eskalation erreicht.

Noch ist Zeit, vorhandene Spielräume insbesondere auf Grund der vielfältigen Verbindungen zwischen der EU und Iran zur Deeskalation zu nutzen, geplante Rüstungsexporte in die Krisenregion zu untersagen - und eine breit angelegte diplomatische Initiative zur zivilen Lösung zu ergreifen.

Clemens Ronnefeldt

Der Autor ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Eine Langfassung dieses Artikels ist abrufbar unter: www.versoehnungsbund.de.

Anmerkungen:

1) Vgl. die bezüglich der iranischen Gesellschaft sehr differenzierte SWP-Studie von Johannes Reissner: Iran nach dem Irak-Krieg. Zwischen amerikanischem Druck und europäischer Annäherung, Berlin 2003. Differenzierte Grundinformationen sind auch zu finden in: Katajun Amirpur/ Reinhard Witzke, Schauplatz Iran, Freiburg 2004 sowie in: Deutsches Orient-Institut (Hrsg.): Nahost Jahrbuch 2002, Länderanalyse Iran, Opladen, 2004.

2) Mohssen Massarrat: Atom-Konflikt auf Raten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2005.

3) Zit. nach: Bahman Nirumand: Iranisches Katz- und Mausspiel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2004.

27. Sommer. Sonne. Streiksemester. Der Kampf gegen Studiengebühren und Sozialabbau geht weiter

Autor: Jonas Füllner · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:18

Zur feierlichen Erstsemesterbegrüßung durch die Unileitung tauchten sie auf: die "Hamburger Bildungsleichen". Als die ErstsemesterInnen in das Audimax der Universität strömen wollten, hatten sich einige so genannte Langzeit- und andere nicht marktkonform Studierende in weißen Overalls an die Türgriffe gekettet. Sie versperrten den Eingang, so dass nach einiger Zeit die Seitentüren geöffnet werden mussten. Auch wenn eine Störung der Begrüßungsveranstaltung durch theaterähnliche Einlagen eine lange Tradition hat, so war von dieser Aktion auch das Uni-Präsidium sichtlich überrascht. Der Vize-Präsident der Universität erklärte daraufhin in der Erstsemesterbegrüßung: "Liebe Erstsemester, stellen Sie sich darauf ein, diese Aktion heute, war sicherlich nur ein Vorgeschmack auf das kommende Semester."

Geht es nach vielen norddeutschen Asten und linken Hochschulgruppen soll es dann auch nicht bei hohlen Versprechen bleiben. So trägt der Protest schon einen Namen, bevor er richtig begonnen hat. Beim norddeutschen Vernetzungstreffen im Frühjahr dieses Jahres wurde für das Sommersemester 2005 der "Summer of Resistance" ausgerufen.

"Summer of Resistance"

Die Lage ist ernst, wenn nicht gar dramatisch: Mit der Aufhebung des Verbots allgemeiner Studiengebühren durch das Bundesverfassungsgericht am 26. Januar 2005 drohen nun bundesweit Studiengebühren ab dem ersten Semester. Noch erklärt der Kanzler, in SPD-geführten Bundesländern sollen keine Gebühren erhoben werden; ob diese Zusage auch nach der Bundestagswahl 2006 eingehalten wird, muss sich zeigen. In den meisten CDU-geführten Ländern stehen dagegen Studiengebühren konkret vor der Tür. Daneben sorgt die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen für eine massive Umstrukturierung der Universität. Studiert werden soll künftig nicht mehr nach wissenschaftlichen Kriterien, sondern nach Anforderungen und Wünschen des Arbeitsmarktes. Das Studium wird gestrafft, und ein Abschluss soll schon nach drei Jahren angestrebt werden. Im Zuge dessen werden z.B. in Hamburg gleich die Selbstverwaltungsgremien der Universität mit beseitigt. In Hessen können die Asten nur noch auf die Gelder der Verfassten Studierendenschaft zugreifen, wenn die Wahlbeteiligung zu den Studierendenparlamentswahlen bei 20 Prozent liegt.

Und die Linke? Wie immer taucht im Zusammenhang mit Studierendenprotesten die Frage auf, wie weit man sich in den Protesten einbringen möchte. Geht es Studierenden nicht nur um die Sicherung ihrer Privilegien? Hat nicht die Vergangenheit gezeigt, dass die Solidarität der Studierenden spätestens am Rande des Campus endet? Auf der anderen Seite ist die Universität für die recht akademisch geprägte deutsche Linke meist Teil ihres Alltags. So freut man sich über die Unterstützung linksradikaler Projekte durch Asten und besucht fleißig seine Genderseminare. Doch meist ist dann auch Schluss. Dabei bietet gerade der aktuelle Umbruch an den Universitäten hervorragende Möglichkeiten für eine linke Intervention. Vielen Studierenden sind Gebühren nicht egal, sie wollen kostenlose Bildung und keine Umstrukturierung der Universität, so wie es sich Politik und Wirtschaft wünschen. Natürlich ist es ernüchternd zu beobachten, wie viele Gebühren für Langzeitstudierende tolerierten, und jetzt erst, wo der eigene Geldbeutel betroffen ist, aufschreien.

Dass jedoch Protestpotenzial an den Universitäten existiert, bezweifelt wohl kaum einer. So liegen die letzten Uni-Streiks - im Winter 2003 - noch nicht lange zurück. Vor allem die Berliner Studierenden zeigten mit Aktionen sozialen Ungehorsams einen neuen Rahmen für studentischen Protest auf. Dieser Widerstand stieß auch in Hamburg auf Begeisterung und viele NachahmerInnen. Besetzungen von Parteizentralen, der Hamburger Morgenpost, Störungen von TV-Live-Sendungen oder kreative Aktionen bei der Hamburger Stadtsparkasse endeten jedoch, im Vergleich zu Berlin, mit einer massiven Kriminalisierung der Proteste. Fast 80 Verfahren, die mittlerweile gegen Geldstrafen eingestellt wurden, waren das Ergebnis; noch heute läuft die Hamburger Polizei bei Studierendendemonstrationen Spalier, der Rathausmarkt blieb für Kundgebungen von StudentInnen gesperrt, und Wissenschaftssenator Dräger erkundigt sich unlängst bei einer Interviewanfrage für eine Publikation des Uni-AStA nervös, ob auch keine Aktion geplant sei.

Kreativer Protestformen aneignen

Erfreulich war bei den damaligen Protesten, dass sich die Studierenden teilweise mit den radikalen Aktionen solidarisierten. Eine Spaltung fand eher in der Frage, ob und wie lange Gebäude blockiert werden sollten, statt. Zu lange hielten die Streikaktiven an den Blockaden fest, auch als immer weniger Menschen sich an Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen beteiligten. Ein weiterer Faktor war die teilweise ignorante Art der AktivistInnen, die neben "ihren" Aktionen zu wenig Platz für "Betteln für Bildung" oder "Die Bildung geht baden"-Events, also stärker auf die Öffentlichkeit zielende Aktionsformen, ließen.

Dennoch hat sich durch die vergangenen Proteste die Bereitschaft der Linken erhöht, sich an Studierendenprotesten zu beteiligen. So erweiterten die Aktionen der Gruppe sozialer Ungehorsam den Rahmen für neue Protestformen und es gelang zumindest punktuell, Aneignung zum Thema zu machen. Um gegen die Kürzungen des Senats beim Hamburger Studentenwerk und den damit verbundenen steigenden Essenspreisen zu protestieren, wanderte Mensaessen kostenlos an der Kasse vorbei in die Münder der Studierenden.

Der Kreis der Aktiven an den norddeutschen Hochschulen ist inzwischen gewachsen. Seit einiger Zeit wird versucht, sich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu vernetzen. Dies wird erleichtert durch linke Asten in Hamburg, Oldenburg, Bremen, Hannover, Braunschweig und Lüneburg, in denen häufig linksautonome, radikal-demokratische und sozialistischen Gruppen die Politik bestimmen. In den letzten Semestern bildete sich eine norddeutschlandweite Zusammenarbeit linker ASten und Hochschulgruppen heraus, die bundesweit Vorbildcharakter hat und den Namen Nordnetz trägt. Anders als beim "freier zusammenschluss von studentInnenschaften" (fzs) bestimmen die Gruppen dort nicht nach ihren Finanzen gewichteten Stimmanteil die Politik, sondern das Nordnetz lebt vom Mitmachen. So soll der Bildung von Hierarchien entgegen gewirkt werden. Inhaltlich existiert der Konsens, dass die Uniproteste nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet werden können und man sich gemeinsamen mit anderen von Kürzungen Betroffenen gegen die neokonservative Umstrukturierung wehren muss.

Schon im Herbst war klar, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Frühjahr tagen würde und höchstwahrscheinlich das Verbot allgemeiner Studiengebühren fallen würde. Widerstand gegen drohende Studiengebühren oder die Umstrukturierung der Universität keimte jedoch kaum auf. Zu kräftezehrend war letztendlich der Wintersemester"streik" 2003/04, der in Berlin Gebühren verhinderte, jedoch im Rest der Republik ohne nennenswerte Erfolge auslief. Zu vereinzelt liefen die Proteste ab, eine bundesweite Dynamik konnte sich nicht entwickeln.

Im Frühjahr sollten nach den Plänen des Nordnetz die Weichen für einen heißen Sommer gestellt werden. Schon am Tag der Urteilsverkündung demonstrierten in Hannover, Bremen und in Hamburg zusammen fast 4.000 Studierende. Fern ab von klassischen Strukturen wie den LandesASten-Konferenzen oder dem fzs wurden in Zusammenarbeit mit anderen Städten die regionalen Demonstrationen am 3. Februar ins Leben gerufen. Unter dem Slogan "Gegen Bildungs- und Sozialabbau" gingen in Leipzig und Hamburg jeweils fast 10.000 Menschen auf die Straße. Ziel war es, eher punktuell die Studierenden zu mobilisieren und so eine allgemeine Bereitschaft für Streiks oder Proteste zu erreichen. Die Demonstrationen in diesen beiden Städten wecken Hoffnungen für das Sommersemester. Es soll daher wieder eine Norddemo geben, die am 2. Juni in Hannover stattfindet.

Noch im Spätsommer 2004 befanden sich die Proteste gegen Hartz IV und dem damit einhergehenden ALG II auf dem Höhepunkt. Obwohl zehntausende Menschen vor allem im Osten der Republik auf die Straße gingen, schaffte die Bundesregierung es, die Proteste zu ignorieren. Das bisher letzte Aufkeimen des Widerstands gegen den Sozialabbau erfolgte am 3. Januar dieses Jahres mit dem mehr oder weniger kläglichen Scheitern des "Agenturschluss". (vgl. ak 492) An diesem Tag gelang es nur vereinzelt, gemeinsam mit Erwerbslosen aufzutreten, meist versackten die Aktionen in einem diffusen Durcheinander zwischen Radikalität und Bürgernähe. Auch wenn dies nicht der Zusammenbruch der Proteste gegen Hartz IV war, stellt sich doch die Frage: wie geht's weiter? Akuter Handlungsbedarf besteht nach wie vor: der Sozialstaat wird weiter massiv abgebaut, die Arbeitslosigkeit hat eine in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie dar gewesene Höhe erreicht. Der Kampf gegen Studiengebühren muss sich daher immer auch gegen die Kürzungen und Privatisierungen in anderen Bereichen richten.

Die studentischen Proteste könnten da eine nicht geahnte Chance bieten: Da die Auseinandersetzungen auf Länderebene geführt werden müssen, kann z.B. ein starker Protest in Hamburg oder Bayern dazu führen, die allgemeine Einführung von Gebühren ins Stottern zu bringen, ein Überdenken der Einführung von Gebühren ist noch möglich. Womöglich können die Studierendenproteste weiteren Protesten, von den Kitas über die Schulen, bis hin zu einem Widerstand gegen Kürzungen im Sozialbereich und Gesundheitswesen, einen Schub geben. Im Sommersemester jedenfalls wird sich zeigen, ob die Proteste und Forderungen weiter führen, als die bestehenden Studienbedingungen zu verteidigen. Darin liegt die Verantwortung der universitären Linken, Forderungen und Positionen zu benennen.

Protestieren statt studieren

Eine Radikalisierung der Proteste ist notwendig, gleichzeitig muss die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gesucht werden. Ein Anfang bildet die Demonstration am 14. April in Lüneburg, zu der Gewerkschaften, SchülerInnen und Studierende gemeinsam mobilisieren. Richtig ist auch die Erkenntnis, die lokalen 1. Mai-Demonstrationen zu stärken, indem bundesweit Studierendenvertretungen zu Studi-Blöcken aufrufen wollen. Auch zur Parade der Prekarisierten in Hamburg, dem Euromayday, mobilisieren die ASten aus Lüneburg, Bremen und Hamburg. Höhepunkt der Proteste in Hamburg soll der 16. Juni sein, wenn Hamburger ASten, SchülerInnen- und Elternkammer, GEW und die Kitaverbände gemeinsam zu einer großen Bildungsdemonstration durch die Hamburger Innenstadt aufrufen.

Jonas Füllner

28. Hilfloser Humboldt. Überlegungen für eine linke Hochschulpolitik

Autor: Gruppe dissident, Marburg · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:01

Mit seinem Beschluss vom 26. Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Weg für die Einführung von Studiengebühren frei gemacht. In ersten Demonstrationen in Berlin, Essen, Hamburg, Leipzig und Mannheim gingen im Februar ca. 25.000 StudentInnen deswegen auf die Straße. Doch ob das der Auftakt für eine anhaltende Protestwelle war, ist zweifelhaft.

Die neoliberale Dienstleistungshochschule ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Sie ist sowohl ideologisch als auch materiell durchgesetzt und bildet heute das gesellschaftliche Feld, auf dem emanzipatorische Kämpfe im Rahmen von StudentInnenprotesten stattfinden. Maßnahmen wie leistungsorientierte Mittelzuweisung, Globalhaushalte, (externe) Hochschulräte und Langzeitstudiengebühren waren vor zehn Jahren noch als neoliberale Projekte in Planung. Heute sind sie Realität, ideologisch unumstritten und sollen nun durch allgemeine Studiengebühren vervollständigt werden. Letztere sind der einzige partiell noch umstrittene Punkt und werden daher auch als letztes umgesetzt. Aber auch sie können auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens von der liberalen Presse (SZ, Zeit etc.) über Centrum für Hochschulentwicklung und Böckler-Stiftung bis hin zu CDU, FDP und auch SPD und Grünen bauen. Schon ein Blick auf die Reaktionen auf das BVerfG-Urteil klärt über die realen Kräfteverhältnisse auf, denn inzwischen wird z.B. von den StudentInnenwerken nur noch die sozialverträgliche Absicherung von Studiengebühren gefordert. Ideologisch ist damit das Thema Studiengebühren durchgesetzt. Es geht nur noch um die Form, die am meisten Zustimmung garantieren kann.

Zudem finden sich auch bei den Studierenden stärker als noch vor Jahren neoliberale Deutungsmuster. Die Basis für eine Politik, die sich auf ein humanistisches Bildungsideal bezieht, wird somit auch vor diesem Hintergrund dünner. Das Studium ist für Studierende in noch stärkerem Maße als früher Ausbildung und Investition in Humankapital und weniger Bildung von Persönlichkeit und Reflexion über gesellschaftliche Strukturen. Studentinnen und Studenten fügen sich in diesem Punkt nahtlos in die neue Hochschulrealität ein. Das heißt nicht, dass Politisierungspotenzial verschwindet, es verlagert sich aber.

Neoliberale Hochschulrealität

In Hessen und anderen konservativ regierten Bundesländern findet sich außerdem eine weitere Ebene, die allzu häufig vernachlässigt wird. Hier zeigt sich, dass der Neoliberalismus durchaus mit starken konservativen Elementen einhergehen kann. Anläufe zur Abschaffung der Verfassten Studierendenschaften, Zentralisierung der Entscheidungen auf Uni-PräsidentInnen und die Beschneidung der Mitbestimmungsrechte von Personalvertretungen kennzeichnen einen Demokratieabbau, der eine gesellschaftliche Einflussnahme auf die Universitäten noch weiter beschränkt. Neben der (struktur-)konservativen ProfessorInnenschaft darf nur noch die im Hochschulrat vertretene "Kapitalseite" über Forschung und Lehre mitbestimmen. Hier sind Konservative und Neoliberale ein pragmatisches Bündnis eingegangen. Die alte Ordinarienuniversität wird zwar nicht wieder hergestellt, aber die Macht von ProfessorInnen und Landesregierungen wird deutlich gestärkt. Beide Gruppen haben ein Interesse daran, kritische Wissenschaft aus der Universität zu verdrängen. Lediglich dort, wo kritische Ansätze noch von anderen gesellschaftlichen Institutionen wie etwa Gewerkschaften oder Genderförderprogrammen unterstützt werden, können sie sich mehr schlecht als recht halten.

Aber auch in den verbleibenden Nischen werden wirklich kritischen Projekten die Gelder entzogen, nicht zuletzt unter dem Einfluss des Co-Managementsflügels in den Gewerkschaften. Zum einen wird eine öffentliche Finanzierung kritischer Wissenschaft, die sich auf soziale Bewegungen bezieht und mit ihnen zusammenarbeitet, direkt durch neue zentralisierte Instanzen behindert. So hat etwa der Präsident der Universität Frankfurt höchstselbst interveniert, als es um die Nachfolge des Politikwissenschaftlers Joachim Hirsch ging. Er hat damit die Weiterführung materialistischer Staatstheorie in Frankfurt maßgeblich verhindert. Zum anderen wird kritische Wissenschaft im Universitätsbetrieb durch die strukturellen konservativen ProfessorInnenmehrheiten in den Gremien entsorgt. Bei Neubesetzungen von Stellen und der Vergabe von Geldern werden hier die entscheidenden Weichenstellungen getroffen.

Mehr als den Slogan: "Bildung ist keine Ware!" haben Linke und studentische Proteste dieser Hochschulwirklichkeit häufig nicht entgegenzusetzen. Dieser verkennt jedoch, dass Bildung längst zur Ware geworden ist und dass die Hochschule auch in der Vergangenheit in Form der Elitenbildung funktional für den Kapitalismus war. Zum anderen blendet er das konservative Element der Hochschul"reformen" aus. Die Hilflosigkeit, mit der Linke am Humboldtschen Bildungsideal festhalten, läuft Gefahr, die Vergangenheit zu idealisieren. Hier zeigt sich auch eine mangelnde Reflexion vergangener linker Kämpfe, die keinesfalls die Gruppenuniversität als Ziel hatten, und letztlich drückt sich in der Hilflosigkeit auch die Unfähigkeit aus, an die Bedürfnisse von Studierenden anzuknüpfen. Statt die Widersprüche einer neuen Subjektivität im Ausbildungsbetrieb Universität auszumachen und aufzugreifen, verteidigt die Uni-Linke das überkommene linksliberale Bildungsideal ihrer Mittelschichtselternhäuser in einem langfristig aussichtslosen Kampf.

Einer solchen Betrachtung kann man natürlich leicht den Vorwurf machen, in Sachen Studiengebühren zu reformistisch und resignativ zu sein. In erster Linie geht es jedoch um den Versuch, trotz einer bescheidenen Ausgangslage Interventionspunkte für linke Kämpfe ausmachen zu können. Natürlich müssen wir uns auch weiterhin gegen Studiengebühren wehren. Aber eine andere linke Politik an den Universitäten könnte nicht nur Handlungsfähigkeit wiederherstellen, sie erschließt vielleicht auch neue Felder der Auseinandersetzung bzw. entdeckt alte wieder. Über lokale Kämpfe hinaus sollte festgehalten werden, dass in einer Kampagne gegen Studiengebühren bundesweit von Linken andere Schwerpunkte gesetzt werden müssten. Das elternunabhängige BAföG wäre eine solche zusätzliche Forderung, die über "Studiengebühren NEIN!" hinausgehen würde und die Gerechtigkeitsdebatte offensiv führt; eine Forderung, die zudem unmittelbar an die Existenzgeld-Forderung anknüpfen kann.

Des weiteren müsste der Teil aus der Begründung des BVerfG-Urteils hervorgehoben werden, der betont, dass der eigentliche soziale Ausschluss in den Kosten des Lebensunterhalts und nicht in 500 - 1.000 Euro Studiengebühren liegt. Diese verstärken nur die bereits bestehenden Probleme von sozial Benachteiligten, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen. Studiengebühren müssten also vor allem in Bezug auf die Ökonomisierung des Studiums und die Herausbildung eines kostenbewussten Studienverhaltens kritisiert werden, also in Bezug auf ihre Subjektivierungsfunktion.

Bürgerliches Bildungsideal und Uni-Proletariat

Selbstverständlich spielen Geschlechterverhältnisse, Rassismus und Demokratie im Ausbildungsbetrieb Universität eine zentralere Rolle. Aber sie müssen von links anders als bisher thematisiert werden. Wenn die Hochschulen zu Ausbildungsbetrieben geworden sind, ist dann nicht vielleicht eine Art gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik angemessener? Warum sollte man nicht einmal überlegen, wie der Kampf gegen Studiengebühren mit anderen sozialpolitischen Feldern verbunden werden kann? Wenn uns "das Kapital" das Geld für das Studium abknöpft, sollten wir dann nicht eine Kampagne starten, mit der wir es uns über den Lohn wieder zurückholen bzw. BAföG u.ä. als sozialen Lohn begreifen? In dem Moment, wo Bildung als öffentliches Gut Verwertungsinteressen unterworfen wird, wird auch das BAföG und die staatliche Finanzierung des Zugangs zu Bildung angegriffen. Dieser soziale, über den Staat vermittelte, Lohn kann unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie nur durch (Lohn-)Kämpfe in Arbeitsverhältnissen ersetzt werden. Vielleicht wäre das angesichts niedriger Löhne in prekären StudentInnenjobs ein realistischer Anknüpfungspunkt für Kämpfe, die auch jene StudentInnen ansprechen, die bisher von linker Politik kaum erreicht worden sind. Das wären vor allem die Studierenden, die real der Gefahr ausgesetzt sind, durch Studiengebühren aus der Universität gedrängt zu werden.

Studierende mit Kindern und hier in erster Linie Frauen müssten ebenfalls in linke Kämpfe miteinbezogen werden. Sie haben nicht einmal die Möglichkeit, Jobs aufzunehmen, um Studiengebühren bezahlen zu können. Häufig kommt es immer noch zu der Konstellation, dass bei Paaren vor allem die Männer weiterstudieren, während Frauen sich um die Kindererziehung kümmern und beide arbeiten gehen müssen. Dazu kommt noch, dass der Universitätsalltag auf Studierende mit Kind überhaupt nicht eingerichtet ist. Mit der Verschulung des Studiums, des Trends zu Großvorlesungen und hoher Klausurendichte kommen weitere Hindernisse hinzu. Vor diesem Hintergrund käme es darauf an, sich auch als Linke für kostenlose Kinderbetreuung einsetzen und die Berücksichtigung von den Bedürfnissen von StudentInnen mit Kind einfordern. So könnte auf der einen Seite der Karriereweg von Frauen an der Hochschule unterstützt und auf der anderen Seite weiteren Gruppen, die unter den Bedingungen von Studiengebühren aus der Uni gedrängt würden, eine Möglichkeit des Verbleibs eröffnet werden.

Uns geht es mit diesen Vorschlägen auch darum, linke Politik von ihrer Fixierung auf diejenigen zu lösen, die in Uni-Streiks und Protesten vor allem ein Polit-Event sehen. Ob uns das gelingt, ist fraglich. Uns wurde entgegengehalten, dass in vergangenen Studierendenprotesten die Artikulation von Bedürfnissen und unmittelbaren Interessen immer wieder schwierig gewesen sei. Sicherlich verstehen weite Teile der Studierenden das Studium als Privileg. Auch die eher rhetorischen Verweise auf andere von Sozialabbau Betroffene und die Solidarisierung mit Protesten von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen drücken vor allem das Bedürfnis nach Legitimation des eigenen Protestes aus. Doch für immer mehr Studierende ist die Universität keineswegs mehr der Lebenmittelpunkt. Nur die/der privilegierte VollzeitstudentIn kann sich ein schlechtes Gewissen erlauben, wenn die eigenen Interessen vertreten werden. Doch gerade die Studierenden, die das Studium nur noch als Ausbildung wahrnehmen, die sie selbst finanzieren müssen, sind in Protesten selten aufgetreten. Sie haben ihre eigenen eigenen Interessen bisher kaum artikuliert. Das dürfte kaum mit (politischem) Desinteresse zu tun haben. Vielmehr gab es in der Vergangenheit kaum Akteure, die aufzeigten, dass auch ihre Interessen politischen Ausdruck finden könnten.

Kampf um (Sozial-)Lohn

Uns geht es gar nicht darum, dass andere Ansätze linker Politik an der Hochschule grundsätzlich gescheitert seien. Wir wollen vielmehr die veränderten Bedingungen linker Politik ansprechen und eine mögliche Reaktion skizzieren. Wir hoffen, hiermit die Debatte um eine andere linke Politik im Umfeld der Hochschule anstoßen und ein Stück voranbringen zu können. Jedenfalls zeigen unsere Vorschläge, dass linke Intervention in StudentInnen-Proteste kein Bewegungshopping sein müsste, sondern sich langfristig neue Räume und Handlungsfelder eröffnen könnte.

Gruppe dissident, Marburg

www.geocities.com/gruppe_dissident

29. Weiße Linke dekolonisieren. Die Auseinandersetzung der Linken mit dem deutschen Kolonialismus hat gerade erst begonnen

Autor: Anette Dietrich, Ingmar Pech · Rubrik: Geschichte; Afrika allgemein; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:35

Rückblickend erscheint im Gedenkjahr 2004 die Beschäftigung mit der deutschen Kolonialgeschichte die Zirkel vereinzelter ExpertInnen verlassen zu haben und in die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit getreten zu sein. Selten zuvor gab es so viele Veröffentlichungen und Veranstaltungen, die den deutschen Kolonialismus thematisieren. Trotzdem konstatiert der Kolonialismus-Historiker Joachim Zeller, dass die Kolonialzeit in der BRD keinerlei Präsenz und Bedeutung hat, sondern als Thema maximal bei anstehenden Jahrestagen aufflackert, um schnell in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Bis heute nehmen die Ansätze, die versuchen, über die deutsche Kolonialgeschichte die Gegenwart zu analysieren und das bundesdeutsche Selbstverständnis zu betrachten, eher eine Außenseiterposition ein. So muss von einer verdrängten deutschen Kolonialgeschichte gesprochen werden, denn der Kolonialismus hat das politische Denken, die "nationale Identität" sowie das gesellschaftliche Imaginäre nachhaltig beeinflusst. Postkoloniale Verhältnisse schlagen sich z.B. in den bundesdeutschen Afrikadiskursen, in der so genannten Entwicklungspolitik, in rassistischen Stereotypen, die medial und alltagsweltlich immer wieder reproduziert werden, in der Ausländergesetzgebung oder den Debatten über das Zuwanderungsgesetz ebenso nieder wie in der Ignoranz gegenüber den eigenen Privilegien. Die deutsche Linke bildet trotz kritischer Positionen wenig Ausnahme.

Deutsche Kolonialgeschichte: War da was?

Die deutsche Gesellschaft wird nicht als postkolonial begriffen. Postkoloniale Theorien haben demnach wenig Eingang in Gesellschaftskritik und Rassismusanalysen gefunden. Ein postkolonialer Kritikansatz betrachtet nicht nur die Folgen des Kolonialismus für die ehemaligen Kolonien, sondern bedeutet vor allem eine Spurensuche nach den Auswirkungen kolonialer Herrschaft in den gegenwärtigen Gesellschaftsformationen der ehemaligen Kolonialmächte. Rassistische Strukturen prägen nicht nur das Leben von MigrantInnen und Angehörigen von Minderheitengruppen, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft, die von diesen Strukturen profitiert und für die sie dennoch unsichtbar bleiben.

Im November 2004 fand in Berlin die erste Anticolonial Africa Conference statt. (Vgl. ak 488) Trotz der hohen Erwartungen, die auf sie gerichtet waren, verweisen die geringe Beteiligung und die geringe Verankerung in linken Strukturen darauf, dass eine herrschaftskritische Auseinandersetzung mit kolonialen Verhältnissen wenig Bezugspunkt für die bundesdeutsche weiße Linken zu sein scheint. Schon historisch gab es kaum Ansätze innerhalb der Linken, den deutschen Kolonialismus und dessen Langzeitwirkungen - auch auf binnengesellschaftliche Aspekte - selbstkritisch zu reflektieren. Vielmehr konzentrierten sich linke Analysen vor allem auf die politischen, ökonomischen und militärischen Machtstrukturen des Imperialismus und vernachlässigten die Analyse der kolonialen Herrschaftssicherung, die in Alltagsstrategien verankert ist. Kolonialismus wurde meist nur im Kontext antiimperialistischer Kritik thematisiert.

Bereits zu Kolonialzeiten gab es keinen nennenswerten Widerstand von linken Kräften gegen den Kolonialismus, sondern nur gegen bestimmte Ausprägungen und gewalttätige Exzesse. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die ArbeiterInnenbewegung zunehmend in das nationale imperiale Projekt integriert und war von der Notwendigkeit von kolonialem Besitz zur Verbreitung der "Zivilisation" und der Sicherung des eigenen Lebensstandards überzeugt. Zwar wurden nach Ende des Zweiten Weltkrieges diverse kolonialverherrlichende Denkmäler beseitigt - in der DDR durch den Staat flächendeckend, in der BRD nur vereinzelt oder von politischen Gruppen, z.B. der Sturz des Wissmann-Denkmals 1967 in Hamburg.(1) Jedoch war die Hauptmotivation nicht eine antirassistische Kolonialkritik, sondern ein Antifaschismus, der sich auf die kolonialrevanchistischen Kräfte im Nationalsozialismus bezog.

Romantisieren des revolutionären Fremden

Die im Zuge der Dekolonialisierung der 1950/60er Jahre entstandene Solidarität mit Befreiungskämpfen und sozialen Emanzipationsbewegungen im so genannten Trikont stellte einen eher vereinnahmenden und abstrakten anstatt konkret-historischen Bezug zwischen diesen Kämpfen und der eigenen Situation her. Problematisch war nicht nur die Ausblendung der eigenen Kolonialgeschichte, sondern die zunehmende Gleichsetzung von Imperialismus und Faschismus. Dadurch konnte sowohl der deutsche Kolonialismus verdrängt als auch der Nationalsozialismus im Kontext des vermeintlich weltumfassenden Faschismus verharmlost werden. Hauptfeinde in der Analyse weltweiter Ungleichheit wurden - mittels verschwörungstheoretischer anti-amerikanischer sowie antisemitischer Stereotypen - die USA und Israel als "Agenten des weltweiten Faschismus". Dahingegen entwickelten sich die Befreiungsbewegungen zu Hoffnungsträgern und Projektionsflächen der deutschen Linken. Dementsprechend pendelte das Verhältnis zu den potenziellen RevolutionärInnen zwischen paternalistischer Verherrlichung, Romantisierung subsistenzwirtschaftender Indigener und der Reproduktion rassistischer Stereotype.

Rassismus als zentraler Bestandteil des kolonialen Expansionsstrebens war lange Zeit in Deutschland kein Thema. Die Linke ging zunächst davon aus, dass es keine Rassen-, sondern nur Klassenprobleme gebe. Rassismus wurde auf die Zeit des deutschen Nationalsozialismus reduziert oder in Apartheidsregimes verortet. Erst Anfang der 1980er Jahre wurde mit der Rezeption anglophoner Debatten vor allem seitens schwarzer Frauen, Women of Color und Migrantinnen Rassismus als Vergesellschaftungsform betrachtet. Sie kritisierten u.a. den weißen Feminismus für seinen universalisierenden, kolonisierenden und ausgrenzenden Gestus und begannen, aktuelle Rassismen und Stereotypen über Schwarze (Frauen) in den Kontext der kolonialistischen Vergangenheit Deutschlands zu stellen. Das Verharren im Opferstatus und die Privilegierung der Kategorie Geschlecht im weißen Feminismus verhinder(te)n jedoch die Einsicht in die eigene Verstrickung und die eigene Privilegiertheit innerhalb einer rassistischen Gesellschaftsform.

Auch die sich Mitte der 1980er Jahre formierende antirassistische Bewegung konzentrierte sich eher auf die Ausländergesetzgebung, rechte Gewalt und Bleiberechtskämpfe als auf nachhaltige Effekte kolonisierender und rassifizierender Praxen. Momentan sind Ansatzpunkte für Veränderungen zu bemerken; dennoch scheint es schwer zu fallen, eine gegenwartsorientierte Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialgeschichte zu führen und diese als einen notwendigen Bezugspunkt für politische Praxen zu verstehen.

Leerstellen der linken Debatte

Verorten die diversen linken Strömungen ihre Bezugspunkte auch unterschiedlich, so lassen sich doch Strukturen bei vielen erkennen, die den Umgang mit dem deutschen Kolonialismus prägen. So wird Kolonialismus allein auf die 30 Jahre staatlicher Herrschaft reduziert und nicht als langfristiger konstitutiver Bestandteil der deutschen politischen Kultur angesehen. Darüber hinaus wird im Vergleich zu der Jahrhunderte währenden Kolonialzeit anderer Kolonialmächte die deutsche Beteiligung als eher marginal und unbedeutend abgetan.

Kolonialismus wurde bis in die 1990er Jahre hinein vor allem im Kontext von Antiimperialismus und Antifaschismus und nicht im Rahmen einer Analyse der rassistischen Gesellschaftskonstituierung thematisiert. Eine antirassistische Debatte fing in Deutschland erst sehr spät an und setzte mehr als Reaktion denn als eigenständiger Diskurs ein. Zudem verstellte das Primat der Ökonomie, welches lange Zeit linke Gesellschaftsanalysen dominierte, den Blick auf andere Machtverhältnisse, die vernachlässigt bzw. nachgeordnet wurden.

Die deutsche Gesellschaft wurde kaum mit ihrer kolonialen Vergangenheit konfrontiert und dadurch auch nicht "dekolonisiert": Deutschland verlor seine Kolonien durch den 1. Weltkrieg und nicht durch antikoloniale Kämpfe. Es gab fast keine postkoloniale Migration wie in anderen ehemaligen europäischen Kolonien, die die koloniale Vergangenheit Deutschlands ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt hätte. Diedrich Diederichsen konstatiert ein "deutsches Erschaudern vor dem Fremden", das "nie auch nur aus der Ferne von einem dekolonialisierenden Gedanken angeweht" wurde (2). Deutschland begreift sich nach wie vor nicht als Einwanderungsland - "Fremde" bleiben "Fremde", egal in der wievielten Generation sie in Deutschland leben. Auch in der linken politischen Praxis gibt es relativ wenig Erfahrung in der Zusammenarbeit mit MigrantInnen, geschweige denn eine gleichberechtigte Zusammenarbeit.

Der Nationalsozialismus (NS) als zentraler Bezugspunkt für ein (linkes) deutsches Geschichtsbewusstsein muss auch als prägendes Ereignis für den Umgang mit der deutschen kolonialen Vergangenheit gesehen werden. Die Unvorstellbarkeit der Verbrechen des NS und vor allem das Fehlen einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung in der Nachkriegs-BRD erforderten von der Linken eine klare Distanzierung zum Täterkollektiv. Der Blick auf die eigene Vergesellschaftung innerhalb dieser Strukturen wurde so erschwert.

Zusätzlich ist die Auseinandersetzung um die gegenwärtige Bedeutung des deutschen Kolonialismus brisant und symbolisch hoch aufgeladen, weil sie zumeist vor der Folie des NS verhandelt wird und das Verhältnis zwischen diesen beiden noch weitgehend ungeklärt und umstritten ist. Während einige den Kolonialismus als Vorläufer des NS betrachten, wie z.B. Henning Melber oder Jürgen Zimmerer, weisen andere, wie z.B. Birthe Kundrus, dies eher als Verharmlosung zurück. Eine Beschäftigung mit dem deutschen Kolonialismus und seine Anerkennung als Gewaltverhältnis werden demnach oft als Gefahr gesehen, die Singularität des NS in Frage zu stellen.

Eigene Privilegien thematisieren

Gerade deshalb scheint es notwendig, die Kontinuitäten und Verbindungslinien zum NS, aber auch die Differenzen und spezifischen, eigenständigen Bedeutungen des Kolonialismus zu bearbeiten und zu diskutieren. Es wäre verkürzt, den Kolonialismus nur als direkten "Vorläufer" und ausschließlich im Verhältnis zum Nationalsozialismus zu analysieren. Eine tendenzielle Gleichsetzung und direkte Bezugnahme wird sowohl dem Kolonialismus als auch dem Nationalsozialismus als singulärem Ereignis nicht gerecht. Es steht an, ein Bewusstsein dafür und vor allem einen Umgang damit zu entwickeln, sowohl in einer post-nazistischen wie auch in einer post-kolonialen Gesellschaftsformation zu leben.

Für die weiße Deutsche Linke wäre zu wünschen, Kolonialismus und Nationalsozialismus als grundlegend auch für die eigene Vergesellschaftung zu verstehen und in die politische Reflexion und Praxis einzubeziehen. Insofern ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Positioniertheit - so unpolitisch sie im ersten Augenblick auch erscheinen mag - wichtig für eine langfristige kritische politische Handlungsfähigkeit, die äußere wie auch internalisierte Machtstrukturen anzugreifen vermag.

In diesem Kontext kann der Ansatz der "Critical Whiteness Studies" hilfreich sein, der versucht, die eigene Dominanzposition in einem rassistischen Verhältnis und die damit verbundenen Selbstverständlichkeiten und Privilegien mit in den Blick zu nehmen. Nach wie vor wird die weiße deutsche Mehrheitsposition als "neutraler", unsichtbarer Ort gesehen. Diesen Ort gilt es sichtbar zu machen, zu markieren und ihn dadurch politisch zu besetzen. So eröffnet sich ein Potenzial, um die Machtstrukturen sowohl einer kolonialen Vergangenheit wie auch der post-kolonialen Gegenwart bekämpfen zu können.

Anette Dietrich und Ingmar Pech

Anmerkungen:

1) Bezeichnenderweise ist das Denkmal bis November 2005 für 14 Monate als Kunstprojekt in Hamburg wieder aufgestellt worden. Unter www.afrika-hamburg.de soll eine Debatte darüber entstehen.

2) Diederichsen zitiert von Wolter, Udo (2000), Postkolonialismus. Ein neues Paradigma kritischer Gesellschaftstheorie?, in: jour fixe-initiative berlin (Hg.), Theorie des Faschismus - Kritik der Gesellschaft, Münster

30. Vom Betrieb zur Community. Alternativmilieu und Arbeitsmigration in der Zeitschrift Autonomie

Autor: Arndt Neumann · Rubrik: Sozialbewegung; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:12

1975 als Projekt der "Wir Wollen Alles"-Gruppen entstanden, gilt die Zeitschrift Autonomie (1) heute als eine Art Flaggschiff der so genannten Sponti-Linken der 1970er Jahre. Die damaligen Debatten an der Schnittstelle von Betriebspraxis, Erwerbslosigkeit, Arbeitsmigration und Prekarität erscheinen heute überraschend aktuell.

Die Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft wurde vor allem von den Gruppen Arbeitersache (München), Proletarische Front (Hamburg) und Revolutionärer Kampf (Frankfurt) getragen. Inspiriert von den Diskussionen in Italien standen seit Ende der 1960er Jahre die multinationalen Massenarbeiter an den Fließbändern der Automobil- und Elektroindustrie im Mittelpunkt ihres strategischen Ansatzes. Doch als Ende 1975 die erste Ausgabe erscheint, ist die Betriebsintervention endgültig in die Krise geraten. Im Editorial der zweiten Ausgabe heißt es: "Bis '73 - also bis zum vorläufigen Höhepunkt und Schlusspunkt des offensiven Arbeitskampfes und zugleich dem Beginn von Arbeitslosigkeit und Krise gab es die Betriebsintervention mehr oder minder autonomer Gruppen; der Erfolg ... war zwar nicht überwältigend, solche interventionistische Tätigkeit schien aber ihre Perspektive zu haben. Das änderte sich ziemlich schlagartig mit der Krise, die interventionistische Politik verlor an Boden, stieß ins Leere." Die Debatten in den ersten Ausgaben der Zeitung waren deshalb durch den Versuch gekennzeichnet, ausgehend von der kritischen Auseinandersetzung mit dem Scheitern der Betriebsintervention eine neue politische Perspektive zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wandte sich die Autonomie Bewegungen und Konflikten außerhalb der Fabrik zu.

Zugleich verlief die Auseinandersetzung zunehmend entlang des Gegensatzes zwischen Betriebsinterventionismus auf der einen Seite und "Politik in der ersten Person" auf der anderen. Im Gegensatz zu den K-Gruppen sahen sich die autonomen Gruppen in der Tradition der Jugendrevolte. Die Verweigerung von Autorität, Disziplin, Leistung sollte in dem Kampf gegen die Arbeit ihre Fortsetzung finden. Doch die (politische) Arbeit in den Fabriken wurde immer stärker als Verleugnung der eigenen Subjektivität gesehen. Aber was mit der Kritik der Unterordnung der eigenen Subjektivität unter die Notwendigkeit der Betriebsarbeit begannt, endete schließlich mit der Ablehnung jeglicher (revolutionärer) Politik. Es dominierte der unkritische Bezug auf die eigenen Bedürfnisse und ein weitgehendes Desinteresse gegenüber Repression und Ausbeutung in den Fabriken.

Die Debatten in den ersten Ausgaben der Autonomie wurden an einem Punkt geführt, an dem zwar die Dominanz der Fabrik nicht mehr unangefochten war, aber wo Intervention und eigene Bedürfnisse noch keinen unüberbrückbaren Gegensatz bildeten. Im Zentrum stand jetzt der "Komplex Krise, die ein Produkt des Arbeiterkampfes ist, Nicht-Arbeit, Community und Alternativ-Bewegung". (Nr. 2, S. 2) Die ökonomische Krise und der Anstieg der Arbeitslosigkeit wurden als Antwort auf die ArbeiterInnenkämpfe - von den Septemberstreiks 1969 bis zu den Streiks bei Ford 1973 - begriffen. In dem Artikel "Thesen zur Arbeitslosigkeit" betonte Herbert Röttgen, dass die Erwartungen des Kapitals an die Arbeitslosigkeit voll durchgeschlagen seien. Die Gewerkschaften hätten mit den niedrigsten Tarifergebnissen seit Jahren abgeschlossen und die wilden Streiks seien verschwunden. Im Zuge der Verschärfung der Arbeitsdisziplin in den Fabriken seien die Formen proletarischer Aufsässigkeit wie Krankfeiern, Sabotage und Absentismus zurückgegangen. Zugleich warf Röttgen die Frage nach einer offensiven Strategie der Arbeitslosigkeit auf. Arbeitslosigkeit könne als Kontrollinstrument der Klasse nur funktionieren, wenn der/die Arbeitslose seine/ihre Arbeitslosenunterstützung vom Fabriklohn herleite und dauernd bereit sei, sich auf Abruf in den Produktionsprozess zu werfen. Der Nicht-Arbeit durch das Kapital müsse die revolutionäre Nicht-Arbeit entgegensetzt werden. Nicht die sozialistische Parole vom "Recht auf Arbeit", sondern das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sei entscheidend. In diesem Zusammenhang sieht Röttgen in der gesellschaftlichen Aneignung, die sich in Italien unter dem Slogan "Autoriduzione" verbreitet hatte, die neue Kampfform.

Rein in die Fabrik, raus aus der Fabrik

Auch in Deutschland entwickelten sich erste Ansätze kollektiver Aneignungspraxis. Neben der Selbstreduzierung von Mieten, Schwarzfahren und militanten Straßendemonstrationen gegen Tariferhöhungen bezogen sich Röttgen und andere auch auf die Verweigerungspraxen von Jugendlichen, die lieber arbeitslos blieben, als staatliche Ausbildungsgelder in Anspruch zu nehmen und auf die Kindergelddemonstrationen von MigrantInnen. Neben der Forderung nach Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum wurde auch die Schaffung von Alternativen, das heißt von anderen Formen des Lebens wie alternative Ernährung, Medizin und Sexualität sowie von Produktionsgemeinschaften diskutiert. Vielfach bezeichnen dabei der Begriff der Alternativen und der Community ähnliche Ansätze. Vor allem Meinrad Rohner hatte die Notwendigkeit einer massenhaften Alternativpraxis hervorgehoben: "Woher sonst, als aus einem neuen Verhältnis zu uns selbst, zu den anderen und zur Natur soll die Kraft für eine neue Gesellschaft kommen. Zum revolutionären Prozess gehört nicht nur die Fähigkeit zur massenhaften Zerstörung der kapitalistischen Verhältnisse, sondern auch die Fähigkeit, schon jetzt ein neues Leben zu führen." (Nr. 2, S.6)

Revolutionärer Gebrauch der Nicht-Arbeit

Über den Zusammenhang von linker Szene und der "Community" schrieb die Autonomie-Redaktion: "Eine der Voraussetzungen der Community ist die Getto-Situation einer Schicht. Ein solches Getto stellt die Linke dar. Sie hat also ein sehr eigenes, subjektives Interesse an der Community, in die sie ihre Bedürfnisse einbringen, in der sie sie organisieren kann. Und das Interesse der Revolutionäre, mehr zu werden (...), könnte dazu beitragen, dass aus den entstehenden Communities mehr als befriedete Gettos werden." (Nr. 2, S.3) Auch Röttgen hatte betont, dass die Linke - selbst durch Krise und Berufsverbote stark von Arbeitslosigkeit betroffen -, gezwungen sei, einen alternativen Lebensstil zu entwickeln. Sie müsse in Wohngemeinschaften leben, weil sie sonst die Miete nicht bezahlen könne. Da viele nicht dauernd arbeiten wollen, seien sie gezwungen, andere Bedürfnisse zu entwickeln. Die neue Form sich zu reproduzieren stehe in der Tradition der Jugendbewegung und sei durch die ökonomische Krise zur Notwendigkeit geworden. Sie solle von der Linken offensiv und exemplarisch gewendet werden.

Die Diskussion über die Commnity stellte nicht zuletzt den Versuch dar, ausgehend von ähnlichen Lebensrealitäten eine gemeinsame politische Perspektive von deutschen Linken und ArbeitsmigrantInnen zu entwickeln. Durch die Arbeitslosigkeit sei klar geworden, so etwa Röttgen (2), dass die Klassenlage der ArbeitsmigrantInnen differenzierter eingeschätzt werden müsse. Die autonomen Gruppen hätten die langfristige multinationale Zusammensetzung der europäischen ArbeiterInnenklasse zum Ausgangspunkt gemacht. Im Zuge der Arbeitslosigkeit sei diese Klasseneinheit in der Fabrik aber zerfallen. Nicht die Gewerkschaft oder der autonome Arbeiterkampf, sondern die Community werde zum Lebensinhalt der MigrantInnen. Die Erfahrungen mit Repression und Arbeitslosigkeit hätten nicht nur die Berührungspunkte, sondern auch die Unterschiede und Hierarchisierungen zwischen Linken und ArbeitsmigrantInnen deutlich gemacht. Röttgen betonte, dass der gespaltene Arbeitsmarkt genauso ein Mittel der Kontrolle sei wie die Arbeitsorganisation in den Betrieben. Ausländische MassenarbeiterInnen müssten jeden erdenklichen Job annehmen, bei der Verteilung von Kindergeld würden sie benachteiligt. Die Repressionsmaßnahmen seien zahllos: Ausländerstopp, Razzien, Zuzugssperren, bürokratische Schikanen, Nichterneuerung der Aufenthaltsgenehmigung. Mitte der 1970er Jahre lebten und arbeiteten in der BRD 220.000 Illegalisierte "unter den menschenunwürdigsten Bedingungen, ohne Renten-, Sozial- und Krankenversicherung". Dies werde von den staatlichen Behörden geduldet, da Unterbrechung des Stroms illegaler Arbeitskräfte zum Ruin vieler Kleinunternehmer führen würde.

Für die Autonomie-Redaktion war klar, dass dieses Illegalisierten nur durch die Community überleben konnten. Röttgen hatte in der zweiten Ausgabe beschrieben, wie in mehreren Großstädten der Gettoisierungsprozess seinen Anfang genommen habe. Eine Vielzahl von Kommunikationsstätten sei entstanden, ausländische Kneipen und Läden schössen wie Pilze aus dem Boden. Durch die gemeinsame Sprache und das gemeinsame Schicksal hätten sich Formen des Zusammenhalts entwickelt. In der Autonomie Nr. 3 schreibt Leo Kerner: "Aber wer einmal miterlebt hat, wie die Emigranten ihre Communities gegen das Eindringen der Ausländerpolizei verteidigen und wie konsequent sie allen Landsleuten helfen, der unternehmensorganisierten Zwangskasernierung in den Wohnheimen zu entkommen, der kann bemerken, dass aus diesen Strukturen ein enormes Selbstbewusstsein und eine enorme Kampfkraft entsteht." (Nr. 3, S.10)

Immer wieder sahen Autonomie-AutorInnen die Community als Ausgangspunkt für die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft. Zugleich betonten sie aber auch deren Ambivalenz: Die Community nehme

dem Kapital Arbeit ab, indem sie die Versorgung selbst leiste und sie nicht vom Staat fordere. Sie könne zum befriedeten Getto werden. Und Kerner sah auch die Gefahr, dass sich "eine kriminelle Schicht von Wucherern, Spekulanten, Spitzeln und Zuhältern bildet, die sich die Community immer mehr als abgeleiteten Bereicherungszweig unterwirft". (Nr. 3, S.11) Bei allen Versuchen, eine politische Praxis zu entwickeln, die von der migrantischen Community ausgeht, spielte für die Diskussion in der Autonomie vor allem das "Zentrum" eine wesentliche Rolle. Damit war nicht etwa eine Partei mit stringenten organisatorischen Ansprüchen gemeint, sondern ein Treffpunkt, wo sich Formen alternativer Kommunikation entwickeln könnten. In den späteren Ausgaben der Zeitung findet diese Debatte aus der Anfangszeit allerdings keine Fortsetzung.

Bereits nach drei Jahren bricht die Autonomie an den Widersprüchen innerhalb der Redaktion auseinander. Vor allem die FrankfurterInnen wandten sich zunehmend von einem revolutionären Ansatz ab und verschrieben sich einem beliebigen Pluralismus. Der Hamburger Teil der Redaktion lehnte es darauf hin ab, weiter in dem Projekt mitzuarbeiten. Trotzdem blieben die Anfänge der Zeitschrift auch für die HamburgerInnen ein positiver Bezugspunkt. Unter anderem wurde gerade die Diskussion über die Community als Versuch gesehen "uns an ein Verständnis der modernen Klassenrealität (...) heranzutasten." (3)

Multinationale Klasse und Döner-Bude

Die Fragen, die damals in der Community-Diskussion aufgeworfen worden sind, sind auch heute noch aktuell, etwa in den Debatten um so genannte workers centers. Nicht zuletzt war diese Diskussion ein Versuch der linken Szene, sich selbst als sozialen Akteur zu begreifen, ohne die Kämpfe der ArbeitsmigrantInnen aus den Augen zu verlieren. Auch heute steht die Linke vor der Aufgabe, ausgehend von dem eigenen Alltag eine politische Praxis zu entwickeln und zugleich zusammen mit Menschen in anderen prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen eine gemeinsame Perspektive zu schaffen.

Arndt Neumann

Anmerkungen:

1) Nicht zu verwechseln mit dem Nachfolgeprojekt Autonomie. Neue Folge

2) Herbert Röttgen: "Exkurs: Überlegungen zur Ausländercommunity", in: Autonomie, Nr. 2

3) Autonomie, Nr. 12, S. 1

31. Gedenk-Kampf, Teil II. 8. Mai in Berlin: Staatsantifa startet durch - wir halten dagegen

Autor: Vera Garbo, ALB · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:24

In der letzten ak wurden die verschiedenen Akteure und deren geplante Aktivitäten am 8. Mai vorgestellt. Seitdem hat sich einiges getan: Während die Staatsantifa die "Zivilgesellschaft" ausbootet, wächst die Unterstützung der antifaschistischen Mobilierung gegen den Nazi-Aufmarsch.

Die "Zivilgesellschaft" hatte es sich so schön vorgestellt. Sie am Brandenburger Tor, Hand in Hand mit dem Berliner Senat, dem Naziaufmarsch trotzend. Doch nun ist "Europa ohne Rassismus" disqualifiziert worden. Sollte das Bündnis noch ursprünglich den Festakt der Bundesregierung am Brandenburger Tor mit einem eigenen Bühnenprogramm begleiten, ist ihm nun jegliche Legitimation entzogen worden.

Wie der Berliner Senat bekannt gab, sei das Bündnis "zu breit" und daher unerwünscht. Allen stünde es jedoch frei, sich am "Tag für Demokratie" zu beteiligen, wie er nun von der Bundesregierung für den Bereich um das Brandenburger Tor gewünscht wird - zum Beispiel mit einem Infotisch. Die komplette Koordination wurde dem Bündnis "Europa ohne Rassismus" entzogen. Statt dessen wird nun eilig ein Koordinationsbüro aus dem Boden gestampft, das mit VertreterInnen der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Jungen Union, des konformen Teil der Jusos und der Grünen Jugend besetzt werden soll. Der Eindruck, es handele sich bei dem Festakt am Brandenburger Tor um eine "Anti-Nazi-Veranstaltung", soll unter allen Umständen vermieden werden.

Der PDS, selbst Mitglied des Berliner Senats, wurde zudem untersagt, als Erstunterzeichnerin unter dem Aufruf "Tag für Demokratie" zu stehen. Gleichzeitig wurde verschiedenen Initiativen wie dem 8. Mai-Bündnis und der Künstlergruppe Die himmlischen Vier angeraten, auf ihre Veranstaltungen nahe dem Brandenburger Tor zu verzichten. Diese Gruppen sind jedoch nicht gewillt, sich diesen Vorgaben zu fügen. Zumindest am Nachmittag will man vor Ort die Befreiung feiern. Zuvor - so heißt es aus dem 8. Mai-Bündnis - werde man sowieso dort sein, wo die Nazis marschieren wollen. Die Bereitschaft ist absehbar, gemeinsam mit anderen zur Blockade des Nazi-Aufmarschs aufzurufen.

Demo: 10 Uhr Bertolt- Brecht-Platz

Während also am "Tag für Demokratie" der Senat u.a. den Opferverbänden Veranstaltungen zum 8. Mai untersagt, soll es stattdessen ab dem 7. Mai ein Horrorprogramm für die internationalen Medien geben. Von ökumenischen Gottesdiensten bis hin zu Ansprachen ausgewählter SchülerInnengruppen und KünstlerInnen, die einfach mal in zwei Minuten sagen sollen, was für sie Demokratie bedeutet. Dass bei diesem Programm die Befreiung vom Faschismus ebenso wenig eine Rolle spielt wie das Gedenken an die Opfer, spricht für sich. Die Fortführung der Geschichtsverfälschung wird somit am 8. Mai deutlicher, als angenommen werden musste.

Was die Nazis betrifft, ist die Strategie des Senats wie immer: Die Route und genaue Auftaktdaten sollen bis zur letzten Minute verheimlicht werden. Die NPD ruft für 14 Uhr ab Alexanderplatz auf. Die Anmeldung der Neonazis für einen Aufmarsch am 7. Mai wurde zurückgezogen. Für den Fall, dass ihr Aufmarsch am 8. Mai nicht in der Innenstadt genehmigt wird, haben sie nun zum Angriff auf das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park geblasen. Dort rufen u.a. VVN/BDA zu einer Gedenkveranstaltung auf.

Unterdessen findet die Demonstration am 8. Mai unter dem Motto "Tag der Befreiung. Kein Naziaufmarsch am 8. Mai. Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen" mittlerweile breite Unterstützung. Neben Gruppen aus dem Antifa-Spektrum rufen attack und die Gewerkschaftsjugend sowie Initiativen und Bündnisse aus dem Internationalismus- und Antimilitarismus-Spektrum auf. Die Möglichkeiten für eine Intervention gegen die Deutungshoheit des Berliner Senats am 8. Mai sind somit größer geworden - nicht zuletzt auch durch das dreiste Vorgehen der Staatsantifa selbst. Die Demonstration startet am 8. Mai um 10 Uhr vom Bertolt-Brecht-Platz aus und endet am Alexanderplatz, - dem Auftaktort der Neonazis, wohin wohl auch das 8. Mai-Bündnis mobilisieren wird.

Vera Garbo, ALB

Informationen: www.antifa.de. Kontakt: 8.mai@antifaschistische-aktion.com. Der Aufruf des Spasibo-Bündnisses für die Demonstration am 8. Mai kann unterstützt werden, unter: http://8-mai.antifaschistische-aktion.com. Informationen zum internationalistischen, antimilitaristischen Block unter: www.08mai2005.de.ms

32. MayDay-Parade in Hamburg - Das Programm

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:25

In 13 europäischen Städten werden in diesem Jahr Mayday-Paraden stattfinden. Eine MayDay-Parade, das ist keine traditionelle Demonstration und kein langweiliges Rumgelatsche, sondern eine kreative und bunte Party auf der Straße. Die Parade ist der sichtbarste öffentliche Ausdruck der Mobilisierungen rund um Prekarisierung. Sie ist eingebettet in ein reichhaltiges Programm an Veranstaltungen, die unterschiedliche Aspekte von Prekarisierung beleuchten und die vom 1. April bis Anfang Mai stattfinden. Mit der Mayday-Parade treten wir aus den Veranstaltungsräumen hinaus auf die Straße, besuchen Orte prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse und feiern die weltweit wachsenden Mobilisierungen und Netzwerke gesellschaftlicher Veränderung.

Auch in Hamburg soll eine MayDay-Parade stattfinden - die einzige in Deutschland. Am 1. Mai um 13 Uhr werden wir uns beim Michel/Großneumarkt treffen. Dies ist gleichzeitig der Ort der Abschlusskundgebung der DGB-Demonstration. Die Parade soll keine "Gegenveranstaltung" zur Gewerkschaftsdemo sein, sondern soll Verbindungen ermöglichen, gleichzeitig aber eigene Akzente setzen. Sie wird an Orten prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse in Hamburg vorbeiführen, und sie soll bunt, laut und ausgelassen sein. Einige DJs und Musikgruppen haben sich bereits angekündigt - es gibt tanzbare Musik von Samba über Reggae bis Techno ... EuroMayDay-Parade in Hamburg: 13 Uhr Michel

19. April: 18.30 Uhr: Spekulatius - Arbeitsverträge sind auch nicht mehr das, was sie mal waren, Universität/T-Stube (Pferdestall), Allende-Platz 1; 19 Uhr: Es ist genug für alle da - illegalisiert leben in Hamburg mit Mujeres sin Fronteras, Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der NEK, Theo Christiansen (Komitee für Grundrechte und Demokratie), CVJM Hamburg, An der Alster 40; 20 Uhr: Filmreihe zum Thema Arbeit: Können durch eine unbarmherzige Handkamera die misslichen Verwicklungen der Arbeitswelt gezeigt werden? Feld für Kunst, Eimsbütteler Chaussee 85 (Ecke Doormannsweg)

22. April: 20 Uhr, Filmreihe zum Thema Arbeit: Scheint es sinnvoll im Film, Arbeitslosigkeit durch einen fehlenden konventionellen Spannungsbogen darstellen zu wollen? Buttclub, St. Pauli-Hafenstr. 126

23. April: 22 Uhr: EURO-MAYDAY 2005 - EL `BAILE - Ein Tanz für globale Rechte mit Eule (u-site), Hypnorex (u-site), Drumbule, Sonido Bestial, Taca Taca Tá), Rote Flora, Achidi-John-Platz 1

24. April: 16 Uhr: Bedwin Hacker, Regie: Nadia el Fani (103 Min. OmeU), b-Movie: Brigittenstr. 5; 20 Uhr: Sozialpartnerrevue - mit Lisa Politt, Gunther Schmidt, Thomas Ebermann/Rainer Trampert, Alfons, Beate Wackerhagen, Polittbüro, Steindamm 45, (Eintritt 15 Euro)

25.-28. April: 10-17 Uhr: Organizing als Antwort auf die neoliberalen Herausforderungen im 21. Jhd. mit Valery Alzaga u.a. Organizern aus den USA, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57a

25. April: 18.30 Uhr: Bread and roses, Regie: Ken Loach, Metropolis, Dammtorstr. 30a; 20 Uhr: Video von Kanak Attak, Gäste: Valery Alzaga, ver.di AK undokumentieres Arbeiten, IG Bau/Europäische Wanderarbeitergewerkschaft, Metropolis, Dammtorstr. 30a

26. April: 18.30 Uhr: Um die Wurst (73 Min.) Videovorführung, Lichtmess Kino, Gaußstraße 25; 18.30 Uhr: Lesung: Manifest gegen die Arbeit, Universität/T-Stube (Pferdestall), Allende-Platz 1; 20 Uhr: Ich schlag mich durch - Arbeiten um zu Überleben mit Jürgen Schäfer von RBB-Pro, Mujeres sin fronteras, Günter Kogler, Gabi Gottwald, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34; 20 Uhr: Filmreihe zum Thema Arbeit: Neubestimmung von Arbeit im Film + Videoinstallation: Primero de mayo - la cuidad-fabrica von Marcelo Exposito, Feld für Kunst, Eimsbütteler Chaussee 85 (Ecke Doormannsweg)

27. April: 19.30 Uhr: Der Glanz der neuen Armut - das Elend des neuen Reichtums mit Demotivationtraining von Guillaume Paoli (Glückliche Arbeitslose), Jörn Breiholz (Journalist), Dirk Hauer (SoPo), Hamburg Umsonst, Rathauspassage, Rathausmarkt 1; 20 Uhr: Alle für Alles - Ein unwürdiges Theater von Gruppe Solarium, Lichtmess, Gausstr. 25 (Einlass 19.30 Uhr)

28. April: 20 Uhr: Prekarisierung - Lesung und Diskussion mit Mario Candeias, Buttclub: St. Pauli-Hafenstr. 126; 20 Uhr: Wann befreit uns der Neoliberalismus? Gewerkschaftliche Strategien, soziale Kooperationen im

neoliberalen Europa mit David Hachfeld, AstA FU Berlin (Attac), Valery Alzaga, Martin Diekmann (Verdi Berlin) u.a., Philturm, Hörsaal B, Von-Melle-Park 6

29. April: 20 Uhr: Filmreihe zum Thema Arbeit: Ist die Bühne als Kulisse im Film ein geeigneter Ort, um das Verhältnis von Reproduktion und Arbeit zu klären? Buttclub, St. Pauli-Hafenstr. 126

1. Mai - EUROMAYDAY-PARADE, 13 Uhr Michel

3. Mai: 18. 30 Uhr: Die neuen Dienstmädchen, Universität/T-Stube (Pferdestall), Allende-Platz 1

6.-8. Mai: Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Hamburg, Resümee und Perspektiven des Euro-Mayday 2005-2006, Work-Shops

33. Rolle rückwärts zu Keynes? "Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus". Eine Rezension

Autor: Moe Hierlmeier · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:15

Eine Zeitenwende steht bevor, denn der Neoliberalismus ist in einer fundamentalen Krise. Er ist gescheitert, weil er die soziale Krise weltweit verschärft hat, so die These des Buches von Hans Jürgen Burchardt. Was aber folgt danach? Burchardt, bekannt durch seine fundierten Analysen der nachrevolutionären Entwicklung in Kuba, begnügt sich nicht damit, die Krise des Neoliberalismus auszuleuchten, sondern er will eine Debatte über Alternativen nach dem Neoliberalismus anstoßen.

Die Linke begnügt sich aus Burchardts Sicht viel zu sehr mit der Dekonstruktion der neoliberalen Ideologie und der x-ten Vorhersage des Zusammenbruchs des Kapitalismus. Solche Analysen verfehlten aber das Wesen der Krise: Dem Kapitalismus geht, so Burchardt, noch lange nicht die Luft aus. Burchardt erwartet vielmehr mittelfristig eine neue Expansionsphase. Insofern handele es sich um eine Zeitenwende innerhalb des Kapitalismus. Aber auch eine solche erweitert für die Linke die Handlungsspielräume, die es - so das Plädoyer von Burchardt - aktiv mitzugestalten gilt.

Dazu müssen allerdings die Optionen klar sein. Diese ergeben sich nicht nur aus der Gegenwart, sondern auch aus der Analyse der Entwicklungen der Vergangenheit. Anhand der Beispiele Sowjetunion und Jugoslawien zeigt Burchardt noch einmal die Defizite auf, die zum Scheitern der dort gültigen Gesellschaftsmodelle geführt haben. Diesem Scheitern stellt er den Siegeszug des Neoliberalismus am Beispiel Lateinamerika gegenüber; der Region also, die schon immer bevorzugtes Experimentierfeld des Neoliberalismus gewesen ist.

Im zweiten Teil des Buches analysiert Burchardt den Stand der Globalisierung. Seine These: Die Globalisierung ist weder neu, noch ist sie ein umfassender Prozess. Nichtsdestotrotz sind im Umfeld der Globalisierungsdebatten neue politische Entwürfe in Mode gekommen, die versuchen, den institutionellen Rahmen für eine "Weltinnenpolitik" zu skizzieren. Dazu gehören etwa die Debatten um Global Goverance und die Etablierung einer internationalen Zivilgesellschaft. Zu Recht kann Burchardt diesen Begriffen und Diskussionen nicht viel abgewinnen: Sie zeichnen sich vor allem durch Machtblindheit aus.

"Antisystemische Wirtschaftstheorie"

Dagegen setzt der Autor auf den Staat als zentralen Akteur für die Ära nach dem Neoliberalismus. Die nationalen, vom Staat zu gestaltenden Spielräume sind aus Burchardts Sicht viel größer als es in der Linken weitgehend unterstellt wird. Dies diskutiert er am Beispiel Venezuelas und Kubas. Die Vorschläge, die er unterbreitet, zielen alle auf die Herstellung einer sozialistischen Marktwirtschaft. Hier stellen sich dem Staat große Aufgaben, denn er muss dafür sorgen, dass der Markt nicht über die Gesellschaft dominiert. Dies könne aber nur ein demokratischer Staat mit einer effektiven Mischung unterschiedlicher Eigentumsformen leisten. Nur so sei eine nicht-kapitalistische Gewinnsteuerung möglich. In diesem Sinne sei die Formel "Demokratie und Marktwirtschaft" eine zutiefst antikapitalistische Forderung. Burchardts "antisystemischer Wirtschaftstheorie" dient John Meynard Keynes als wichtigster Gewährsmann. Allerdings sei das Potenzial von Keynes für die Lenkung und Gestaltung postkapitalistischer Märkte bisher nicht ausgeschöpft worden. Es gelte deshalb, Keynes vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Im Grunde ist Burchardts Buch eine Aufsatzsammlung. Es ist überall dort gut, wo faktengesättigt das Scheitern des autoritären Sozialismus, die Entwicklung des Neoliberalismus in Lateinamerika und die Situation in Kuba und Venezuela analysiert wird. Auch dass Burchardt die Debatten innerhalb der Weltbank um die Bedeutung von Markt und Staat skizziert, ist hilfreich. Burchardt hätte es dabei belassen sollen. Doch er selbst hängt die Latte sehr hoch: Die Leser hätten mit dem Buch "ein Rüstzeug" für die Debatten und die Politik nach dem Ende des Neoliberalismus in der Hand. Diesen Anspruch aber kann das Buch nicht einlösen. Enttäuscht werden alle diejenigen sein, die eine umfassende Analyse der Zeitenwende und ihrer Akteure erwarten. Die Krise in Südostasien kommt ebenso wenig vor wie die Politik der Triade USA, EU und Japan. Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung wird keiner Analyse unterzogen. Burchardts neokeynesianischen Vorschläge

klingen merkwürdig technokratisch. So plädiert er dafür, die neuen Gestaltungsmöglichkeiten in der Weltbank zu nutzen, da diese durch die "neue Dialogkultur" (S.244) offener und durchlässiger geworden sei.

Rüstzeug für den Post-Neo-Liberalismus?

Unverständlich bleibt auch, wie man nach fünf Jahrzehnten gescheiterter Entwicklungspolitik die selektive Integration der Nationalstaaten in den Weltmarkt mit dem Verweis auf die historisch erfolgreichen Modelle USA, England, Korea und China empfehlen kann. Die von Burchardt aufgestellte These von den "Spielräumen der Nationalstaaten" legt außerdem den Eindruck nahe, es hätte sich gegenüber damals nichts geändert. Nur an einer Stelle bemerkt er, dass seine Kritik an der Globalisierungsthese im Umkehrschluss nicht bedeute, dass "die neuen ökonomischen Integrationsprozesse wie auch eine neue Dynamik des kapitalistischen Weltmarktes grundsätzlich bestritten werden". (S.94) Worin dieses Neue besteht, bleibt allerdings unklar. Das zu klären hätte eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Wallerstein, Negri/Hardt und Kurz erfordert. Diese werden aber von Burchardt kurzer Hand als "wenig originell" (S.269) in die Ecke der Zusammenbruchstheoretiker gestellt. Dies trifft Kurz sicherlich einerseits zu Recht, andererseits gehen dessen Analysen keineswegs darin auf.

Auf Grund dieser Versäumnisse lässt Burchardts Feststellung, man müsse das Rad nicht neu erfinden, weil die alten (keynesianischen) Versprechen auch als neue Zielvorstellungen dienen könnten, die LeserInnen mit dem Eindruck zurück, bei der "Zeitenwende" handele es sich um eine Rolle rückwärts in längst vergangene Zeiten.

Moe Hierlmeier

Hans-Jürgen Buchardt: Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus. Schmetterling-Verlag, 320 S., 16,80 EUR.

34. von innerer und äußerer landnahme. Umkämpfte Räume: Arbeit - Biopolitik - Kapitalismus

Umkämpfte Räume: Arbeit - Biopolitik - Kolonialismus

Autor: buko · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:40

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) lädt ein zum 28. Bundeskongress nach Hamburg

Vom 5. bis 8. Mai wird der 28. Jahreskongress der BUKO in den Räumen der Universität Hamburg stattfinden. Drei thematisch strukturierte Foren bieten Raum für Information, Diskussion und Begegnung. Der Kongress wird umrahmt von einem lebendigen und interessanten Kulturprogramm und wie immer wird es Raum geben für Austausch und Vernetzung.

Der Begriff der Landnahme beschreibt die Zugriffe des globalisierten Kapitalismus auf Regionen, Territorien und materielle Ressourcen, aber auch auf Körper, Lebensweisen, soziale Beziehungen oder emanzipatorische Konzepte: Äußere und innere Landnahmen zusammen zielen auf die umfassende Inwertsetzung von Menschen und Gesellschaft. Doch diesen Zugriffen stehen verschiedene Formen von Widerstand und von Kämpfen um Selbstbestimmung und um Wieder-Aneignung entgegen: Landnahmen von unten, die den veränderten Herrschaftsverhältnissen auf Augenhöhe begegnen sollen und müssen. Diesem Zusammenhang aus innerer und äußerer Landnahme von oben wie von unten wird in den drei Themenschwerpunkten des Kongresses nachgegangen.

Im Forum Arbeit, Migration und Subjektivität ...

... wird es um die vielfältigen Formen hierarchischer Prekarisierung gehen, die z.B. in den aktuellen Veränderungen der bezahlten und unbezahlten Arbeit und in veränderten Widerstandserfahrungen deutlich werden - von den kleinen Tricks im Alltag bis hin zu organisierten Kämpfen hier und in anderen Ländern. Die Erfahrung von MigrantInnen wird hier vor allem unter dem Aspekt der Arbeitsmigration diskutiert.

Im Forum Biopolitik ...

... wird die Inwertsetzung von Körpern, Körperstoffen, natürlichen Ressourcen, Wissen, Gesundheit und Lebensstilen entlang unterschiedlicher Fallbeispiele diskutiert werden. Wo und wie diese Formen von Landnahmen in unserem Alltag auftauchen und welche Formen von Widerstand der umfassenden Produktivmachung von Leben entgegengesetzt werden können, sind dabei die Leitfragen.

Im Forum Kolonialismus ...

... sind die Jahrestage der großen Aufstände gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Namibia (2004) und Tansania (2005), aber auch der Kongressort Hamburg als "Tor zur Welt" und Kolonialmetropole des deutschen Kaiserreichs Bezugspunkte. Zentrale Fragen innerhalb dieses Forums sind z.B. die nach Kontinuitäten und Brüchen heutiger Migrationspolitik vor dem Hintergrund kolonialer Herrschaftspraxis, nach der aktuellen europäischen und deutschen Afrikapolitik oder nach den Formen von antikolonialer Erinnerungspolitik.

Daneben bietet der Kongress wie immer ein spannendes und vielseitiges Rahmenprogramm: Am Donnerstag, den 5. Mai laden medico international und Fernweh (iz3w) ein zu einer öffentlichen Veranstaltung über die Folgen des Tsunami in Südasien. Am Samstag, den 7. Mai und damit einen Tag bevor sich zum 60. Mal das Kriegsende jährt, lädt das Rheinische JournalistInnenbüro zu einer Buchvorstellung und öffentlichen Podiumsveranstaltung: "Unsere Opfer zählen nicht - Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg". Tagsüber besteht für die Kongress-TeilnehmerInnen die Möglichkeit, Hamburg mit antikolonialen und antifaschistischen Stadtrundgängen kennenzulernen oder an einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion teilzunehmen. Ausgelassen gefeiert werden darf nach der Halbzeit auf der öffentlichen Kongress-Soli-Party am Freitagabend (6. Mai) zu Klängen von Herrchens Frauchen, Bernadette La Hengst und Petting.

Mehr Informationen zum Kongress unter www.buko.info/kongress/buko28/buko28.html

VeranstalterInnen:

Bundeskoordination Internationalismus, ak - analyse + kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis, AStA der Uni Hamburg, BioSkop - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften e.V., BUKO Agrar Koordination, BUKO Kampagne gegen Biopiraterie, Fantômas - Magazin für linke Debatte & Praxis, fsr germanistik (Uni Hamburg), iz3w - Informationszentrum Dritte Welt, Stiftung W.

UnterstützerInnen:

[`solid]36 - socialist youth kreuzberg, Aktion 3.Welt Saar, Losheim, AMOS - Kritische Blätter aus Westfalen, Antifa Wesermarsch, Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF), Marburg, Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen, Assoziation A, AZADI e.V, Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, Düsseldorf, Büren-Gruppe Paderborn, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V., Berlin, flash - autonome frauen-lesben-gruppe, Hamburg, Gesellschaft für Legalisierung, GEW-Studierendengruppe Hamburg, Graswurzelrevolution, Gruppe Blauer Montag, Hamburg, gruppe bricolage, hamburg, ila - Informationsstelle Lateinamerika, Bonn, Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal, Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen - JANUN e.V., JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, Kanak Attak, kleine anfrage, Kommune Niederkaufungen, LabourNet Germany, Lateinamerika Nachrichten, Netzwerk Cuba, Berlin, Nicaragua Verein Hamburg e.V., Ökumenisches Büro, München, reflect! Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung, Verein für politische Bildung Analyse und Kritik e.V., WählerInnenvereinigung REGENBOGEN - Für eine neue Linke, Weltladen Kiel, Werkstatt 3 e.V., Hamburg.

35. Literatur aus dem Untergrund. Der baskische Schriftsteller Joseba Sarrionandia

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kultur; Spanien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:08

In den baskischen Konflikt, der seit mittlerweile bald 50 Jahren andauert, scheint zuletzt etwas Bewegung gekommen zu sein. Die baskische Koalitionsregierung aus christdemokratischer PNV, sozialdemokratischer EA und der spanischen Vereinigten Linken will ein Referendum über den zukünftigen Status der Region abhalten. ETA hat angekündigt, die Waffen niederzulegen, wenn das Ergebnis einer Volksabstimmung respektiert werde, und selbst die Madrider Zentralregierung hat sich vorsichtig zu einer politischen Lösung bekannt. Dass der älteste bewaffnete Konflikt Europas auch mit Sprache und Literatur zu tun hat, zeigt die Geschichte des seit 20 Jahren im Untergrund lebenden Schriftstellers und ETA-Mitglieds Joseba Sarrionandia.

Eine Hütte an der tropischen Atlantikküste Nicaraguas: Ein Mann friert ein. Nicht im wörtlichen Sinne - er verliert Erinnerung und Sprache. Seine Nachbarn informieren Freunde in Managua. Maribel, die glaubt, dass nur die Begegnung mit der Erinnerung Goio, den Kranken, heilen kann, macht sich auf den Weg nach Bluefields und bricht mit dem "eingefrorenen Freund" Richtung Ecuador auf. Dort lebt Andoni, der einst mit Goio auf die Schule ging. Doch die Fahrt erweist sich als zu lang und anstrengend für den Kranken. Maribel muss Goio in einem Sanatorium in der Nähe der kolumbianischen Karibikstadt Barranquilla unterbringen. Allmählich erholt sich der Kranke, doch dann muss man unerwartet erneut weiter. Spanische Geheimpolizisten haben die beiden Basken aufgespürt und wollen sie verschwinden lassen. Die Flucht wird zum Dauerzustand.

Für diesen unter dem Titel "Lagun izoztua" ("Der eingefrorene Freund") veröffentlichten Roman erhielt der baskische Schriftsteller Joseba Sarrionandia 2001 den renommierten Preis der Literaturkritik Spaniens. Ein eigenwilliges Buch. Die Geschichte wird in drei voneinander unabhängigen Strängen erzählt. Im ersten ist von Maribels Bemühungen um den Freund die Rede, im zweiten berichtet Andoni aus Ecuador von jenem Jahr, das Goio und er zusammen in der Schule an der baskischen Küste verbrachten, und im dritten schließlich erklärt ein ungenannter Erzähler dem Kranken, wie dieser sich auf eine Antarktisreise begeben wird. Ein todkranker Wissenschaftler wird ihn als Pfleger anheuern, und Goio als Begleiter eines Sterbenden an den unbewohntesten Ort der Welt gelangen, an dem, außer einigen Pinguinen und Seerobben, tatsächlich alles gefroren ist.

Einer von Zweitausend

Die entscheidende, jedoch kaum verhandelte Begebenheit des Romans besteht darin, dass alle Hauptpersonen Illegale sind. Sie gehören zu jenen geschätzten 2.000 Basken, die zum Teil seit 25 Jahren in der Klandestinität leben. Viele, aber nicht alle von ihnen waren oder sind ETA-Mitglieder, haben in lateinamerikanischen Guerilla-Organisationen gekämpft, als Krankenschwestern oder Ärztinnen in Flüchtlingslagern gearbeitet oder einfach Kneipen in Touristenorten aufgemacht. Vor diesem Hintergrund liegt nahe, dass das "Eingefrorensein" als eine Metapher für die Flucht verwendet wird. Für einen bleiernen, sprachlosen Zustand.

Doch Sarrionandia kann man zu solchen Hintergründen nicht befragen. Er gehört selbst zu den 2.000 Flüchtigen. Der 1958 in Iurreta/Baskenland geborene Schriftsteller wurde 1980 als ETA-Aktivist zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt und lebt seit seiner spektakulären Flucht aus dem Gefängnis Martutene 1985 im Untergrund.

Iurreta ist eine kleine Ortschaft 30 Kilometer von Bilbao entfernt. Wie das gesamte Hinterland der Provinz Bizkaia kann man auch Iurreta nicht als wirklich schön bezeichnen. Der Eisenerz- und Kohleabbau veränderte im 19. Jahrhundert das Gesicht der Region radikal. Um stets ausreichend Holz zur Erzverhüttung zur Verfügung zu haben, förderte man die Entwicklung der Forstwirtschaft. So werden die Hänge in der Region - mittlerweile für die Papierindustrie - bis heute auf rabiate Weise abgeholzt. Die großen Industrialisierungswellen in den 1950er und 1960er Jahre taten ein Übriges. An der Straße Bilbao-Donosti (San Sebastián) lässt sich kaum ein Foto schießen, auf dem nicht Fabriken, Schornsteine oder klotzige Autobahnauffahrten zu sehen wären. Wie so viele Orte im baskischen Kernland ist Iurreta ein "Industriedorf". In diesen Ortschaften, in denen sich alte Kommunikationsstrukturen gehalten haben, konnte sich kultureller

Widerstand gegen die Assimilationspolitik der Franco-Diktatur mit einer neuen Arbeiterbewegung und dem Aufbruch nach 1968 verbinden. Bei den Gemeinderatswahlen 2003 votierten 20 Prozent der WählerInnen in Iurreta mit illegalen Stimmzetteln für die verbotene linksnationalistische Liste. Doch ob solche Beobachtungen einem den Schriftsteller Sarrionandia wirklich näher bringen, ist fragwürdig. Sarri, wie er von vielen LeserInnen freundlich genannt wird, ist seit 1980 nicht mehr zu Hause gewesen. Das Baskenland, das er kennt, existiert nicht mehr.

Auf der Spur Sarrionandias bleibt man auf Schriftliches angewiesen. Seine Biografie scheint v.a. von zwei Faktoren bestimmt zu sein: der Literatur und dem radikalen politischen Aktivismus. 1978 lädt ihn Bernardo Atxaga, der im Ausland wohl berühmteste baskischsprachige Schriftsteller ("Der Mann allein", Unions-Verlag), ein, in der Literaturgruppe Pott mitzuwirken. Die Gruppe, die die baskische Kulturszene nachhaltig beeinflussen sollte, will ein Forum für die literarische Avantgarde auf Euskera bieten - ein Experiment. Die Sprache, die unter Franco verboten war, gilt als Verständigungsmittel der Bauern und Fischer und somit als für moderne Erzählformen ungeeignet. Doch die Kollektive um die Zeitschriften Pott, Oh! Euzkadi und Ustela beweisen bald das Gegenteil. Sarrionandia, der immer wieder die Eigenständigkeit der Sprache gegenüber den Inhalten einfordert und trotz seiner ETA-Mitgliedschaft jeden nationalen Essenzialismus ablehnt, veröffentlicht Gedichte, Erzählungen und Übersetzungen. 1981 erscheint sein erster Gedichtband, 1983 Erzählungen, weitere zwei Jahre später das aus Notizen und Essays bestehende Ni ez naiz hemengoa, das im Baskenland den Status eines kleinen (heute allerdings etwas überholt anmutenden) Klassikers innehat ("Von Nirgendwo und Überall", Verlag Assoziation A). Doch zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichungen ist Sarrionandia schon nicht mehr auf freiem Fuß. 1980 wird er, 22-jährig, als ETA-Mitglied festgenommen und einige Zeit später wegen der Beteiligung an Anschlägen verurteilt.

Vier Gesichter und ein Hinterkopf

Ein Prominenter, von dem niemand weiß, wie er heute aussieht. Auf dem Cover des Buchs Bost Idazle, in dem der Journalist Hasier Etxeberria die fünf berühmtesten baskischen Schriftsteller vorstellt, sind Fotos der Autoren zu sehen: vier Gesichter und ein Hinterkopf. Bernardo Atxaga, der sich trotz seiner Ablehnung gegenüber ETA die Freundschaft zu Sarrionandia bewahrt hat, sagt über die Rolle des illegalen Autors für die literarische Öffentlichkeit: "Niemand weiß, wo er ist, aber alle warten gespannt auf seine Bücher." Tatsächlich gehört Sarrionandia zu den meistverkauften baskischsprachigen Autoren; ein untypischer Bestseller-Autor.

Der Begriff "Bestseller" ist im Baskischen allerdings sehr relativ. Nur etwa eine Million Menschen sprechen das Euskera, das seine Wurzeln im Idiom einer europäischen Urbevölkerung hat. Interessanterweise ist diese alte und marginalisierte Sprache in den vergangenen 40 Jahren mit einer lebendigen und bisher vergleichsweise wenig marktförmigen Literatur- und Musik-Szene fusioniert. Das Baskische gilt immer noch als Ort des Experiments und der Widerständigkeit. Seine Aneignung nach der Franco-Diktatur war für eine ganze Generation Ausdruck politischer Gesinnung, und trotz des Autonomiestatuts ist die Verwendung des Euskera, das in Spanien und Frankreich nach wie vor nicht gleichberechtigt behandelt wird, bis heute ein Politikum. Diese Begebenheit erklärt vielleicht am ehesten, warum in der keineswegs besonders intellektuell geprägten Unabhängigkeitslinken die Auseinandersetzung mit Literatur einen überraschend großen Raum einnimmt. Sarrionandias Bücher werden auf jeden Fall von vielen gelesen, die mit moderner Literatur sonst nicht viel anfangen könnten.

Am Nachmittag zurück in Bilbao. Ich sitze mit Freunden in einer Kneipe der alternativen Baskischsprachschulen AEK, die wie so viele Organisationen vom Untersuchungsrichter Garzón 1998 kriminalisiert und zeitweise verboten wurden, und unterhalte mich über die Polizeiaktionen der letzten Zeit. Auf eigenartige Weise führen die Gespräche immer wieder zum Schriftsteller Sarrionandia zurück. Im Oktober 2004 wurde der ETA-Führer Mikel Albizu "Antza" im südfranzösischen Béarn in Begleitung seiner Frau und seines Sohnes verhaftet. Auch Albizu, der 1985 untertauchte, hat, wie man mir am Tisch erzählt, all die Jahre geschrieben. Bevor er in den Untergrund ging, aber auch während seiner Zeit in der Illegalität: Theaterstücke, Prosa, Songs. Einige Lieder der legendären Punkrock-Band Kortatu, deren Sänger Fermin Muguruza später die Band Negu Gorriak und das Label Metak gründete und heute im spanischen Staat außerhalb des Baskenlandes faktisches Auftrittsverbot hat, stammen aus der Feder Albizus. Für Kortatu wiederum war Sarrionandia ein Symbol. Die Band, die den Rock Radical Vasco mit aus der Taufe hob, widmete dem Schriftsteller 1985 Jahren einen Song, der im Baskenland zum Schlager wurde. Doch die Verbindung ist noch direkter. Der spätere ETA-Führer Albizu tauchte 1985 unter, weil er als Fluchthelfer agierte. Bei einem Konzert

hatte er sich, so heißt es, als Tontechniker ins Gefängnis von Martutene eingeschlichen und in Musikboxen zwei verurteilte ETA-Mitglieder aus der Haftanstalt geschafft. Einer der beiden Flüchtigen war Joseba Sarrionandia.

Ausdruck eines Scheiterns der Politik

Vielleicht ist es auch ein wenig persönliche Loyalität, die Sarrionandia, der Gewalt kritisch als "Desaster" und "Ausdruck eines Scheiterns der Politik" bezeichnet, niemals hat abschwören lassen. Man würde ihn gern dazu befragen, sage ich zu Haritz, der baskische Philologie studiert hat und jetzt Förster werden will. Der Freund, der neben mir am Tresen steht, nickt: "Es gäbe viele Dinge, über die man sprechen möchte. Aber so lange der Konflikt weitergeht, wird es dazu nicht kommen." Es ist immer wieder zu spüren, auch wenn in den Medien darüber nicht gesprochen wird: Nicht nur die Gewalt ETAs, sondern auch die Erbschaft des Franquismus und des wenig demokratischen Übergangs nach dem Tod des Diktators - die monarchistische Verfassung wurde 1978 von der baskischen Bevölkerung abgelehnt und auch das Autonomiestatut ein Jahr später wäre ohne die Interventionsdrohungen der spanischen Armee wahrscheinlich nicht angenommen worden - lasten bis heute schwer auf dem spanischen Baskenland.

Raul Zelik

Joseba Sarrionondia

Eza gutzen duzu justizia -

Wisst ihr was Gerechtigkeit ist?

Ich war Zeuge eurer Aufführung, habe sie betrachtet,

die massive Architektur und das elegante Dekor eurer Justizpaläste

ich habe sie bis zur Atemlosigkeit geatmet, diese Atmosphäre

des Neoklassizismus,

ich habe eure Roben gesehen und die Ärmelschoner aus Silber,

mit denen ihr euch verkleidet, ihr Schauspieler des Gesetzes,

sie hat mich bewegt, die bleierne Schwere eurer Briefbeschwerer aus Blei,

ich habe sie untersucht mit den Werkzeugen der funktionalen Grammatik

diese archaische Sprache, die ihr verwendet für die Zeremonie,

ich habe ihn eingeatmet, diesen Staub, feiner als Mehl,

der sich auf euren Augenbrauen niederlässt

ich habe gelacht über eure Versuche, mit aristotelischer Logik

die Ergebnisse der Abscheulichkeit zu bewerten, habe sie erlitten in engen Zellen

eure sich hinauszögernden Rituale, habe sie tausend Mal berechnet

die unendliche Wiederholungen eurer Urteile, die sich stapeln in

der Verzweiflung eurer

Archive, so dass ich

unter Berücksichtigung der Tatsache eurer heiligen Pflicht, mich zu urteilen ...

alles Erdenkliche tun werde, dass ihr mich nicht aufs Neue fasst.

Übersetzung: Joschim Quandt

36. Avantgarden der Phantasie. Guy Debord, die SituationistInnen und die Macht

Autor: Carl Mosel · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:28

Von einer "Gesellschaft des Spektakels", in der sogar das Scheinen über das Haben gesiegt habe, hat sich der 1931 in Paris geborene Guy Debord lebenslang umgeben und bedroht gefühlt. In den Unruhen und Streiks des Mai 1968 hoffte er, das Gesellschaftssystem aus Konsum und Arbeit zu zerstören - ohne Erfolg. Eine in der Berliner Edition Tiamat veröffentlichte Biografie gibt nun ausführlich und kritisch über Debords Leben und Ansichten Auskunft.

Debord und die SituationistInnen forderten das Ende einer Gesellschaft aus Arbeitswahn und Konsumzwang. Im Mai 1968 in Paris ließ Debord deshalb sehr schnell die Diskussionen der StudentInnen hinter sich. Mit einigen MitstreiterInnen schloss er sich im Conseil pour le maintien des occupations (CMDO), dem Rat zur Aufrechterhaltung der (Fabrik-)Besetzungen, zusammen. Getreu Debords Motto "Wir haben einfach Öl hingebracht, wo Feuer war" versuchte der CMDO für eine Kommunikation zwischen den streikenden Fabriken zu sorgen. Mit Plakaten, Texten, Handzetteln und Ideen wollte der Rat die neu gebildeten Arbeiterräte gegen die Parteien und Gewerkschaften verteidigen. In die Organisationsstrukturen der ArbeiterInnen griffen die eher den Lebensstil der Boheme pflegenden AktivistInnen jedoch nicht ein.

Insbesondere mit seiner Beschreibung des Frühjahrs 1968 hat Vincent Kaufmann in seiner neuen Biografie "Guy Debord - Die Revolution im Dienste der Poesie" die deutschsprachige Debord-Literatur bereichert. Auch der Versuch, aus seinen bisher nicht in deutscher Sprache vorliegenden Briefen eine Skizze der sehr persönlichen Ansichten Debords zu destillieren, ist gelungen. Kaufmann, Professor im schweizerischen St. Gallen, schreibt auf Französisch, die sehr gute Übertragung der Biografie ins Deutsche wurde von Wolfgang Kukulies besorgt. Über weite Passagen hinweg liest sich Kaufmanns Buch als eine sehr sachliche Verteidigungsschrift gegenüber den vielfältigen Anfeindungen, denen sich Debord ausgesetzt sah und sieht.

Poetische Politik, politische Poesie

Für Kaufmann liegen Debords Anfänge nicht bei seiner biologischen Geburt, sondern bei seiner Geburt als "enfant perdu" 1951. Ein "enfant perdu" will keinerlei familiären Hintergrund besitzen, und es lehnt den Blick der Gesellschaft auf seine Person ab: Es ist ein verloren gegangenes Kind oder ein "Kind auf verlorenem Posten". Es hinterlässt kaum Spuren und lebt das eigene Leben in einer intensiven Gegenwart. Wenn ein verlorenes Kind Geschichte hat, dann ist es die selbst geschaffene persönliche Legende oder die Geschichte des selbst begründeten Stammes, keine tradierte National- oder Familiengeschichte.

Debord durchlebte eine überbehütete, jedoch wenig herzliche und langweilige Kindheit mit permanenten Umzügen zwischen Paris und Südfrankreich. Seine Familie hatte im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre das aus dem Besitz einer Schuhfabrik stammende Vermögen größtenteils verloren. 1951, er hat gerade in Cannes das Abitur gemacht, trifft Debord mit den Lettristen um Isidore Isou zusammen. Über den Dadaismus hinaus wollen diese die Sprache auf die einzelnen Buchstaben reduzieren, um der ideologischen Beeinflussung der regulären Sprache zu entgehen. Debord zieht nach Saint-Germain-des-Prés, das Viertel der Bohemiens, StudentInnen und Kleinkriminellen auf der Rive Gauche in Paris. Nach kurzer Zeit überwirft er sich mit Isou und gründet die Lettristische Internationale (L.I.), die eine stärker am politischen Tagesgeschehen orientierte Gangart einschlägt.

Für den hervorragenden Stilisten Debord beginnt gleichzeitig die lebenslange Liebe zur Poesie. Dies ist kein Widerspruch, schließlich ist Politik für ihn nicht gleich bedeutend mit Macht- oder Tagespolitik. Die Lettristen haben sich durchaus auch politisch engagiert, etwa in ihrem zweiseitigen, kostenlos verteilten Mitteilungsblatt Potlatch. Dennoch waren die Unterschiede zu vielen der linken politischen Gruppierungen erheblich. Während diese um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und verbesserte Konsummöglichkeiten für breite Kreise der Bevölkerung kämpften, schrieb Debord damals "Arbeitet nie!" mit Kreide auf eine Pariser Wand. Und Potlatch kritisierte, die turbo-modernisierende Gesellschaft der 1950er Jahre habe die Lebensziele der alten Gesellschaft nur deshalb wieder aufgenommen, "weil sie keine neue Begierde ausgemacht und durchgesetzt

hat". "Trinken, umherschweifen, lieben", so beschrieb die Lettristische Internationale ihre "dringlicheren Aufgaben".

1957 gründen Debord und andere die Situationistische Internationale (S.I.). Der Name leitet sich aus der Grundforderung der Gruppe her, Situationen - oder Lebensverhältnisse - des leidenschaftlichen Lebens und der authentischen Kommunikation ohne Hierarchien zu schaffen. Dazu wollten die Situationisten in ihrer Anfangsphase insbesondere künstlerische und architektonische Techniken einsetzen. In den ersten Jahren stehen zunächst Experimente mit den "neuen Begierden" auf der Tagesordnung. Das Umherschweifen in Städten wird in Theorie und Praxis als gelebte Kunst erprobt. Die "Psychogeografie" wird als Utopie einer umzusetzenden Stadtarchitektur postuliert, die den Gefühlen und Leidenschaften dient und nicht den Bedürfnissen des bloßen Überlebens. Aus dem Selbstverständnis der Gruppe gibt es deshalb streng genommen keinen akademischen "Situationismus", sondern nur aktive SituationistInnen, die zu ihrer Praxis eine Theorie benötigen.

Avantgarde und Autorität

Im Gegensatz zu den künstlerisch sehr produktiven Mitgliedern der S.I. ist Debord, der auch einige experimentelle "Filme gegen den Film" gedreht hatte, oft als politischer "Anti-Künstler" gebrandmarkt worden. Anhand der Briefe Debords zeigt Kaufmann, dass dies zumindest für die frühe Zeit der S.I. nicht zutrifft. Debord verhandelte über Ausstellungen, den Abdruck von Texten und verhielt sich nicht viel anders als andere künstlerische AvantgardistInnen der frühen 1960er Jahre. Auf eine eher künstlerische Phase folgten ab 1962 sechs Jahre, in denen die S.I. verstärkt einer neuen, intensiveren Alltagspraxis zum Durchbruch verhelfen wollte. Kaufmann zufolge kehrte Debord damit lediglich zu seinen ursprünglichen Forderungen aus den 1950er Jahren zurück. Der Mai 1968 erschien als Kulminations- und Kristallisationspunkt der S.I. Danach begann der Roll-Back, viele Hoffnungen zerschlugen sich.

Das Abenteuer der Lettristen und Situationisten in dem "Stadtviertel, wo das Negative Hof hielt" (Debord), verlief nicht ohne Reibungen. Schon 1953 wird ein Großteil der Mitglieder der L.I. wegen "selbstgefälligem Nihilismus" ausgeschlossen. Debord wechselt einfach mit einigen MitstreiterInnen in ein anderes Café, die anderen bleiben zurück. In den ersten vier Jahren der Situationistischen Internationalen schließt Debord reihenweise "Künstler" aus oder sie gehen freiwillig. Viele, darunter Asger Jorn, bleiben ihm jedoch weiterhin freundschaftlich verbunden. 1971 leitet Debord das Ende der S.I. damit ein, dass er den Großteil der (wenigen) verbliebenen Mitglieder als "Kontemplativisten" diffamiert. Er konstatiert eine Spaltung und löst schließlich die Gruppe auf.

Ausschluss in die Freiheit

Debords autoritäre Neigungen und seine Politik der Ausschlüsse haben in der Literatur schon oft auf der Anklagebank gesessen. Für Kaufmann ging es Debord dabei allerdings niemals um (politische) Macht im engeren Sinne. Er bescheinigt Debord, sein ganzes Leben lang eine Methode der "Klandestinität" verfolgt zu haben: Als "enfant perdu" sei es sein Ziel gewesen, aus der öffentlichen Sphäre der Gesellschaft des Spektakels zu verschwinden. Debord selbst schrieb 1971: "Da wir uns rühmen können, bei dieser Kanaille (Politiker und Intelligenzia, C.M.) skandalöseste Berühmtheit erlangt zu haben, werden wir noch unzugänglicher, noch klandestiner werden. Je berühmter unsere Thesen sein werden, desto obskurer werden wir selbst sein."

Die Kritik, Debord sei ein knallharter Machtmensch gewesen, stützt sich auf eine bestimmte Vorstellung von Avantgarde. In der Regel wird damit eine Gruppe assoziiert, die sich als Nukleus einer neuen Gesellschaftsformation versteht. Avantgardeorganisationen zielen danach auf gesellschaftliche Ausdehnung, auf die Eroberung gesellschaftlicher Schlüsselpositionen, auf Hegemonie. Kaufmann hingegen sieht die S.I. als die Avantgarde einer "verlorenen Organisation", dem Pendant zum "enfant perdu". Ihre Mitglieder wollen gemeinsam der Gesellschaft verloren gehen, man könnte auch sagen, sie wollen aussteigen. Die SituationistInnen wollten die Konsumgesellschaft nicht mit ihren Ideen radikal umkrempeln, sie wollten sie schlichtweg abschaffen, und das bereits im kleinen Kreis. Es ist dieser Unbedingtheitsanspruch, der keine Kompromisse mit situationistischen "RealpolitikerInnen" oder mit den Stars der Galerieszene zugelassen hat. Ob damit die S.I. eine sektenartige Geheimgesellschaft war, kann bezweifelt werden. Ziel einer Sekte ist es ja gerade, viele Mitglieder zu binden und gegen die Außenwelt abzuschotten. Zwar schließt sie in internen

Machtkämpfen einige anders denkende (Führungs-)Mitglieder aus, eine breite Basis will sie aber durchaus erhalten. Die Ausschlüsse der S.I. stellten dagegen die Existenz der Gruppe selbst in Frage.

Für Kaufmann konstituiert das von Debord beschriebene Spektakel eine "negative Totalität". Entsprechend bediene sich Debords Theorie des rhetorischen Mittels der relativen "Undiskutierbarkeit". Debord 1963: "Einen Dialog führen kann die S.I. nur auf der Grundlage des bereits praktischen möglichen Dialogs. Wir dürfen nicht zur ‚Klippschule (das heißt zur primitivsten Elementarschule, C.M.) werden, schon deshalb nicht, weil es dringlichere und angenehmere Aufgaben gibt." Ein Dialog mit Positionen, die auch nur ansatzweise im Rahmen des Spektakels argumentieren, war danach nicht möglich. Politisch gesehen gerät die S.I. damit tatsächlich in Gefahr, wie eine Sekte zu funktionieren, eine Gefahr, der sich jede Avantgarde ausgesetzt sieht, formuliert sie doch gewissermaßen per Definition eine Extremposition. Debord reflektiert die Ausschlüsse aus der S.I. im August 1962 in einem Brief an Asger Jorn: "Leute auszuschließen, ist meines Erachtens das Gegenteil davon, sie zu benutzen: Es bedeutet eher, sie dazu zu zwingen, alleine frei zu sein - indem man es selber bleibt -, wenn man schon in einer gemeinsamen Freiheit nichts miteinander anzufangen weiß."

Nach dem Ende der Situationistischen Internationale gehört Debord keinerlei politischen Gruppierung mehr an. Er lebt mit seiner zweiten Ehefrau Alice mal in Italien, mal in Spanien im freiwilligen Exil oder in einem einsamen Haus in der französischen Provinz.

Viele Vorstellungen Debords über Macht und Machtausübung gleichen letztlich weniger den Vorstellungen politisch-revolutionärer Gruppierungen jener Zeit als vielmehr einer Konzeption von "Underground", wie er in den 1960er Jahren von Individuen in kleinen Kollektiven in Bezug auf Lebensstil und Kunst als Parallelgesellschaft entwickelt und praktiziert wurde. Innerhalb seiner Subkultur ist sich Debord weitgehend treu geblieben und hat, anders als viele andere politische und künstlerische AktivistInnen, keinerlei Wende vollzogen. Vielleicht zeigt gerade das Beispiel Debords, dass eine sehr kleine Sub-Gesellschaft, radikal jenseits der herrschenden Gesellschaft, zumindest als wichtiger Impulsgeber fungieren kann. Debord und die Situationistische Internationale stehen damit für einen positiven Begriff von einer Avantgarde, deren Ziel es ist, zu "verschwinden" und nicht Macht auszuüben. Die Ideen der SituationistInnen können auch heute noch ein Vorbild sein für ein Leben abseits der Normalität. Debords Ziel war stets, dass jeder auf seine, wirklich von ihm oder ihr gewollte Art glücklich werde.

Carl Mosel

Vincent Kaufmann: Guy Debord - Die Revolution im Dienste der Poesie, Berlin (Edition Tiamat), 2004, 373 Seiten, 28 Euro.

37. Ohrenpropaganda

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:22

HipHop für den Kopp

Er ist aus Karlsruhe, Rapper und Aktivist, gehört zum Hip-Hop-Partisan-Netzwerk. Seine vor kurzem veröffentlichte EP heißt - frei nach Feridun Zaimoglu - "Koppstoff". Allerdings ist Chaoze anders als die Protagonistinnen in Zaimoglus Kurzgeschichten weder Female noch Türkin. Er rappt über Migration, Abschottung und Flüchtlingspolitik, über abgestumpfte Massen, die sich alles bieten lassen, über Revolution, Che-Guevara-Shirts und gegen Kapitalismus. Und er gehört zu den wenigen Rappern, die sich mit dem Sexismus der eigenen Szene auseinander setzen. Auch in der Weise, dass es bei ihm überhaupt weibliche Rapperinnen zu hören gibt, z.B. diesmal Lotta C, mit der er zusammen das Stück "heimatmelodien" eingespielt hat. Musikalisch lässt sich das ganze als eher reduziert bezeichnen, sehr dezente Beats, die nur wenig von den Texten ablenken. Für Party ist das wenig geeignet und Chaoze bezeichnet seine Tracks zutreffend so: "Meist ernst, traurig oder melancholisch, mal persönlich, mal politisch." Im Datatrack der EP findet sich neben einigen Videos auch noch die Demo "Neue Kreise", die Chaoze 2001 veröffentlicht hat. (DSe, www.rock-links.de)

Chaoze One - Koppstoff, www.chaoze-one.com

Ska-Punk für Verliebte

Vor ziemlich genau einem Jahr veröffentlichte die Ska-Punk-Band Rantanplan ihr Album "Junger Mann zum Mitreisen gesucht" auf dem gerade selbst gegründeten Label Hamburg Allstyles. Nun liegt mit der EP "Liebe minus Null" die zweite Scheibe vor. Als EP mit fünf neuen und alten, aber neu eingespielten Songs und einem Video von "Sissy" als Datatrack. Da gibt es diesmal deftige Countryanleihen und auch vor Reggae ("Eine Nacht mit Niemand") schrecken die Ska-Punker nicht zurück. Dass es textlich vor allem um das eine geht, macht der Titel der EP bereits klar. Es wäre sicherlich interessant gewesen, wenn die auch mal als "Antifa-Band" titulierten Rantanplaner vielleicht ein wenig politischer dahergekommen wären. Lediglich Mia erhält in dem Song "Sissy" mit ihrer "Nicht mehr Fremd im eigenen Land Neudeutsch"-Attitüde eine kritische Bemerkung. Mit "Supermädchen" textlich zwar nicht umwerfend, ist ihnen musikalisch aber was richtig Feines gelungen. (DSe)

Rantanplan, Liebe minus Null, www.rantanplan-de.ms

Es infragrünt so grün

Deutschsprachiges aus dem vorderen Allgäu. Infragrün nennt sich eine junge Band aus dem Raum zwischen Sonthofen und dem Luftkurort Bad Hindelang, dem Ort, den man vor allem aus den Verkehrsnachrichten des Deutschlandfunks kennt. Musikalisch rollt die Neue Deutsche Welle von den Bergen herab. Schwungvoll, unverzagt und munter, ein wenig aufgeklärt-katholisch-rebellisch und mit einer gehörigen Portion Lebenslust und Naivität ist das Erstlingswerk der vier Allgäuer BergführerInnen. Eben real Easy-Listening. Thematisch durchstreift Texterin Annette Schratt so ziemlich alles, was junge Menschen umtreibt, von Lieben und Leiden über Probleme mit den Cops wegen des Kiffens und auch gegen die USA wird munter gewettert. Die CD vertreiben die vier mangels Plattenfirma und Vertrieb selbst. Infos dazu gibt es auf der Homepage. Echtes Handwerk von der Gitarre bis zur Post also. (DSe)

Infragrün, www.infragruen.de

Lehrstück über Musik-Produktion

Im April geht nun endlich auf Preview-Tour, was schon seit über einem Jahr in den Kinos laufen sollte: Der Film "Input/Output". Er handelt von der Produktion des Albums "Universal Monstershark", das Matthias Arfmann mit seinem Turtle Bay Country Club und so illustren Gästen wie Tom Cooke (USA) Mahmoud Ghania (Marokko) und außerdem Patrice, Schorsch Kamerun (Goldene Zitronen) oder Jan Delay einspielte. Der Zusammenbruch der Plattenfirma Motor, die im Zuge der Krise der Musikindustrie von der Konzernmutter Universal kurzerhand mitten in der Produktion geschlossen wurde, verhinderte eine störungsfreie, am künstlerischen orientierte Film-Produktion. Gleich darauf verließ auch Tim Renner, der Chef von Universal und

derjenige, der dem "Monstershark-Projekt" bis dahin den Rücken gestärkt hatte, das sinkende Schiff. Kurzerhand musste das gesamte Konzept des Films geändert, vieles neu gedreht werden und außerdem wurden neue Geldgeber benötigt. Nun endlich geht das Werk gekoppelt mit einer kleinen Konzerttour von Onejiru und Matthias Arfmann an den Start. Ein Film, der den künstlerischen Entstehungsprozess eines Albums zum Thema hat und dabei die Krise der Musikwirtschaft und deren Auswirkungen beleuchtet. Ab Herbst wird der Film dann auch im Kino zu sehen sein. (DSe)

Input/output, ein Film von Jochen Kraus, Andreas Lindl, mit anschließendem Konzert von Onejiru und Matthias Arfmann. Film und Konzert-Tour: 20.4., Stuttgart, Filmhaus, 21.4. Zürich, m4music-messe, 22.4. München, I-Camp, 24.4. Berlin, Arena-Glashaus, 26.4. Hamburg, Polittbüro

www.input-output-derfilm.de, www.turtlebay.de

38. "Den Blick hinrichten." Ernst Logars Installationen über die Exekutionen österreichischer Partisanen

Autor: Jens Kastner · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak494/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:21

In seinen Erinnerungen berichtet der Kärntner Slowene Franc Lienhard von einem Gefängnisaufenthalt in Klagenfurt. Damals, im Herbst 1944, habe er in einer mit 70 Mann belegten Zelle auch den ehemaligen Wehrmachtssoldaten Josef Logar kennen gelernt. "Sie werden es nicht wagen, mir etwas anzutun", hatte dieser zu Lienhard gesagt. "Ich habe nichts dazu gesagt", erzählt Lienhard, "aber ich wusste, dass sie es machen würden." Er behielt Recht. Josef Logar wurde am 7. April 1945 in der Nähe von Graz am Feliferhof erschossen. Im Januar desselben Jahres war er vom dortigen Oberlandesgericht wegen "Hochverrat" und "Wehrkraftzersetzung" zum Tode verurteilt worden. Am Feliferhof wurden zwischen 1941 und 1945 zahlreiche Todesurteile vollstreckt.

Die Hinrichtung seines Großvaters nahm der Wiener Künstler Ernst Logar zum Anlass für eine fast drei Jahre dauernde Recherche. Die bis heute nicht abgeschlossene Suche nach den genauen Todesumständen hat Logar in einer Rauminstallation umgesetzt. Genauer gesagt: in drei Installationen. Die dritte Fassung seiner Arbeit "Den Blick hinrichten" wird nun in der Galerie Freihausgasse in Villach gezeigt. Im Keller der "Hochschule für angewandte Kunst" in Wien, an der Logar studiert hat, war 2004 die erste Version zu sehen: In einem abgedunkelten Gang, der durch eine zerschossene Glasscheibe halbiert war, sollte ein Eindruck von der Situation der Hinrichtung vermittelt werden. Daneben waren die Dokumente einzusehen, die der Künstler zum Tathergang gesammelt hatte.

Damit war Logars Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen aber keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil. Aber, so Logar: "Eine Hinrichtung findet ja nur einmal statt". Als Träger des Preises der Kunsthalle Wien legte er deshalb in der dortigen zweiten Ausstellung den Schwerpunkt auf die Folgen der Erschießung. Wie über die Taten der Nazis in deren Familien wurde auch über den Widerstand des Großvaters in Logars Familie nicht gesprochen. Das Verschweigen innerhalb der Familie hat psychische Auswirkungen bis in die dritte Generation. Darauf will der Künstler hinweisen. "Den Blick hinrichten" ist insofern also als Aufforderung gemeint, sich diese Effekte zu vergegenwärtigen. Der Titel verweist aber zugleich auf das Auslöschen des Blicks durch die Tötung selbst. Der Blick des Hingerichteten wird durch das Verbinden der Augen bekanntlich ja schon vor der Hinrichtung entschärft. Denn, wie der Philosoph Emmanuel Lévinas geschrieben hat, ist es schwerer jemanden zu töten, der einen anblickt.

"Am 7.April 1945 wurden zwölf Häftlinge ..."

In der jetzt in Villach gezeigten dritten Fassung der Installation entfaltet sich eine weitere Dimension des Titels: Es geht um den Blick derjenigen, die hingesehen haben, um den Blick der Augenzeugen also. Logar versammelt in einem Video verschiedene Aussagen von Zeitzeugen. Allesamt sind sie Partisanen gewesen. Und gefilmt hat er sie in Großaufnahme, so dass nur das Entscheidende den Bildschirm ausfüllt: der Augenblick. Im Kellergeschoss der Galerie steht hinter einer Wand der kleine Fernseher, vor dem der Betrachter sich auf fast intime Weise mit der Zeitgeschichte konfrontieren kann.

Nach der Darstellung der Hinrichtungssituation sowie der persönlichen und familiären Auswirkungen stellt Logar nun also die gesellschaftlichen Ausmaße des Geschehens in den Mittelpunkt. Schon seit 1942 hatten PartisanInnen - zumeist Kärntner Slowenen, aber auch einige deutschsprachige Österreicher - in Südkärnten gegen die Wehrmacht gekämpft. Zeitweise banden sie dort 15.000 Wehrmachtssoldaten. Ein bewaffneter Widerstand, der in diesem Ausmaß auf dem Boden des damaligen Deutschen Reiches sicherlich einzigartig war. Josef Logar, der Großvater, hatte mit Kärntner PartisanInnen zusammengearbeitet und ihnen Kasernenpläne zukommen lassen. Mit Leuten wie ihm fackelten die Nazis nicht lange. Rund 1.000 KärntnerInnen wurden bis Kriegsende als so genannte Freischärler oder als deren Unterstützer von Wehrmacht und SS erschossen oder enthauptet.

"... von Beamten der Gestapo (...) abgeholt ..."

Bis heute wird ihr Widerstand in Österreich nicht anerkannt, in den Schulbüchern kommen die PartisanInnen nicht vor. Auch als der Nationalrat im vergangenen Januar anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes offiziell des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gedachte, würdigte man die PartisanInnen nicht.

Ernst Logars Kunst fordert hier also eine gesellschaftliche Debatte ein. Mit seiner Installation steht er diesbezüglich auch kunsthistorisch in guter Tradition. International renommierte Konzeptkünstler wie Esther Shalev-Gerz und Jochen Gerz oder Hans Haacke haben sich in den letzten Jahren immer wieder mit dem Nationalsozialismus beschäftigt. Nicht selten haben sie damit auch für öffentliches Aufsehen gesorgt.

"... und nicht mehr zurückgebracht."

So hatte Haacke beispielsweise 1988 in Graz das Mariendenkmal am Eisernen Tor so verkleidet, wie es die Nazis im Juli 1938 getan hatten. Damals feierte man den von Hitler an Graz verliehenen Titel "Stadt der Volkserhebung". Der Originalverkleidung hatte der New Yorker Künstler nur die Zahlen der jeweiligen Opfer des Nationalsozialismus hinzugefügt. Ebenfalls den Opfern galt die künstlerische Arbeit "Die Gänse vom Feliferhof" von Esther Shalev-Gerz und Jochen Gerz am heutigen Schießstand des Bundesheeres. Das Mahnmal in Form von vier zu hissenden Fahnen mit je einem antimilitaristischen Spruch wurde bis heute nicht verwirklicht, obwohl es bei einem vom Befehlshaber der Militärregion Graz 1995 ausgeschriebenen Wettbewerb ausgewählt worden war. Das Militärkommando Steiermark lehnte die Errichtung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung 1999 ab. Das Mahnmal sollte der Juden, Widerstandskämpfer, Partisanen, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderer gedenken, die an dem Ort ermordet wurden, der auch zur Hinrichtungsstätte Josef Logars wurde.

"Den Blick hinrichten" schließt aber nicht nur an konfrontative konzeptuelle Kunst im allgemeinen, sondern auch an die eigenen Arbeiten von Ernst Logar an. Mit dem Blick hat sich der 1965 geborene Künstler bereits 2001 beschäftigt. Damals filmte er in sich versunkene, ins Leere schauende Menschen in den U-Bahnen von London und Paris. Und stahl ihnen damit den nach innen gerichteten Blick. In seiner Foto-Serie "Fremde Orte" hatte Logar verschiedene Räume aufgesucht, die von politischer, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Bedeutung, aber - oder eben deshalb - sehr schwer zugänglich sind. So entstanden z.B. "Porträts" des Haupttresorraumes der österreichischen Nationalbank oder des Waffenlagers der österreichischen Bundespolizei.

Auch der Feliferhof ist letztlich so ein fremder Ort. Wer den Blick auf etwas richtet, macht sich damit vertraut.

Jens Kastner

"Den Blick hinrichten", Galerie Freihausgasse, Galerie der Stadt Villach, 7. April bis 18. Mai 2005.
www.denblickhinrichten.at

39. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak494/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:04

Kritik der Moderne

Zahlreiche ehemals radikale KritikerInnen der westlichen "Wertegemeinschaft" sind inzwischen dazu übergegangen, die Einlösung des aus der bürgerlichen Aufklärung herrührenden "Glücksversprechens" einzuklagen. Das nimmt Robert Kurz in seinem neuesten Buch zum Anlass einer Radikalkritik der bürgerlichen Ideologie als Ganzes. Das Buch ist eine Zusammenstellung bereits veröffentlichter Artikel. In einem einleitenden Text zieht der Autor eine düstere Bilanz: Die an ihre strukturelle Grenze geratene bürgerliche Gesellschaft sei auch ideologisch in eine Sackgasse geraten. Da sich die Mehrzahl ihrer linken KritikerInnen jedoch nie vollständig aus den bürgerlichen Wertvorstellungen lösen konnte, sei an die Stelle einer kritischen Reflexion der Verhältnisse ein begriffloses Gesundbeten der zerbröselnden westlichen Moderne getreten. Der unaufhaltsame Sturz der zum Untergang verurteilten Gesellschaft reiße die an diese Gesellschaft gekettete Linke daher einfach mit. Der verkürzten Kapitalismuskritik, die das Elend lediglich auf subjektiv bedingte Schweinereien der Besitzenden zurückführt, stellt er eine Kritik der bürgerlichen Herrschaftsstruktur insgesamt entgegen. Sicher überspitzt er, wenn er sämtliche Denker der bürgerlichen Aufklärung, Lessing und Heine eingeschlossen, mit frühen Vordenkern des Neoliberalismus in einen Topf wirft. Unbestreitbar existiert jedoch die von Kurz so bezeichnete "dunkle Seite der Aufklärung", denn deren Ergebnis waren schon im 18. und 19. Jahrhundert nicht nur Presse- und Meinungsfreiheit, sondern auch Plantagensklaverei und Arbeitshäuser. Ziel des von Kurz geforderten Ablösungsprozesses von der bürgerlichen Aufklärungsideologie ist eine emanzipatorische Kritik der kapitalistischen Moderne. Die bürgerlichen Freiheiten haben sich letztlich in einer Zurichtung des Menschen zum bloßen Warensubjekt erschöpft. Eine soziale Aufhebungsbewegung gegen die Zwänge und Fesseln des Systems der kapitalistischen Warenproduktion wäre demzufolge die einzige Alternative zu den Gräueln spätkapitalistischer Barbarei.

Gerd Bedszent

Robert Kurz: Blutige Vernunft - Essays zur emanzipatorischen Kritik der kapitalistischen Moderne und ihrer westlichen Werte. Horlemann-Verlag, Berlin 2004, 221 Seiten, 12,90 EUR

Sex is boring, dumb hippie stuff

Die geheime Botschaft, die T.C. Boyle in seinem neuesten Roman verbreitet, erinnert an den Satz des Sängers der Sex Pistols, Johnny Rotten: "Sex is boring, dumb hippie stuff." Nur dass im Fall von "Dr. Sex", wie die deutschsprachige Ausgabe so schön heißt, von langhaarigen LSD-Schluckern keine Spur zu finden ist. Nichtsdestotrotz ist die proklamierte Selbsterweiterung überall zu finden, haben sich die ProtagonistInnen mit Leib und Seele der Erforschung des menschlichen Sexuallebens gewidmet. Sprengt aber deren forschender Geist die Konventionen einer biederen, bigotten und janusköpfig-verlogenen US-amerikanischen Gesellschaft der 1940er Jahre? Sicherlich stehen die Hauptpersonen des Romans im wirklichen Leben für die unbekümmerte Erforschung von Sexualität ein. Gewiss sind sie damit in den Himmel der Unvergesslichen eingekehrt - der berühmte Dr. Kinsey und seine Crew, Verfasser des Kinsey-Reports, der ab den späten 1940er Jahren mit der Datenerhebung praktizierter Sexualität in den USA einschlug wie eine Bombe. Von Onanie, Homosexualität, Analverkehr, Sodomie, außer- und vorehelichem Geschlechtsverkehr festzustellen, dass sie von großen Teilen der Bevölkerung praktiziert werden - das war ein Sprengsatz in einer Gesellschaft, die diese Wörter nicht in den Mund zu nehmen pflegte und öffentlich verdammte. Aber genau das ist keineswegs die Stoßrichtung des Romans, widmet er sich doch durch die Augen des Ich-Erzählers John Milk dem Privatleben der eingeschworenen Forschergemeinde. Unter dem Deckmantel des Bürgerlichen praktizieren sie im Selbstversuch die gesamte oben genannte Palette, und was dabei herauskommt, lädt keineswegs zur Nachahmung ein. Die eigene Sexualität klinisch zu betrachten, die proklamierte Freizügigkeit gegen die eigenen Gefühle zu wenden - solche Handlungen bergen eine Gewaltsamkeit gegen sich und andere, die Boyle durch seine Figur John Milk unausgesprochen einsickern lässt. So wird deutlich, dass ein respektvoller und achtsamer Umgang sich nicht aus den sexuellen Handlungen selbst ergibt und die Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft selbst beim besten Sexsport unerschüttert bleiben. Am Ende bleibt, was man schon ahnte: Sex ist einfach nicht revolutionstauglich.

Doro Wiese

T.C. Boyle: Dr. Sex. Hanser Verlag, München, Wien 2005, 472 Seiten, 24,90 EUR

Kampfschrift gegen Sympathisantensumpf

Fünf kontroverse Diskussionsbeiträge zu dem Buch Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF (Hamburger Edition) sind bislang in der taz erschienen, und ein Ende der Serie ist nicht absehbar. Das deutet auf ein echtes Bedürfnis hin, vielleicht auch auf Ehrfurcht vor einem renommierten Verlag und ebensolchen AutorInnen: Wolfgang Kraushaar, dem beim Hamburger Institut für Sozialforschung Institut angestellten Chronisten der APO; der Publizistin Karin Wieland und, vor allem Jan Philipp Reemtsma, dem Vorstand des Instituts. Schon der Titel lässt einen Verdacht aufkommen, der bei der Lektüre zur Gewissheit wird: Es handelt sich hier um eine Kampfschrift, deren Sinn die Abrechnung mit militanter gesellschaftsverändernder Praxis ist. Das eigentlich zwingend zu setzende Komma im Titel wurde gezielt eingespart: Dutschke ist zwar nicht Baader und gehörte auch nicht zur RAF, er habe dieser aber den Weg bereitet, behauptet Kraushaar, dessen Belege allerdings mehr als dünn sind: So habe Dutschke als erster deutscher Linker den Terminus "Stadtguerilla" benutzt. Der hat bei ihm allerdings einen ganz anderen Sinn; und die von Dutschke verwendete Gewaltrhetorik war im Wesentlichen - Rhetorik. Völlig indiskutabel ist Karin Wielands Aufsatz "a.", indem einmal mehr enthüllt wird, was wir schon wussten: Andreas Baader war ein Macho und "Arschloch" (Jean-Paul Sartre). Nur noch peinlich ist die pseudo-freudianische Deutung, die Wieland offenbar für eine große Entdeckung hält: "Baaders Geheimnis seiner Macht über Frauen ist, dass er deren phallische Wünsche ernst nahm." Erst ficken, dann rumballern - so liebte es die RAF-Kämpferin. Reemtsmas Beitrag hat natürlich ein anderes Niveau. Zu Recht verurteilt er die Anmaßung der RAF-Kader, über Leben und Tod zu entscheiden. Aber was ihn besonders aufregt, ist das in der Linken vorherrschende Bemühen, "sie als Menschen zu zeichnen, die im Grunde denselben Idealen anhingen wie man selbst, nur eben leider mit schlecht getimten Mitteln". Ob die Mittel nur "schlecht getimt" waren, wäre ernsthaft zu diskutieren. Reemtsmas Anliegen ist das nicht. Er will die Abrechnung, auch und gerade mit den "theorieförmigen Affekten verständnisvoller Dritter", linksliberale Gutmenschen wie Horst Eberhard Richter eingeschlossen.

Js.

Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF. Hamburger Edition 2005, 143 Seiten, 12 EUR

40. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak494/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:29

Bestes kritisches Magazin

Betr.: Fantômas 6

Liebe Fantômas-Redaktion,

ich wollte mich nur mal für das hervorragende letzte Fantômas-Heft "Prekäre Zeiten" bedanken. Ich finde Fantômas mit Sicherheit das beste kritische Magazin im deutschsprachigen Raum (von denen, die ich kenne).

Ihr habt euch gut gesteigert; ein paar Anmerkungen dazu: Die Gestaltung des Hefts Nr. 6 (insbesondere des "poppigen" Titels) war zugänglicher als in den vergangen Heften. Das luftige Layout und die Bilder finde ich gut. Nicht ganz so gut finde ich die Typografie. (...)

Trotzdem es sicher gut ist, professionell auszusehen, solle man den Touch "edel" wohl dennoch vermeiden. Etwas mehr "punkig" würde gut tun, es muss ja nicht aussehen, als wäre es auf einem zwanzig Jahre alten Kopierer gemacht. Allzu gestalterisch fehlerfrei und edel kann schnell abstoßen und "unnahbar" wirken.

Inhaltlich fand ich gut, dass ihr mit dem Artikel von Michael Sander aufgemacht habt. Ein außergewöhnlicher und sehr ehrlicher Artikel. Ich denke, das ist der richtige Weg für eine politische Bewegung: auch erstmal beim eigenen Leben anfangen. Es ist ja okay, die Misere von Leih-Fabrikarbeitern, Reinigungkräften und Bauern der Regenwälder anzuprangern und zu beschreiben. Ich wundere mich aber oft, dass anscheinend bei Linken persönlich alles in Butter zu sein scheint. Denn die theoretisch arbeitende Linke in Deutschland rekrutiert sich sicher nicht aus den sozial total ausgegrenzten Bevölkerungsteilen. Gerade dieses Gefühl der "Fremdheit" (S. 6, mittlere Spalte), das Sander beschreibt, ist sicher den meisten LeserInnen von Fantômas bekannt, die zumindest tendenziell finanziell besser als viele gestellt sein dürften (oder zumindest weniger finanzielle Sorgen haben müssen). (...)

Gerade das "ExpertInnen-Gespräch" (S. 56ff.) war in diesem Bereich sehr erhellend. Der Text war sicher erhellender als viele ellenlange Theoriebetrachtungen zu dem Thema (was nicht allgemein gegen Theorie bzw. Essays spricht). Generell gefällt mir der "offene" Stil der Fantômas -Debatten. Damit meine ich, dass zunächst einmal kritisch eine Bestandsaufnahme gewagt wird. Zum Beispiel die Debatte von Wompel/Hauer/Rätz fand ich gut. In vielen politischen Kreisen spielt man mit einem völlig übertriebenen Optimismus und hektischen Aktivismus, der nichts bringt. Es wird eine "geschlossene" Phalanx der Guten simuliert, die so gar nicht existiert. Ich freue mich, dass gerade hier wieder auf das eigene Leben der LeserInnnen verwiesen wurde, die man sicher grob einer gewissen Mittelschicht zurechnen kann.

Das "Journalistische" ist gut an Fantômas. Bitte macht keine "Theorie-Zeitschrift" daraus. Reportagen müssen ja nicht "aufregende" Dinge behandeln. Letztlich kann man eine Theorie auch in und anhand einer Reportage des Alltags entwickeln. (...)

Ich denke, Fantômas bildet besser als andere Zeitschriften, die Vielfalt der Bevölkerung ab. Gerade daraus könnte - durch eine "ehrlichere" Ausgangslage - Schwung in die politische und vor allem organisatorische Debatte kommen.

Ich freue mich schon auf das nächste Heft.

Herzliche Grüße von

Edward Viesel, Mannheim

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak494/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:30

Allgemeine Jüdische Arbeiterbund

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bestanden - grob zusammengefasst - als "Lösungen" des Sozialismus verschiedene Auslegungen des Zionismus und das Bemühen um national-kulturelle Autonomie im eigenen Land. Der 1897 in Wilna gegründete "Bund" fasste seine Politik in der Parole "Dort wo wir leben, ist unsere Heimat" zusammen. Ausgehend vom jüdischen Leben im russisch beherrschten Polen wird Klaus Mellentin in einem Vortrag die Entwicklung des "Bundes" von seiner Gründung bis zum deutschen Überfall auf Polen nachzeichnen.

Hamburg, 18.4.05, 19.30 Uhr, Zimmerpforte 8, Ecke Hansaplatz

Ya Basta!

In der 5. Veranstaltung der Reihe "Prekäre Perspektiven" der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) geht es am 19.4. optimistisch zu: Unter dem Titel "Neu ist der Widerstand" sind Wildcat und noservice eingeladen, über ihren Protest gegen Sozialabbau zu berichten. noservice machen seit einiger Zeit in Berlin Spaziergänge zu 1-Euro-Jobs. wildcat ist als politisches Projekt und als Zeitschrift vor mehr als 25 Jahren um das Thema "Prekarisierung" herum entstanden. Neben Vortrag und Diskussion über den Umbau des Sozialstaats und Formen des Widerstands dagegen werden auch Filmeschnipsel gezeigt.

Berlin, 19.4.05, 20.00 Uhr, Veranstaltungsraum der NGBK, VH 1.OG, Oranienstr. 25

Marx Lesen!

Marx sollte doch eigentlich jede/r mal wieder oder endlich mal lesen. In Hamburg kann man sich am 22. April den Klassiker auch gekonnt vortragen lassen. Die drei SchauspielerInnen Sarah Speck, Alfred Sieling und Thomas Mehlhorn knöpfen sich ausgewählte Passagen aus den gesammelten Werken vor. Im Anschluss gibt es die Möglichkeit zu Gesprächen.

Hamburg, 22.4.05, 20 Uhr, Hamburger Sprechwerk, Klaus-Grothe-Str. 23, (Berliner Tor)

Tradition angreifen!

Seit 48 Jahren lädt der Kameradenkreis der Gebirgsjäger zum Gedenken am "Ehrenmal" der Gebirgsjäger am Hohen Brendten ein, um dort mit mehreren tausend Teilnehmern "ihrer" Toten aus zwei Weltkriegen zu gedenken. In den vergangenen beiden Jahren wurde öffentlich und breiter nach Mittenwald mobilisiert: Gegen den Skandal eines Tätergedenkens, an dem sich nicht nur die noch lebenden Täter, sondern auch die Bundeswehr beteiligte. In Ravensburg findet eine Mobilisierungsveranstaltung zur Demo "Angreifbare Traditionspflege" in Mittenwald (Pfingsten) statt.

Ravensburg, 29.4.05, 20 Uhr, Kulturladen Karacho, Bachstr. 27

Arbeit und Migration

Eine Veranstaltungsreihe der Freien Hamburger Hochschule (FHH) widmet sich dem Thema Arbeit und Migration. Am 3.5. werden die prekären Arbeitsverhältnisse von Migrantinnen in deutschen Haushalten thematisiert und die Frage "Ermöglicht die Migrantin durch ihre Arbeit die Emanzipation der deutschen (Haus-) Frau? diskutiert werden. Eingeladen sind Frauen vom interkulturellen Frauennetzwerk mujeres sin fronteras. Beim zweiten Termin ist Helmut Dietrich von der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration anwesend und referiert über die Politik der Lager und die Auslagerung von Flüchtlingen aus der EU. Am 24. Mai werden VertreterInnen vom Flüchtlingsrat Hamburg über die gegenwärtige Abschiebepraxis des Hamburger Senats berichten.

Hamburg, 3.05.05, 10.5.05, 24.5.05, jeweils um 18.30 Uhr, in der T-Stube/ Pferdestall, Allende-Platz 1, www.freie-hh.de

Black International Cinema

Vom 5. bis 8. Mai findet das 10. Black International Cinema-Festival in Berlin statt. Gezeigt werden interkulturelle, interdisziplinäre Filme, Videos, Tanz- und Theaterproduktionen. Zu sehen sind u.a. der Dokumentarfilm "500 Years Later", der die Geschichte der Black people weltweit und das Erbe von Sklaverei und Kolonialismus zeigt; der Film "Papa Afrika" porträtiert Vater und Sohn, die aus Deutschland zu den Wurzeln der Familie in Ghana reisen; "Horizon Zone" geht der Frage nach: "Was geschieht mit den Träumen und Sehnsüchten, die Menschen dazu veranlassen, ihre Heimat, ihre Kultur und ihre Beziehungen Tausende von Kilometern hinter sich zu lassen? Der Kurzfilm "Cleaning up your world" thematisiert den Angriff von Rechtsradikalen auf einen Schwarzen. Das Programm ist unter: www.black-internationale-cinema.com.

Berlin, 5.-8. Mai, Die Kurbel Cinema, Giesebrechtstr. 4, 10629 Berlin, Tel.: 030/ 88 91 59 98

8. Mai

Unter dem Motto "Spasibo heißt danke! Kein Nazi-Aufmarsch am 8. Mai! Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen!" rufen die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und ein Bündnis von antifaschistischen, antirassistischen Initiativen, Gewerkschafts- und ParteivertreterInnen, Jugend- und Kultureinrichtungen zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin am 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus auf. Die Demonstration wird um 10 Uhr am Bertolt-Brecht-Platz (Nähe S-Bhf. Friedrichstr.) starten, durch Berlin-Mitte ziehen und vor dem Roten Rathaus enden. Anschließend sind verschiedene Aktionen zur Blockade des voraussichtlich ab 14 Uhr in der Innenstadt stattfindenden NPD-Aufmarsches geplant.

Berlin, 8. Mai, 10 Uhr, Bertolt-Brecht-Platz

"Brosamen vom Herrentisch"

1999 legte Professor Dr. Thomas Kuczynski ein Gutachten vor, wonach Deutschland den ehemaligen Zwangsarbeitskräften 180 Milliarden DM (rund 90 Milliarden Euro) schuldet. Sein Ausgangspunkt war derselbe wie der des IG-Auschwitz-Zwangsarbeiters Frankenthal: "Den ehemaligen Sklavenarbeitern steht zumindest der bis heute nicht ausbezahlte Arbeitslohn zu." Bei der Frage, wie viel ihnen damals vorenthalten worden war und demzufolge nachzuzahlen ist, ging es um den aktuellen Wert eines Gesamtbetrages, der aus den ökonomischen Resultaten der Zwangsarbeit abzuleiten war, unabhängig davon, ob die Opfer zum Zeitpunkt der Abgabe des Gutachtens noch am Leben waren oder nicht. Kuczynski wird aus seinem Buch "Brosamen vom Herrentisch" lesen und über Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte informieren.

Bremen, 11.5.05, 19:30 Uhr, Villa Ichon, Goetheplatz 4

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak494/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:42

Schon wenige Tage nach Ostern haben wir unseren Frühjahrsputz erfolgreich abgeschlossen - und das nicht wegen zwanghafter Vorliebe für Ordnung & Sauberkeit. Die (gänzlich unpolitische) Säuberungsaktion war schlicht unumgänglich geworden, nachdem in unseren Redaktionsräumen umfangreiche Bauarbeiten stattgefunden hatten: Strippen wurden neu verlegt und unser Netzwerk auf einen Stand gebracht, der fast schon dem von einem Genossen einst als Ziel formulierten "Industriestandard" entspricht. Herzlich danken wir den GenossInnen, die etliche Stunden an der überfälligen Modernisierung gearbeitet haben.

Die Kollegenschweine der Boulevardpresse haben da ganz andere Probleme. Drei Todesfälle und eine Hochzeit, zusammengedrängt auf wenige Tage, dürften in den Chefetagen von Bild und anderen Schmiergazetten so manchen Wutanfall hervorgerufen haben. Liebend gern hätte man dort jedes einzelne dieser (Nicht-)Ereignisse eine ganze Woche lang exklusiv auf den Titel genommen. Die Probleme der Ekelpresse mit dem für sie ungünstigen Timing haben in der ak-Redaktion natürlich unverhohlene Schadenfreude hervorgerufen. Ansonsten kein Wort über Harald Juhnke, Karol Woytila, Rainier von Monaco, Charles und Camilla. Schließlich haben wir keine Rubrik "Vermischtes", wo News zum Leben und Sterben Prominenter nun mal hingehören (so Wiglaf Droste in der taz angesichts der allgemeinen Hysterie um den toten Papst).

Unser Schwerpunktthema ist natürlich der 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Aber auch in anderen Rubriken setzen wir uns mit der deutschen Vergangenheit auseinander - etwa mit der politischen Instrumentalisierung Friedrich Schillers oder den Thesen des Historikers Götz Aly über den NS-"Wohlfahrtsstaat". Besondere Aufmerksamkeit verdient der Aufruf zur Beteiligung an der antifaschistischen Demonstration am 8. Mai in Berlin (siehe Seite 30). Nach dem Willen des Berliner Senats soll es statt einer Mobilisierung gegen den drohenden Nazi-Aufmarsch lediglich einen unverbindlichen "Tag für Demokratie" geben - die Befreiung vom Faschismus und das Gedenken an seine Opfer scheinen in diesen Planungen keine Rolle mehr zu spielen. Das sollte für möglichst viele unserer LeserInnen Anlass sein, am 8. Mai nach Berlin zu fahren. Die Demonstration steht unter dem Motto: "Tag der Befreiung. Kein Naziaufmarsch am 8. Mai. Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen".

Schon am 5. Mai beginnt in Hamburg der BUKO zum Thema "innere und äußere landnahme". Bis dahin wird auch die nächste Ausgabe von Fantômas fertig sein, die bestimmte Fälle von "Landnahmen" genauer untersuchen wird entlang der Themen Fundamentalismus, Biopolitik und (neuer) Imperialismus.

ak-Redaktion

43. Danke für fast 22.000 Euro!

CD-Datei: daten/aksuche/ak494/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:494:43

Seid realistisch, verlangt das Unmögliche! hieß es in Zeiten der Revolte. Haben wir Unmögliches erwartet, als wir 25.000 Euro als Ziel unserer Spendensammlung 2004/2005 ausgaben? Wie auch immer - die fast 22.000 Euro, die wir zusammen bekommen haben, können sich durchaus sehen lassen. Schließlich ist für viele unserer LeserInnen "Prekarität" nicht nur ein politisches Thema, sondern Alltagsrealität. Trotzdem haben uns insgesamt 187 SpenderInnen kleinere bis ziemlich große Beträge zukommen lassen. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Die erreichte Spendensumme ist nur unwesentlich geringer als im Vorjahr. Wir können also weitermachen, müssen aber in Zukunft noch sparsamer wirtschaften. Den von der Berufsgenossenschaft angemahnten neuen Verbandkasten haben wir inzwischen angeschafft, die Erneuerung der an einigen Stellen zur Stolperfalle zerfaserten Auslegeware muss dagegen noch warten. Auch unsere Investitionen in die Technik (siehe Editorial) waren finanziell bescheiden, und nicht nur in diesem Bereich gilt: Ohne die engagierte unbezahlte Arbeit vieler UnterstützerInnen wird es auch in Zukunft nicht gehen.

Für das laufende Jahr ist das Erscheinen von ak und Fantômas nun gesichert. Wer nicht bis zur nächsten Spendensammlung warten will, kann Fördermitglied des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. werden. Einige unserer UnterstützerInnen haben diesen Schritt schon getan - es wäre optimal, wenn weitere Freundinnen und Freunde von ak und Fantômas diesem Beispiel folgen. Mit dem Beitrittsformular, das wir demnächst zur Verfügung stellen wollen, sollte das fast gar keine Mühe mehr machen.

ak-Redaktion